

# Inhalt

**Reisefreiheit bedeutet mir nichts**

*Ein Streit unter Genossen*

**Lieber Äpfel als Bananen**

*Die Kommunistische Plattform*

**In großer Sorge**

*Das Marxistische Forum*

**Es filbingert**

*Die sozialistische Alternative und der Unrechtsstaat*

**Keine Minute bereut**

*Im Morast der Ewiggestrigen*

**Ich stehe dazu**

*Der Streit um die Geschichte*

**Weil nicht sein kann, was nicht sein darf**

*Stalin und Thälmann*

**Das Maß unserer Kompromißfähigkeit**

*Der Streit über die „Zwangsvereinigung“*

**BRD etwas dunkler und kalt**

*Der Weg und das Ziel*

**Ladenhüter**

*Die PDS im Westen*

**Nicht erst im gelobten Land**

*Die Tragödie der deutschen Linken*

*Anmerkungen*

*Personenverzeichnis*

## **Reisefreiheit bedeutet mir nichts**

*Ein Streit unter Genossen*

Das Gebäude der sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“ in Berlin-Friedrichshain sieht aus wie ein Bahnhof. An diesem kühlen, diesigen Abend des 4. November 1996 drängt sich ein Traube von Menschen um den Seiteneingang zum Veranstaltungssaal. Um 18 Uhr soll eine Podiumsdiskussion zwischen André Brie und Sahra Wagenknecht beginnen. Es ist noch nicht sechs Uhr, aber der Saal ist schon voll. Viele müssen draußen bleiben.

Veranstaltungen der PDS fangen früh an. Die meist älteren Besucher sollen rechtzeitig wieder zu Hause sein, und überhaupt ticken die Uhren in Ostdeutschland anders als im Westen. Auch wenn Arbeitslose, Frührentner, Umschüler und Warteschleifendreher mittlerweile eine Mehrheit stellen in Politveranstaltungen, wenigstens in denen der PDS, so bestimmt immer noch der Rhythmus der Frühschicht den Zeitplan. Und obwohl die PDS längst keine Arbeiterpartei mehr ist, hier steht sie auf jeden Fall in der Tradition der SED, von deren zuletzt 2,3 Millionen Mitgliedern die Mehrzahl der Arbeiterklasse zugerechnet wurde. Wobei die Parteistatistiker allerdings ein wenig nachgeholfen hatten, um das Bild der „revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse“ noch proletenfreundlicher zu zeichnen.

Ich hatte mir einen Presseplatz reservieren lassen, und so drängte ich mich durch die wartende Menge, begleitet von einigen unfreundlichen Kommentaren der Enttäuschten, die zu spät gekommen sind und nicht mehr eingelassen werden. Vor dem Podium mit drei Stühlen säuberlich in Sitzreihen etwa 200 Besucher. An einer Seitenwand ein festliches Transparent mit der Aufschrift „50 Jahre Neues Deutschland“.

Ich frage mich, was es an diesem Jubiläum zu feiern geben soll. Das „ND“, wie es in einschlägigen Kreisen nur genannt wird, war vom 23. April 1946, wenige Tage nach der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), bis zum 4. Dezember 1989, als die SED in einer Volksrevolution unterging, das Sprachrohr der Einheitspartei-Führung. Das Verlautbarungsorgan erst Ulbrichts, dann Honeckers hat oft Haß und Spott auf sich gezogen. Manche SED-Mitglieder haben in ohnmächtigem Zorn gezählt, wie oft Erich Honecker in einer einzigen Ausgabe abgebildet war, etwa zu Zeiten der Leipziger Messe. Bis zu zwanzig Mal das Konterfei des Parteichefs war nicht ungewöhnlich. Andere haben sich am „ND“ in der Kunst geübt, zwischen den Zeilen zu lesen. Immer in der Hoffnung, in irgendeiner Spalte – verklausuliert, zwischen Nichtssagendem eingegraben – ein Wort, eine Wendung zu finden, die aus dem verstaubten Einheits Sprachmüll herausstach. Ein hoffnungsloses Unterfangen, wie wir spätestens seit der Wende wissen.

Ich habe das „ND“ immer stinklangweilig gefunden, auch im Jahr 1977, als ich während eines Einjahreslehrgangs an der DKP-Parteischule „Franz Mehring“ im Ostberliner Stadtteil Biesdorf zu seinen Abonnenten und Dauerlesern zählte. Ich habe mich trotzdem fleißig durch das glücklicherweise recht schlanke Blatt gequält, weil die darin wiedergegebenen Wertungen und Stellungnahmen für meine Partei de facto verbindlich waren. Ich habe sie für richtig gehalten.<sup>1</sup>

Das „ND“ war vor allem die Stimme seiner Herren. Es hat jedes Verbrechen des Stalinismus gepriesen: die Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 genauso wie die schändlichen Schauprozesse gegen den Leiter des Aufbau-Verlags, den Antifaschisten Walter Janka, und den Philosophen Wolfgang Harich 1957, den Bau der Mauer 1961 wie den Einmarsch des Warschauer Pakts in Prag 1968, den sowjetischen Krieg gegen Afghanistan nicht weniger als die blutige Niederschlagung der Studentendemonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Sommer 1989.

Natürlich machten die Verfolgungswellen des auf die DDR übertragenen stalinistischen Regimes keinen Bogen um das „ND“: Unter dem Beifall des Zentralorgans wurde einer seiner ersten Chefredakteure, Lex Ende, im August 1950 aus der SED ausgeschlossen. Bis zu seinem Tod 1951 durfte sich der Kunsthändlersohn aus Bad Kissingen, einst ein führender

Kopf des kommunistischen Widerstands gegen die Nazis, als Buchhalter in einem volkseigenen Metallbetrieb „bewähren“. Auch Politbüroandidat Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur von 1949 bis 1953, verschwand in der Versenkung. Der Ulbricht-Kritiker wurde im Januar 1954 als Parteifeind aus der SED ausgeschlossen und arbeitete bis zu seinem Tod im August 1966 in der Merseburger Niederlassung des Deutschen Zentralarchivs. Was also gibt es da zu feiern?

Der für mich reservierte Platz ist in der ersten Reihe. Journalisten werden gut behandelt in der PDS. Insoweit ist die Partei längst auf Westniveau. Wenn nicht darüber, denn bei keiner anderen Recherche hatte ich sowenig Widerstand zu überwinden, um Informationen und Informationsquellen aufzutun. Als ich für mein Buch über die „Blockflöten“<sup>2</sup> in der CDU auf Achse war, brauchte es einiger Nacht-und-Nebel-Aktionen, um aufschlußreiches Material aufzutun. Als ich den geheimen Kontakten zwischen SPD und SED in den achtziger Jahren nachspürte<sup>3</sup>, rannte ich gleich gegen zwei Mauern: eine stand im damaligen PDS-Zentralarchiv und eine im SPD-Vorstand, der alles von mir wissen, aber gar nichts herausrücken wollte. Bei meiner Suche nach der Blockpartei Vergangenheit der ostdeutschen FDP-Landesverbände<sup>4</sup> empfand sich der Liberalenvorstand nicht als zuständig. Und die ostdeutschen Landeskirchen erinnerten mich bei meiner Untersuchung über die „Kirche im Sozialismus“<sup>5</sup> an Erzählungen über das „Gesetz des Schweigens“ auf Sizilien.

Aber keine Recherche war umfassender und länger als die auf den Spuren der PDS. Sie dauerte nicht Wochen oder Monate wie in all den anderen Fällen, sondern Jahre. Und meine Reise durch die PDS hatte lange begonnen, bevor ich ein Buch über Deutschlands interessanteste Partei schreiben wollte. Zum erstenmal war ich im Dezember 1989 auf Tour. Kurze Zeit vor dem Sonderparteitag der SED, der ihr Ende und die Geburt der PDS bedeutete, traf ich mich mit einem vormaligen Abteilungsleiter des Zentralkomitees, der mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit während eines Spaziergangs durch Ostberliner Seitengassen im kalten Nieselregen berichtete, wie die Lage der Partei und der Stand der Vorarbeiten zum SED-Sonderparteitag war. Im Herbst 1990, kurz vor den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen, fuhr ich von Plauen bis nach Rostock, um zu schauen, wie Basis und Führung der alten neuen Partei mit ihrer Vergangenheit und mit ihrer Zukunft leben können. Seitdem habe ich unzählige Veranstaltungen und Sitzungen der PDS besucht: Basisorganisations-, Kreis-, Landes- und Parteivorstandssitzungen, Versammlungen von Kreistags- und Landtagsfraktionen, Wahlversammlungen und Parteitage. Die bisher letzte Reise führte mich im Mietwohnmobil sechs Wochen lang in Städte und Dörfer fast überall in der einstigen DDR. An ihrem Beginn stand das Streitgespräch zwischen Sahra Wagenknecht und André Brie am 4. November 1996.

Ein spannender Auftakt, denn der Kontrast könnte nicht größer sein als der zwischen diesen beiden Exponenten verfeindeter Richtungen. Sahra Wagenknecht vertritt die Kommunistische Plattform (KPF) in der PDS, einen Zusammenschluß traditionsverhafteter stalinistischer Hardliner – in Berlin krasser noch als im Rest von Neufünfland. Zur KPF gehören rund 500 meist ältere Genossen. In eher konservativen Medien ist von bis zu 5000 Plattformkommunisten die Rede, andere spekulieren über 2500. Die KPF selbst gibt sich konspirativ und veröffentlicht keine Mitgliederzahlen. Meine Recherchen haben ergeben, daß die Zahl 500 der Wahrheit am nächsten kommt. So oder so, die KPF wäre in einer 100 000-Mitglieder-Partei eine unbedeutende Sekte, wenn es nicht zwei Dinge gäbe, die sie aufwerten. Zum einen widerspiegelt sie in ihren Thesen, was Mehrheiten in der Partei glauben; ich komme darauf zurück.

Aber genauso wichtig wie die teilweise ideologische Deckungsgleichheit zwischen Parteimehrheiten und KPF ist zum anderen das Spektakel, das seriöse und unseriöse Medien um Sahra Wagenknecht veranstalten. Sie ist eine Frau, die Widersprüche in sich vereint: Sie ist jung und schwärmt von Walter Ulbricht. Sie frisiert sich wie Rosa Luxemburg und denkt doch eher wie Josef Stalin. Das Theater der Medien um die hübsche Frau mit den häßlichen

Gedanken gibt ihr auch innerhalb der PDS eine Wertigkeit, die ihr nicht zukäme aufgrund ihrer stupiden, oft unausgegorenen Thesen. Die in KPF-Kreisen verhaßte „bürgerliche Presse“ strahlt zurück in die Partei. Insofern sind Sahra Wagenknecht und die KPF Kunstprodukte. Und auch insofern ist die PDS längst Teil der Mediengesellschaft.

Vorstandsmitglied André Brie ist der Widerpart von Sahra Wagenknecht. Brie, den seine Stasiverstrickung den Job als stellvertretender Parteivorsitzender kostete, gehört zu den Reformern und ist einer der besten theoretischen Köpfe in der PDS-Führung. Er hat schon zu Honecker-Zeiten zusammen mit seinem Bruder Michael, dem jetzigen Mitvorständler Dieter Klein und anderen an einer Erneuerung des Sozialismus gearbeitet<sup>6</sup>. Auf die Ideen der „Sozialismusprojekt“-Gruppe an der Ostberliner Humboldt-Universität konnten im Dezember 1989 und danach jene in der SED zurückgreifen, die ihre Partei erneuern wollten.

Kurz vor dem Streitgespräch mit Sahra Wagenknecht hat André Brie seine Genossen im „stern“ aufgefordert, endlich in der Bundesrepublik „anzukommen“<sup>7</sup>. Dafür traf ihn der Haß der DDR-Nostalgiker in der PDS. Von denen gibt es viele. Auch im überfüllten Versammlungsraum des „ND“.

Sie nehmen Brie die Kritik übel, aber nicht weniger, daß er sie in einem bürgerlichen Magazin geäußert hat. Brie hat sich in ihren Augen an den „Klassenfeind“ verkauft. Wenn schon Kritik, dann doch bitte im „ND“.

Wie die Sympathien im Saal verteilt sind, zeigt sich gleich, als „ND“-Chefredakteur Reiner Oschmann die Kontrahenten vorstellt. Donnernder Beifall im meist älteren Publikum für Wagenknecht, weniger Applaus und einige Mißfallensäußerungen für Brie.

Sahra Wagenknecht kommt gleich zur Sache. Sie greift eine Diskussion auf, die seit längerem schon die Gemüter erhitzt in der PDS. Soll sich die Partei, wenn sich denn die Möglichkeit ergibt, an einer Landesregierung oder gar an einer Bundesregierung beteiligen oder sie wenigstens dulden, wie es ja schon in Sachsen-Anhalt geschieht? Während der Parteivorstand und Gregor Gysi sich hinter salomonischen Formeln eher bedeckt halten, aber mehrheitlich doch fürs Mitregieren sind, sind andere vorausgeprescht. Darunter der mecklenburgisch-vorpommersche PDS-Vorsitzende Helmut Holter, der auf dem Schweriner Parteitag im Januar 1997 fordern wird, mit dem „Petting“ aufzuhören und zur Sache zu kommen. Wahrscheinlich wird die erste SPD/PDS-Landesregierung in Schwerin vereidigt werden. SPD-Chef Harald Ringstorff mußte schon nach der Landtagswahl 1994 von der Baracke daran gehindert werden, eine rotrote Koalition auszuhandeln. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau hatte für diesen Fall angedroht, alle Parteiämter niederzulegen.

Sahra Wagenknecht hält nichts von PDS-Ministern. Statt Regierungsbeteiligung fordert sie außerparlamentarische Aktion. Man müsse die „verfluchte, weitverbreitete Resignation“ durchbrechen, den „Druck der Straße auf das Kapital“ entwickeln, sonst ändere sich nichts. Unter stürmischem Applaus gibt sie ein Exempel, daß sich in der stalinistischen Gedankenwelt seit Ende der zwanziger Jahre nichts Wesentliches geändert hat. Auch wenn die einschlägigen Kampfbegriffe vermieden werden, so sind Sozialdemokraten immer noch Feinde und Parlamente Schwatzbuden, die allein schon durch ihre Existenz die Diktatur des Kapitals verschleiern. Wie ein roter Faden zieht sich die Geringschätzung von Liberalität, demokratischen Institutionen und konkurrierenden Parteien durch die Argumente von Sahra Wagenknecht.

Ich kenne jedes Argument, das hier fällt, schon lange. Man findet diese Thesen in vielfältigen Variationen samt und sonders in Protokollen von KPD-Parteitagen und Reden kommunistischer Führer etwa ab Mitte der zwanziger Jahre, seitdem die deutschen Kommunisten sich unter der Losung „Bolschewisierung der KPD“ Stalins Diktat unterwarfen. Und den Spruch des letzten KPD-Vorsitzenden Max Reimann im Parlamentarischen Rat 1949, die KPD werde das Grundgesetz verteidigen gegen die, die es beschlossen hätten<sup>8</sup>, hat noch die DKP in den achtziger Jahren strapaziert. Dabei liegt es auf der Hand, daß die westdeutschen SED-Filialen die demokratischen Grundrechte des Grundgesetzes mit einem

Federstrich ausgelöscht hätten, wenn sie nur die Macht dazu gehabt hätten. Sie wollten eine deutsche Vereinigung unter dem Vorzeichen der SED.

Für Sahra Wagenknecht ist jede kapitalistische Gesellschaft eine „vorgebliche Demokratie“. Sie sagt: „Ich hätte ja gar kein Problem damit, ein positives Verhältnis zu einer parlamentarischen Demokratie zu entwickeln, wenn es denn wirklich eine wäre.“

Dieses Argument ist perfide und dumm zugleich. Und vor allem ist es taktisch. Es unterstellt, daß seine Urheberin mehr Demokratie will, als die Bundesrepublik bietet. Aber wie paßt das zur Lobpreisung der DDR, vor allem der Ulbricht-Ära?

Nein, Sahra Wagenknecht hat mit Demokratie nichts im Sinn. Sie sehnt sich zurück nach jenen Zeiten, in denen das Politbüro oder gar nur der Generalsekretär allein bestimmte, was dem Glück der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ diene. Sie fordert Demokratie, um den Klassenfeind zu entlarven, und nicht weil sie Demokratie will. In einem Interview mit dem „Spiegel“ hat sie erklärt, ein künftiger Sozialismus könne sich mehr Demokratie „leisten“ als der vergangene.<sup>9</sup> Für sie ist Demokratie ein Luxusartikel, der bei günstiger Lage zugeteilt werden kann oder eben auch nicht.

Bezeichnend auch, daß Sahra Wagenknecht, hier getreu auf den Spuren von Marx und Engels, auf den preußischen Staatsphilosophen Hegel zurückgreift, wenn sie über Freiheit spricht.

Allerdings kommt bei ihr nur die Vulgärvariante von Friedrich Engels' Interpretation<sup>10</sup> heraus: „Das Recht zum Beispiel, eine Gesellschaft zu verneinen, ist für mich noch nicht Freiheit. Freiheit ist dann gegeben, wenn man die Möglichkeit hat, mit einem in Einsicht gegründeten guten Gewissen eine Gesellschaft zu bejahen, in der man lebt.“<sup>11</sup> Demnach kann man unter Umständen in Diktaturen freier leben als in Demokratien, denn jede Diktatur gibt einem die Möglichkeit, sie zu bejahen. Und unbestreitbar haben viele, die dies tun oder getan haben, ein gutes Gewissen. Viele in der PDS haben noch heute ein gutes Gewissen, wenn sie an ihr Engagement für den realen Sozialismus denken. Sie hätten doch nur das Beste gewollt, sagen sie.

Für André Brie, der die Bundesrepublik trotz schwerwiegender Mängel für demokratischer hält, als es die DDR je war, hat Sahra Wagenknecht nur schlecht versteckte Geringschätzung übrig.

Die Kontinuität stalinistischer Demokratieverachtung offenbart sich unverhüllt, als einer aus dem Publikum Sahra Wagenknecht widerspricht: Zu DDR-Zeiten seien

Diskussionsveranstaltungen wie diese nicht möglich gewesen. Ob denn das nicht zeige, daß es im neuen Deutschland mehr Demokratie gebe als in der einstigen Deutschen Demokratischen Republik?

Die Kritisierte greift zur Ja-aber-Methode – man greife das Unabweisbare auf und drehe es dann Stück um Stück durch den Fleischwolf der Ideologie: Gewiß habe es in der DDR leider Demokratiedefizite gegeben, „aber können wir den Demokratiebegriff nur an *solchen Fragen* festmachen?“ – also daran, ob etwa Meinungs- und Versammlungsfreiheit herrschen oder nicht?

Natürlich nicht, denn: „Die Frage ist doch, was bewirken solche Diskussionen für die Strukturiertheit der Gesellschaft? (...) Demokratie ist für mich fundamental auch eine Frage: Wem kommt der gesellschaftliche Reichtum zugute, wie groß und wie klein er immer sei. Das gesellschaftliche Mehrprodukt in der DDR wurde zumindest (...) dafür verwendet, ein soziales Netz zu finanzieren, und es wurde nicht in die Taschen von superreichen Milliardären umverteilt.“

Dröhnender Beifall. Sahra Wagenknecht kommt in Fahrt: „Ich finde es zynisch angesichts von real sechs Millionen Arbeitslosen in diesem Land, angesichts von Tausenden von jungen Leuten, die eine Lehrstelle suchen und keine kriegen, denen von vornherein jede Chance verbaut wird, irgendwo demokratisch etwas mitzugestalten, weil sie nicht einmal ins Berufsleben einsteigen können – angesichts all dessen davon zu reden, daß diese Gesellschaft demokratischer ist als die DDR-Gesellschaft, das finde ich wirklich zynisch.“

Wieder tobender Beifall. Sahra Wagenknecht hat die Herzen der meisten Zuhörer erobert.

Denen ist die verquere Logik der Wagenknechtschen Thesen egal, wonach Demokratie offensichtlich nur gegeben ist, wo Vollbeschäftigung herrscht. Sie begeistern sich für jedes Argument gegen den „Klassenfeind“. Sie haben die deutsche Vereinigung als Heimatverlust erlebt. Sie hatten sich wohlgeföhlt in der SED-Diktatur, und sie haben ihr Feindbild nicht geändert. Sie sind verbittert, wie Tausende anderer PDS-Mitglieder auch. Sahra Wagenknecht bedient die DDR-Nostalgiker mit Thesen, die vor allem deren Geföhle ansprechen. Sonst wäre es nicht vorstellbar, daß unter Applaus demokratischen Rechten jeder Eigenwert abgesprochen wird. Für Wagenknecht und den Großteil der Zuhörer ist Demokratie eine gefährliche Importware aus dem feindlichen Ausland.

Folgerichtig polemisiert Sahra Wagenknecht gegen die Entspannungspolitik. Die ja von der Sowjetunion initiierte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist für sie Ausdruck des Zurückweichens vor dem Imperialismus, ja eine „Selbstaufgabe“<sup>12</sup>, vor allem wegen des berühmten „Korbs 3“ der Schlußakte von Helsinki (1975), in der demokratische Grundrechte vereinbart worden waren. Weil die Forderung nach Demokratie die Herrschaft der kommunistischen Parteien in Osteuropa erschütterte, empfindet Sahra Wagenknecht demokratische Werte als Bedrohung.

Demokratie ist ihr günstigstenfalls ein Werkzeug, mit dessen Hilfe sich Dinge erreichen lassen und das man je nach Lage in die Hand nimmt oder weglegt. Das ist eine alte Strategie der Kommunistischen Internationale: Man nutze die Demokratie, um die eigene Diktatur zu errichten.

Friedrich Engels hatte im Blick auf die Lage der Sozialdemokratie im wilhelminischen Deutschland noch geschrieben: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen.“ Laut Lenin ist die Diktatur des Proletariats viel demokratischer als jede bürgerliche Demokratie, weil die große Mehrheit des Volks die Macht ausübe.<sup>13</sup> Der Sowjetrevolutionär hatte die Demokratie wenigstens theoretisch noch ernst genommen. Für ihn war sie „eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates“.<sup>14</sup> Spätestens mit Stalin aber landete „Demokratie“ im Neusprech-Wörterbuch. Das Volk hatte am wenigsten zu sagen in der Volksdemokratie, auch in der sich demokratisch nennenden Republik des Walter Ulbricht.

André Brie hatte sich für das Streitgespräch einen anderen Fahrplan ausgedacht. Er hatte auf einen rationalen Diskurs gesetzt. Vor allem wollte er seine Kontrahentin mit wahrlich aberwitzigen Zitaten aus ihren Veröffentlichungen konfrontieren. Ihm fällt es sichtlich schwer, sich in der erhitzten Menge Gehör zu verschaffen. Er muß sich vorkommen wie ein Redner auf einem Schlesiertreffen, der sich dafür stark macht, die politische Wirklichkeit in Europa wahrzunehmen und zu achten. Mit Heimatvertriebenen gleich welcher Couleur läßt sich schwer sachlich argumentieren. Vor allem wenn der Heimatverlust frisch zurückliegt. Brie versucht es trotzdem: Für ihn hängt die parlamentarische Demokratie von den politischen Kräfteverhältnissen ab. „Die Linke beklagt sich immer, daß sie unterliegt, aber sie kann sich doch nicht beklagen, wenn sie unfähig ist, die geistigen und anderen Kräfteverhältnisse in diesem Land zu prägen. (...) Die Demokratie ist nicht alles, aber ohne die Demokratie ist alles nichts.“

Ihm geht es darum, die Bundesrepublik demokratischer zu machen. Er fordert weitgehende soziale Rechte, die Gleichstellung der Frauen, einen besseren Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten. Er will die „kulturelle Hegemonie der Konservativen brechen“, sich also mit der bundesdeutschen Gesellschaft einlassen, um sie demokratisch umzubauen. Dafür braucht es ein breites Bündnis, inklusive Sozialdemokraten und Grüne.

Sahra Wagenknecht dagegen akzeptiert als Bündnispartner nur die DKP als „größte Organisation der westdeutschen Linken“. Sie will sich gewissermaßen nur mit sich selbst verbünden.

In mir wächst der Verdacht, daß die KPF in der PDS nur deswegen noch nicht geschlossen zu ihrer wahren geistigen Heimat, der DKP, zurückgekehrt ist, weil sie dort in der Bedeutungslosigkeit enden würde. Die so verachteten bürgerlichen Medien würden sie

schlicht nicht mehr wahrnehmen.

Ganz am Ende einer denkwürdigen Diskussion kommt das Gespräch auf die Mauer. Der Diplomatensohn und gelernte Außenpolitiker André Brie rechtfertigt die Entspannungspolitik, die Sahra Wagenknecht dagegen dem verstorbenen SED-Chef Erich Honecker als schweren Fehler ankreidet. In ihren Augen begann der Untergang der DDR, als die Mauer durchlässiger wurde. In einem Interview hat sie erklärt: „(...) Reisefreiheit an sich bedeutet mir nichts. Irgendeine imperialistische Metropole interessiert mich halt nicht. So aus lauter Selbstzweck da hinfahren – wozu?“<sup>15</sup>

Als Brie die Mauer verurteilt, ruft in der Sitzreihe hinter mir ein Zuhörer laut und erregt: „Die haben doch den Bauchschuß verdient, die Davonläufer!“

((Kasten Anfang))

*Natürlich haben wir das Grenzgebiet absolut sicher gemacht. Da kam keiner rein und keiner raus. Dafür haben sich die Mädchen immer gefreut, wenn neue Grenzer zum Dorfanz kamen. War ja sonst keiner da. Und für Blutauffrischung haben unsere Jungs auch gesorgt. Sonst hätten die ja bald alle den gleichen Namen gehabt. Leider konnten wir die Grenze gegen äußere Angriffe nie schützen. Wir haben es aber auch nicht geübt. Im Politunterricht hieß es immer: Wir werden sowieso überrollt und sind dann Partisanen im Hinterland des Feindes. Das braucht man nicht üben. Geübt haben wir aber öfter Grenzalarm. Da ging es darum, etwaige Grenzverletzer unschädlich zu machen. In unserem Grenzabschnitt kamen wirklich zweimal welche an. Aber dann ist die ganze Kompanie raus und so lange gejagt, bis wir sie hatten. Die Offiziere waren dann so nervös, als wäre wirklich ein Krieg ausgebrochen. Noch nervöser waren wir alle, wenn sowjetische Soldaten desertiert waren und in den Westen wollten. Die kamen dann mit zwei MPi's und tausend Schuß Munition und ballerten aus dem Weg, was sich ihnen dahin stellte. Da mußte man sich immer gut verstecken, um nicht zufällig selbst umgenietet zu werden.*

*Einen Aspekt des sicheren Schutzes unserer Staatsgrenze hat der Genosse General nicht erwähnt: den Umweltschutz. Weil ja keiner raus und rein kam, konnte sich die Natur völlig geschützt entwickeln. Heute, wo viele dort mit dem Auto fahren und wandern, sind viele Tiere und Pflanzen wieder gefährdet.*

Aus einem Leserbrief an das „Neue Deutschland“, 19. März 1996.

((Kasten Ende))

## Lieber Äpfel als Bananen

### *Die Kommunistische Plattform*

Ich stelle mein Mietwohnmobil auf den Parkplatz der ehemaligen Bezirksleitung der Erfurter SED in der Eislebener Straße. In dem riesigen roten Klinkerbau residierte ab 1980 bis zu seinem Sturz im Dezember 1989 Gerhard Müller, Kandidat des Politbüros, Mitglied der Volkskammer, 1991 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wegen „Amtsmissbrauchs und mehrfacher Anstiftung zu Untreue und Diebstahl“. Der einstige Neulehrer<sup>16</sup> Müller war einer der selbstherrlichsten SED-Provinzfürsten – grob, rücksichtslos und gefürchtet auch in der eigenen Partei.

Als ich im Herbst 1990 zum erstenmal den Thüringer PDS-Landesvorstand besuchte, belegte die Partei mehr als eines der weiträumigen Stockwerke des einstigen Müller-Palastes. Viele Zimmer waren allerdings schon vermietet an Firmen, die Ostdeutsche in Sachen Marktwirtschaft schulten, an Immobilienmakler, Versicherungsunternehmen und das Erfurter Finanzamt. Im Lauf der Jahre konnte ich die PDS immer schwerer finden in den langen, hallenden Gängen des roten Gemäuers. Der einst aufgeblähte Funktionsapparat schrumpfte auf ein paar hauptamtliche Mitarbeiter zusammen in dem Maß, wie die Partei vom SED-Vermögen abgeschnitten wurde. Inzwischen ist die PDS ganz verschwunden aus der einstigen Residenz und ins angrenzende ehemalige Gästehaus der Bezirksleitung umgezogen. Das Gästehaus ist längst umfunktioniert worden zu einem Hotel. Es ist eine der wenigen Immobilien, die die PDS aus dem einstigen Milliardenvermögen behalten konnte.

Nur, warum das parteieigene Hotel in gotisch anmutenden Buchstaben „Germania“ getauft wurde, habe ich bisher nicht herausbekommen können. Inzwischen heißt es „Rotdorn“, ein Anstoß zur Namensänderung war sicher, daß ein bekannter Neonazi auf Reisen hier dereinst Quartier begehrte in der Überzeugung, bei Gleichgesinnten unterzukommen.

In einigen wenigen Zimmern im Gästehaus haben die Landesvorsitzende Gabi Zimmer und ihre Genossen ihre Büros eingerichtet. Gabi Zimmers persönlicher Mitarbeiter Hans-Dieter Fritschler wird nur „HDF“ genannt. So heißt er schon in Landolf Scherzers Reportage „Der Erste“<sup>17</sup>, einem brillanten Bericht über den damaligen 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Bad Salzungen. Das Buch dokumentiert im lokalen Maßstab drastisch den Niedergang der DDR in ihrem vorletzten Jahr. Scherzers Reportage wurde erstaunlicherweise nicht verboten, dafür kauften Emissäre des Suhler SED-Bezirkschefs Hans Albrecht große Bestände der Auflage auf, um so das Buch aus dem Verkehr zu ziehen. HDF gehörte zu den wenigen Kreissekretären der Einheitspartei, die nicht von aufgebrachten Mitgliedern zum Teufel gejagt wurden, als das Honecker-Regime zusammenbrach.

In einem der Büros des ehemaligen Gästehauses warte ich auf Günter Schwade, den Vorsitzenden der PDS-Landesschiedskommission. Schwade wurde 1929 in Breslau geboren. Er legt Wert auf den alten deutschen Namen, in Wroclaw sei er nicht aufgewachsen. Im November 1945 ist er mit seiner Familie in der sowjetischen Besatzungszone gelandet. Wenige Monate danach trat er der KPD bei. Zwei Jahre später wurde er FDJ-Jugendleiter, seitdem war er Funktionär. Seiner Partei verdankt er auch die Promotion.

Schwade gehört zu den maximal dreißig Mitgliedern der Kommunistischen Plattform in Thüringen, die sich viertel- oder halbjährlich treffen. Warum ist er in der KPF? Um „kommunistisches Gedankengut zu erhalten“. Diese Antwort reicht mir nicht. Was ist kommunistisches Gedankengut? Nein, von der „Diktatur des Proletariats“ hält er nichts mehr, und die „Partei neuen Typs“ hat für ihn auch ausgedient.

Beide Begriffe zählen zu den Pfeilern des stalinistischen Weltbilds. Am wichtigsten war die Frage „Wer-wen?“, die Machtfrage, die zugunsten der Arbeiterklasse entschieden werden mußte. Das Proletariat könne seine historische Mission – die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus – aber nur erfüllen, wenn es geführt werde von einer Avantgarde, die Einsicht in den Gang der Geschichte habe. Aus sich allein heraus könne



die Arbeiterklasse nur ein „gewerkschaftliches Bewußtsein“ bilden, erklärte Lenin in seiner Schrift „Was tun?“, in der er im Jahr 1902 die nach ihm benannte neue Parteitheorie begründete.<sup>18</sup> (Nur nebenbei: Wer nach den frühen ideologischen Vorläufern des Stalinterrors sucht, findet einen Hauptwurzelstrang in der Theorie von der führenden Rolle der kommunistischen Partei.)

Von Parteitheorie und proletarischer Diktatur hält Schwade nicht mehr viel. Aber was will er statt dessen, was will er mit der KPF erreichen? Nach einigem Zögern sagt er: „Bewahrung der marxistisch-leninistischen Theorie.“ Dann berichtigt er sich, er meine nur die „marxistische Theorie“.

Auch diese Antwort genügt mir nicht, denn kaum ein Werk ist mehr verhunzt worden als Karl Marx' Schriften, und nicht wenige Auslegungen schließen sich gegenseitig aus. Ich bohre weiter. Schwade sagt schließlich, er sei in der KPF, weil er bewahren wollen, was an der DDR bewahrenswert sei. Aber was war an der DDR bewahrenswert?

Wir diskutieren weiter, finden aber keine Antwort. Erst viel später, als ich unser Gespräch auf dem Tonbandmitschnitt abhöre, fällt mir auf, daß meine Fragen das Ziel verfehlten. Es geht Günter Schwade (und wohl auch anderen Genossen in Thüringens KPF) gar nicht um Theorien, nicht darum, mürbe gewordene Bausteine des alten Weltbilds durch neue zu ersetzen. Thüringens KPF streitet nicht über ideologische Fragen, politisch tritt sie genausowenig in Erscheinung. Nein, Thüringens KPF ist eine Vereinigung von Verlierern, von Menschen, die einen Glauben verloren, aber keinen neuen gefunden haben. Sie wollen die PDS nicht in eine Kaderpartei stalinistischen Zuschnitts verwandeln, sondern gemeinsam trauern. Denn sie haben ihre Biographien verloren.

Günter Schwade war jemand gewesen in der DDR. Kein korrupter Spitzenfunktionär, sondern ein fleißiger Parteiarbeiter, der seine Aufgaben ernst genommen hat. Deshalb wurde er respektiert. Aber wenn er als Angehöriger der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI), einer staatlichen Kontrollbehörde, mal einen führenden Genossen bei einer Gesetzesübertretung erwischte, piffen ihn seine Oberen zurück. Das ärgerte ihn, er hat solche Episoden jedoch als Einzelfälle abgetan und sich weiter an seine sozialistischen Ideale geklammert.

Trotzig sagt Günter Schwade: „Die Enkel fechten's besser aus. Wir haben den Versuch nicht bestanden.“

Im neuen Deutschland sitzt Schwade gewissermaßen zwischen den Stühlen. So, wie sie war, wünscht er sich die DDR nicht zurück. Aber mit der Bundesrepublik kann er auch nichts anfangen. „Dieser Staat, in dem ich jetzt lebe, ist nicht mein Staat“, antwortet er, als ich ihn frage, ob er mittlerweile in der Bundesrepublik angekommen sei. „Angekommen bin ich zweifellos mit meiner Rente.“ Ihn erbittert es, daß ihm wie Zehntausenden anderen Ex-Funktionären nach der Einheit jahrelang die Rente wegen „Staatsnähe“ gekürzt worden ist. Zu Recht haben Schwade und die anderen Betroffenen dieses „Rentenstrafrecht“, das mittlerweile nurmehr einstige Mitarbeiter der Stasi trifft, als Diskriminierung empfunden, und sie sind tief beleidigt, daß der Gesetzgeber ihnen die Bezüge kürzte, wohingegen Nazibeamten mitsamt ihren Hinterbliebenen solche Beeinträchtigung nie widerfuhr.

Auch von der SPD ist er enttäuscht. Ein großer Teil der Mitglieder werde von der Führung mißbraucht. „Manche Wertungen aus der Vergangenheit waren gar nicht so falsch.“ Er spielt an auf die jahrzehntelange Verdammung der SPD durch die Kommunisten.

„Sozialdemokratismus“<sup>19</sup> war schon bald nach der Vereinigung von KPD und SPD 1946 ein gefährliches Schimpfwort. In den dreißiger Jahren sogar ein lebensgefährliches, sofern man sich im Machtbereich Stalins aufhielt.

Obwohl Schwade weiß, daß die DKP eine Sekte ist und bleiben wird, will er, daß die PDS mit ihr zusammenarbeitet. Nicht dagegen mit Trotzlisten der „IV. Internationale“, von denen er sich „vollkommen distanziert“. Auch hier geistige Überbleibsel aus der Zeit, als Leo Trotzki, nach Lenin der wichtigste Führer der Oktoberrevolution, zum Todfeind des Sowjetimperiums gestempelt wurde.

Manches von dem, was Günter Schwade sagt, klingt nach Sahra Wagenknecht. Nein,

Schwade widerspricht. Seine KPF-Genossen in Berlin bereiten ihm Kopfzerbrechen. „Sahra ist oft unhistorisch. Sie ist auch keine seriöse Historikerin“, sondern „fahrlässig“ in ihren Urteilen. „Wir sehen das kritisch, was da in Berlin besprochen wird.“

Schwade bestätigt, was ich in den vergangenen Jahren außerhalb Berlins immer wieder gehört habe. Das, was sich außerhalb der Hauptstadt Kommunistische Plattform nennt, hat mit Sahra Wagenknecht und Genossen oft wenig, manchmal auch gar nichts zu tun.

Also fahre ich nach Berlin, zum Koordinierungsrat der KPF, dem Leitungsgremium der Plattform. Neben verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und der Ökologischen Plattform besitzt auch die KPF ein Büro im Gebäude des PDS-Bundesvorstands.

Der Vorstand sitzt im Karl-Liebknecht-Haus in der Kleinen Alexanderstraße, Stadtbezirk Berlin-Mitte. Hier hatte früher die KPD ihr Hauptquartier. Die PDS-Führung braucht nicht alle Büroräume, zahlreiche sind vermietet, etwa an eine Buchhandlung, eine Kneipe, ein Reisebüro oder den Rechtsanwalt Gregor Gysi.

Ich bin gerne im PDS-Parteivorstand. Kein Pförtner fragt, wo man hin will, keiner verlangt einen Passierschein – das ist in anderen deutschen Parteizentralen anders. Wenn man etwa André Brie besuchen will, geht man in den ersten Stock und klopft an die Tür seines Büros, und wenn er da ist, hat man Glück gehabt. Dann hat er auch meistens ein wenig Zeit für ein Gespräch.

Unten im Karl-Liebknecht-Haus, neben dem Haupteingang, ist das Kommunikations-und-Informationen-Zentrum (KIZ) der Partei. Hier kann man Informationsmaterial in rauen Mengen erstehen. Im KIZ arbeitet auch der Literaturvertrieb, und dort entsteht in zügigem Tempo das Parteiarchiv. Wer etwas über die PDS erfahren will, findet hier fast alles, was er sucht. Ich bin bei der Lektüre etwa von klugen Zeitungen oder Politikeräußerungen oft erstaunt, wieviel manche Leute angeblich über die PDS wissen. In den Wochen, in denen ich das PDS-Archiv genutzt habe, saß ich allein im Aktenstaub. (Von anderen Parteien habe ich bei anderen Recherchen übrigens vergleichbares Material nicht erhalten, es wurde mir mit Hinweis auf archivrechtliche Schutzfristen verweigert.)

Ich klopfe im zweiten Stock des Karl-Liebknecht-Hauses an der braunen Tür des Zimmers 201 mit dem Schild „Kommunistische Plattform“. Ein kleiner weißhaariger Mann öffnet, lächelt mich freundlich an und läßt mich herein in zwei winzige miteinander verbundene Räume: Sekretariat und Versammlungszimmer. Ich stelle mich vor (und an der Reaktion meines Gesprächspartners fest, daß der Mann offenbar schon mal etwas von mir gelesen haben muß, mäßige Aussichten also). Er nickt weiter freundlich, während ich von meinem Buchprojekt berichte, und lächelt auch aufmunternd, als ich um einen Interviewpartner bitte. Es müsse keineswegs Sahra Wagenknecht sein, sondern nur jemand, der die Positionen der KPF gut vertreten könne. Vielleicht Michael Benjamin (der Sohn der „roten Hilde“, der einstigen DDR-Justizministerin, mitverantwortlich für die Verurteilung von Janka und Harich)? Benjamin zählt zu den geistigen Köpfen der KPF.

„Sahra Wagenknecht sagt nichts anderes als Michael Benjamin. Michael Benjamin ist manchmal sogar tiefgründiger“, sagt der freundliche weißhaarige Mann. Ich möge doch meinen Interviewwunsch schriftlich beantragen, man werde mir dann telefonisch Bescheid geben. Ich notiere auf einem Zettel, warum ich ein Gespräch mit einem KPF-Vertreter führen wolle, und überreiche meinen Antrag unterschrieben dem freundlichen weißhaarigen Mann. Mein Wunsch, an einem anstehenden Treffen des KPF-Koordinierungsrats teilzunehmen, wird gleichfalls lächelnd entgegengenommen.

Aus beidem ist nichts geworden, ich habe von dem freundlichen weißhaarigen Mann nichts mehr gehört. Auch Erinnerungsversuche via Telefon halfen nichts. So liegt mein Antrag wohl noch immer unbearbeitet im KPF-Büro im Karl-Liebknecht-Haus. Irgendwie erinnert mich das fatal an die DDR. Deren Bürger mußten manchmal lange warten, bis sie einen Telefonanschluß oder ein Auto bekamen. Manchmal warteten sie auch umsonst. Wie ich auf mein Interview mit einem KPF-Vertreter.

An die DDR erinnert mich bei meinen Recherchen in Sachen KPF aber noch mehr. Vor allem zeigt sich in den Äußerungen führender KPF-Vertreter eine ungebrochene DDR-Nostalgie. Sahra Wagenknecht etwa schreibt: „Im Vergleich zur BRD war die DDR in jeder Phase ihrer Entwicklung – selbst noch im ärgsten Niedergang – das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland. Wir haben daher keinerlei Anlaß, uns bei den bürgerlichen, den westdeutschen Kapitalismus von Beginn an tragenden Parteien CDU und SPD für unsere Herkunft und Geschichte zu entschuldigen.“<sup>20</sup>

Sie schwärmt geradezu von der DDR des kalten Kriegs, begrüßt die „Niederwerfung der Prager Konterrevolution durch sowjetische Truppen“<sup>21</sup> – also die Intervention des Warschauer Pakts gegen den Prager Frühling im August 1968 –, sieht die „aufsteigende Linie der DDR-Geschichte“ mit Ulbrichts Sturz 1971 beendet<sup>22</sup> und erweist sich als wahre Freundin der Stasi. Gemünzt auf die Bürgerrechtler der DDR sagt sie: „Wer sich offen gegen einen Staat wendet, muß mit denen rechnen, die für die Sicherheit des jeweiligen Staates zuständig sind.“<sup>23</sup>

In einem Nachruf auf Erich Honecker kritisiert sie diesen, weil er auf die Entspannungspolitik des Westens eingegangen sei. Und sie lobt ihn, weil unter seinem Kommando die Mauer gebaut wurde: „Er leitete die Maßnahmen zur Grenzbefestigung im August einundsechzig, die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende setzte.“<sup>24</sup> Auf die Frage, ob es etwas Liebenswertes für sie gebe in diesem Jahrhundert, antwortet sie: „Ja, in ihrer Unfertigkeit, in ihrem hoffnungsvoll Fragmentarischen – die DDR.“<sup>25</sup> Und an anderer Stelle: „Eigentlich gibt es nichts, von dem ich jetzt sagen würde, das hatte ich in der DDR nicht, das fehlte mir in der DDR.“

Auch nicht Südfrüchte, Infrastruktur, Informationsmöglichkeiten?

„Da könnte ich entgegenen: Mieten, Fahrpreise, BILD-Zeitung. Nein, auf eine so alltägliche Diskussion lasse ich mich ungern ein. Und Äpfel esse ich lieber als Bananen.“<sup>26</sup>

Die deutsche Vereinigung nennt sie „Annexion der DDR“, sie habe „dem Ostdeutschen nicht schlicht den Kapitalismus [gebracht], sondern sie brachte ihm den Kapitalismus in einer besonders miesen und abstoßenden Form“.<sup>27</sup>

Ich frage mich, ob es sinnvoll sein kann, sich mit solch wirklichkeitslosen Thesen auseinanderzusetzen. Es führt aber kein Weg daran vorbei, denn Argumente dieser Güte aus KPF-Kreisen saugen große Teile der PDS willig auf. Ich werde mich bei der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus in der PDS und den Positionen des Marxistischen Forums ausführlich mit den Äußerungen der Ostalgiker beschäftigen. Deshalb hier im Vorgriff nur einige wenige Anmerkungen.

Eine Annexion der DDR hat es nicht gegeben, auch wenn es unter Linken immer wieder kolportiert wird. Vielmehr genügte der Weg zur deutschen Einheit alle denkbaren völkerrechtlichen und demokratischen Kriterien. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß überwältigende Mehrheiten in Ost- und in Westdeutschland die Vereinigung gewollt haben. Der Einigungsvertrag ist in Volkskammer und Bundestag verabschiedet worden. Die Parteien, die die deutsche Einheit anstrebten, haben in allen Wahlen große Stimmenmehrheiten erzielt. Die Gründung der DDR und der Aufbau des Sozialismus waren daran gemessen mehr als fragwürdige Unternehmen; fast alle PDS-Vertreter, nicht nur die KPF, halten sie dennoch für legitim. (Der Streit über die Legitimität der DDR wird in diesem Buch noch einige Seiten füllen.)

Eine andere Frage ist, ob man den Weg zur deutschen Einheit oder die deutsche Einheit als solche für politisch falsch hält. Es ist ein alter Fehler der deutschen Linken, nicht zu akzeptieren, daß das Volk gegen seine „objektiven Interessen“, was immer das sei, entschieden hat. Ich habe die deutsche Einheit und die Einigungspolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung in vielerlei Hinsicht für falsch gehalten und glaube, daß bis heute kapitale Fehler gemacht werden (die zum Teil aus einer frappanten Ignoranz gegenüber ostdeutschen Befindlichkeiten erwachsen). Aber an den demokratischen Tatsachen ändern diese Einwände nichts.

Mir ist es auch schleierhaft, wie man einen Staat oder ein Land lieben kann. Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat auf eine solche Frage dereinst geantwortet, er liebe seine Frau. Aber geradezu grotesk ist Wagenknechts Rückgriff auf die Stalinsche Variante des nationalen Pathos angesichts der unbestreitbaren Menschenrechtsverletzungen, die das SED-Regime zu verantworten hat. Davon zeugen unzählige Dokumente, nicht zuletzt solche, die Historiker der PDS veröffentlicht haben. Die Enquete-Kommission des Bundestags über die „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat in einer achtzehn Teilbände umfassenden Dokumentation auf Zehntausenden von Seiten Hunderte von Zeitzeugen und Experten aller politischen Richtungen zu Wort kommen lassen und so die Unterdrückung in der DDR unabweisbar belegt. Der PDS-Bundestagsabgeordnete Dietmar Keller, der letzte SED-Kulturminister, hat in der Kommission mitgearbeitet. Er entschuldigte sich nicht nur bei der Bevölkerung der einstigen DDR für die Politik der SED, sondern erklärt in einem erstaunlich selbstkritischen Beitrag auch: „Die 1946 geschaffene Einheitspartei hatte aus meiner Sicht zu keinem Zeitpunkt einen echt zivilisatorischen Charakter.“<sup>28</sup>

Die Angehörigen der KPF eint mit vielen anderen PDS-Genossen, daß ihnen das Schicksal der Opfer des SED-Regimes<sup>29</sup> restlos gleichgültig ist. Und selbstverständlich hat die Plattformkommunistin Wagenknecht auch dafür triftige Gründe: „Ich meine, mit Moralisieren kommt man der Geschichte nicht bei, egal, welche konkrete Phase es betrifft. Richelieu hat den französischen Hochadel stark vermindert, die Französische Revolution hat Hunderte auf die Guillotine geschickt: Wird man diesen historischen Tatsachen etwa dadurch gerecht, daß man sie für moralisch verwerflich erklärt?“<sup>30</sup>

Noch schlimmer, viele Opfer des SED-Regimes werden nicht nur in KPF-Kreisen nach wie vor als Feinde gesehen. Ich habe diese niederschmetternde Erfahrung in vielen Diskussionen immer wieder machen müssen. Und mich gefragt, was Leute mit solchen menschenverachtenden Auffassungen in einer modernen sozialistischen Partei zu suchen haben. Denn das will die PDS ja sein, folgt man den Äußerungen ihrer Führung.

Modern ist an der KPF gar nichts. Vielmehr frönt sie einem geradezu ordinären Stalinismus. Auch wenn Vertreter der KPF in öffentlichen Veranstaltungen gerne mal Kreide fressen, so sie es für angemessen halten, ihre Stalin-Verehrung haben sie selbst vielfach dokumentiert. Am offensten einmal mehr Sahra Wagenknecht. In einem Aufsatz über „Marxismus und Opportunismus“ hat sie Klartext gesprochen:

„Stalins Politik – in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise – [kann] als prinzipientreue Fortführung der Leninschen gelten. (...) Und was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalin-Zeit vorbringen kann, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums (...).

(...) Dagegen entstellt keines von jenen Krisensymptomen, an denen der Sozialismus in seiner Endphase krankte, bereits in den zwanziger bis fünfziger Jahren das Bild der sowjetischen Gesellschaft. Wir finden keine wirtschaftliche Stagnation (...), keine Vernachlässigung der Wissenschaften und der Kultur.“<sup>31</sup>

Diese Sätze muß man sich Wort für Wort anschauen. Mehr als dreißig Millionen Tote, so die geschätzte Blutbilanz der Herrschaft des „Vaters der Völker“, sind laut Wagenknecht kein Niedergang, keine Verwesung. Etwa zehn Prozent des wirtschaftlichen Aufbaus in der Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg gehen auf Sklavenarbeit zurück, auf die sowjetische Variante der „Vernichtung durch Arbeit“. Um Industriegüter aus dem westlichen Ausland bezahlen zu können, exportierte Stalin Ende der dreißiger Jahre das Getreide der Ukraine und ließ Millionen Landsleute verhungern, von Soldaten bewacht, um Hungerrebellionen im Keim zu ersticken.<sup>32</sup> Die Verfolgung und Ermordung unzähliger Wissenschaftler und Künstler,

Lyssenkos<sup>33</sup> Vernichtung der Biologie, Schdanows<sup>34</sup> mörderischer Feldzug gegen jeden kritischen Geist in Literatur und Kunst unter dem Banner des „sozialistischen Realismus“, der tiefende Stalin-Kult in fast jedem Aufsatz, Buch, Film oder Bild – keine Stagnation, keine Verwesung? Ich will an dieser Stelle gar nicht erst eingehen auf die Schauprozesse in Moskau und den Gulag.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Die Vernichtung eines beträchtlichen Teils der eigenen Bevölkerung war keine bedauerliche Begleiterscheinung des sozialistischen Aufbaus, sondern seine Bedingung. Daran kann nur zweifeln, wer eine überwältigende Flut von Tatsachen nicht zur Kenntnis nimmt. Ich frage mich: Wäre das nicht genauso verwerflich, wie Auschwitz zu leugnen?

Wenn Sahra Wagenknecht und ihre KPF-Genossen das Wort „Sozialismus“, „Frühsozialismus“ oder „erster Sozialismus“ benutzen, meinen sie das stalinistische Herrschaftssystem. Folgerichtig erkennt Wagenknecht in der Milderung der Unterdrückung den Keim des Niedergangs. Für sie ist Stalinismus gleich Marxismus, und in ihren Augen begann der Niedergang des Sozialismus mit dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Auf diesem Parteitag im Jahr 1956 enthüllte Nikita Chruschtschow in einer Geheimrede nach Stalins Tod einen Teil der unglaublichen Verbrechen des stählernen Diktators. Die Partei distanzierte sich von Exzessen, stellte aber die Diktatur als solche nicht in Frage. Und doch war es im Sinn der Menschlichkeit ein enormer Fortschritt. Bereits geplante Schauprozesse, so gegen jüdische Ärzte oder etwa in der DDR gegen einst führende Kommunisten, wie Paul Merker und Franz Dahlem, mußten abgeblasen werden. Der Terror hatte ein Ende, die Unterdrückung nicht.

Außerdem verabschiedete sich der 20. Parteitag von Stalins These, daß der Sozialismus allein durch Gewalt errichtet werden könne. Unter Rückgriff auf Marx, Engels und Lenin hielten die sowjetischen Kommunisten es nun auch für möglich, dieses Ziel auf parlamentarischem Weg zu erreichen. Und die Sozialdemokraten sollten nicht mehr Feinde sein, sondern Gesprächs- und sogar Bündnispartner, bei allen weltanschaulichen Differenzen. Der 20. Parteitag der KPdSU trug dazu bei, daß dann in den sechziger Jahren der kalte Krieg allmählich auftaute. Eine grundlegende Abrechnung mit dem Stalin-Regime aber war schon deswegen nicht möglich, weil die, die sich da als Stalin-Gegner hervortaten, ja selbst jahrzehntelang verstrickt gewesen waren in die Verbrechen ihres Führers. Chruschtschow etwa gehörte zu den Hauptverantwortlichen für die ukrainische Tragödie.

Sahra Wagenknecht schreibt: „Die sowjetische Entspannungspolitik der fünfziger Jahre war (...) gleichbedeutend mit der Einführung des Opportunismus in die Politik.“ Aber wie kamen nach ihrer Auffassung alte Bolschewiken nun auf die Idee, dem Klassenfeind auf den Leim zu gehen? Natürlich hat Wagenknecht auch dafür eine Erklärung zur Hand: „Es geschah, weil die Sowjetunion durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert und durch das nukleare Übergewicht des Westens partiell erpreßbar war (...). Die Chruschtschow-Politik bleibt unbegreiflich, sofern sie nicht als Politik *bewußter Zugeständnisse* an die gegnerischen Forderungen begriffen wird; Zugeständnisse, die unerläßlich schienen in einer Situation östlicher Schwäche und nuklearer Unterlegenheit.“<sup>35</sup>

Die Entspannungspolitik war demnach eine antisozialistische Strategie des Gegners. Ihren ersten Erfolg feierte sie in Prag 1968, weitere mit den Verträgen von Moskau und Warschau und überhaupt allen Maßnahmen, die den Ost-West-Konflikt abbauen und die Verhältnisse in Europa menschlicher machen sollten. Das Berliner Viermächteabkommen und den Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR kommentiert Wagenknecht unzweideutig: „Im Grunde waren mit beiden Verträgen die Nahziele des westdeutschen Stufenprogramms zur Liquidierung der DDR erreicht.“<sup>36</sup> In dem Maß, wie das sozialistische Lager sich auf diese Politik des Westens eingelassen habe, habe es nicht nur revolutionäre Prinzipien preisgegeben, sondern auch die eigene Stabilität unterminiert. So Sahra Wagenknecht. Spitzt man diese Argumentation nur etwas zu, dann hat sich der reale

Sozialismus quasi selbst dem Feind ausgeliefert. Es bedurfte dazu nur eines Verräters. Der war schnell gefunden.

Der Verräter ist in den Augen der Plattformkommunisten Michail Gorbatschow. Wagenknechts Genossin Ellen Brombacher – im Dezember 1989 noch Mitglied des Ausschusses zur Vorbereitung des außerordentlichen SED-Parteitag, auf dem der Bruch mit dem Stalinismus erklärt wurde – schreibt: „Ich halte das Wort ‚Verrat‘ in diesem Zusammenhang schon für angemessen.“<sup>37</sup>

In allen diesen Äußerung wird unumwunden eingestanden, daß Sozialismus ohne Unterdrückung nicht möglich sei. Die Schuld am Untergang dieses Sozialismus tragen laut KPF der Imperialismus und jene kommunistischen Führer, die ihn nicht bis aufs Messer bekämpften, sondern mit westlichen Politikern über Abrüstung und menschliche Erleichterungen verhandelten.

Zwei Dinge fallen mir an diesen Thesen besonders auf: Erstens arbeiten jene, die sich sonst auf die „eherne Notwendigkeit der Geschichte“, die „entscheidende Rolle der Volksmassen“ oder die „historische Mission der Arbeiterklasse“ berufen, mit Kategorien wie „Verrat“, „Opportunismus“ usw., führen also weltgeschichtliche Ereignisse auf Fehler einzelner Subjekte zurück. Das ist ein klassischer Denkwiderspruch des stalinistischen Weltbilds – und Begründung unzähliger Verfolgungsmaßnahmen.

Zweitens: Auf die Idee, daß der Sozialismus Stalinscher oder auch Ulbrichtscher Prägung nicht funktionieren konnte, kommen diese Kommunisten nicht. Es ist erstaunlich: Da bricht binnen weniger Jahre ein Weltsystem zusammen, das sich als Maßstab der historischen Entwicklung betrachtete, und in KPF-Kreisen kommt nicht einmal die Frage auf, ob das nicht vielleicht am System selbst liegen könnte.

Es war keineswegs von Anfang an klar, daß die KPF auf Stalins Wegen wandeln würde. Ende November 1989, kurz vor dem Sonderparteitag der SED, sammelte sich eine Gruppe Berliner Einheitssozialisten mit der Absicht, die Kommunistische Partei Deutschlands neu zu gründen. In einem offenen Brief an die Delegierten des SED-Parteitag erklärte die „Initiativgruppe für eine Kommunistische Partei: „Wenn es dem außerordentlichen Parteitag der SED nicht gelingt, eine wahre marxistisch-leninistische Partei ins Leben zu rufen, dann laßt uns (...) ein kommunistisches Programm und ein revolutionäres Statut ausarbeiten.“ Die Initiativgruppe unterrichtete den neugewählten Parteichef Gregor Gysi. Dieser mahnte die Kommunisten, die Partei nicht zu spalten. Statt dessen sollten sie eine kommunistische Plattform bilden.

Am 30. Dezember 1989 gründeten daraufhin sechzehn Kommunisten die Plattform in Buckow bei Berlin. Es hatte keine langen Diskussionen gegeben. Wie auch, brach die SED doch in rasendem Tempo zusammen. Es handelte sich erst bei der KPD-Initiative und dann bei der Plattformgründung eher um einen spontanen Reflex auf Diskussionen in der SED-PDS, wie sich die Partei seit ihrem zweiteiligen Sonderparteitag kurzzeitig nannte. In der Partei setzten sich die Reformer praktisch widerstandslos durch, der Bruch mit dem Stalinismus war beschlossen worden, und als stalinistisch begriffen damals noch fast alle einstigen Einheitssozialisten auch das Regime von Honecker, Mielke und Genossen.

Außerdem meldeten sich Stimmen, die forderten, angesichts des angehäuften Bergs historischer Schuld die SED aufzulösen, eine Erneuerung sei nicht möglich.

In einem Rückblick erklärte die KPF-Führung: „Es sammelten sich Genossen, die sich als Kommunisten fühlten, ohne genau sagen zu können, was in dieser konkreten Situation kommunistische Politik ausmacht.“<sup>38</sup> Die Gründungsmitglieder verständigten sich auf drei Ziele: Sie wollten „kommunistisches Gedankengut in die Programmatik und praktische Politik der Partei einbringen“, sich gegen die Gleichsetzung von Stalinismus und Kommunismus wehren und verhindern, daß Kommunisten in K-Gruppen abwanderten oder sich aus der Politik zurückzögen.

Sinnigerweise begrüßte der neugewählte Parteichef Gregor Gysi die Gründung der Plattform, er will dabei sogar anwesend gewesen sein, wie er später in Trübung seiner Erinnerung

berichtet hat. Aber, das ist unbestreitbar, er gehört zu den geistigen Mitgründern der Plattform.<sup>39</sup> Das wird er inzwischen bereuen, sind es doch gerade verbale Exzesse von Wagenknecht, Benjamin und Genossen, die ihm politische Gegner um die Ohren hauen, um zu belegen, daß die PDS nicht nur de jure die Nachfolgepartei der SED sei. Aber wie hätte Gysi 1989 wissen sollen, daß Stalins Ideen eine Renaissance feiern würden? Zuerst erweckten die Plattformisten nämlich den Eindruck, sie wollten kommunistischen Ideale, was immer das sei, von stalinistischen Schandflecken befreien.

Unter dem Schock des gerade zurückliegenden realsozialistischen Niedergangs war sogar die KPF zu Erkenntnissen fähig, die nicht gänzlich realitätsfern waren. So legte die Plattform 1991 eine umfassende Stellungnahme vor, die einige bemerkenswerte Thesen enthält: Der Sozialismus „ging an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde. (...) So fehlten dem ‚Realsozialismus‘ nicht nur wirksame Mechanismen, in denen sich freie, bewußt und planmäßig handelnde Produzenten realisieren konnten, sondern fehlte vor allem auch ein demokratisches System für eine dynamische Konfliktregulierung.“ Die Rede ist auch von einem „bürokratischen Kommandosystem der SED“, ja, von einem „poststalinistischen Herrschaftssystem“. Und: „Damit wurde die Idee des Sozialismus, daß sich die Menschen eine sozial gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft schaffen, nicht eingelöst.“<sup>40</sup>

Michael Benjamin sagte im selben Jahr in einer Parteitage Rede über den Sozialismus der DDR: „Wir als PDS müssen uns bekennen zu unserer politischen Verantwortung für sein Mißlingen, für Irrtümer, Fehler, Versäumnisse, Ungerechtigkeiten und Verbrechen.“<sup>41</sup> Im Sommer 1991 erklärte der KPF-Koordinierungsrat mitsamt seinem Mitglied Benjamin: „Genossinnen und Genossen! Der Zusammenbruch des weitgehend von Stalin geprägten Sozialismusmodells bedeutet nicht, daß der Sozialismus gescheitert ist.“<sup>42</sup>

Doch nur kurze Zeit später werden Vertreter der KPF, aber nicht nur sie, empört die These zurückweisen, die DDR sei „poststalinistisch“ oder gar „stalinistisch“ gewesen. Je größer der Zeitabstand zur Niederlage der SED wird, desto unverdrossener dreschen die Plattformkommunisten einen von aller Verhüllung befreiten Stalinismus.

Woran liegt die Wende zurück zu Stalin und Ulbricht? Sie hat verschiedene Gründe. Den etwa, daß angesichts der zum Teil katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der deutschen Einheit die Ostalgie Fuß gefaßt hat, weit über die PDS hinaus. Selbst Menschen, denen es materiell gutgeht, stößt es übel auf, daß sie wie Bewohner eines innerdeutschen Entwicklungslands behandelt werden, in dem Milliarden von Mark scheinbar nutzlos versickern. Viele sind enttäuscht von der Vereinigung. Ihnen waren „blühende Landschaften“ versprochen worden, jetzt sind sie arbeitslos. In dem Maß, wie die Verbitterung wächst, verklärt sich die Erinnerung an die DDR.

Der langjährige PDS-Beobachter Heinrich Bortfeldt fürchtet aus gutem Grund, daß die restaurative Tendenz in der PDS zunimmt. Als Sahra Wagenknecht in einem „ND“-Interview im Januar 1995 die Wende als „Gegenrevolution“ schmähte, gaben ihr die meisten Leserbriefschreiber recht. Und obwohl Parteichef Bisky vor dem folgenden Parteitag in Berlin die Abwahl Wagenknechts forderte und Gysi in keinem Vorstand sitzen wollte, dem auch die Plattformkommunistin angehöre, fehlten dieser am Ende gerade mal dreißig Stimmen bei den Parteiwahlen. Sie hatte sich geschickt zum Opfer stilisiert und behauptet, sie sei falsch und unzureichend zitiert worden. Sie verurteilte Stalins Massenmorde und polemisierte gegen die These, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Bortfeldt: „Gemessen am Beifall, hätte Wagenknecht wohl einen Platz im Vorstand sicher gehabt, wäre da nicht die Drohung der Parteispitze gewesen.“<sup>43</sup>

Die Restalinisierung der KPF hat außerdem innerparteiliche Triebkräfte. Seit dem außerordentlichen SED-Parteitag im Dezember 1989 will die Führung der PDS um Lothar Bisky, Gregor Gysi und André Brie die Partei renovieren. Sosehr sie die Biographien ihrer Mitglieder verteidigt – manchmal eher emotional denn sachlich fundiert –, sosehr versucht sie die Partei auf einen demokratisch-sozialistischen Kurs zu verpflichten. Die PDS-Spitze kämpft um einen Platz in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Sie hat die deutsche

Einheit akzeptiert, ein unzweideutiges Verhältnis zu den Grundrechten der Verfassung entwickelt und ist bereit, die gegebenen politischen Spielregeln einzuhalten, ohne aber auf das Ziel des Sozialismus zu verzichten. Ihr Sozialismus heißt inzwischen vor allem Demokratisierung.

Angesichts dessen liegt es auf der Hand, daß die KPF sich an den Rand gedrängt sieht. Je weiter die PDS in ihren Programmen und den Aussagen ihrer Führung sozialdemokratisch wird – wie es die KPF interpretiert<sup>44</sup> –, um so schärfer die Angriffe der Plattform. Und um so mehr fühlen sich die PDS-Kommunisten gezwungen, den realen Sozialismus zu verteidigen. Sie attackieren in klassischer stalinistischer Manier die führenden Genossen, denen sie unverblümt vorwerfen, die PDS dem Klassenfeind auszuliefern: „Die deutsche Monopolbourgeoisie ist bestrebt, die PDS zu vernichten oder zumindest in die politische Bedeutungslosigkeit zu drängen, sei es durch Spaltung, sei es durch Rechtsorientierung.“<sup>45</sup> Nicht anders hat in den dreißiger Jahren Stalins furchtbarer Staatsanwalt Andrej Wyschinski argumentiert, als er die Zusammenarbeit von Verrätern in der eigenen Partei mit imperialistischen Mächten konstruierte. Mir ist bekannt, daß die KPF sich von den Moskauer Prozessen distanziert hat. Aber was nützt das, wenn sie genauso argumentiert wie jene, die die blutigste Kommunistenverfolgung der Geschichte durchgeführt haben?

Ein letzter Grund der KPF-Restalinisierung dürfte darin bestehen, daß die Enthüllungen über Machtmißbrauch und Korruption der SED-Führung und die Wut in der Bevölkerung Ostdeutschlands über die Selbstherrlichkeit von Honecker, Krenz & Co. zumindest einige KPF-Vertreter zeitweise veranlaßt hatte, vorsichtshalber Kreide zu fressen. Das halten sie nun nicht mehr für nötig. Jetzt sprechen die Genossen wieder Klartext.

Manche KPF-Leute haben ohnehin ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit. Sie halten es offenbar für moralisch gerechtfertigt, wenn nicht geboten, die Unwahrheit zu sagen, sofern es ihren vermeintlich höheren Zielen nutzt. Auch das ist eine alte kommunistische Tradition. Schon Lenin hatte es für legitim gehalten, den Klassenfeind zu belügen.

Taktisch ist auch das Verhältnis von KPF-Leuten zu zentralen Kriterien der Strategie und Taktik. Befragt, ob er politische Zwecke mit Gewalt durchsetzen wolle, antwortet Michael Benjamin: „Heute und hier, d. h. in Deutschland für den historisch überschaubaren Zeitraum, ist Gewaltanwendung mit dem Ziel sozialer Veränderungen perspektivlos und abzulehnen!“<sup>46</sup> Auf gut deutsch: Wenn es der KPF sinnvoll erscheint, Gewalt einzusetzen, wäre dies gerechtfertigt. Und: Wann es richtig ist, entscheidet sie selbst.

Geradezu abgrundtief unehrlich ist die Berufung der KPF auf den Pluralismus in der PDS. In dessen Namen verwahrt sie sich dagegen, aus der Partei ausgegrenzt zu werden. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die KPF die ihr gegenwärtig nützliche Meinungsvielfalt in der PDS schnurstracks beseitigen würde, wenn sie es für angebracht hielte und es ihr möglich wäre. Sahra Wagenknecht hat diese Variante gewissermaßen im Vorgriff schon einmal begründet: „(...) das pluralistische Parteikonzept ist selbstverständlich mit einer konsequent sozialistischen Politik ebenso unvereinbar wie das sozialdemokratische, es ist ja genau besehen nur eine Spielart desselben“.<sup>47</sup> An anderer Stelle verurteilt sie den Pluralismus als imperialistische Strategie.<sup>48</sup> Die KPF bekennt sich einzig und allein deswegen zum Pluralismus, weil „er den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland entspricht“.<sup>49</sup>

Aber warum schmeißt die PDS die paar Dutzend Berliner KPF-Sektierer nicht einfach aus der Partei? Warum erspart sie es sich nicht, vom politischen Gegner dauernd die Sprüche von Benjamin und Wagenknecht um die Ohren gehauen zu bekommen? Warum schließt die PDS nicht die Glaubwürdigkeitslücke, die die KPF immer wieder aufreißt? Ich habe diese Fragen mehreren führenden Genossen gestellt. Unisono lautete die Antwort: Weil man Stalinisten nicht mit stalinistischen Methoden bekämpfen könne und wolle.

Mich hat diese Haltung nicht überzeugt. Erstens hat die PDS ja bereits eine Reihe einstiger Genossen ausgeschlossen, nämlich große Teile der Führungsgarde der SED. Zweitens leidet die Glaubwürdigkeit der PDS darunter, daß es in ihren Reihen Platz für unverkappten



Stalinismus gibt. Drittens wäre es eine Konsequenz dieses Arguments, daß man niemanden ausschließen darf, nicht einmal Nazis oder Befürworter von Völkermord und sonstigen Verbrechen. Viertens erfolgten Parteiausschlüsse in kommunistischen Parteien willkürlich, die Parteien in der Bundesrepublik unterliegen aber dem Parteiengesetz. Dieses verlangt rechtsstaatliche Schiedsverfahren und gibt den Betroffenen von Schiedsverfahren umfassende Rechte. Fünftens haben Parteiausschlüsse in der Bundesrepublik für die Betroffenen keine sonstigen Nachteile zur Folge, ganz im Gegensatz zur Stalin-Zeit, als sie oft genug die Vorstufe waren für Verfolgung und Mord. Sechstens sind massive Verstöße der KPF gegen das Programm der PDS nachweisbar. Siebtens kann man sich nicht vom Stalinismus lösen, ohne sich von dessen Hauptverfechtern zu lösen. Achstens denkt die KPF nicht daran, sich an die parteiinternen Spielregeln zu halten.<sup>50</sup>

Warum also keine Trennung? Weil sich in der KPF Meinungen kristallisieren, die in der gesamten PDS verbreitet sind.<sup>51</sup> Genauer gesagt: die in der PDS ideologische Mehrheiten finden. Michael Nelken, der dem Reformflügel in der PDS zuzurechnen ist, schreibt, „daß hier ‚Verstand und Vernunft‘ der Partei mit dem eigenen Unterbewußtsein und der verunsicherten Psyche großer Teile der Mitgliedschaft im Streite liegen“.<sup>52</sup> Ich kann diese Aussage nur bestätigen nach all den Jahren, in denen ich in Stadt und Land PDS-Mitglieder und -Basisorganisationen, -Versammlungen und -Veranstaltungen erlebt habe. Zwar würden es sich fast alle PDS-Genossen verbitten, würde man sie als Stalinisten titulieren. Aber die meisten denken nach wie vor in Stalins Kategorien (dazu an späterer Stelle mehr).

Die Plattform ist relativ gut organisiert, hat eine eigene Satzung, eine Zeitschrift – „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“ – und wird von einem Gremium geleitet, dem Koordinierungsrat. Sie erhält jedes Jahr ein paar tausend Mark aus der PDS-Kasse – 1995 waren es beispielsweise 7000 Mark<sup>53</sup> – und Spenden. Sie ist in allen ostdeutschen PDS-Landesverbänden vertreten sowie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. In Neufünfland gibt es in jedem fünften Kreisverband eine Gruppe, die sich der KPF zugehörig fühlt.<sup>54</sup> Aber die meisten Plattformisten dürften sich nur unregelmäßig treffen und im gemütlichen Beisammensein meist greiser Unbelehrbarer früherer Heroenzeiten gedenken.

Beim Zoff um die KPF geht es nur um deren Berliner Führung. Diese Minigruppe kann Streit inszenieren, sich medial geschickt in Szene setzen, aber sie betreibt keine wirkungsvolle Politik außerhalb der Partei. Sie hat keine Strategie und so anachronistische Ziele, daß sie als politische Organisation gesellschaftspolitisch unbedeutender ist als die DKP. André Brie hat recht, wenn er sagt: „Das eigentliche Problem der KPF ist nicht ihre gesellschaftliche Wirksamkeit, sondern ihr Wirken in der PDS.“<sup>55</sup>

Die KPF bedient die Gefühlswelt meist älterer Genossen, die nicht umsonst gelebt haben wollen. Sie liefert Argumente gegen die Notwendigkeit, sich zu ändern. Sie sagt den Genossen: Schaut auf die Folgen der Einheit! Im Prinzip haben wir doch recht gehabt. Wenn die KPF die eigene Partei angeht, dann tut sie es, um die Glaubenssätze von gestern zu retten. Sie geriert sich als Linienpolizei, wobei sie selbst bestimmt, was die Linie ist.

Aber obwohl sie schon 1991 selbstkritisch erkannt hat, daß sie nicht weiß, welche „politischen Ziele wir langfristig verfolgen und wo wir in den realen gesellschaftlichen Bewegungen die Ansatzpunkte für ihre Verwirklichung sehen“<sup>56</sup>, hat die Plattform bis heute nichts Vorwärtsweisendes produziert. Das beschränkt ihre Wirkungsmöglichkeiten beträchtlich. Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Der heutige Stalinismus, wie immer er sich verpackt, kennt keine andere Strategien als die von gestern. Der Stalinismus ist rückwärtsgewandt, sein Weltbild stammt aus den zwanziger und dreißiger Jahren, und so ist er eigentlich ein Anachronismus. Wie sollte die KPF auch Antworten auf Fragen des Turbokapitalismus in der Zeit der Kohlenzechen finden?

Trotz Verbitterung über die Einheitsfolgen, trotz Ostalgie und Osttrotz, die KPF wird künftig an Bedeutung verlieren, weil sie keine Alternativen zum Kurs der PDS-Reformer hat. Schon

auf dem Schweriner Parteitag im Januar 1997 zeigte sich, daß in der PDS der Kopf die Überhand gewinnt über das Gefühl. Allerdings: Die Medien und konservative Kräfte werden sich ihre KPF nicht nehmen lassen. Genügt es doch oft, krude Thesen von deren Exponenten hervorzukramen, um sich der Auseinandersetzung mit der Partei zu entziehen. Am Ende wird darin die Hauptbedeutung der KPF bestehen. Gegen den Willen ihrer Mitglieder. Aber unbestreitbar.

## **In großer Sorge**

*Das Marxistische Forum*

Ich bin für ein paar Tage bei einem Freund in Berlin-Friedrichshagen untergekommen. Herbert Brehmer war bis 1989 Offizier in der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Ich hatte ihn Mitte der achtziger Jahre kennengelernt, als er sich mir unter falschem Namen – „Dr. Herbert Bartels“ – als Mitarbeiter des SED-Zentralkomitees vorstellte. Ich sollte als Lektor eines Hamburger Verlags die Memoiren von Heinz Felfe betreuen, eines einstigen KGB-Spions im Bundesnachrichtendienst, und Herbert vermittelte zwischen mir und dem Autor. Wobei vermitteln wohl auch hieß, seine und meine Änderungsvorschläge beim Autor durchzusetzen. Erst viel später hat mir Herbert erzählt, daß das Buchprojekt eine Aktion des KGB gewesen sei. Die Begeisterung in der SED habe sich in engsten Grenzen gehalten. Und das kann man auch verstehen, denn bei der Buchvorstellung im Ostberliner „Palasthotel“ zückte Heinz Felfe zu aller Überraschung einen bundesdeutschen Paß und präsentierte sich als Mann mit doppelter Staatsbürgerschaft. Wenn man so will, war Felfe der einzige DDR-Professor mit bundesdeutschem Paß; nach seiner Entlassung aus westdeutscher Haft war Felfe Kriminologe an der Humboldt-Universität geworden und hatte gewiß keine unüberwindlichen Hindernisse zu überwinden, um akademische Würden zu erlangen.

Es war eine gute Zusammenarbeit mit Herbert, und dabei und viele Jahre danach diskutierten wir über alle möglichen Dinge, auch darüber, was vielleicht nach Honecker möglich wäre. Herbert war von Anfang an ein Anhänger Gorbatschows, er litt unter der Borniertheit seiner Chefs. Schon sein Vater, ein Spanienkämpfer, war in der SED schikaniert worden, weil er in den Westen emigriert war, als die Nazis die Macht übernahmen. Und Herbert hatte in der Stasi manchmal einfach nur deshalb schlechte Karten, weil er jüdischer Herkunft ist. Herbert gehört zu den wenigen einstigen Stasioffizieren, die sich ihrer Vergangenheit stellen. Er könnte es sich leichter machen und sich wie sein einstiger Chef Markus Wolf darauf hinausreden, daß der Spionagedienst eigentlich nur den Namen gemein gehabt habe mit der Stasi. Aber so billig läßt sich Herbert nicht heraus der Sache. Gemeinsam mit einem Freund und Exkollegen hat Herbert aufgeschrieben, wie sie in der Abteilung X – zuständig für „aktive Maßnahmen“ – im Westen Politik gemacht haben.<sup>57</sup> Eines der wenigen rückhaltlos ehrlichen Bücher und das beste überhaupt zu diesem Thema.

Ein Beispiel daraus: Heute ist immer noch hin und wieder vom „KZ-Baumeister Lübke“ die Rede. Um diesen Vorwurf in die Welt zu setzen, hatte die Abteilung X Baupläne der Firma gefälscht, in der Lübke zu Zeiten des Dritten Reichs arbeitete. Manche Lügen der Stasi werden wohl ewig leben, so auch die über den Bundespräsidenten Heinrich Lübke, den die Nazis aus allen Ämtern geworfen und 1933 bis 1935 eingesperrt hatten. Aus dem Naziopfer wurde ein Täter – bis heute!

Herbert ist bald aus der PDS ausgetreten. Er will die Partei nicht mit seiner Vergangenheit belasten. Andere sind da weniger zimperlich. Unter nicht geringem Beifall etwa tönte ein Ex-Stasioffizier auf einem PDS-Landesparteitag in Sachsen-Anhalt, er bereue keine Minute seines Lebens, in der er für die Stasi gearbeitet habe.

Immer wenn ich in Berlin bin, quartiere ich mich bei Herbert Brehmer ein. So auch, als ich im Parteivorstand der PDS für mein Buch recherchiere. Aber an einem Tag fahre ich mit der S-Bahn nicht bis zum Alexanderplatz, um dann von dort zum Karl-Liebknecht-Haus zu laufen, sondern bis zur westlichen Endstation der alten S-Bahn-Linie Erkner-Potsdam, die Berlin von Ost nach West durchschneidet.

Irgendwann wird Ostberlin moderner aussehen als der Westteil der Stadt. Baustelle um Baustelle, neue Bürogebäude, viele stehen aber leer. Auch die Bahnhöfe an der Strecke

werden renoviert und die Gleise erneuert, mit Verspätungen ist immer zu rechnen. Der S-Bahnhof Friedrichstraße, zu DDR-Zeiten der wichtigste Berliner Grenzübergang, ist kaum wiederzuerkennen. Wer früher die Mauer in der S-Bahn überquerte, konnte in Häuserfassaden Einschußlöcher aus dem letzten Krieg erkennen. Ich bin hier seit den siebziger Jahren unzählige Male gewesen, bis 1989 hatte sich praktisch nichts geändert, seitdem aber finde ich mich manchmal nicht mehr zurecht.

Der Landtag in Potsdam dräut martialisch auf einer Anhöhe wie eine riesige Festung. Früher hatte hier die SED über die Stadt und den nach ihr benannten Bezirk geherrscht. An solchen Riesenbauten manifestiert sich sinnbildlich, welcher gigantischen Apparat die Einheitspartei einsetzte, um ein kleines Land zu dirigieren. 44 000 Frauen und Männer führten Ende der achtziger Jahre die Weisungen des Politbüros aus!

Im Potsdamer Landtag bin ich mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky verabredet. Er ist in weiten Kreisen bekannt geworden als Vorsitzender eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die dubiosen Beziehungen von Ministerpräsident Manfred Stolpe, vor der Wende Spitzenfunktionär der evangelischen Kirche in der DDR, mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beleuchten sollte. Auch wenn je nach Interessenlage die Ergebnisse des Ausschusses unterschiedlich ausgelegt worden sind, so haben doch fast alle Teilnehmer und Beobachter Bisky bescheinigt, seinen Job mit Bravour gelöst zu haben. In der Tat, Bisky ist der ideale Vermittler. Sein Vorgänger Gregor Gysi ist rhetorisch brillant, ein origineller Kopf, immer für ein Bonmot zu haben, die Idealbesetzung für jede Talkshow. Gysi hat die Partei gerettet, als sie 1989 und 1990 mehrfach kurz vor der Auflösung stand. Er hat die Erneuerung personifiziert, auch wenn die Partei ihn oft nicht begriff und keineswegs erneuert war. Gysi war die PDS, und er hat mit seiner medialen Allgegenwart viele Relikte der Vergangenheit verkleistert. Alle Wahlkämpfe der PDS waren Gysi-Wahlkämpfe. Aber seit die PDS aus dem größten heraus ist, seit das Überleben gesichert und die maledite Streiterei um das SED-Vermögen ausgestanden ist, ist die Partei in ruhigere Fahrwasser gekommen. Wurde lange Zeit viel parteiinterner Zwist übertönt durch Gysi und den die Partei zusammenschweißenden Druck von außen, so treten nun die Gegensätze offen zutage. Die Lager in der Partei haben sich formiert und tragen ihren Streit unverbrämt aus. Die Partei braucht jetzt einen Chef, der ausgleicht. Und das vermag niemand besser als Lothar Bisky, der Vorsitzende wider Willen.

Man kann Bisky alles mögliche unterstellen, aber bestimmt nicht, daß er Macht und Geltung anstrebt. Am liebsten würde der „Professor“, wie ihn manche Genossen respektvoll nennen, noch heute an irgendeiner ostdeutschen Hochschule als Medienwissenschaftler arbeiten. Es ist nicht auszuschließen, daß ihm das irgendwann noch einmal gelingt. Allerdings ist es fraglich, ob seine Partei ihnen ziehen läßt. Jetzt hat sie ihn erst einmal dazu verdonnert, für den Bundestag zu kandidieren. Wenn Bisky sich nicht aufstellen lasse, wolle er auch nicht mehr, hatte Bundestagsgruppenchef Gysi erklärt.

So wird denn wohl die TV-Öffentlichkeit künftig hin und wieder einen untersetzten, gemütlich wirkenden, ruhigen Brandenburger am Bundestagsrednerpult erleben. Nein, ein Volkstribun, ein großer Redner wie Gysi ist Lothar Bisky nicht. Ungelenk und wie spät anerzogen wirken seine Bemühungen, seine Genossen in Parteitagsreden anzufeuern. Das ist so aufgesetzt, daß er sich immer wieder verspricht, wenn er Temperament zeigen will.

Von Lothar Bisky erhoffe ich mir Unterstützung bei meiner Recherche. Ich will die Korrespondenz zwischen ihm und der Partei studieren, erfahren, wie das psychische Innenleben der PDS aussieht, was die Genossen und was ihren Vorsitzenden bedrückt, bewegt und erfreut. Ich weiß, daß diese Bitte mehr als ungewöhnlich ist. In anderen Parteien würde sie wohl als Frechheit zurückgewiesen. Da kommt ein Journalist und will Briefe lesen!

Ich frage Bisky, und der sagt, ohne lange zu überlegen, er sei einverstanden. Ich solle mir in seinem Büro im Karl-Liebknecht-Haus die Korrespondenz holen.

Ich fahre zurück zum Alexanderplatz und gehe schnurstracks zum Bürovorsteher Biskys im

Karl-Liebnecht-Haus, dem einstigen DDR-Karrierediplomaten Horst Siebeck. Außer Siebeck sitzt im Büro Lutz Bertram, damals Medienberater des Parteichefs. Bertram war lange Jahre der beste Jugendradiomoderator der DDR gewesen und erfreute sich auch nach der Wende größter Beliebtheit bei seinen Zuhörern. Bis er über seine Stasiverstrickung stürzte. Der blinde Moderator hatte unter dem Decknamen „Romeo“ Dienste für die Stasi gegen Westreisen getauscht – ein eher tragischer Fall. Ich habe nicht verstanden, wie der laute, narzißtische Zyniker Bertram und der zurückhaltende, uneitle Bisky zusammenarbeiten konnten. Aber es klappte ja auch nur kurz. Wenn überhaupt.

Als ich Siebeck und Bertram von meinem Gespräch mit Bisky berichte und um die Chefkorrespondenz bitte, wird Siebeck leicht blaß (ich bilde mir das zumindest ein; allerdings: Dürfen Diplomaten die Gesichtsfarbe verändern?), und Bertram kräht empört los. Siebeck tröstet mich, er müsse erst einmal mit dem Professor telefonieren. Kurz und schlecht, das Gezerre geht mehrere Tage, und am Ende wird mir angeboten, ich könne in Biskys Beisein ausgewählte Korrespondenzvorgänge lesen. Darauf kann ich verzichten. Ob Bisky und der Parteiapparat zusammenpassen, weiß ich nicht. Aber Zweifel sind angebracht. Insider berichten, daß der Professor immer mal wieder von seinen Mitarbeitern bearbeitet werde. Bisky denkt nicht in den winkligen Kategorien des Parteiapparats, sondern geradeaus. Ich glaube, er wird nie verstehen, warum Menschen um Machtpositionen wetteifern, Intrigen spinnen oder Verdächtigungen austüfteln.

Es braucht einiger Anstrengung, um Bisky in Rage zu bringen. Wenn ich es richtig beobachtet habe, so hat ihn neben den am Ende fehlgeschlagenen Strangulationsversuchen des Berliner Finanzamts, das die PDS mit einer so happigen wie ungerechtfertigten Steuerforderung dicht an die Pleite trieb, kaum etwas mehr empört als eine Anzeige im „ND“ vom 18. Mai 1995: Unter der Überschrift „In großer Sorge“ reklamierten 38 Wissenschaftler, Kulturschaffende und Bundestagsabgeordnete die „Aufweichung des Oppositionsverständnisses, Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage“ (siehe Kasten).

((Kasten Anfang))

### ***In großer Sorge***

*Wir sind nach der ersten Tagung des 4. Parteitages sehr besorgt um die Zukunft der PDS. Sie war in den Wahlkampf 1994 mit einem Parteiprogramm und einem Wahlprogramm gegangen, in denen entscheidende Fragen nach langer Diskussion vernünftig und konsensfähig beantwortet, andere offen gelassen worden waren. Sie hat einen guten Wahlkampf geführt und ihr Wahlziel, den Wiedereinzug in den Bundestag, erreicht. Damit ist die entschiedenste Oppositionskraft weiterhin bundespolitisch vertreten.*

*Es mußte damit gerechnet werden, daß die Herrschenden nach neuen Wegen suchen würden, diese Kraft auszuschalten. An die Seite der alten Ausgrenzungspolitik tritt, vor allem durch kluge SPD-Politiker, der Versuch, die PDS durch Anpassungsforderungen letztlich überflüssig zu machen.*

*Anstatt eine Diskussion darüber zu führen, wie unter den neuen Bedingungen der Wählerauftrag zu verwirklichen ist, wurde eine gespenstische Schlacht in den eigenen Reihen unter der absurden Losung „Reformer gegen Stalinisten“ eingeleitet. Der Grundkonsens der Partei wurde in drei Fragen aufgekündigt: Aufweichung des Oppositionsverständnisses, Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrages; Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts und Einschränkung des Pluralismus in der Partei. Die sozialistische Zielstellung verwandelt sich in eine unverbindliche Vision.*

*Diese ohne jede Not eingeschlagene Richtungsänderung ist unbegründet, leichtfertig und gefährlich. Wenn die PDS dem Anpassungsdruck nachgibt, untergräbt sie ihre Existenzgrundlagen. Je mehr sich die Bundesrepublik nach rechts entwickelt, desto wichtiger*

wird die Aktivität einer konsequenten linken Oppositionspartei. Wir wissen nicht, wie groß die Chance dieser Partei ist. Der Weg der Anpassung führt auf jeden Fall in die Überflüssigkeit, ins Nichts.

Die Verbindung von DDR-Herkunft, Verteidigung von Ost-Interessen und entschiedener linker gesamtdeutscher Opposition ist nicht Schwäche, sondern, bei entsprechender Politik, die eigentliche Stärke der PDS.

Um die Tradition einer großen historischen Bewegung für eine neue, ganz andere Zukunft zu nutzen, ist dreierlei notwendig:

1. Den Charakter der PDS als konsequente Oppositionspartei zu bewahren, den entschiedenen Widerstand gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland fortzuführen, ostdeutsche Interessen und die Interessen aller Diskriminierten und durch den Rechtskurs Benachteiligten zu verteidigen.
2. Gemeinsam den Versuch zu unternehmen, vernünftig, also radikal Vergangenheit und Gegenwart zu analysieren und dabei für unsere Strategie das, was wir bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt haben, nicht leichtfertig zugunsten neuer Moden über Bord zu werfen.
3. Den in der PDS historisch gewachsenen Pluralismus zu verteidigen. Gerade hier liegt eine wesentliche Veränderung gegenüber der SED. Es ist absurd, den libertären Charakter einer künftigen sozialistischen Gesellschaft zu beschwören und gleichzeitig in der heutigen PDS die Solidarität aufzukündigen.

(38 Unterschriften)

### **Roß und Reiter nennen!**

In der Erklärung „In großer Sorge“ wird die Behauptung aufgestellt, irgend jemand in der PDS hätte leichtfertig und unbegründet eine gefährliche Richtungsänderung der Partei vorgenommen. Irgend jemand hätte den Grundkonsens der Partei in drei Fragen aufgekündigt. Damit hätte dieser jemand die Entwicklungsgrundlagen der Partei untergraben. Ich stelle dazu folgende Fragen:

1. Wer hat „eine gespenstische Schlacht in den eigenen Reihen unter der absurden Losung ‚Reformer gegen Stalinisten‘ eingeleitet“?
2. Wer hat den Grundkonsens der PDS aufgekündigt?
3. Wer geht den „Weg der Anpassung“?

Als Vorsitzender der PDS fühle ich mich, solange niemand sonst mit Namen genannt wird, persönlich angesprochen. Ich weise diese Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück. Wenn irgend etwas dieser Partei den Todesstoß versetzen kann, dann ist es die historische Wiederbelebung dieser Art von Denunziation und politischem Rufmord, bei dem weder Roß noch Reiter genannt werden. Mein Respekt vor den Unterzeichnenden läßt mich trotz aller Sorge hoffen, daß wir den Weg zum politischen Dialog finden werden.

Lothar Bisky<sup>58</sup>

((Kasten Ende))

Bisky sah in der Erklärung der „38er“ einen heimtückischen Angriff auf die Partei. Und mehr als das. In einer spontanen Erwiderung schäumte er: „Als Vorsitzender der PDS fühle ich mich, solange niemand sonst mit Namen genannt wird, persönlich angesprochen. Ich weise diese Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück. Wenn irgend etwas dieser Partei den Todesstoß versetzen kann, dann ist es die historische Wiederbelebung dieser Art von Denunziation und politischem Rufmord, bei dem weder Roß noch Reiter genannt werden.“ Was ist der Hintergrund des Streits? Die 1. Tagung des 4. PDS-Parteitags im Januar 1995 hatte den „antistalinistischen Grundkonsens“ des außerordentlichen Parteitags vom Dezember 1989 bekräftigt: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.“ Sahara

Wagenknecht war nach ultimativen Drohungen von Bisky und Gysi nicht mehr in den Vorstand gewählt worden. Nachdem im März 1994 auf einem Wahlkongreß quasi ein Waffenstillstand zwischen den Lagern zustande gekommen war im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Oktober 1994, ging die Parteispitze nun nach dem Wiedereinzug der Partei ins Bonner Parlament daran, ihre programmatischen Vorstellungen stärker in der Partei zu verankern: weg vom Klassenkampfdenken und von der aufblühenden Ostalgie, hin zu einem Reformprogramm. Gregor Gysi forderte einen „Gesellschaftsvertrag“, einen Interessenausgleich der sozialen Kräfte in Deutschland – eine Todsünde in den Augen jedes Marxisten-Leninisten (zur Strategiedebatte an anderer Stelle mehr).

Es ist nicht überraschend, daß auch KPF-Wortführer Michael Benjamin besorgt war und unterschrieben hat. Daneben auch der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, erst seit Januar 1997 Mitglied der Partei, der auf der baden-württembergischen Landesliste in den Bundestag eingezogen war. Wolf war einer Führer der „IV. Internationale“ in Deutschland und zeitweise Ghostwriter des trotzkistischen Cheftheoretikers Ernest Mandel gewesen. Mandel hatte vor allem in den siebziger Jahren so originelle wie faszinierende Marx-Interpretationen vorgelegt und nicht geringen Einfluß vor allem in studentischen Kreisen gewonnen.<sup>59</sup>

Winfried Wolf zeigte sich erstaunt über die heftige Reaktion vor allem der Parteiführung auf den Aufruf. Die Unterzeichneten hätten keine Namen genannt, „weil sie eine Personalisierung ablehnen und darauf verweisen können, daß die Kritik zu einem erheblichen Teil Positionen von Parteivorstand und Parteitag trifft“, schreibt der Bundestagsabgeordnete in einem Leserbrief an das „ND“. Er weist den Vorwurf zurück, die Besorgten wollten eine linke Plattform zimmern.

Wolf weiter: „Angesichts der Tatsache, daß der Aufruf sich als leicht instrumentalisierbar erwies, und angesichts der Distanzierung, welche 22 von mir geschätzte PDS-MdB-Kolleginnen und -Kollegen dazu äußerten, halte ich den Aufruf in dieser Form im nachhinein für einen Fehler. Ich ziehe jedoch meine Unterschrift nicht zurück, auch weil dies einer undemokratischen Unterwerfungszeremonie gleichkäme.“<sup>60</sup> In der Tat, seine Gruppenkollegen im Bundestag hielten den „Vorwurf der Aufweichung des Oppositionsverständnisses oder gar Anpassung an die SPD“ für eine „böartige Unterstellung“.<sup>61</sup> Was in der Auseinandersetzung nicht deutlich wurde, ist die Frage, ob Wolfs Unschlüssigkeit nicht damit zusammenhängt, daß ihm zu spät klar geworden war, mit wem er sich eingelassen hatte. Es ergab sich nämlich die delikate Lage, daß sich ein ausgewiesener Trotzlist plötzlich inmitten einer Schar offenbar unverbesserlicher Altstalinisten sah.

Die meisten „38er“ gehören zu den einstigen Ideologieproduzenten der SED. Der Philosophieprofessor Gottfried Stiehler etwa vermerkte dereinst, „daß sich der historische Fortschritt in der sozialistischen Gesellschaft durch Planmäßigkeit, Proportionalität, Stetigkeit auszeichnet und daß er jenen zugute kommt – den werktätigen Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft –, die ihn vollziehen.“ Das zeigten „die Tatsachen“.<sup>62</sup>

Heinz Jung war lange Jahre Wissenschaftsfunktionär der DKP, einer der eifrigsten Verfechter des SED-Stalinismus in der Bundesrepublik. Herbert Hörz entdeckte die Wahrheit nur auf Seiten der Arbeiterklasse, auch in den Naturwissenschaften<sup>63</sup>, und verwies auf das „Beispiel der sozialistischen Staaten“, die „hinsichtlich des Umweltschutzes eine grundsätzlich andere Zielstellung als kapitalistische Länder“ verfolgten: „Sie ist direkt auf das Wohl des Volkes orientiert.“<sup>64</sup> Günter Görlich wurde uns in der DKP-Parteischule als Paradebeispiel des realsozialistischen, parteilichen Schriftstellers präsentiert. Er war so parteilich, wie seine Produkte mäßig sind. In den Auseinandersetzungen im Schriftstellerverband der DDR um die Biermann-Ausweisung 1977 gehörte Görlich zu den Scharfmachern um Herrmann Kant. Görlich saß im Präsidium des von Kritikern gesäuberten Schriftstellerverbands und erklärte: „Unter den komplizierten Bedingungen des weltweiten Klassenkampfes heute ist es eine der vorrangigen Aufgaben unserer Literatur, jeden Angriff auf die Ideale der Menschlichkeit, unsere Weltanschauung auf ihre Weise zurückzuweisen.“<sup>65</sup> Willy Sitte glorifizierte den sieghaften Proletarier in Monumentalgemälden, war lange Jahre Präsident des DDR-

Künstlerverbands und Abgeordneter der Volkskammer.

Der wohl prominenteste Besorgte ist der Historiker Ernst Engelberg, der in den achtziger Jahren mit einer respektablen zweibändigen Bismarck-Biographie hervorgetreten ist.<sup>66</sup> Weniger bekannt ist, daß Engelberg zu den wichtigsten Historikerideologen der DDR zählte mit dem Auftrag, die Geschichte Ulbricht und später Honecker quasi auf den Leib zu schneiden. Engelberg dichtete mit an den voluminösen Werken über die Historie der Arbeiterbewegung, sang mit bei den Lobeshymnen auf den „großen Stalin“ und war auch dabei, als es darum ging, den „großen Führer“ und seine Exzesse zu übertünchen – kurz und schlecht: Engelberg kämpfte an der Geschichtsfrente für die SED, immer so, wie das Politbüro es anordnete.

Über den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 wußte Engelberg Erstaunliches zu berichten:

„Wer erinnerte sich nicht der ‚Kristallnacht‘ vom November 1938? Ist denn das eine zufällige Parallele? Wer erinnerte sich nicht der Schläger- und Mordkolonnen der SA schon aus den Jahren von vor 1933 (...) Dieselben wutverzerrten, stumpfsinnigen Fressen, dieselbe Randalierwut, dasselbe verlogene Gegröle. Es soll keiner mehr kommen und versuchen, dem 16. und 17. Juni solch ein bißchen echte Arbeiterbewegung anzudichten.“<sup>67</sup>

Engelberg war der erste Vorsitzende der von Ulbricht 1958 gegründeten Historiker-Gesellschaft der DDR, die „alle auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts in der DDR tätigen Historiker vereinigen soll, damit wir noch besser als bisher in der Lage sind, auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus das sozialistische Geschichtsbild zu erarbeiten und den Kampf gegen die Verfälschungen der Geschichte durch die Bourgeoisie zu führen.“<sup>68</sup> So der DDR-Vorzeigehistoriker in einem Brief an seinen Auftraggeber Walter Ulbricht. Engelberg kann nicht behaupten, nicht gewußt zu haben, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gefälscht wurde. Er war dabei. Die SED zeigte sich dankbar. Ich habe noch gut die Worte eines DDR-Archivars im Ohr, der mir sein Leid klagte, weil Engelberg jahrelang sämtliche Quellen zur Bismarck-Forschung mit Beschlag belegen durfte und niemand anderer auf diesem Feld tätig werden konnte. Der führende Kopf der Besorgten aber ist der Bundestagsabgeordnete Uwe-Jens Heuer, rechtspolitischer Sprecher seiner Partei und Hauptreferent auf diversen Kongressen. Da ich in diesem Buch noch umfassend eingehen will auf die Vergangenheitsaufarbeitung in der PDS, beschränke ich mich hier auf einen Hinweis: Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß einer, der zu DDR-Zeiten keineswegs immer „auf Linie“ war, sich mittlerweile zum Kopf einer Vereinigung gemausert hat, die vor allem eines im Sinn hat: die Legitimität der DDR und der Diktatur der SED zu rechtfertigen.

Es meldeten sich jene zu Wort, die als Parteiintelligenz jeden Winkelzug des Politbüros mit akademischen Weihen versehen hatten. Parteivorständler und Philosophieprofessor Michael Schumann hat sich und seinen Genossen in Wissenschaft und Kultur einige Jahre vor dem Aufruf „In großer Sorge“ wenig schmeichelhafte Gedanken gewidmet: Die Unterdrückung durch die Staatssicherheit sei unter anderem die „Konsequenz des Versagens anderer, insbesondere der Parteiintelligenz [gewesen], die zum überwiegenden Teil (...) die Anmaßung der Führung nicht in Frage stellte, sondern im Gegenteil durch theoretische und historische Konstruktionen begründete. (...) So war es nicht zuletzt das Ausweichen unserer intellektuellen Eliten vor dem ganzen Ernst, vor der Not des Geistes in der bis zum äußersten bedrohten Welt, das verantwortlich denkende und aus dieser geistigen Not aufbegehrende Menschen in die Isolierung trieb und der Staatssicherheit ein Wirkungsfeld eröffnete, wo sie nur ein verheerendes Unheil anrichten konnte. Die Verfehlungen der Staatssicherheit – sie sind letztlich die Folge der Verfehlungen anderer, auch des Versagens zumindest eines Großteils der intellektuellen Eliten der ehemaligen DDR.“<sup>69</sup>

Die Sorge der Parteiintellektuellen kommt spät. Und der Gegenstand ihrer Sorge ist geringfügig, verglichen mit den Taten der Stasi. Sie befürchten mehr noch als das



Aufweichen des Oppositionsverständnisses der PDS den restlosen Verlust ihrer Biographien. In dem Maß, wie die PDS hineinwächst in die bundesdeutsche Gesellschaft, wie sie zum anerkannten Akteur im pluralistischen Spiel wird, in dem Maß zerbröckelt das letzte Bißchen Heimatboden für die einstige Intellektuellengarde der DDR. Wer die PDS und ihre Fraktionen betrachtet, muß den oft unsichtbaren Faktor Heimat einrechnen. Sonst steht man vor viel scheinbar Unerklärlichem.

Vielen Intellektuellen der DDR ist die deutsche Einheit schlecht bekommen. Gewiß, sie durften ihre akademischen Titel behalten. Und so gibt es unzählige Professoren und Doktoren, die ihren akademischen Grad allein ihrer SED-Treue verdanken. Das gilt auffallend auch für einstige Blockpartiefunktionäre, deren wissenschaftliche Arbeiten oft nicht einmal proseminartauglich sind. Vor allem in den Geisteswissenschaften wirkte sich das Fehlen des Pluralismus oft verheerend aus. Je mehr die Themen mit Macht und Politik zu tun hatten, um so ärmlischer die Beiträge. Man lese Dissertationen oder Arbeiten in Fachzeitschriften, um zu begreifen, welch großes, unverdientes Geschenk der Einigungsvertrag mit seiner Titelregelung einer nicht geringen Zahl von Menschen machte.<sup>70</sup>

Die DDR hatte Wert darauf gelegt, sich eine eigene Intelligenz heranzuziehen. In bürgerlichen Gesellschaften reproduzierte sich lange Zeit die Intelligenz zu großen Teilen aus sich selbst heraus; Intellektualität wurde gewissermaßen mit dem Silber in den Familien vererbt. In den fünfziger und sechziger Jahren kappte die DDR diese Traditionslinie, bevorzugte massiv Kinder aus Arbeiterfamilien beim Zugang zu den Hochschulen und schuf sich damit eine „proletarische Intelligenz“. Möglicherweise wissen viele, die dereinst über die Spießigkeit der DDR die Nase rümpften nicht, daß ein wesentlicher Grund für die Herrschaft des Kleingeistes nicht nur in der Diktatur von Kleingeistern wie Honecker lag, sondern auch in der Auslöschung des Bildungsbürgertums.

Die Intellektuellen in der SED kamen in aller Regel nicht aus Akademikerfamilien, sondern aus der Arbeiterklasse. Allein die Sozialisation an DDR-Hochschulen und in der SED machte sie zu Angehörigen der Intelligenz, es fehlte die biographische Tradition, vor allem auch überlieferte ethische Maßstäbe.<sup>71</sup> Die Kommunisten hatten mit dem Aufkommen des Proletenkults in der Weimarer Zeit auch eine Feindschaft gegenüber der meist bürgerlichen Intelligenz entwickelt, die sie nie wieder ablegen sollten. Sie verachteten das Kritikerkastertum, die vermeintliche Wankelmütigkeit, die Kulturoffenheit, weil all das im krassen Gegensatz stand zu den festgemeißelten stupiden Lehrsätzen des in der kommunistischen Weltbewegung siegenden Stalinismus. Generationen von deutschen Kommunisten paukten die Grundzüge ihrer Weltanschauung im „Kurzen Lehrgang“ der Geschichte der KPdSU, einer an Primitivität kaum zu übertreffenden Verfälschung der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, vor allem aber eine Verherrlichung des Führerprinzips. Und so, wie Stalin als „größter Sohn der internationalen Arbeiterklasse“ schließlich auch noch die Sprachwissenschaft revolutionieren sollte<sup>72</sup>, so hatten die kommunistischen Parteien des sozialistischen Lagers der neuen, selbstgeschaffenen Intelligenz ihre Aufgaben zuzuweisen. Führende Rolle der Arbeiterklasse hieß auch, die Intelligenz auf die gerade gültigen Lehrsätze des Marxismus-Leninismus festzulegen. Weil die Frage „Wer-wen?“ über das Schicksal des Sozialismus entschied, waren Kritik und kulturelle Offenheit „bürgerliche Dekadenz“ oder gar gleich „Konterrevolution“. Da Menschen, die geistig arbeiten, sich eher an Positionen reiben, fühlte sich die SED verpflichtet, ihre Intellektuellen besonders an die Leine zu nehmen. Diese hatten sich im offiziellen Gesellschaftsgefüge der DDR einzuordnen: hinter der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern, schließlich war die DDR ein „Arbeiter-und-Bauern-Staat“. Derlei ideologische und soziale Gängelung löste aber keinerlei Eruptionen unter der realsozialistischen Intelligenz aus. Deren Angehörige erlebten ihr Dasein nämlich als steilen Aufstieg. In der Tat, in der bürgerlichen Gesellschaft wären Arbeiterkinder eher Arbeiter geworden als Professoren. Viele Angehörige der Intelligenz hatten Zugriff auf Informationen, die anderen DDR-Bürgern vorenthalten blieben. Sie konnten wenigstens zum Teil

westdeutsche Fachzeitschriften und sonstige Publikationen lesen. Viele konnten ins westliche Ausland reisen auf Kongresse und Tagungen, weil ja die DDR vertreten sein wollte.

Die meisten Angehörigen der DDR-Intelligenz fühlten sich der Arbeiterklasse schon durch ihre Herkunft verbunden und nicht allein durch Theorien. Sie störte es nicht, wenn die SED darüber fabulierte, daß die Intelligenz mit der Aufhebung des Unterschieds zwischen Kopf- und Handarbeit mit der Arbeiterklasse verschmelzen werde. Sie hatten sozial abgesichert einen phänomenalen Aufstieg erlebt (auch wenn sie sich gewissermaßen aus der führenden Klasse verabschiedet hatten).

Wenn ich Äußerungen der Besorgten lese, kann ich mir die sarkastische Bemerkung nicht verkneifen, daß manche der SED immer noch dankbar sind für die Titelwürde. So dankbar, daß sich die Vertreter des Marxistischen Forums vor allem Sorgen darüber machen, wie sie ihre und ihrer einstigen Partei Vergangenheit denn doch noch retten können. Zwar fordert das Forum die Parteiführung immer mal wieder auf, sich über den künftigen Sozialismus auszulassen, die Besorgten selbst aber widmen ihre geistigen Anstrengung vor allem der eigenen Biographie.

Selbst bei der Formulierung einer politischen Strategie steht die verlorene Identität im Vordergrund. So etwa wenn Michael Benjamin die Stoßrichtung des Klassenkampfes den neuen sozialen Wirklichkeit in Ostdeutschland anpassen will: „Auf Grund der Sozialstruktur Ostdeutschlands – der relativ geringen sozialen Differenziertheit der Ostdeutschen, der westdeutschen Dominanz in den herrschenden Schichten, der Traditionen eines Teils der Mittelschichten – wird es für eine sozialistische Partei möglich, ohne an ihren sozialistischen Zielen Abstriche zu machen, nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die mittel- und die langfristigen Interessen einer sehr breiten Mehrheit der Bevölkerung zu artikulieren. Das ist auch der rationelle Kern der allerdings unscharfen und mißdeutigen Formel ‚Volkspartei des Ostens‘.“<sup>73</sup> So wird der innerdeutsche Ost-West-Konflikt uminterpretiert zum Klassenkampf. Sozialistische Politik hieße demnach, die Westdeutschen in den Führungspositionen in Neufünfland zu bekämpfen. Wenn man sich erinnert, daß die marxistische Bewegung dereinst die Internationalität zu ihrem wichtigsten Prinzip erhoben hat – „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ –, dann gerät Benjamins soziologisch ausgetüftelte Strategieempfehlung zur unfreiwilligen Lachnummer. Das ist kein Rückfall in den Nationalismus, wie ihn etwa die russischen Kommunisten in Reinform vorführen, sondern ein Regredieren in den Provinzialismus. Erklärbar sind solche Verrenkungen nur durch den Faktor Heimat. Wer hätte jemals gedacht, daß die Heimat das letzte Bindemittel des Marxismus-Leninismus sein könnte?

Der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf irrte sich, als er schrieb, die Besorgten wollten keine Plattform gründen. Das ging vielmehr sehr schnell. So schnell, daß ich zweifle, ob da nicht wenigstens einige Besorgte von Anfang an darauf hinsteuerten, eine neue Gruppierung in der PDS ins Leben zu rufen. Schon am 29. Mai, keine zwei Wochen nach der Annonce im „ND“, wurde auf einer Veranstaltung in Berlin-Hohenschönhausen die Gründung eines Marxistischen Forums verkündet. Der besorgte Schriftsteller Gerhard Branstner bescheinigte bei dieser Gelegenheit der Führung seiner Partei „eine schreckliche Mischung aus Voluntarismus und Dilettantismus“. Die PDS setze sich der Gefahr der Verbürgerlichung aus – „das Schlimmste, was einer Partei des demokratischen Sozialismus passieren kann“.<sup>74</sup> Das Marxistische Forum wurde am 3. Juli offiziell gegründet und dieser Umstand Ende des Monats dem Parteivorstand angezeigt. Im September 1995 erschien die erste Nummer der eigenen Monatszeitschrift.

Die Positionen des Marxistischen Forums sind die pseudowissenschaftliche Variante der Ostalgie. Das Forum verabschiedet sich vom antistalinistischen Gründungskonsens der PDS, verwirft „Stalinismus“ als „Kampfbegriff“ und spricht sogar von „‘Stalinismus’-Kampagnen“<sup>75</sup>. Heuer schreibt: „Wer Stalinismus, wie dies schon im Vorfeld des Parteitages geschah, mit administrativ-bürokratischem Sozialismus [also dem realen Sozialismus der

DDR] gleichsetzt, der hat keine Möglichkeit mehr, die Vokabeln Unrechtsstaat oder Totalitarismus mit allen daraus für die Diskriminierung der Ostdeutschen gezogenen Konsequenzen zurückzuweisen. Ich muß mich dann auch fragen, ob ich die PDS nicht hinter mir habe, wenn ich für ein Schlußgesetz zur Beendigung der politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland eintrete. Es handelt sich hier gleichsam um eine ‚linke‘ Variante der Totaldistanzierung von der DDR.“<sup>76</sup>

Dieses Argument folgt einer verblüffend schlichten Logik: Wenn man die DDR als stalinistisch beschreibt, kann man ihre Titulierung als Unrechtsstaat nicht zurückweisen. Deshalb darf man die DDR nicht als stalinistisch beschreiben.<sup>77</sup>

Hatte noch auf dem außerordentlichen SED-Parteitag große Zustimmung geherrscht zu Michael Schumanns Charakterisierung der DDR als stalinistisch, so versuchen das Marxistische Forum, die Kommunistische Plattform und andere mittlerweile, den Stalinismus auf die Herrschaftszeit Stalins zu begrenzen, genaugenommen auf den Terror. Dabei sollte Wissenschaftlern, zumal Staatswissenschaftlern oder Historikern, eigentlich klar sein, daß die Grundlagen des ökonomischen und politischen Systems der realsozialistischen Staaten in der Stalin-Zeit geschaffen wurden und, im Fall der DDR, bis 1989 weitgehend unverändert weiterexistierten. Das Diktat der Partei in allen Teilen der Gesellschaft, der „demokratische Zentralismus“, wie auf neusprech das starre System der Weisung von oben nach unten heißt, die Vermengung von Partei und Staat (nicht umsonst war von der „Partei- und Staatsführung“ die Rede), die Diktatur eines kleinen, sich selbst erneuernden Zirkels, wenn nicht des Generalsekretärs allein, die Unterwerfung des Rechts unter politische Willkür, die Verweigerung demokratischer Freiheiten, politische Verfolgung usw. usf. – all das ist ein getreues Ergebnis der Stalin-Zeit. Daß nach dem Tod des „Führers der Völker“ 1953 die massenmörderischen Exzesse aufhörten, änderte nichts Grundlegendes an den Strukturen in Staat und Wirtschaft.

Die Rechtfertigung des realen Sozialismus in Kreisen des Marxistischen Forums liest sich etwa so: „Ihr Entstehungszusammenhang weist die sozialistischen Alternativ-Gesellschaften trotz der Defizite als bedeutende geschichtliche Emanzipation aus, die auf die gesamte Weltgesellschaft heilsame und positive Rückwirkungen hatte. Dazu zählt der Zerfall des Kolonialsystems ebenso wie die Ächtung atomar geführter Weltkriege. In Zeiten der Kriegsverbrechen der Franzosen in Algerien und der Amerikaner in Vietnam standen sie mit erheblichen Solidaritätsleistungen auf der Seite der Opfer. Wer auf der Seite der Täter stand, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Nicht weniger bedeutsam dürfte gewesen sein, daß sich unter dem Druck der Systemauseinandersetzung die westlichen Gesellschaften (zeitweilig?) in zivilere Bahnen eines sozial gedämpften, demokratisch und rechtsstaatlich kontrollierten Kapitalismus bewegten. Allein diese geschichtliche Leistung war die Entstehung der realsozialistischen Gesellschaften wert.“<sup>78</sup>

Weil die DDR nach Meinung des Marxistischen Forums nicht stalinistisch war, muß mit der SED-Vergangenheit nicht gebrochen werden. Folgerichtig beschimpfen Forumsvertreter jene Genossen, die es in ihrer Selbstkritik ernst meinen: Der „Fall“ Dietmar Keller ist ihnen „ein exemplarisches Beispiel für die Maßlosigkeit, Uferlosigkeit der Selbstabrechnung“. Sie ärgern sich über Kellers Aussage in der Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Geschichte, daß die SED zu einer Sekte verkommen sei „mit einer jesuitischen Disziplin, einem jesuitischen Glauben, bei fehlendem jesuitischen Intellekt“. Sie rügen die „Übernahme von extrem antikommunistischen, primitiven Schlagworten durch Keller“. Und wir entdecken wie bei der KPF Stalins Dreh, parteiinterne Gegner als Erfüllungsgehilfen eines äußeren Feindes zu entlarven: Moniert wird nämlich, daß mit der Kritik an der DDR-Vergangenheit „ein äußerer Knüppel (Bestreben zur materiellen und ideellen Liquidierung durch den Gegner sowie dessen ‚Analyse‘ der Niederlage) zu einem inneren Knüppel geworden ist und sich hierfür bereits ‚Spezialisten‘ herausgebildet haben“.<sup>79</sup> Die PDS umgeben von lauter Feinden, deren einziges Ziel darin besteht, die Partei zu vernichten – ein geradezu klassisches stalinistisches Feindbild.

Genauso geistig reduziert ist das Beharren auf dem Klassenkampf, ein weiterer Überschneidungspunkt zwischen Forum und KPF. Nur daß sich das bei den Damen und Herren der Wissenschaft und der Kultur gesitteter liest. Der uns schon bekannte Gottfried Stiehler attackiert Gysis Idee eines „Gesellschaftsvertrags“ dennoch unzweideutig. Der „springende Punkt“ sei, ob es in der kapitalistischen Gesellschaft Klassen und daher Klassenkampf gebe. Wenn nein, dann sei ein Gesellschaftsvertrag „legitim“. Wenn es aber Klassen gebe, dann habe ein solcher Vertrag keinen Sinn. Keine Frage, daß Stiehlers Votum nach gedehnter Rabulistik für den Klassenkampf ausfällt.<sup>80</sup>

Nicht nur in diesem Punkt ist die Übereinstimmung mit Positionen der KPF offensichtlich. Beide fordern, daß die Partei sich weiterhin an den klassischen Kriterien des realen Sozialismus orientieren, vor allem am gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln<sup>81</sup>. Für beide ist der anzustrebende Sozialismus keine Fortentwicklung der Demokratie und ihrer Institutionen, sondern ein scharfer Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Beide fordern das Recht des Pluralismus für sich, sprechen aber gleichzeitig vom „Klassenfeind“, den es zu bekämpfen gelte – es bedarf nur geringer Phantasie, sich vorzustellen, was aus dem Pluralismus würde, gäbe es denn den Sozialismus, den etwa Michael Benjamin als Doppelmitglied in KPF und Marxistischem Forum anstrebt. In beiden Plattformen herrscht Lagerdenken vor – inklusive des üblichen Inventars von Verrätern und Agenten, wie es für stalinistische Organisationen typisch ist –, nur daß bei den meisten Vertretern des Marxistischen Forums die Wortwahl etwas vornehmer ausfällt. Entscheidend ist, daß beide Gruppen die Demokratie geringschätzen. Nur wer den Wert von Demokratie herabsetzt, kann bei allen eingestandenen Deformationen die DDR als „sozialistischen Versuch“ loben. Aber wie kann der dann glaubwürdig für eine Demokratisierung im neuen Deutschland kämpfen?

Die Übereinstimmung zwischen beiden Gruppen steht auf einem soliden Fundament. Nicht allein durch die Kongruenz in inhaltlichen Fragen, sondern vor allem auch durch den besagten Faktor Heimat. Wie die KPF-Leute früher als Mitglieder und Funktionäre der herrschenden Partei eine befriedigende Identität gefunden hatten, so schöpften die Parteiintellektuellen ihr Selbstwertgefühl aus ihrer spezifischen Karriere. Für beide war die Revolution im Herbst 1989 eine Katastrophe. Die Abweichungen in der Argumentation beruhen auch auf Unterschieden der Biographien.

Es gibt aber einen unscheinbaren Unterschied mit wichtigen Folgen. Für die meisten KPF-Vertreter waren die SED und die DDR alles. Sie arbeiteten für die Partei oder im Staatsapparat und fanden ihren Sinn des Lebens darin. Die Partei und der Staat aber sind unwiderruflich gestorben und damit der Lebenssinn der Plattformkommunisten. Die der SED verbundenen Intellektuellen hingegen hatten neben der Partei immer die Wissenschaften, und die sind geblieben. Vielleicht erklärt dieser kaum sichtbare, aber um so bedeutendere Unterschied auch, warum KPF-Vertreter dazu neigen, emotional, oft haßerfüllt zu argumentieren – wie etwa Sahra Wagenknecht im Streitgespräch mit André Brie –, wohingegen die besorgten Forummarxisten sich bemühen, ihre Bestrebungen rational zu begründen.

Ich habe den Eindruck, daß sich das Marxistische Forum auch aus dem genannten Grund zunehmend als Vertreter der rückwärtsgewandten Kräfte in der PDS herauskristallisiert und die KPF an Einfluß verliert.<sup>82</sup> Die eher dumpfe DDR-Bejahung wird abgelöst durch ein komplexeres Geflecht von Argumenten, das auf Wissenschaften zurückgreift, um die gleichen Ziele zu verfechten wie die KPF – wenn man so will, findet hier die Wiedergeburt des „wissenschaftlichen Sozialismus“ statt. Dieses Konzept zur Verteidigung der Vergangenheit ist attraktiver und verspricht mehr Erfolg als das gebetsmühlenartige Wiederkäuen platter stalinistischer Thesen. Der Berliner Journalist Wilfried Schulz schreibt treffend: „Es scheint, als ob die Reformer an der Spitze der PDS (...) fast so vergeblich wie einst Gorbatschow mit Offenheit (Glasnost) und Neuem Denken gegen mentale Nostalgie und Verdrängungsmechanismen ankämpfen.“<sup>83</sup>

Der Ex-Kulturminister Dietmar Keller sieht die Forumnostalgiker bereits in wichtigen Fragen in der Oberhand, auch durch die Schuld der Parteiführung, die Heuer und Genossen Inhalte überließen.<sup>84</sup> Keller bezieht sich offenbar auf die Themen „Legitimität der DDR“ und „Strafprozesse gegen DDR-Funktionäre“. Tatsächlich, hier spricht das Marxistische Forum längst für die ganze Partei.

## **Es filbingert**

### *Die sozialistische Alternative und der Unrechtsstaat*

Anfang Februar 1997 treffe ich mich im recht nobel gelegenen Büro des PDS-Landesverbands Baden-Württemberg in Stuttgart mit Max Eiffler, dem Geschäftsstellenleiter. Nach Stuttgart bin ich während meines Studiums in Heidelberg oft gefahren, um an Sitzungen des DKP-Bezirksvorstands im Clara-Zetkin-Haus\* im Stadtteil Degerloch teilzunehmen. In den siebziger Jahren waren die baden-württembergischen Kommunisten vergleichsweise stark mit Hochburgen in Stuttgart und Mannheim. Viele Genossen waren fest verankert in den Gewerkschaften und nicht wenige schon lange angesehene Mitglieder von Betriebsräten auch großer Unternehmen. Und doch blieben die Wahlerfolge aus, wenige Lichtblicke gab es nur in Mannheim, Stuttgart und Tübingen. Trotzdem fühlten wir uns allen anderen überlegen. Wir hatten die Wahrheit gepachtet und auch mächtige Bündnispartner, besonders die SED. Für die baden-württembergischen Kommunisten war die SED-Bezirksleitung Dresden zuständig, sie war die Patin der armen Schwestern und Brüder im Westen. Regelmäßig fuhren Kommunisten aus dem Spätzleland ins schöne Dresden, um sich aufzubauen und aufs neue von den Vorzügen des Sozialismus überzeugen zu lassen. Und so dienten die Delegationen von West nach Ost nicht nur dazu, die Genossen aus dem Westen zu verwöhnen, sondern auch dem eigentlichen Zweck der DKP: den realen Sozialismus im Westen in schönsten Farben zu schildern. Da sich die SED einen anderen Sozialismus als den eigenen nicht vorstellen konnte, sollten wir also den Bürgern im kapitalistischen Westen die Augen öffnen. Im Sommer 1974 durfte ich zum erstenmal mit einer DKP-Delegation etwa für eine Woche nach Dresden fahren. Es war das Jahr der Fußballweltmeisterschaft in der Bundesrepublik, und das berühmte Tor des DDR-Stürmerstars Jürgen Sparwasser zum 1:0-Sieg gegen Beckenbauer, Maier, Müller & Co. erlebte ich vor dem Fernsehgerät im Gemeinschaftsraum des SED-Gästehauses in Dresden. Am Abend waren wir eingeladen zum Pressefest der „Sächsischen Volkszeitung“, des lokalen Parteiblatts, und die Stimmung war prächtig nach der tollen Vorstellung der Kicker aus Honeckers Reich. Meine Laune allerdings war gedämpft, denn soweit ging meine DDR-Begeisterung nie, daß ich der eigenen Nationalmannschaft Pleiten gewünscht hätte, so, wie Lenin im Ersten Weltkrieg für die Niederlage Rußlands agitiert hatte. Aber vor allem ältere Mitglieder unserer vielleicht zehn bis zwölf Köpfe zählenden Delegation fühlten sich eher als DDR-Bürger, auch beim Fußball. Der Leiter unserer Delegation, der früh verstorbene, hochgebildete Chefpropagandist des baden-württembergischen Landesverbands, Hans Wunderlich, war offenbar ohnehin eher ein Art SED-Mitglied mit Missionsauftrag. Wunderlich war eine Seele von Mensch, weichherzig, verständnisvoll, klug, immer bereit zuzuhören. Einmal, gegen Ende der siebziger Jahre, war ich bei ihm zu Hause. Ich weiß nicht mehr, über was wir gesprochen haben, aber noch genau, daß er ein wunderbarer Gesprächspartner war. Nur, wenn es um den Feind ging, er hätte keine Gnade gekannt. Insofern war er typisch für eine Garde von Kommunisten, die zu Stalins Zeiten ihre ersten Weihen empfangen, die den Bruch mit dem kommunistischen Gott durch den 20. Parteitag erlebten und diesen Verlust nie ganz überwandten. Wunderlich wie viele andere waren offen für Zweifel ihrer Genossen, sie haben unsägliche Geduld gezeigt, Parteimitglieder auf den rechten Weg zurückzuführen. Aber hätten Wunderlich und all die anderen kampferprobten westdeutschen Kommunisten auf irgendeine Weise die Macht erobert in Westdeutschland, alle Andersdenkenden hätten nichts zu lachen gehabt. Wie weggeblasen wäre alle Warmherzigkeit gewesen. Sie hätten die Bundesrepublik an die DDR angeschlossen, und sie hätten sich nicht die Mühe langwieriger Gerichtsverfahren gemacht, um mit früheren Gegnern abzurechnen. Sie hätten auch keine

\* Die Stuttgarterin Clara Zetkin (1857–1933) war eine führende sozialdemokratische, später kommunistische Frauenrechtlerin. In der DDR gab es eine dreibändige Auswahl aus ihren Reden und Schriften.

parlamentarische Kommission zur Aufarbeitung der BRD-Geschichte installiert. Sie hätten alles ausgelöscht was anders war als sie selbst. Was Recht gewesen wäre und was Unrecht, ob das Rückwirkungsverbot – keine Strafe ohne Gesetz – zum Zuge gekommen wäre, wie man mit den Renten von Staatsfunktionären umzugehen habe: all das und vieles andere hätte die auf dem Verordnungsweg eingesetzte gesamtdeutsche Volkskammer keine Sekunde beschäftigt.

Ich weiß das alles, und doch denke ich in Stuttgart im PDS-Landesvorstand ein bißchen wehmütig zurück an Hans Wunderlich und manch anderen Genossen vergangener Zeiten. Max Eiffler ist nun ein ganz anderer Typ: Ringe in die Ohren gepierct, rote kurze Haare, bleiches Gesicht, eine ausgesprochen angenehme, freundliche Stimme. Max war Punkrocker gewesen und hatte in der Jugendklubszene mitgemischt, bis er an die PDS geraten war. Halbtags leitet Max die PDS-Geschäftsstelle, sonst studiert er Kunst. Er hatte mir versprochen, ein Mitglied des Landesvorstands zu unserem Gespräch hinzuzubitten, und tatsächlich erscheint nach einer halben Stunde Richard Pitterle, Rechtsanwalt und vor allen Dingen der „dienstälteste Schatzmeister der PDS überhaupt“. Es stellt sich bald heraus, daß Richard früher auch in der DKP war, über den Weg gelaufen sind wir uns allerdings nie. Im Gespräch mit Max und Richard wird mir binnen kürzester Zeit sonnenklar, wie tief die Kluft zwischen PDS Ost und PDS West ist. Es sind zwei verschiedene Parteien. Das zeigt sich in einem Punkt besonders deutlich: der Beurteilung der DDR. Während der Parteivorstand gerade mal wieder Klimmzüge macht, um die „politische Strafverfolgung“ einstiger DDR-Bürger – ob Mauerschütze, Volksrichter oder Politbürokrat – zu beklagen, kommentiert Anwalt Pitterle trocken, daß die in Berlin mal wieder „filbingern“. Diese bittere Bemerkung trifft den Nagel auf den Kopf. Denn wie beim einstigen NS-Marinerichter und späteren baden-württembergischen CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger heißt es in PDS-Kreisen fast durchgängig: Was früher Recht war, kann heute kein Unrecht sein. Wie diese Position zu verstehen ist, hat der rechtspolitische Sprecher der PDS, Uwe-Jens Heuer, deutlich gemacht, als er über den Mauerbau im August 1961 schrieb:

„Die DDR war nicht in der Lage, vor allem den ökonomischen Wettbewerb [mit der Bundesrepublik] bei offener Grenze durchzuhalten. War die DDR 1961 in ihrer Existenz gefährdet, so gab es keinen völkerrechtlichen Grund, sie an dieser Maßnahme [dem Mauerbau] zu hindern. (...) Die Bundesrepublik nimmt für sich das Recht in Anspruch, Kampftruppen in andere Länder zu schicken, mit der Aufgabe, gegebenenfalls zu töten, und der Gefahr, getötet zu werden. Die Existenzbedrohung ist doch wohl hier in keinem Falle höher, als es die Existenzbedrohung des Jahres 1961 für die DDR war. Soweit die juristische Argumentation. Was die moralische Legitimität betrifft, so hängt sie vom Standpunkt des Bewertenden ab. Wer die DDR, wer diesen sozialistischen Versuch für legitim hielt, der mußte auch den Mauerbau zur Erhaltung der DDR für legitim halten.“<sup>85</sup>

Und an anderer Stelle erklärt Heuer im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Mitglieder des SED-Politbüros:

„Hier wird eine Rechtspflicht der Angeklagten postuliert, ein Grenzregime abzubauen, dessen Ende, wie die Dinge lagen, auch das Ende der DDR bedeutete. Über die Ursachen wäre viel zu sagen, aber eine Rechtspflicht der DDR zum Staatsselbstmord, und die braucht man ja, um hier anklagen zu können, ist doch schwer nachzuvollziehen.“<sup>86</sup>

Diese Argumentationskette ist geradezu prototypisch für weite Kreise der PDS. Sie heißt im Klartext folgendes:

Erstens durfte die SED im Interesse des Machterhalts die eigene Bevölkerung einsperren. Wir entdecken hier wieder einmal die überragende Bedeutung der Machtfrage und eine frappante Geringschätzung von Demokratie.

Zweitens wird eine moralische Bewertung unmöglich gemacht, indem sie ins Ermessen des Betrachters gestellt wird. Moralischer Relativismus endet immer in Amoralität, ersichtlich auch in diesem Fall. Wie kann man es ethisch rechtfertigen, Millionen von Menschen zu ihrem vermeintlichen Glück zu zwingen? Und wie, daß diejenigen im Zweifelsfall erschossen wurden, die abhauen wollten, weil sie im Widerspruch zu allen Menschenrechtskatalogen nicht ausreisen durften?

Wie kann man drittens schließlich eine Gesellschaft für moralisch, politisch oder historisch legitim halten, die ihre Existenz vor allem der Gewalt verdankt? Keine Entscheidung in der DDR ist demokratisch gefällt worden. Keine.

Aber solche Fragen fechten die Vertreter der so oder so gestalteten Legitimität der DDR nicht sonderlich an. Es sind keineswegs Politexoten, die sogar das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) rechtfertigen, es als ein „legitimes und legales Staatsorgan der DDR“ darstellen, „tätig auf der Grundlage der Verfassungs- und Rechtsordnung der DDR, mit einem vom Verfassungsorgan Nationaler Verteidigungsrat bestätigten Statut, das zum Einsatz geheimer, nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden berechtigte“. Soweit Ex-Stasioffizier Klaus Eichner, der sich folgerichtig über „die nun seit fünf Jahren laufende Diffamierungskampagne mit der betont einseitigen Fixierung auf das MfS“ beklagt.<sup>87</sup>

Und Wolfgang Hartmann vom „Insiderkomitee“, einem der PDS ideologisch und personell verbundenen Zusammenschluß ehemaliger MfS-Angehöriger, versteigt sich gar zu dem Gedanken, es sei deutlich geworden, „welche tatsächliche Feindlichkeit gegen den legitimen Versuch einer antifaschistischen und sozialistischen Alternative in Deutschland am Werke und daß deren Verfolgung eine legitime und legale Funktion des MfS war“.<sup>88</sup>

Als Rechtfertigung für die Stasi führt nicht nur Klaus Eichner die Tatsache an, daß die Bundesrepublik die Wiedervereinigung anstrebte und 1953 ein Forschungsbeirat sich Gedanken machte, wie das praktisch zu bewerkstelligen sei im Fall eines Falles. Er vergißt dabei die Tatsache, daß auch die SED und sogar die Blockflöten und befreundeten Organisationen lange Zeit eigene Abteilungen für „Westarbeit“ unterhielten und in der Bundesrepublik sogar eine Partei installiert war, die Aufträge des einheitssozialistischen Politbüros ausführte. Gab es im Westen meist pathetische Sonntagsreden, an die sich nach dem unerwarteten Erfolg viele nicht mehr erinnern wollten – man denke nur an die Hauptstadtdebatte! –, so beschränkte sich der Osten keineswegs auf Forschungsbeiräte, sondern versuchte die deutsche Einheit mit realsozialistischem Vorzeichen zu erkämpfen. Selbst als die Idee der einheitlichen deutschen Nation in der DDR zu Grabe getragen wurde, versuchten DKP und MfS, die Politik in der Bundesrepublik massiv zu beeinflussen. Vergleichbares hat es in anderer Richtung nicht gegeben.

1989 arbeiteten im Bundesamt für Verfassungsschutz 2442 hauptamtliche Mitarbeiter und in den Landesämtern insgesamt 2670 bei einer Bevölkerung von gut 60 Millionen. Die Zahl der V-Leute lag erheblich darunter.<sup>89</sup> Das MfS beschäftigte in diesem Jahr ohne HVA (4126 Mitarbeiter) fast 90 000 Hauptamtliche und über 100 000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) bei einer Bevölkerung von 16 Millionen. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS übertraf auch die Zahl der Angehörigen der nationalsozialistischen Geheimdienste um ein Vielfaches. Die Gestapo hatte im Deutschen Reich (80 Millionen Einwohner) keine 15 000 Mitarbeiter, ein knappes Sechstel der Hauptamtlichen im MfS. Allein diese Größenordnungen sollten einem Sozialisten zu denken geben, wenn er über die Legitimität der Stasi fabuliert. Um DDR-Verhältnisse zu erreichen, hätten in Westdeutschland etwa 350 000 Verfassungsschützer arbeiten müssen, V-Leute nicht gerechnet. Es waren 1989 weniger als ein Achtzigstel!

Viel wichtiger ist aber eine andere Frage. Nämlich die nach der demokratischen Rechtfertigung von Mauer und MfS. Es gab nie auch nur einen Hauch von Partizipation der Bevölkerung. Beide Einrichtungen beruhen auf Beschlüssen von SED und KPdSU. Ein *demokratischer* Sozialist fragt doch nicht danach, ob ein Politbüro sich an die von ihm selbst gesetzten Regularien hält. Sondern danach, ob es demokratisch zugeht. Auch die Nazidiktatur



hat unzählige formalrechtlich legale, nach Heuer-Logik legitime Gesetze verabschiedet und Erlasse verkündet. Spricht für diese Entscheidungen, wie sie formal zustande gekommen sind? Eine absurde Überlegung. Und haben SED- oder PDS-Vertreter jemals die Frage der so oder so gearteten Legitimität aufgeworfen, wenn es darum ging, andere Staaten (oft zu Recht) zu kritisieren? Natürlich nicht. Weil in diesen Fällen der Bezug zur eigenen Biographie fehlte. Filbinger ist überall in der PDS.

Es geht in den Argumenten von PDS-Vertretern im Hinblick auf die Legitimität der DDR in vielerlei Hinsicht ziemlich durcheinander. Versuchen wir also, das Gestrüpp zu lichten. Am einfachsten liegen die Dinge bei der Frage nach der völkerrechtlichen Legitimität der DDR. Sie hat im Lauf ihres Daseins schließlich die diplomatische Anerkennung fast aller Staaten erkämpft, de facto auch der Bundesrepublik. Beim Honecker-Besuch in Bonn 1987 wurde selbstverständlich die DDR-Nationalhymne gespielt, und auch sonst behandelte die Regierung in Bonn die DDR als souveränen Staat (deren Bürgern sie allerdings nie eine eigene Staatsbürgerschaft zusprechen wollte). Die DDR nahm gleichberechtigt teil an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), war Mitglied der UNO und saß in unzähligen internationalen Gremien. Nur wer wollte daraus irgendeine politische, moralische oder historische Legitimität ableiten? In der UNO saß auch die massenmörderische Pol-Pot-Regierung Kambodschas, und selbstverständlich war Hitlerdeutschland ein gleichberechtigtes Mitglied der „Völkergemeinschaft“. Stalins Sowjetunion saß mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, so wie heute eisenharten, die Menschenrechte mit Füßen tretenden Gerontokraten der Volksrepublik China. Keine Diktatur lief Gefahr, die völkerrechtliche Anerkennung zu verlieren (mit der Ausnahme Südafrikas). Was will also die PDS daraus gewinnen, daß sie für die DDR die gleiche völkerrechtliche Legitimität beansprucht wie für die Länder Hitlers oder Pol Pots?

Der PDS-Historiker Günter Benser schreibt über die DDR: „Ihre mehr als vierzigjährige Geschichte war kein bloßer Ausrutscher der Geschichte, sondern eine ebenso in den Widersprüchen unseres Jahrhunderts angelegter Werdegang wie der längerwährende Weg der BRD (...).“<sup>90</sup> Stimmt, aber hilft das weiter? Steckt darin irgendeine Aussage über die moralische, politische oder gar historische Legitimität der DDR? Natürlich nicht.<sup>91</sup> Und doch greifen PDS-Vertreter tief in die Munitionskiste der SED, um die letzte Schlacht um die völkerrechtliche Anerkennung der untergangenen Republik zu schlagen. Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann etwa zitieren in einem Artikel aus einem Protokoll des Bundesjustizministeriums<sup>92</sup>: „Was (...) die sogenannte DDR und deren Regierung betrifft, so handelt es sich dort nicht einmal um einen eigenständigen Staat; diese sog. DDR ist niemals von uns staatsrechtlich anerkannt worden. Es gab ein einheitliches Deutschland, von dem ein gewisser Teil von einer Verbrecherbande besetzt war. Es war aus bestimmten Gründen nicht möglich, gegen diese Verbrecherbande vorzugehen, aber das änderte nichts daran, daß es ein einheitliches Deutschland war, daß selbstverständlich ein einheitliches Recht dort galt und auf die Verbrecher wartete.“ Empört kommentieren Sie: „Dieses Zitat stammt nicht von 1950, 1960 oder 1970, sondern von 1991. Und es entstammt auch nicht einem extrem konservativen Blatt, sondern dem offiziellen Protokoll des ‚Ersten Forums des Bundesministers der Justiz‘ am 9. Juli 1991 in Bonn.“

Ich habe natürlich alles daran gesetzt, den Urheber dieses Zitats in einem „offiziellen Protokoll“ zu finden, denn ich konnte mir nicht vorstellen, daß solches Kalte-Kriegs-Geschrei von einem Minister oder Staatssekretär stammt. Und ich stieß auf den gleichen miesen Trick, den SED und DKP dereinst immer wieder angewandt haben: Man reiße ein Zitat aus einem bestimmten Zusammenhang und hänge es dem politischen Gegner an. Als ich endlich das „offizielle Protokoll“ in Händen hielt, entpuppte sich besagtes Zitat zwar nicht als Äußerung eines „extrem konservativen Blatts“ – diese Möglichkeit haben Heuer und Schumann ja gleich ausgeschlossen. Aber der so absichtsvoll wie plump verschwiegene Urheber der inkriminierten Sätze ist Enno v. Löwenstern, Chefredakteur der „Welt“.<sup>93</sup> Also kein

Offizieller in diesem „offiziellen Protokoll“, sondern ein konservativer Chefredakteur eines konservativen Blatts.

Nun verrät das Protokoll auch seinen Lesern Heuer und Schumann, daß am Forum des Justizministers am 9. Juli 1991 in Bonn 47 Personen aus verschiedenen politischen Lagern teilgenommen haben: neben dem damaligen Justizminister Klaus Kinkel etwa auch Antje Vollmer und Wolfgang Ullmann vom Bündnis 90/Die Grünen, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse, der brillante linke Rechtsexperte der „Süddeutschen Zeitung“ Heribert Prantl, die Journalistin Georgia Tornow, damals bei der „taz“, oder auch der einstige DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Templin von der Initiative Frieden und Menschenrechte. Angesichts der heterogenen Zusammensetzung verwundert es nicht, daß es in der Diskussion des Forums heftig kontrovers zging. Gestritten wurde natürlich auch über die exotische Auffassung Enno v. Löwensterns. Davon steht leider nichts im Artikel von Heuer und Schumann. Diese unterstellen statt dessen, daß die Auffassung Löwensterns die Haltung der Regierung sei. Jedem Leser des Protokolls, auch Heuer und Schumann, ist klar, daß diese Unterstellung falsch ist. Ihrer Meinung nach muß man es mit der Wahrheit offenbar nicht so genau nehmen, wenn man die hehre Sache des Sozialismus verfehlt.

Die PDS bemüht sich auffällig darum, die DDR historisch, politisch und auch moralisch zu rechtfertigen. Dabei geht es ihr nicht darum, jeden Winkelzug des Politbüros und jeden Übergriff der Stasi gutzuheißen. Dies tut sie keineswegs. Viele ihre Mitglieder leiten aber aus der Rechtfertigung der DDR den Sinn ihrer Biographien ab. Wer einem Unrechtsstaat gedient hat, steht schlechter da als einer, der im Geiste der Geschichte handelte, bei allen eingestandenem Deformationen. Außerdem empfinden viele PDS-Mitglieder inklusive des Parteivorstands die Prozesse gegen Mauerschützen, DDR-Richter oder Politbürokraten als Herabsetzung aller DDR-Bürger. „Siegerjustiz!“ rufen sie, weil gesamtdeutsche Gerichte über Taten ostdeutscher Bürger verhandeln, die zu beurteilen allein Sache von DDR-Gerichten gewesen wäre.

Aber es geht eigentlich gar nicht um juristische Fragen, sondern um eine Grundsatzposition, die für die Identität der PDS von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Partei geht nämlich davon aus, „daß der Versuch, nach 1945 im Osten Deutschlands eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und später eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, eine legitime Alternative zum Konzept der Rettung des durch die Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächten und diskreditierten Kapitalismus in Westdeutschland war. Der Einsatz von Millionen Menschen für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes bedarf keiner Entschuldigung.“<sup>94</sup> So Uwe-Jens Heuer, der hier keineswegs die Position des Marxistischen Forums allein vertritt, sondern die der ganzen Partei.<sup>95</sup>

Was der KPF nicht gelungen ist, hat das Forum binnen kürzester Zeit geschafft: Themen in der Partei zu besetzen und deren Interpretation für die PDS verbindlich zu machen. Das gilt besonders für die juristische Rechtfertigung der DDR. Was die *historische* Legitimität des SED-Staats angeht, gibt es in der PDS schon seit ihrer Gründung eine umfassende Übereinstimmung aller politischen Flügel.

So vertritt etwa auch der führende Parteireformer André Brie die These, „daß die konsequente und praktische Kritik des stalinistischen und poststalinistischen Sozialismus (...) nicht die historische Legitimität der Oktoberrevolution oder des Versuchs, ein anderes, ein antifaschistisches Deutschland zu errichten, in Frage [stellt]“.<sup>96</sup>

Das ist die Kernthese, der ideologische Kitt, der die widerstreitenden Flügel zusammenhält. In ihr widerspiegelt sich die Identität der PDS, und wegen dieses fundamentalen Glaubenskonstrukts wird die PDS kaum eine gesamtdeutsche sozialistische Partei werden. Diese Frage und eine andere – ob sie nämlich überhaupt eine sozialistische Partei ist – erörtere ich später. Hier soll erst einmal die These der historischen Legitimität der DDR überprüft werden, um zu schauen, wie der Keller aussieht, auf dem das PDS-Haus steht.

Die Behauptung, daß die Existenz der DDR historisch gerechtfertigt ist, steht in der Tradition einschlägiger SED-Thesen, in denen durchweg das Verhalten des Imperialismus für die Gründung der DDR verantwortlich gemacht wurde.<sup>97</sup> unterstellt ungenannt eine wesentliche Voraussetzung: daß nämlich der quasi natürliche Widerpart des Nationalsozialismus der reale Sozialismus sei (einen anderen gibt es ja bis heute nicht!). Diese Voraussetzung ist falsch. Ausgenommen in Rußland, siegte der reale Sozialismus nach der Niederschlagung Hitlerdeutschlands in Europa nur dort, wo die Panzer der Roten Armee standen. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in den Volksdemokratien bestimmte Stalin allein, was zu geschehen hatte. In keinem osteuropäischen Land kamen Kommunisten durch freie Wahlen an die Macht. Der Befreiung Osteuropas von der Terrorherrschaft der Nazis folgte eine verordnete Revolution. Der DDR-Experte Karl Wilhelm Fricke spricht folgerichtig von einem „Okkupationssozialismus“<sup>98</sup>.

Ein entscheidendes Kennzeichen der Nazidiktatur war die Abwesenheit von Demokratie. Bei allem Fortschritt gegenüber der mörderischen Verfolgungswut der Nazis, Demokratie brachten die volksdemokratischen Umwälzungen den Menschen Osteuropas nicht. Die Alternative zu Nationalsozialismus und Faschismus aber ist Demokratie und nicht Diktatur. In Westdeutschland herrschten trotz einer vorzüglichen Verfassung bis in die sechziger Jahre hinein fast vordemokratische Verhältnisse, aber die Bundesrepublik war keine Diktatur. Es gab Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen und das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen. Das war im Kern die richtige Antwort auf den Nationalsozialismus. Sie wurde aber erst wirksam mit der Studentenrevolte 1968.

Die nach 1945 von vielen sozialen und politischen Kräften – bis hinein in die CDU, wie deren Ahlener Programm von 1945 zeigt – geforderte Enteignung des Finanzkapitals wäre eine weitere angemessene Antwort auf die NS-Diktatur gewesen. Aber nicht die entscheidende, wie in PDS-Kreisen behauptet wird. Dort wird nach wie vor die Definition des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 strapaziert, wonach der Faschismus die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>99</sup> sei. Diese Bestimmung aber hat mehr mit den damaligen Zielen der Komintern zu tun – revolutionäre Beseitigung von Faschismus und Kapitalismus – als mit einer fundierten Analyse. Die NS-Diktatur war kein Instrument des großen Kapitals, sondern stützte sich auf die breite Zustimmung des deutschen Volks, die erst in den Kriegsjahren abbröckeln sollte. Eher könnte man Hitlers Herrschaft als Diktatur des Kleinbürgertums beschreiben. Die historische Schuld der deutschen Unternehmer und Bankiers aber besteht darin, die Diktatur unterstützt und von ihr skrupellos profitiert zu haben. Dies hätte als Grund ausgereicht, nicht nur Alfred Krupp und den IG Farben ans Leder zu gehen. Aber es wäre nicht die entscheidende antifaschistische Tat gewesen.

Die Enteignungen zuerst in der Sowjetischen Besatzungszone, dann in der DDR, die Verstaatlichung von Produktionsmitteln schufen keine Demokratie, sondern war das ökonomische Rückgrat einer neuen Diktatur. Diese Diktatur des Politbüros nannte sich antifaschistisch, legitimierte sich auch durch antifaschistische Persönlichkeiten in führenden Position in Staat und Parteien, aber zog nicht die entscheidende Konsequenz aus der Geschichte des Dritten Reichs.

Hinzu kommt noch ein weiterer Umstand: Der Zweite Weltkrieg war zu keinem Zeitpunkt ein Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewesen. Er begann durch den Überfall Nazideutschlands auf das kapitalistische Polen 1939 und weitete sich aus durch Kriege gegen Frankreich, England, die Niederlande, Belgien, Griechenland, Jugoslawien und andere kapitalistische Staaten. Wesentlich zum Sieg gegen Hitler trugen die kapitalistischen USA bei, von deren umfassenden Materiallieferungen auch die Rote Armee in ihrem „Großen Vaterländischen Krieg“ profitierte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg veranlaßten macht- und sicherheitspolitische Gründe Stalin, die Grenze seines Imperiums nach Westen zu verschieben, wobei er keine Rücksicht nahm auf

Hitlers Opfer, vor allem nicht auf Polen. Durch Erpressung, Drohung und Gewalt wurden die osteuropäischen Staaten zuerst in Volksdemokratien – in der DDR hieß es „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ – verwandelt, um dann quasi im Gleichlauf mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

Was bleibt angesichts dessen von der historischen Legitimität des realen Sozialismus in den Staaten Osteuropas inklusive der DDR? Vielleicht doch die „historische Mission der Arbeiterklasse“? Oder spukt in den einschlägigen Argumenten immer noch die Idee herum, daß im Ablauf der Gesellschaftsformationen der Sozialismus nach dem Kapitalismus komme, wenn auch in einer deformierten Variante. Daß der Sozialismus also die nächste notwendige Stufe und insofern die historische Alternative zu Kapitalismus sei? Ich vermute, daß diese Vorstellungen in unterschiedlicher Zusammensetzung und Verdünnung zum dubiosen Argument der historischen Legitimität beitragen.

Das gilt gleichermaßen unausgesprochen für die Eigentumsfrage. Denn wenn man die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als historische Antwort auf den Faschismus betrachtet, unterstellt man, daß der Faschismus lediglich eine Spielart des Kapitalismus sei und daß man, um den Faschismus vom Erdball zu tilgen, den Sozialismus einführen müsse. In Wahrheit handelt es sich beim Faschismus aber um eine Staatsform des Kapitalismus und keineswegs um eine typische, wie die Geschichte zeigt. Diese Erkenntnis hatte übrigens auch die Komintern bereits 1935 gewonnen<sup>100</sup> und sich dadurch distanziert von den deutschen Kommunisten, die den Nationalsozialismus maßlos unterschätzt hatten<sup>101</sup>. Eine seltsame Logik, daß die Verbrechen einer Staatsform die Ablösung einer Gesellschaftsformation verlangen sollen.

Dietmar Keller hat sich vielleicht auch deshalb reichlich Haß in PDS-Kreisen zugezogen, weil er treffend auf einen Umstand aufmerksam gemacht hat, der zumindest zum Teil die dubiosen Versuche einer historischen Rechtfertigung der DDR erklärt. Er spricht von einem „Legitimitätsglauben an eine mögliche deutsche Alternative“. Er führt diesen Glauben zurück auf das Fehlen einer breiten humanistischen Bildung seiner Generation: „Wir hatten ein Weltbild, ein Geschichtsbild, das im Prinzip aus Revolutionsgeschichte bestand. Für uns war sozusagen die Welt eine Welt von Revolutionen. Daß es dazwischen Jahrhunderte gab mit evolutionären Entwicklungen, prägte uns nicht, davon hatten wir fast keine Ahnung.“<sup>102</sup> Es ist exakt dieses Weltbild, das in der These von der historischen Legitimität des sozialistischen Versuchs der DDR mündet. Die These ist vor diesem Hintergrund plausibel. Aber sie ist genauso falsch wie der Hintergrund.

Beim Versuch, den Wirrwarr der Thesen und ihren ideologischen Untergrund zu beleuchten, stoßen wir einmal mehr auf den Faktor Heimat. Denn das tragende Argument in allen Lagern der PDS lautet: daß nach 1945 Hunderttausende oder Millionen – die Zahlen schwanken – den Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel ausrotten und eine neue, friedliche Gesellschaftsordnung schaffen wollten. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. In vielen Gesprächen haben mir Veteranen des sozialistischen Aufbaus spannende und bewegende Episoden berichtet. Kein Zweifel ist möglich, daß die Kommunisten und Sozialdemokraten, die die KZs überlebt hatten oder aus der Emigration nach Deutschland zurückkehrten, diesem hohen moralischen Anspruch gerecht werden wollten. Das waren in aller Regel keine Stalinisten<sup>103</sup>, sondern Überlebende des Infernos, die nicht auf Moskaus Weisungen warteten. Es gibt viele Berichte von Aktionen auf lokaler Ebene, wo Kommunisten und Sozialdemokraten Antifaschismus praktizierten. Aber die Besatzungsmacht und die aus der Sowjetunion eingeflogene KPD-Führung nahmen die eigenen Genossen bald an die Kandare.<sup>104</sup>

Zwar stand in Ostdeutschland nach wie vor alles unter dem Zeichen des Antifaschismus, aber in Wahrheit bestimmten zunehmend Moskaus machtpolitische Ambitionen die Politik, vor allem sein Sicherheitsdenken. Das zeigte sich besonders mit dem Aufkommen des kalten Kriegs. Der Antifaschismus verkam zunehmend zur Propagandawaffe. SED-Ideologiechef Albert Norden etwa enttarnte vor laufenden Kameras reihenweise Nazis in hohen Positionen

in Westdeutschland (und davon gab es ja auch einige), aber es ging darum, die DDR als das „bessere Deutschland“ zu verkaufen, als den Teil des einstigen Dritten Reichs, der die Konsequenzen aus der Hitlerdiktatur gezogen habe. Und bald löste die SED die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) auf, deren westliche Dependence sie aber aus durchsichtigen Gründen weiter finanzierte.

So unbestreitbar der Wille vieler war, antifaschistische Politik zu machen, die Politik machte Moskau, wobei es eine kleine Gruppe deutscher Spitzenkommunisten miteinbezog. Und insofern viele Antifaschisten eine bessere, demokratische Gesellschaft aufbauen wollten, wurde ihr Wille ausgenutzt und betrogen. Walter Ulbricht, der starke Mann der SED, sagte lapidar: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“<sup>105</sup>

Man darf in der Geschichtsbetrachtung den subjektiven Willen sekundärer Akteure nicht mit der Wahrheit verwechseln. Dieser Gedankenfehler erstaunt besonders bei jenen, die bei anderer Gelegenheit immer wieder „objektive Interessen“ oder „objektive Widersprüche“ ins Feld führen.

Es geht also nicht um das, was viele wollten (das war schwammig genug), sondern um das, was wenige taten. Und dies richtete sich allein nach den jeweiligen Moskauer Absichten. Einen Spielraum hatten ostdeutsche Akteure nur in dem Rahmen, den Stalin setzte.

Das ist der entscheidende Ausgangspunkt auch für die Frage, ob die DDR demokratisch gerechtfertigt werden kann. Betrachten wir die zentralen Stationen der Frühgeschichte der DDR, so fällt die Antwort eindeutig aus.

Freie Wahlen sind das zentrale Kriterium, um eine Regierung und einen Staat demokratisch zu legitimieren. Wahlen, die diesen Namen halbwegs verdienen, hatte es in der SBZ/DDR nur im Herbst 1946 gegeben: im September und Oktober wurden Kommunal- und Landtagswahlen durchgeführt. Zwar erhielt die SED bei den Landtagswahlen mit 4,65 Millionen die meisten Stimmen, aber eine klare Mehrheit wurde verfehlt. LDPD und CDU gewannen zusammen mehr Stimmen (2,41 beziehungsweise 2,39 Millionen). Bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung, bei denen auch die SPD antrat, landete die Einheitspartei sogar nur auf Platz drei mit kläglichen 19,8 Prozent.

Man muß bei der Betrachtung dieser Wahlergebnisse wissen, daß in der Sowjetzone die gerade gegründete SED sich größter Unterstützung durch die Besatzungsmacht erfreute. Die Einheitssozialisten beherrschten die Massenmedien, erhielten den Löwenanteil des knappen Papiers und führten das Wort in den Verwaltungen. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) bearbeitete die bürgerlichen Parteien, setzte deren Vertreter unter Druck, schreckte auch vor Verhaftungen und Hinrichtungen nicht zurück. „Faschistische Agenten“ waren schnell ausgemacht. SMAD-Vertreter nahmen an Sitzungen der Parteien teil, kontrollierten die Landtage und hoben Beschlüsse auf, die ihnen nicht paßten.<sup>106</sup>

Demagogisch erklärte Walter Ulbricht, Zwangsmaßnahmen seien nicht vorgesehen. Vielmehr sollten die Kritiker der SED-Politik sich auf öffentlichen Veranstaltungen für ihre „Nein-Propaganda“ verantworten. Die Betroffenen hatten keine Chance, sich gegen ihre kommunistischen Ankläger zu wehren. Wenn sie zugaben, die Politik Moskaus abzulehnen, lieferten sie selbst den Verhaftungsgrund. „Es wäre doch gelacht, wenn wir bei dieser Demokratie nicht gewinnen würden“, spottete SED-Sekretär Walter Ulbricht.<sup>107</sup> Er sollte, wie so oft, recht behalten.

Die konkurrierenden Parteien wurden von den Besatzungsbehörden so lange unter Druck gesetzt, bis SED-hörige Führungen installiert waren. Die Säuberungswellen gingen bis weit in die fünfziger Jahre hinein, und es ist bemerkenswert, daß einige der wichtigen Parteireiniger noch immer Mitglieder der CDU sind.<sup>108</sup> 1948 gründeten die SMAD und die SED zwei weitere Parteien, um den klassischen bürgerlichen Parteien LDPD und CDU das Wasser weiter abzugraben: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), auch „grüne SED“ genannt, und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), die einstige Wehrmachtangehörige und kleine Nazis für die SED mobilisieren sollte. Die Parteien wurden im „Demokratischen Block“ zusammengeschlossen, in dem Entscheidungen nur einstimmig

getroffen werden durften, während die wichtigen Beschlüsse ganz woanders gefällt wurden. Der Block verkam schnell zum reinen Akklamationsorgan. Bei Wahlen setzte die SED die Einheitsliste der Nationalen Front durch. Die SED beherrschte die Nationale Front auch durch formal selbständige Organisationen, in denen die Partei den Ton angab, wie der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB).

Mangels freier Wahlen oder Abstimmungen, durch die Kastrierung der parteipolitischen Konkurrenz und massive Eingriffe der Besatzungsmacht war die SED binnen kurzer Zeit die alleinherrschende Partei, genauer gesagt: der alleinige Befehlsausführer Moskaus.

Die Gründung der DDR war schon formalrechtlich mehr als dubios. Sie wurde ins Leben gerufen durch einen „Deutschen Volksrat“, der sich am 7. Oktober 1949 als „Provisorische Volkskammer“ konstituierte und eine Verfassung verabschiedete. Der Volksrat entsprang dem 3. Deutschen Volkskongreß, der im Mai 1949 zustande gekommen war aufgrund der ersten Einheitslistenwahl. Unabhängige Kandidaturen waren untersagt. Das Sammelsurium aus allen Parteien und verschiedenen SED-dominierten Organisationen der SBZ erhielt allerdings gerade mal 66,1 Prozent der Stimmen, und das erst, nachdem noch einmal kräftig „nachgezählt“ worden war. Man sieht, Egon Krenz ist nicht der erste Wahlfälscher der DDR. Der das Schicksal der DDR und ihrer Bürger wie nichts anderes bestimmende Beschluß zum Aufbau des Sozialismus entbehrt gleichfalls jeder demokratischen Legitimität. Auf einer Parteikonferenz – also nicht einmal einem Parteitag! – im Juli 1952 erklärte Ulbricht: „In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“<sup>109</sup> Dieser maßgebende Schritt, der die DDR endgültig dem stalinistischen Sozialismusmodell anglich, war kein Gesetz der Volkskammer. Und in Wahrheit war sogar die Parteikonferenz reine Staffage.

Im November 1960, acht Jahr später, erklärte Ulbricht SED-treuen Historikern in zynischer Offenheit, daß die sozialistische Orientierung der DDR keineswegs dem Beschluß der deshalb gepriesenen 2. Parteikonferenz im Juli 1952 gefolgt war, wie es die Parteigeschichtsschreibung behauptete. Das war schon vorher ausgemachte Sache gewesen. Im Protokoll der Zusammenkunft (an der auch Forumsmarxist Ernst Engelberg teilnahm) steht: „Genosse Ulbricht erläuterte, daß wir bisher den Beginn ab 1952 beschrieben haben. In Wirklichkeit erfolgte der Aufbau des Sozialismus mit der Annahme des 1. Fünfjahresplanes.“<sup>110</sup> Also 1950.

Und vier weitere Jahre später verriet Ulbricht in einer Sitzung des „Autorenkollektivs zur Ausarbeitung der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ den staunenden Parteiideologen und -historikern, wer den in der einschlägigen Propaganda als das „gesetzmäßige Ergebnis der über hundertjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ gefeierten DDR-Sozialismus tatsächlich inszeniert hatte: „Das war nur ein ganz kleiner Kreis. (...) An dieser wirtschaftlichen Entwicklung in der damaligen Zeit waren drei Mann leitend beteiligt, und zwar Heinrich Rau\*, Bruno Leuschner\*\* und ich. Andere sind nicht hinzugezogen worden.“<sup>111</sup>

PDS-Vorstandsmitglied Michael Schumann berichtete auf einer Konferenz:

„Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die DDR nicht hinreichend souverän gewesen ist. Ich habe mit Karl Schirdewan\*\*\* lange Gespräche geführt. Er hat mir z. B. erzählt, wie das 1952 auf der 2. Parteikonferenz vor sich gegangen ist. Dort wurde beschlossen, den Sozialismus

\* Heinrich Rau, KPD-Mitglied seit 1919, war 1949/50 Minister für Planung in der DDR-Regierung.

\*\* Bruno Leuschner, KPD-Mitglied seit 1931, war Staatssekretär im Planungsministerium.

\*\*\* Karl Schirdewan war von 1953 bis 1958 Mitglied des SED-Politbüros. Er wurde 1958 aus Politbüro und ZK wegen „Fraktionstätigkeit“ ausgeschlossen, 1990 rehabilitiert und ist heute Mitglied der PDS. Schirdewans Memoiren – „Aufstand gegen Ulbricht“ (Berlin 1994) – sind ein bedeutendes Zeitdokument.

aufzubauen. Also, dem ging keinerlei Diskussion in der Partei voraus. Selbst das ZK wurde erst kurz vor der Konferenz informiert, daß man eine solche Entscheidung herbeiführen wollte. Das war eine Geschichte, die wurde mit den führenden Leuten des Politbüros vereinbart, und zwar nach dem Willen Moskaus. In den Politbürositzungen saß Semjonow\*\*\*\*, und alle Entscheidungen von einiger politischer Bedeutung – so ist mein Eindruck von dem, was ich erfahren habe – wurden maßgeblich von den sowjetischen Vorstellungen geprägt.“<sup>112</sup>

Während die Kommunisten in westlichen Ländern geradezu versessen darauf schienen, die bürgerliche Demokratie durch plebiszitäre Elemente zu erweitern, wurden die Bürger in den sozialistischen Staaten nicht einmal gefragt, als es um Entscheidung ging, wohin sich die Ulbricht-Republik, die sich demokratisch nannte, entwickeln sollte.

Der Aufbau des Sozialismus mündete im 17. Juni 1953, als das Politbüro bis auf Fritz Selbmann im Schutz der Besatzungsmacht darauf wartete, daß die sowjetischen Panzer den Arbeiteraufstand in Berlin und in anderen Städten niederwalzten.

Die SED hat nicht eine einzige ihrer Entscheidungen dem von ihr beherrschten Volk zur Abstimmung gestellt.<sup>113</sup> Ja, noch mehr, die Parteiführung hat allein die Macht ausgeübt und die Mitgliedschaft entmündigt. Treffend spricht der PDS-Historiker Manfred Kossok von einer „oktrozierten Revolution“<sup>114</sup>. Und Michael Schumann, der gerne auf Konferenzen die Legitimität der DDR einklagt, schreibt, „daß es in der DDR niemals eine mehrheitliche Zustimmung zur Art und Weise der politischen Herrschaftsausübung durch die SED-Führung gegeben hat“.<sup>115</sup> Hinzuzufügen ist: Die Führung hat sich nach dem Mauerbau nicht einmal dafür interessiert, ob sie eine Mehrheit hinter sich hatte. 1979 wurde das Institut für Meinungsforschung aufgelöst. Seitdem genügten den Herren im Politbüro die selbstinszenierten Jubelveranstaltungen, die umfassend organisierten Leserbriefkampagnen und die Huldigungen aus der eigenen und den befreundeten Parteien und Massenorganisationen. Und doch spricht etwa Detlef Joseph, Staatsrechtler und PDS-Mitglied, vom Gesellschaftsversuch, „der unternommen wurde, um Humanismus, Beseitigung von Ausbeutung, soziale Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen“.<sup>116</sup> Eine PDS-typische Verwischung der Realität.

Ich habe auf unzähligen Diskussionen mit PDS-Mitgliedern immer die gleichen Einwände gehört: „Wir sind nur unseren Idealen gefolgt.“ – „Wir hatten die bessere, humanere Idee.“ – „Wir wollten eine gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung aufbauen.“ Läßt sich die DDR also legitimieren durch eine moralisch überlegene Idee? Es werden zahlreiche Beispiele angeführt, die belegen sollen, daß in der DDR die Idee nicht auf dem Papier blieb: sichere Arbeitsplätze, Kindergärten, Gleichstellung der Frau, niedrige Mieten usw. usf. Nicht genannt wird die Tatsache, daß die Bevölkerung im Arbeiter-und-Bauern-Staat ausgeschlossen war von der Macht. Das ist der entscheidende Punkt. Und anzumerken ist auch, daß die sozialen Wohltaten seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 die DDR-Wirtschaft überforderten und in einer staatsbedrohenden Überschuldung endeten. Und überhaupt: Kann man derlei fragwürdige Errungenschaften verrechnen mit den Mängeln und Verbrechen eines Regimes. Das klingt mir zu sehr nach Autobahnen.

Am Ende bleibt die von Tatsachen entkleidete Idee. Die Kluft zwischen den klassischen Zielen des frühen Sozialismus, aber auch den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels und dem realen Sozialismus ist unüberschreitbar tief. Man könnte sich diesen Fall leichtmachen und darauf verweisen, daß nach Engels die Praxis das Kriterium der Wahrheit sei. In der Tat, was nützen die schönsten Ideale, wenn ihre Verwirklichung in zentralen Punkten das Gegenteil ergibt?

Der Schriftsteller Peter Schneider hat vor vielen Jahren in einem vorzüglichen Essay darauf verwiesen, daß die großen gesellschaftlichen Verbrechen in diesem Jahrhundert im Namen

\*\*\*\* Wladimir S. Semjonow war führender Berater der SMAD und 1953/54 sowjetischer Botschafter in der DDR.

einer Idee verübt worden seien.<sup>117</sup> Es ist in der Tat grotesk, wie man einem „reinen Ideal“ folgen kann, indem man Verbrechen duldet, wegdiskutiert oder rechtfertigt. Aber das haben praktisch alle Mitglieder der SED getan. Auch die der DKP, ich weiß. Hehre Ideale sind meist gefährlich. Sie erweisen sich zu oft als Einfallsschneisen der Unterdrückung, wenigstens dann, wenn sie auf Endzustände zielen. Rechtfertigt ein überlegenes Ideal, die Befreiung der Menschheit von allem Übel, nicht geradezu Gewalt, wenn das Ziel nur durch sie zu verwirklichen ist? Politik wird menschlicher, wenn sie darauf verzichtet, absolute Ideale durchsetzen zu wollen. Die Umsetzung des hehren sozialistischen Ideals nach Lesart des Marxismus-Leninismus hat weltweit einen Berg von Gewalttaten angehäuft. Der Gipfel ist noch nicht erreicht, wie die Beispiele China und Nordkorea zeigen. Was könnte die sozialistische Idee und alle Versuche, sie zu verwirklichen, stärker beschädigen als die eigene Praxis? Zu Recht erkennt Günter Benser: „Die Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten und das vielen Menschen widerfahrene Unrecht stellen die schwerste Selbstdiskreditierung des sozialistischen Experiments auf deutschem Boden dar (...).“<sup>118</sup> Und der PDS-Vorstand erklärte in seinem Bericht an den 2. Parteitag im Januar 1991: Der reale Sozialismus „war eine gesellschaftliche Ordnung, in der die ursprüngliche Idee des Sozialismus, daß sich die Menschen selbst eine sozial gerechte, demokratische und Gesellschaft schaffen, nicht nur nicht eingelöst, sondern auf wesentlichen Gebieten ins Gegenteil verkehrt wurde“. Soweit, so richtig. Dann jedoch folgt der denkwürdige Satz: „Aber wir bekennen uns zu dem Versuch einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft.“<sup>119</sup> Ein klares Beispiel, wie man aus einer richtigen Analyse eine falsche Schlußfolgerung zieht. Wenn die Praxis die Idee ad absurdum führt, wie kann die Idee dann die Praxis rechtfertigen?

Parteireformer Michael Brie schreibt gar, daß der DDR-Sozialismus weder der ideale noch der reale, noch der unreife Sozialismus“ war. „Er war seinen Strukturen, seinen wichtigsten Institutionen nach keiner, oder man müßte den Begriff Sozialismus aufgeben.“<sup>120</sup> Aber wenn der reale Sozialismus kein Sozialismus war, wie kann die sozialistische Idee diesen realen Sozialismus rechtfertigen? Und: Bedeutet angesichts solcher Einsichten die historische Legitimierung des realen Sozialismus – bei allen eingestandenen Deformationen – nicht, das Unrecht des SED-Regimes zu relativieren?

Ich sehe ihn genau vor mir, den kleinen weißhaarigen Mann. Nein, nicht den von der KPF im Berliner Karl-Liebknecht-Haus im Raum 201. Sondern einen würdigen älteren Herrn mit Brille, den es auf fast jeder PDS-Veranstaltung gibt, an der ich bisher als Vortragender teilgenommen habe, vor allem bei Lesungen. Der Herr mit Brille hört mir geduldig zu, notiert eifrig dies und jenes auf einem Blatt Papier, und irgendwann in der Diskussion meldet er sich. Wenn er dran ist, erhebt er sich vom Platz, nimmt seinen Notizen in die Hand, lächelt freundlich und beginnt seinen Redebeitrag, indem er mir grundsätzlich zustimmt. Es müßten aber doch noch einige Punkte ergänzt werden. Er schaut auf sein Blatt Papier und listet dann alle Verbrechen des Imperialismus auf, angefangen vom Ersten Weltkrieg bis zum Vietnamkrieg. Und der reale Sozialismus habe bei allen Mängeln die Welt vor dem Faschismus gerettet und den stets aggressiven Imperialismus gezügelt. Dies und manches andere möge ich doch in meine Bilanz mit aufnehmen. Der ältere Herr mit Brille trägt das alles ruhig vor, dann lächelt er wieder freundlich und setzt sich hin. Es ist hier nicht erforderlich, den Wahrheitsgehalt der Aussagen des älteren Herrn zu beleuchten (und beileibe ist es nicht ganz falsch, was er sagt), es geht vielmehr um eine andere Frage: um die Relativierung der Untaten des eigenen Regimes, indem sie mit den Untaten anderer verrechnet werden. Das ist eine uralte Masche, am weitesten entwickelt haben sie Exnazis und Wehrmachtverschönerer, die außerordentlich findig sind, wenn es darum geht, Übergriffe der Alliierten anzuführen. Und die KZs haben ja die Engländer im Burenkrieg erfunden. Die Verrechnerei bedeutet, die Verbrechen kleiner zu reden. Als würden Verbrechen anderer die eigenen weniger schmerzhaft machen. Es ist eine feige Argumentation, die vor allem die



Opfer verhöhnt. Denen kann es nämlich egal sein, ob ihre Verfolgung einzigartig ist oder nicht.

Aber geradezu selbstentlarvend wird das geistige Verrechnungsgebäude, wenn man nach den Kriterien schaut. Mit der Verrechnerei begeben sich die Verfechter des realen Sozialismus nämlich freiwillig auf das Niveau jener, denen sie moralisch um Welten voraus sein wollen. Das passiert, wenn die eigene politische Existenz zur Selbstrechtfertigung verkommt. Den traurigen Höhepunkt der Verrechnungsakrobatik erlebte ich bei einer Reise im Herbst 1990. In Diskussionen mit PDS-Mitgliedern fiel mir auf, daß immer wieder die einschlägig bekannten Wohltaten der SED aufgezählt wurden, um die Bilanz des Regimes zu verbessern. Als ich darauf hinwies, daß man auf diese Weise auch den Nationalsozialismus schönreden könne, hörte ich nicht nur einmal die Antwort: Ja, vielleicht müsse man das Dritte Reich „differenzierter“ betrachten. So tief kann man fallen, wenn man die eigene Biographie retten will.

Die offenkundigen Ungereimtheiten in den Erklärungen von PDS-Vertretern, der Versuch, eine Sache zu rechtfertigen, die ja viele in der Partei als völlig mißlungen betrachten, hat Gründe, die nicht in der Sache selbst liegen können. Herbert Burmeister, der Geschäftsführer der Historischen Kommission der PDS, hat dazu Aufschlußreiches berichtet. Mit dem Zusammenbruch alter Wertvorstellungen wachse neben dem Wunsch nach neuen Antworten „das Hoffen, es sei doch nicht alles, für das Mensch sich eingesetzt hat, schlecht gewesen“. Für viele PDS-Mitglieder, „die sich für die sozialistische Alternative in Deutschland engagiert hatten, ist dieser Abschnitt nicht nur Geschichte, es ist zugleich ihr Leben“.<sup>121</sup> Angela Marquardt, bis Januar 1997 stellvertretende Parteivorsitzende, referierte auf einer Konferenz treffend, das Ziel der Geschichtsbetrachtungen ihrer Genossen sei meist vor allem die „Bewahrung der Biographie vor staatlichem, vor fremdem Zugriff. (...) Und so verstehe ich das Schutzinteresse für die eigene Biographie als einen Reflex auf den überdeutlichen Zugriff staatlich sanktionierter Bewertungsmaßstäbe. Dieser Reflex ist zunächst apolitisch.“<sup>122</sup>

Es geht in der Debatte um die Legitimität der DDR in Wahrheit in erster Linie um Vorurteile. Sie bleiben meist unberührt von der ja oft richtigen Analyse. Es ließen sich unzählige Zitatstellen anführen, in denen etwa die Brie-Brüder, Gregor Gysi, Lothar Bisky oder auch Parteivize Wolfgang Gehrke den realen Sozialismus scharfsinnig kritisieren. Ich werde an anderer Stelle zeigen, daß einige Historiker mit PDS-Mitgliedsbuch auch am Stalinismus kein gutes Blatt lassen. Und doch tönt es im Gleichklang, daß die DDR ein berechtigter Versuch gewesen sei. Beweisen kann ich es nicht, aber ich unterstelle, daß manche führenden Parteifunktionäre glauben, Rücksicht auf die Stimmung an der Basis nehmen zu müssen. Daß sie befürchten, dort jeden Rückhalt zu verlieren, wenn sie die Axt an die Biographien der einstigen SED-Aktivistinnen legen. Weil das Verhältnis zwischen den mehrheitlich auf Reformkurs stehenden Funktionären und der Masse der Mitglieder ohnehin brüchig ist, agieren die Spitzengenossen in diesem Punkt wohl auch taktisch. Sie würden sich sonst selbst den Boden unter den Füßen wegziehen. Das käme politischem Selbstmord gleich. Druck genug also, um Zugeständnisse zu machen.

Die Hoffnung, die Vorurteile in der Mitgliedschaft auszuräumen, haben selbst die am meisten auf Aufklärung erpichten Genossen längst aufgegeben. Es wäre auch ein hoffnungsloses Unterfangen. In Zeiten des Umbruchs, in denen alte Werte entwertet werden und neue Werte sich in einer als feindlich empfundenen Umwelt nicht durchsetzen können, bleibt vielen Genossen nur die Vergangenheit. Viele Erfahrungen sind davor geschützt, überprüft zu werden, und tief verankert im Bewußtsein. Die Genossen fühlen sich nicht zuletzt betrogen von denen, die blühende Landschaften versprochen, und gleichzeitig bestätigt. Sehen sie doch in jedem Versagen des bundesdeutschen Kapitalismus eine Bestätigung der eigenen Vergangenheit. In einer Zeit des Wandels sind es die Vorurteile, „die den Menschen vor neuer, mitunter beängstigender Erfahrung schützen“, schreibt der brandenburgische Sozialdemokrat Hans-J. Misselwitz in seiner beeindruckenden Studie über die Befindlichkeit der Ostdeutschen.<sup>123</sup>

Der kleine weißhaarige Herr mit Brille, den ich auf so vielen Veranstaltungen erlebt habe, führt ganz am Ende, wenn er mit seiner Liste der Missetaten des Imperialismus durch ist, ein aus seiner Sicht schlagendes Argument an: „Ich kann doch nicht umsonst gelebt haben.“ Ich habe mir mit meiner Antwort auf diese Behauptung, vorsichtig formuliert, wenig Freunde gemacht: „Doch, man kann umsonst gelebt haben. Nämlich dann, wenn man einer schlechten Sache gedient hat, auch wenn man dafür die besten Gründe nennt.“ Aber diese Antwort ist unvollständig, und sie kann von dem älteren Herrn mit Brille natürlich nicht akzeptiert werden, weil sie in Hoffnungslosigkeit mündet. Deshalb eine wichtige Ergänzung: Man gibt seinem Leben keinen Sinn, wenn man einer schlechten Sache gedient hat und sich darüber nicht bewußt werden will. Wenn man nicht sich selbst auf den Prüfstand stellt. Wenn man seine Biographie rettet durch Verdrängung statt durch Aufklärung. Wenn man nicht aufgrund einer schonungslosen Selbstanalyse bereit ist, alles umzustoßen, was einer Überprüfung nicht standhält. Das ist viel verlangt. Aber anders geht es nicht. Man verlängert sonst die erlittene Täuschung und Verführung nur durch Selbsttäuschung.

Leider dürfte auch diese Erweiterung meines Gegenarguments den älteren Herrn mit der Brille nicht umstimmen. Denn um Unrecht einzugestehen, muß man es wahrnehmen. Nicht einmal das scheint vielen Genossen möglich zu sein. Ich erinnere mich noch gut an eine hitzige Diskussion irgendwo in Thüringen, als ein PDS-Mitglied unter Beifall erklärte, daß man zu DDR-Zeiten doch nicht nur schikanös mit Bürgerrechtlern umgegangen sei. Bärbel Bohley und Wolfgang Templin etwa hätten doch 1987 sogar für ein Jahr nach England reisen dürfen. Davon habe der Normal-DDR-Bürger nur träumen können.

Ein perfides Argument, denn die Stasi hatte die beiden Bürgerrechtler vor die Alternative gestellt, das Land für ein Jahr zu verlassen oder eingesperrt zu werden. Die Stasi wollte die Unruhestifter loswerden, so oder so, und das mildere Mittel war die befristete Ausweisung. Das finden manche in der PDS noch heute human.

Es hat in der Geschichte der DDR viel Unrecht gegeben. Millionen haben es im Sozialismus Ulbrichts und Honeckers nicht ausgehalten und sind geflohen. Zwischen 1950 und 1988 wurden Tausende von Menschen aus dem Grenzgebiet zwangsausgesiedelt, oft in Nacht-und-Nebel-Aktionen auf Lastwagen verfrachtet, deportiert und enteignet.<sup>124</sup> Allein in der „Aktion Ungeziefere“ wurden zwischen dem 29. Mai und dem 13. Juni 1952 insgesamt 8351 Menschen verschleppt. Die Zahl der politischen Gefangenen zwischen 1949 und 1989 wird auf 180 000 geschätzt (ohne die 1949 von den sowjetischen Behörden übernommenen Häftlinge). Zwischen 1964 und 1989 kaufte Bonn fast 32 000 Häftlinge frei<sup>125</sup> – eines der unwürdigsten Kapitel der DDR-Justiz. In den achtziger Jahren wurden manche Menschen eingesperrt, damit die Bundesregierung sie gegen harte Mark freikaufte. Belassen wir es dabei, ich habe an anderer Stelle bereits auf die Unrechtsbilanz der DDR verwiesen. Sie anzuführen ist wichtig, schließlich gehört zur demokratischen Legitimität eines Staatswesens die Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Die DDR war kein Rechtsstaat, auch wenn Erich Honecker in den achtziger Jahren gerne vom „sozialistischen Rechtsstaat“ gesprochen hat. Gewiß wurden in der DDR viele Gerichtsverfahren durchgeführt und viele Urteile gefällt, die dem geltenden Gesetz entsprachen und auch nach übergeordneten Maßstäben gerecht waren. Die Gesetze der DDR waren einfacher als die der Bundesrepublik, und viele waren einleuchtend. Nicht umsonst wird in den Verfahren gegen DDR-Bürger heute das Recht der DDR angewandt, um das Rückwirkungsverbot – keine Strafe ohne Gesetz – zu beachten.

Aber immer war wenn die Machtfrage berührt schien, begann in der Justiz der DDR die Willkür. Von den sieben DDR-Juristen, die den sozialistischen Regimekritiker Robert Havemann 1976 zu mehrjährigem Hausarrest und 1979 zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilten, zeigten sich immerhin zwei im nachhinein beschämt.<sup>126</sup> Es würde den Rahmen dieses Buches sprengen, wollte man die Übergriffe der DDR-Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit auf Bürger schildern, ob Bürgerrechtler, Ausreisewillige oder auch

innerparteiliche Opponenten. In zahlreichen Fällen folgte die Justiz der DDR Vorgaben des Politbüros oder der Stasi.

Rechtsstaat bedeutet zunächst einmal nichts anderes, als die Staatsgewalt durch Gesetze zu begrenzen und den Schutz individueller Freiheiten gesetzlich zu verankern. Zwar standen in allen DDR-Verfassungen wohlklingende Artikel über demokratische Rechte, in der Praxis gab es sie nicht. Die Bürger konnten sie auch nicht einklagen. Das spitzfindige Argument zur Begründung lautete: Warum sollten die Arbeiter und Bauern, die an der Macht seien, sich selbst verklagen? In der feineren, „offiziellen“ Version hieß es: „In der sozialistischen Gesellschaft ist das Privateigentum an Produktionsmitteln für immer beseitigt und das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum geschaffen. Es gibt keine Gegenüberstellung von Gesellschaft und Staat, von Individuum und Bürger. Alle Zweige des sozialistischen Rechts dienen der Realisierung der gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse und damit zugleich der Verwirklichung der Interessen der Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft.“<sup>127</sup>

Es ist in der PDS mittlerweile weithin anerkannt, daß die DDR kein Rechtsstaat war. Auch der einstige DDR-Rechtswissenschaftler Ingo Wagner, Mitautor des Lehrbuchs „Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie“, vertritt die Position, daß die DDR kein Rechtsstaat gewesen sei „im Hinblick auf den Staatsaufbau, die Stellung der Justiz im Gewaltensystem, den Rechtsschutz der Bürger gegen Akte staatlicher Gewalt und vor allem der Unverbrüchlichkeit der politischen Menschenrechte“.<sup>128</sup>

Aber praktisch alle Vertreter der PDS, die sich zu diesem Thema äußern, verwahren sich gegen die These, daß die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Erbost hat sie vor allem eine Äußerung des damaligen Bundesjustizministers Klaus Kinkel auf dem Deutschen Richtertag 1991, wo der FDP-Politiker forderte, das „SED-Regime zu delegitimieren“.

Manche interpretieren Kinkels Rede gar als Auftrag an die Richter<sup>129</sup> und beweisen damit nur, daß sie die Strukturen der SED-Justiz offenbar für weiter verbreitet halten, als sie es jemals waren. Man kann ja gegen deutsche Richter ein Menge anführen – gerade aus der Sicht der Geschichte –, aber die Vorstellung, daß sie sich einen Auftrag von einem Minister geben lassen, ist absurd. Und wenn die Genossen die Rechtsprechung zum Beispiel im Fall Markus Wolf verfolgt haben oder auch im Hinblick auf die Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst wegen Nähe zum SED-Staat, dann sollten sie diesen Unsinn ganz schnell aus ihrem Vokabular streichen. Markus Wolf sitzt nicht im Gefängnis, obwohl man der Staatsanwaltschaft nicht vorwerfen kann, das nicht mit allen Kräften angestrebt zu haben. Und reihenweise gewannen Lehrer und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes in Prozessen gegen bereits ausgesprochene Entlassungen.

War die DDR ein Unrechtsstaat? In der Auseinandersetzung mit dieser These finden wir an vorderster Kampfesfront in Veröffentlichungen und auf Konferenzen wie Pat und Patachon die Speerspitze der Staatsrechtsgarde der DDR: Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann. In einem gemeinsamen Vortrag hauen sie kräftig auf die Pauke. Das eigentliche Unrecht der DDR habe in ihrer Gründung bestanden, „ihr größtes ‚Verbrechen‘ in der Beseitigung von Privateigentum“.<sup>130</sup> Und Rechtsprofessor Ingo Wagner assistiert mit der kühnen These, das eigentliche „Verbrechen“ der DDR habe in den Augen der „neuen Macht“ darin bestanden, „kein kapitalistischer Staat gewesen zu sein“.<sup>131</sup> Und Detlef Joseph, wie sein Kollege Wagner Mitautor des einschlägigen juristischen Lehrbuchs der DDR, mahnt gar dazu, „sich nicht dazu herzugeben, den erklärten Gegnern der DDR, die deren Akteure u. a. mit politischen Strafprozessen verfolgen, theoretische Munition zu liefern“. Selbstkritik werde als Indiz dafür angeführt, daß selbst einstige DDR-Juristen zugäben, „dem Recht sei kein positiver Stellenwert zum Schutze des Individuums vor Staatswillkür eingeräumt worden. Das könne nur als Beweis des Unrechtsstaatscharakters gewertet werden.“<sup>132</sup> Eine verblüffende Erkenntnis. Haben denn nicht gerade Detlef Joseph und Genossen sogar noch die umfassende ideologische Begründung dafür geliefert, daß ein Schutz individueller Rechte im Sozialismus überflüssig sei, da die Interessen der Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft identisch seien mit denen von Staat und Gesellschaft?

Abgesehen davon erinnert mich Detlef Josephs Argument an finsterste realsozialistische Tiefen. Wenn wir in der DKP „Bauchschmerzen“ – wie es bedeutungsentleerend hieß – hatten, also nicht einverstanden waren mit der Parteipolitik oder irgendwelchen Machinationen von SED und KPdSU, dann fanden wir immer Ansprechpartner. Etwa den gütigen Hans Wunderlich. Oder in Heidelberg die langjährige Kreissekretärin Hilde Wagner, eine Stenotypistin, die sich im Selbststudium und durch ihr Engagement in der Bildungsarbeit der DKP eine erstaunliche Allgemeinbildung angeeignet hatte. Wie Wunderlich war sie voller Verständnis für die Sorgen ihrer Genossinnen und Genossen. Wenn ihr kein Argument mehr einfiel oder der bauchschmerzengeplagte Genosse sich nicht recht überzeugen ließ, dann führte Hilde das letzte Argument an: Das können wir innerhalb der Partei diskutieren, aber nicht öffentlich. Nach außen hin müssen wir alles vertreten, was die Partei beschließt, auch wenn wir davon in diesem oder jenem Punkt nicht begeistert sind. Wenn wir unseren Widerspruch öffentlich formulieren, nutzen wir dem Klassenfeind, liefern wir ihm Munition. Und das kann bei allen Schwierigkeiten nicht unser Interesse sein. Dieses Lagerdenken, diese Fremdheit gegenüber der Notwendigkeit des öffentlichen Diskurses kennzeichnet auch die Debatte um den Unrechtsstaat. Es sind die alten Frontlinien, und es ist das Unvermögen, zuzugeben, das man fatal geirrt hat. Wie will man sich von der SED lösen, wenn man ihr Lagerdenken und ihre Feindbilder übernimmt? Und wie will man Geschichte aufarbeiten, wenn man Wahrheiten meidet, weil sie angeblich dem politischen Gegner nutzen? Ich frage mich allerdings, ob Wagner, Joseph oder auch Heuer Wahrheiten erfahren und nennen *wollen*?

Artikel 17 des Einigungsvertrags, der auch von der Volkskammer der DDR verabschiedet worden ist, stellt fest, daß die DDR ein „Unrechtsregime“ war. Nun kennt meines Wissens die Rechtswissenschaft diesen Begriff nicht. Uwe-Jens Heuer und andere der PDS nahestehende Juristen, aber auch sonstige führende Vertreter der Partei betrachten das Wort vom „Unrechtsstaat“ demzufolge als „Kampfbegriff“. Sie behaupten, dieser Begriff sei erst seit der juristischen Auseinandersetzung mit der DDR in Mode gekommen, auf andere Diktaturen wie Südafrika oder Pinochets Chile sei er nicht angewendet worden.<sup>133</sup> Das ist zwar nebensächlich, aber nachweislich falsch.

Am meisten erbittert es Mitglieder und Funktionäre der PDS, wenn die Unrechtsstaatsthese benutzt wird, um SED-Staat und Naziregime gleichzusetzen. Konservative tun dies in der Tat oft und setzen damit eine unselige Tradition fort. Es gibt viele Einwände gegen diese Behauptung: daß die Opferbilanz unvergleichlich sei, daß die DDR keinen Krieg angefangen, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeit Friedenspolitik betrieben habe, daß Antifaschisten in den Führungspositionen der DDR gesessen hätten und daß mit einigen Ausnahmen alte Nazis in der DDR keine Karrierechancen gehabt hätten (im Unterschied zur Bundesrepublik). Alle diese Argumenten sind im Kern richtig.

Und doch gibt es auffällige Gemeinsamkeiten zwischen beiden deutschen Diktaturen: Einparteienherrschaft, Überwachungsstaat, Unterdrückung Andersdenkender und Verweigerung demokratischer Grundrechte, ideologische und politische Durchdringung der gesamten Gesellschaft, Militarisierung des Alltagslebens. Noch kurz vor Kriegsende haben KPD-Führer angeregt, Ordensburgen des NS-Staats zu kopieren, wo dann neue Mitglieder geschult werden sollten.<sup>134</sup> Es gab sowieso keine Stunde Null: Die Aufmärsche des kommunistischen Rot-Front-Kämpferbundes (RFB) und der SA zu Weimarer Zeiten glichen sich, wie sich die Militärparaden von Wehrmacht und Nationaler Volksarmee zuwenig unterschieden. Und schon damals war die KPD, die später der SED ihre Strukturen aufprägen sollte, eine autoritär, ja militärisch geführte Partei. Noch heute sind manche alten PDS-Genossen stolz auf ihre „Parteidisziplin“ zu KPD-Zeiten. Spätestens seit Mitte der zwanziger Jahre, als sich die KPD dem Diktat Moskaus unterwarf und im Inneren „Abweichungen“ rigoros als „Fraktionsmacherei“ bekämpfte, wurde der demokratische Impetus der Partei Rosa Luxemburgs ausgelöscht. Die Parteimitbegründerin hatte auf dem ersten KPD-Parteitag

1918/19 noch eine deftige Niederlage einstecken müssen, als die Mehrheit ihrer Genossen beschloß, nicht an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung teilzunehmen. Ein halbes Jahrzehnt später gab es nur noch Anweisungen von oben nach unten. Und „oben“ hieß auch für die deutschen Kommunisten in letzter Instanz Stalin. Ihm diente als Durchstellstation Ernst Thälmann, der Hamburger Spediteurssohn, der als „Arbeiterführer“ ausgegeben wurde und dessen wilde Reden wider den „Sozialfaschismus“, also die Sozialdemokratie, und die parlamentarische Demokratie nach Stalins Tod in der DDR aus dem Verkehr gezogen wurden. Sie standen doch arg im Kontrast zu den wohlklingenden Bekenntnissen zur „Einheitsfront der Arbeiterklasse“ gegen den Faschismus, wie sie in den einschlägigen Geschichtswerken und Lehrbüchern der DDR als angeblicher Kern der kommunistischen Strategie und Taktik ausgegeben wurde.

Und doch waren SED-Mitglieder bis hinauf ins Politbüro keine Nazis und sind mit Nazis nicht gleichzusetzen. Ihnen fehlte dazu der Vernichtungswille. Man kann auch nicht dementieren, daß sie etwas aufbauen wollten, kein Weltreich durch Blut und Tränen, sondern einen sozial gerechten Staat. Daß die Mittel diesem Ziel widersprachen, habe ich bereits dargestellt.

So falsch die Gleichsetzung von NS-Staat und SED-Regime ist, so haltlos und durchsichtig ist die Abweisung des Unrechtsstaatsbegriffs durch Vertreter der PDS. Auch wenn es den Unrechtsstaat in der Rechtswissenschaft nicht gibt, es gibt Staaten, in denen willentlich das Recht gebrochen wird. Die DDR war solch ein Staat. Es ist daher politisch und moralisch begründbar, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Der Einwand, daß das Unrecht nur eine Minderheit getroffen habe, ist – pardon – dumm. Demnach wäre nämlich Hitlerdeutschland ein Rechtsstaat gewesen, wenigstens bis 1939. Auch der Terror der Nazis traf eine Minderheit.

Die einstige DDR-Schriftstellerin Daniela Dahn, die der PDS nahesteht, hat sich in ihrem brillanten Buch „Westwärts und nicht vergessen“ ausführlich mit dieser Frage geplagt. Sie kommt am Ende zum dem Ergebnis: „(...) es fällt auch mir nichts Besseres ein, als die DDR hinsichtlich des juristischen Umgangs mit Andersdenkenden ein Unrechtsregime zu nennen“.<sup>135</sup>

Die PDS ruft angesichts der Strafprozesse gegen Mauerschützen oder Politbüromitglieder durch die Bank „Siegerjustiz!“. Als wäre die Bundeswehr in Ostdeutschland einmarschiert. In Wahrheit ist die DDR der Bundesrepublik beigetreten, und es erstaunt mich, daß die bei passender Gelegenheit zu Rechtsdogmatikern mutierenden Ex-DDR-Juristen nicht akzeptieren wollen, daß die bundesdeutsche Justiz folgerichtig versucht DDR-Unrecht aufzuarbeiten.<sup>136</sup> Wer sollte es sonst tun?

Ich will mich auf den Streit der Juristen über die Prozesse nicht einlassen und nur darauf hinweisen, daß sie nach dem von der DDR unterzeichneten Einigungsvertrag rechtmäßig sind. Es wird ja sogar DDR-Recht angewandt, außer bei der Bestrafung, wenn bundesdeutsche Paragraphen für die Angeklagten günstiger sind. Und doch sind die Strafverfolgungsbehörden übers Ziel hinausgeschossen. Im Fall der DDR-Spione mußten sich höchsttrichterlich zurückgepfiffen werden. Ob Zehntausende von Ermittlungsverfahren gegen einstige Bürger des SED-Staats zum Rechtsfrieden beitragen, ist auch mehr als fraglich. Aber es geht der PDS nicht um die Zahlen, sondern um die Strafverfolgung als solche.

Gegen die Urteile gegen Egon Krenz und Genossen wendet der PDS-Vorstand unter anderem ein: „Zweieinhalb Millionen ehemalige SED-Mitglieder und ungezählte weitere früher staatsloyale DDR-Bürgerinnen und -Bürger sitzen bei dieser Gerichtsfarce unsichtbar mit auf der Anklagebank.“<sup>137</sup> Offenbar wiegt die Loyalität mit der einstigen Führung schwerer als mühsam gewonnene Einsichten über die Strukturen der SED. Hatten nicht PDS-Mitglieder, keineswegs nur Historiker, erklärt, daß die Einheitspartei von einer kleinen Clique absolutistisch geführt worden sei. Wenn das so ist – und wer wollte es bezweifeln? –, wie kann man dann Egon Krenz mit einfachen Parteimitgliedern und gar DDR-Bürgern gleichsetzen? Ist nicht das Politbüro verantwortlich gewesen für unzählige

Menschenrechtsverletzungen? Und auch wenn der Bau der Mauer in Moskau angeordnet worden ist, Mittäter in führender Position waren Krenz und Politbüroengenossen allemal. Sie, wer sonst, sind dafür verantwortlich, daß Menschen an der Mauer abgeschossen wurden wie Hasen, nur weil sie ausreisen wollten. Um nur einen Punkt anzuführen.

Und doch spricht der Parteivorstand von „politischer Justiz“, obwohl es um eindeutige Straftaten ging und die politischen Umstände als Milderungsgründe bei der Strafzumessung gewertet wurden. Das ehemalige Politbüromitglied Günter Schabowski hatte als einziger den Mut, die eigene Mitschuld und die seiner Mittäter zu bekennen, statt in geistloser Heroenpose eine in größtmöglicher Abstraktion verlorengelassene, kostenlose „politische Verantwortung“ zu übernehmen. Der sächsische PDS-Landesvorstand nennt Schabowskis Reuebekanntnis „die stiefelleckerische Formel (...) vom ‚unpolitischen Verfahren‘“.<sup>138</sup>

Der parteilose PDS-Bundestagsabgeordnete Manfred Müller, Sekretär der Gewerkschaft HBV in Berlin und Ehrenamtlicher Richter, hat sich den Haß seiner Genossen zugezogen, als er es wagte, die Erklärung des Parteivorstands zurückzuweisen. Müller schreibt: „Wer hier von ‚Siegerjustiz‘ spricht, wählt nicht nur einen falschen Begriff, sondern bestreitet grundsätzlich die Strafbarkeit. (...) Es macht mich tief betroffen, daß der Parteivorstand der PDS in seiner Stellungnahme auf Argumentationsmuster zurückgreift, die schon die SED-Führung benutzte, um die Rechtmäßigkeit des Grenzregimes zu begründen. Die Angeklagten haben nicht nur gegen internationale Konventionen verstoßen, sie haben (...) auch in der DDR bestehendes Recht gebrochen, gegen die eigene Verfassung verstoßen und die eigene Bevölkerung hinter Licht geführt.“<sup>139</sup> Michael Nelken, der für die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt, wirft seinem Parteivorstand vor, „das verlogene SED-Ideologem von der Einheit von Partei, Staat und Volk“ wiederzubeleben.<sup>140</sup>

Nimmt man die Erklärungen von PDS-Instanzen zum Politbüroprozeß als Maßstab für die innerparteiliche Vergangenheitsaufarbeitung, dann ist die PDS weit hinter das zurückgefallen, was sie sich bereits erarbeitet hatte. Dann ist die Partei wieder bei der SED angekommen, aber nicht in der Bundesrepublik.

((Kasten Anfang))

### ***Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht***

*Stellungnahme des Parteivorstandes der PDS zur Verurteilung von Egon Krenz und anderen*

*(...) Die Zustände an der früheren Staatsgrenze, die zugleich eine Konfrontationslinie hochgerüsteter Militärblöcke war, hätte es – wie diese Grenze selbst – nie gegeben, wenn es das Dritte Reich und seinen Weltkrieg nicht gegeben hätte. (...)*

*Die PDS hat die Tatsache, daß der „eiserne Vorhang“ Hunderte von Todesopfern forderte, nicht nur bedauert. Sie hat zugleich festgestellt, daß die Funktionärselite der DDR – neben den*

*jeweiligen sowjetischen und Warschauer-Pakt-Führungen – politische Verantwortung dafür trug, daß dieses Agreement zur Aufteilung der europäischen Machtsphären bis zum Schluß zuallererst genutzt wurde, die Freiheit der Menschen im östlichen Teil der Nation unerträglich einzuschränken. Die sozialistische Idee und Bewegung wurden dadurch nachhaltig diskreditiert. (...)*

*Die PDS hat mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt ist, die nachträgliche historische und völkerrechtliche Delegitimierung der DDR und Negierung ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung hinzunehmen. (...)*

*Das Bundesverfassungsgericht und die Gerichte haben sich das Recht so hingebogen und gefeilt, daß sie der vorherrschenden politischen Erwartungshaltung – der erst durch die symbolische Kraft des „unparteiischen“ Strafgerichts vollendbaren Delegitimierung der DDR und des deutschen Kommunismus – entsprechen konnten. Die Unabhängigkeit der Richter (...) entbindet sogar das Bundesverfassungsgericht nicht von der Treue zur Politik. (...)*

*Zweieinhalb Millionen ehemalige SED-Mitglieder und ungezählte weitere früher staatsloyale DDR-Bürgerinnen und -Bürger sitzen bei dieser Gerichtsfarce unsichtbar mit auf der Anklagebank – als Dummköpfe, die nichts gemerkt haben, als hemmungslose Opportunisten, als bewußtlose Werkzeuge, wenn nicht Spießgesellen einer hochkriminellen Staatsführung, deren sozialistische Gesinnung – das Resultat allseitiger Aneignung „marxistischer Einseitigkeiten“ – von der Justiz als Motivstruktur eines verbrecherischen Täterwillens denunziert wird. Das ist eine Demütigung von Millionen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. (...) Noch so viele Sonntagsreden über „innere Einheit“ und Persilscheine für „anständig Gebliebene“, denen man durch die strafgerichtliche – und psychologisch geschickte – Kreation von Sündenböcken die „Entlastung“ anbietet, werden diese Demütigung nicht vergessen machen. Der „Kanzler der Einheit“ und die das Urteil bejubelnden Parteien CDU, CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erziehen geschworene Feinde der Einheit. Die PDS läßt sich dafür von niemandem in Mithaftung nehmen.*

*Seit geraumer Zeit ist in Deutschland die das Dritte Reich absichtsvoll trivialisierende, verantwortungslose Vergleichung von Hitler und Honecker üblich geworden. In den Kontext dieser Vergleichung gehört auch die rechtspolitische Argumentation, man wolle die „Fehler“, die man bei der juristischen (Nicht)Verfolgung der NS-Täter gemacht habe, beim Umgang mit „DDR-Tätern“ nicht wiederholen. Es handelte sich nicht um „Fehler“. Die Schonung und Integration von NS-Verantwortlichen war Bestandteil des Gründungskonsenses der Bundesrepublik-Alt. Der Staat, der dem Nachfolger Hitlers bis an sein Ende die Admiralspension zahlte, dessen Justiz ungezählte Großverbrecher in deutschen Uniformen und Roben unbehelligt ließ, bringt den Nachfolger Honeckers hinter Gitter. Das ist der Gründungskonsens der Bundesrepublik-Neu. (...)*

*Vielen politisch denkenden, vormals staatsloyalen Ostdeutschen, die – bei aller Bereitschaft des selbstkritischen Umgangs mit ihrer Geschichte – auf der historischen Legitimität und juristischen Legalität ihres staatsbürgerlichen Tuns in der DDR bestehen, wird durch die justizielle Verfolgung der DDR-Repräsentanten und -Staatsdiener die endgültige Gewißheit vermittelt, sie hätten lieber der Gnade einer früheren Geburt teilhaftig und General der Waffen-SS oder Richter am Volksgerichtshof werden sollen, um ihre Biographien und ihre Würde in dieser Bundesrepublik nicht total in Frage gestellt zu sehen. Es ist eine Provokation aller, die im In- und Ausland als linke Antifaschisten gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und später gegen den bundesdeutschen Frieden mit den NS-Tätern kämpften, die in der DDR als Emigrantinnen und Emigranten Schutz vor der Verfolgung durch quasifaschistische Militärdiktaturen der westlichen Hemisphäre fanden, das plötzlich erwachte „Fehlerbewußtsein“ der deutschen Justiz ausgerechnet an deutschen Kommunisten exekutiert zu sehen. Historische Entscheidungen im Hinblick auf den Umgang mit der Erbschaft des deutschen Faschismus kann man nicht dadurch kompensieren, daß man den Verfolgungseifer auf die gewiß problematische Erbschaft des deutschen antifaschistischen Staates richtet. Auf diese Weise gerät die deutsche Einigung vollends zum historischen Dilemma. Es gibt nur eine Antwort, die vor der Zukunft Bestand hat. Sie heißt Versöhnung. (...)*

Aus der Erklärung des PDS-Parteivorstands zum Politbüroprozeß, 25. August 1997.  
((Kasten Ende))

## **Keine Minute bereit**

*Im Morast der Ewiggestrigen*

Das Ministerium für Staatssicherheit, verniedlichend „VEB Guck und Horch“ genannt, war fast überall. Viele dienten ihm und wollen heute nichts mehr davon wissen. Keine Berührungängste hatte bekanntlich Thüringens erster Nachwende-Ministerpräsident Josef Duchac. Der Unionspolitiker, eine altgediente Blockflöte, tauchte regelmäßig im Stasiferienheim „Magnus Poser“ – so hieß ein Widerstandskämpfer gegen Hitler aus dieser Gegend – im idyllischen Friedrichroda auf, einem Erholungsort zwischen Gotha und Suhl. Duchac machte auf bierseligen Unterhaltungsabenden der „Tschekisten“ den Conferencier, erzählte Witze und moderierte so erfolgreich, daß er immer wieder beauftragt wurde, gegen Honorar die Kämpfer an der geheimen Front zu erfreuen.

Als ich im Herbst 1990 zum erstenmal in Friedrichroda war, schaute ich mir das Ferienhaus an, das längst zur Gaststätte umfunktioniert worden war. Ich wollte mit eigenen Augen sehen, wo der Ministerpräsident sein komödiantisches Talent zeigte. Ein Tip aus PDS-Kreisen hatte mich auf diese Spur gebracht. Es bedurfte einiger Vermittlungsbemühungen eines freundlichen ehemaligen SED-Funktionärs, bis der einstige Ferienheimleiter Karl S. bereit war, mit mir zu sprechen. Er war noch ganz eingeschüchtert, hatten doch gerade wütende Mitbürger sein Haus belagert und ihn als Stasispitzel beschimpft.

Es dauerte eine Weile, bis er im Gespräch auftaute. Erst als er merkte, daß es mir nicht um Stasistorien ging, wie sie damals die Seiten von „Bild“ und „Super-Illu“ füllten, war ein normales Gespräch möglich. Karl S. verstand die Welt nicht mehr. Er hatte ein Ferienhaus verwaltet, hatte Getränke beschafft und ausgeschenkt, hatte Lebensmittel eingekauft und darauf geachtet, daß die Gästezimmer ordentlich blieben. Er hatte niemanden bespitzelt, niemanden denunziert, niemanden eingesperrt, und ein Spion war er auch nicht. Aber er war Angestellter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Das reichte seinen bis dahin friedlichen Mitbürgern, um ihn anzugreifen.

Nun war das MfS kein gewöhnliches Ministerium. Schon zu DDR-Zeiten, als man die Dimensionen der Bespitzelung nicht einmal ahnte, sind viele Bürger auf Distanz gegangen zu Mielkes Reich. Wer für das MfS arbeiten wollte, wurde einer peinlich genauen Überprüfung unterzogen. Er mußte Mitglied der SED sein, als deren „Schild und Schwert“ sich das MfS sah. Es durfte keine Zweifel geben an der Gefolgstreue des Kandidaten. So ganz harmlos war die Sache mit dem Ferienheimleiter auch nicht.

Als ich in einem Artikel das Schicksal von Karl S. mit den politischen Karrieren einiger SED-treuer Blockflöten verglich, die immer dagegen gewesen sein wollen und nun im Bundestag sitzen, erntete ich wütenden Protest. Schäumend wies einer der Porträtierten den Vergleich mit einem Stasi-Mitarbeiter zurück. Seit ich zig Tausende von Aktenseiten aus den Beständen der Blockparteien gelesen habe, weiß ich aber, daß es nicht immer grundlegende Unterschiede gab zwischen den Berichten von Stasispitzeln und den Berichten von politischen Dienern der SED.

Sosehr sich Karl S. fragen muß, ob er sich den richtigen Arbeitgeber ausgesucht hat, sosehr muß man die CDU fragen, ob ein Josef Duchac sich den richtigen Honorargeber und das richtige Publikum suchte. Karl S. lebt heute irgendwo im Thüringer Wald von einer gekürzten Rente. Josef Duchac dagegen ist weich gefallen. Er vertrat die Konrad-Adenauer-Stiftung zunächst im sonnigen Portugal und ist heute Außenstellenleiter der CDU-nahen Stiftung in S. Petersburg.

Nicht nur in diesem Fall herrschen in der Stasidebatte hin und wieder dubiose Maßstäbe. Das gilt besonders für die PDS. Auf einem Landesparteitag der PDS von Sachsen-Anhalt im September 1995 kandidierte für die Finanzrevisionskommission ein ehemaliger hochrangiger Stasioffizier.<sup>141</sup> Bei der Kandidatenvorstellung äußerte er, er „bereue keine Minute“ seines Lebens. Daraufhin berichtete der PDS-Landtagsabgeordnete Volker Lüderitz, ein Biologe, er



sei zu SED-Zeiten von der Stasi eingesperrt worden wegen angeblicher antisozialistischer Äußerungen. Er habe sich bei seinem PDS-Eintritt auf den antistalinistischen Grundkurs der PDS verlassen. Während Lüderitz Beifall aus der Arbeitsgemeinschaft Junger GenossInnen bekam, unterstützten ältere Delegierten den Ex-Stasioffizier, der dann wegen der Proteste seine Kandidatur zurückzog. Aber das dicke Ende kam erst. Denn in den folgenden Wochen bekam das Stasiopfer Lüderitz Anrufe und Drohbriefe, er wurde als „Lügner“ und „Verräter“ diffamiert. Ein PDS-Landtagskollege erklärte sich solidarisch mit Lüderitz und beklagte, daß „die Ratten nun wieder ihre Löcher verlassen“. Anschließend entschuldigte er sich für die Formulierung, aber nicht für den Inhalt. Er wurde nun ebenfalls Adressat wüster Schmähungen aus der Mitgliedschaft der PDS. Ihm wurde sogar mit einem Parteiausschlußverfahren gedroht.

Die schlimmen Erfahrungen, die Lüderitz machen mußte, spiegeln wider, wie viele Mitglieder der PDS denken. Für sie gibt es keinen Graben zwischen sich und den einstigen „Tschekisten“. In ihnen steckt immer noch der Sicherheitswahn des Stalinismus. Kommunisten hatten zu allen Zeiten ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Konspiration. Es überschritt bei weitem das Geheimhaltungsbedürfnis einer von ihren Gegner oft brutal verfolgten Bewegung. Schon im Avantgardekonzept Lenins, in der Bildung nach außen abgeschlossener Zirkel von Berufsrevolutionären, steckt die Wurzel der Geheimmanie. Was zu Zeiten des Zaren im illegalen Kampf notwendig war, wurde als allgemeiner Grundsatz im Partei- und Staatsaufbau festgegossen.

Das MfS war fest mit anderen wichtigen politischen Strukturen verzahnt. Es gab auf Bezirks- und Kreisebene Einsatzleitungen, in denen neben dem 1. SED-Sekretär und dem Bezirksverwaltungs- beziehungsweise Dienststellenleiter der Stasi ein Vertreter der Polizei und andere wichtige Funktionäre saßen. Grenzen zwischen Staat und Partei gab es hier genausowenig wie sonst. In den Räten der Bezirke, Kreise und Städte gab es immer eine Abteilung Inneres, sie war quasi das Scharnier zwischen Partei, MfS und Territorialverwaltung.

Diese enge Verschränkung des MfS mit Partei und Staat sowie zig Tausende von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE), also Spitzel, verhindert unter anderem, daß die Genossen der PDS eine klare Trennlinie ziehen. Darin dokumentiert sich, daß die Stasi Fleisch vom Fleisch der SED war, und die PDS ist auch in dieser Hinsicht Nachfolgepartei.

In keinem Punkt gibt es größere Differenzen zwischen Linken aus Ost- und aus Westdeutschland. Ist letzteren das MfS ein hypertrophiertes Monster, errichtet, um zu unterdrücken, so ist für die meisten Genossen aus dem Osten die Stasi nicht zuletzt ein legitimes Staatsorgan zur Verteidigung des realen Sozialismus. Was nicht heißt, daß viele ostdeutsche PDS-Mitglieder die Praktiken der Stasi billigen.

Das Verhalten der PDS in der Debatte über die Stasi ist mit dem Begriff „inkonsequent“ freundlich-zurückhalten beschrieben. Dabei ist die Beschlußlage recht klar.

Im Juni 1991 beschloß der 2. PDS-Parteitag unter dem Eindruck immer neuer Entlarvungen von IM in ihrer Mitgliedschaft, daß Genossen, die in exponierter Stellung arbeiten, etwaige MfS-Kontakte offenlegen sollen. Parlamentsabgeordnete sollen sich danach einer individuellen Prüfung beugen. Auf dem 3. Parteitag wurde die Beschlußlage etwas entschärft. Die betreffenden Genossen müssen seitdem in ihren Gremien die Vertrauensfrage stellen. Sie können sogar in ihren Funktionen bestätigt werden, obwohl sie „wesentliche Umstände ihrer politischen Biographie falsch dargestellt oder verschwiegen haben“.<sup>142</sup>

((Kasten Anfang))

***Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren***

*Mitglieder der PDS, die für Parteiämter von Kreis- bis Bundesebene oder für Wahlmandate der gleichen Ebenen kandidieren, akzeptieren, daß ihre politische Biographie mit dieser*

*Kandidatur keine Privatsache mehr ist.*

*Diese Offenlegung der politischen Biographie ist für diese Genossinnen und Genossen vor dem Gremium, das sie wählen oder bestätigen soll, verbindlich.*

*Wird nachträglich bekannt, daß Genossinnen und Genossen wesentliche Umstände ihrer politischen Biographie falsch dargestellt oder verschwiegen haben, haben sie vor dem Gremium, in das sie gewählt worden sind, die Gründe dafür zu benennen und die Vertrauensfrage zu stellen.*

*Dieses Gremium entscheidet nach der Einzelfallprüfung durch geheime Stimmabgabe, ob das Vertrauen weiter besteht, und informiert die Parteiöffentlichkeit über das Ergebnis der geheimen Abstimmung.*

*Wird die Vertrauensfrage negativ beantwortet, wird die Genossin/der Genosse von ihrer/seiner Aufgabe bis zur nächsten Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, entbunden.*

*Ungeachtet der Entscheidung des Gremiums, in das die betreffende Genossin/der betreffende Genosse gewählt wurde bzw. der Fraktion, deren Mitglied sie sind, wird die nächste Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, nach Einzelfallprüfung durch geheime Abstimmung prüfen, ob das Vertrauen weiter besteht.*

*Bei Mandatsträgern wird den jeweiligen Fraktionen, wenn sie die Vertrauensfrage negativ beantwortet haben, empfohlen, die Betroffenen zur Mandatsniederlegung aufzufordern und bei Verweigerung aus der Fraktion auszuschließen.*

Beschluß des 3. PDS-Parteitags, Juni 1993.

((Kasten Ende))

Der Beschluß des 3. PDS-Parteitags über stasiverstrickte Funktionsträger läßt sich gut begründen. Vor allem bietet er die Möglichkeit, Fälle individuell zu prüfen und zu entscheiden. Und er involviert die Öffentlichkeit, so daß theoretisch nichts oder nur wenig unter den Tisch gekehrt werden kann.

Doch grau ist alle Theorie. Wohl haben einige tausend Genossen, die dem MfS zugearbeitet hatten, inzwischen Mandate zurückgegeben oder die Partei verlassen. Aber einige in der Spitzenriege der PDS haben der Stasi treu gedient und sind geblieben. André Brie, der führende Reformler der Partei, hatte seine fast zwanzigjährige Zuträgerschaft für Mielkes Spitzelarmada lange verschwiegen. Als er enttarnt wurde, verlor er zwar seinen Job als Berliner Landesvorsitzender und stellvertretender PDS-Chef, erlebte aber schnurstracks ein Comeback als Wahlkampfleiter und Vorsitzender der wichtigen Grundsatzkommission. Pressesprecher Hanno Harnisch ist im Amt geblieben, obwohl auch er seine Stasiverstrickung verschwiegen hatte. Der nur knapp gescheiterte Potsdamer OB-Kandidat Rolf Kutzmutz fand sich offenbar besonders mutig, als er sein IM-Dasein nach der Enttarnung als besonderen Vorzug herausstellte und auf Plakaten mit den Worten für sich warb: „Meine Biografie beginnt nicht erst 1989. Ich lasse mir den Mut nicht nehmen.“ Kutzmutz sitzt für die PDS im Bundestag.

Ich frage mich, ob Stefan Heym Kutzmutz die Hand gegeben hat. Der bekannte Schriftsteller hatte für die PDS den Wahlkreis Berlin-Mitte gewonnen, als Alterspräsident eine beachtliche Rede zur Eröffnung des 13. Bundestags gehalten und war im Oktober 1995 ausgeschieden. In seine Abgeordnetenzeit fiel die Stasiaffäre um die damalige stellvertretende PDS-Vorsitzende Kerstin Kaiser-Nicht, die gleichfalls mit einem respektablen Ergebnis ins Bonner Parlament eingezogen war. Es kam heraus, daß sie von 1979 bis 1984 als IM „Kathrin“ an die Stasi berichtet hatte, darunter so weltbewegende Dinge, daß Moskauer Kommilitoninnen bei Prüfungen mogelten, Westkosmetika besaßen oder „Nickis auf bloßer Haut“ trugen.<sup>143</sup>

Angesichts der Berichte, für die verschiedene Spitzengenossen verantwortlich zeichneten, hat es mich damals, im Oktober 1994, erstaunt, warum die PDS eine profilierte Genossin fallenließ, die als junge Frau gespitzelt hat. Politische Beobachter haben damals spekuliert,

daß die PDS eine weitere Stasidebatte verhindern wollte, unter anderem, weil ja auch Gregor Gysi immer wieder beschuldigt wird, für Mielke gearbeitet zu haben (bisher hat er allerdings fast alle diesbezüglichen Gerichtsverfahren gewonnen). Ich fand es vor dem Hintergrund des sonstigen Umgangs mit stasibelasteten Genossen geradezu obszön, wie sich die PDS von Kerstin Kaiser-Nicht distanzierte. Stefan Heym weigerte sich, ihr die Hand zu geben. Aber nicht seinem Fraktionskollegen Günther Maleuda. Dem werden zwar keine MfS-Kontakte nachgesagt, aber als ehemaliger Chef der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und stellvertretender DDR-Staatsratsvorsitzender trägt er unvergleichlich viel mehr politische und moralische Verantwortung für die Unterdrückung im Honecker-Staat als alle Stasispitzel der PDS zusammen.

Manche entdecken die Moral zur falschen Zeit und zu falschen Zwecken. Das gilt auch für Stefan Heym, dessen literarische Arbeit ich zu beträchtlichen Teilen schätze und dessen Biographie ich respektiere. Stefan Heym war zu DDR-Zeiten ein mutiger Mann. Aber im Fall Kaiser-Nicht war er ein Opportunist. Vielleicht reicht er ihr doch noch einmal die Hand. Für Kerstin Kaiser-Nicht spricht die Tatsache, daß ihre Stasikarriere 1984 endete. Es war nämlich recht leicht und manchmal auch verlockend, sich mit der Stasi einzulassen. Viel schwerer war es dagegen, die Stasi wieder loszuwerden. Man konnte den Fehler, sich mit dem MfS eingelassen zu haben, korrigieren, aber dazu bedurfte es Mut und Entschlußkraft. Wer sich zu DDR-Zeiten vom MfS gelöst hat, verdient Respekt. Was nicht heißt, daß man nicht genau betrachten sollte, was er als Zuträger getan hat. Ich finde es billig, jeden IM zu verdammen. Man verdammt damit nämlich auch diejenigen, die das IM-Dasein aus freien Stücken beendet haben. Aber ich finde es auch berechtigt, jenen ehemaligen Spitzeln, die nicht einmal nach der Wende mit der Wahrheit herauskamen, politische Konsequenzen abzuverlangen. Wie es ja eigentlich die PDS mit ihren Stasibeschlüssen tut.

Schon bevor der Parteitag dazu etwas beschlossen hatte, wandte sich Gregor Gysi in dieser Frage an seine Genossinnen und Genossen. In einer Rede vor dem Parteivorstand im Mai 1990 zergliederte er das MfS zunächst in verschiedene Abteilungen, von denen nur einige der Unterdrückung gedient hätten. Im Hinblick auf die einstigen Überwacher und Belauscher sagte der Parteichef: „Auch wenn der einzelne glaubte, dem Sozialismus zu dienen, er tat es objektiv nicht. Diese Sicherheitsstruktur unterdrückte freie öffentliche Meinungsäußerung.“<sup>144</sup> Dieses Urteil ist das Ergebnis von Überzeugung, aber auch der Empörung der Öffentlichkeit über immer neue Enthüllungen aus dem Reich der Bespitzelung. Tonnen von Akten dokumentieren ein in der deutschen Geschichte unvergleichliches Überwachungsunwesen. Tausende von Menschen aus dem In- und Ausland wurden minutengenau kontrolliert. Aber nicht nur das: Die Stasi verhaftete auch („Zuführung“), sie zersetzte, indem sie üble Lügen und Verleumdungen erfand, sie entführte und ermordete Menschen.

Und doch hatte sich die Regierung Modrow, die bis zum März 1990 in wechselnder Zusammensetzung amtierte, zunächst bemüht, einen Rumpf der Stasi zu retten. Auch Gregor Gysi und andere SED/PDS-Genossen beschworen etwa die faschistische Gefahr, um das Überleben des Ministeriums als Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu begründen. Ausgerechnet einen langgedienten MfS-Experten für die Überwachung und Zersetzung der Bürgerrechtler, den Mielke-Stellvertreter und Stasi-Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, beauftragte Modrow mit der Leitung des AfNS.

Der „Spiegel“ hat 1994 ein Tonbandprotokoll vom November 1989 „ausgegraben“, das ein Gespräch zwischen den Stasti-Generalen Wolfgang Schwanitz, Gerhard Neiber, Werner Großmann, Rudi Mittig und Ministerpräsident Modrow wiedergibt. Aus dem Protokoll geht hervor, daß das zu gründende Amt für Nationale Sicherheit unter Schwanitz Regimekritiker als „Schreihäse“ enttarnen sollte. Modrow: „Wir [müssen] in kluger Weise beginnen, dieses Konzept aufzubauen.“

Schwanitz war begeistert von der Möglichkeit, „die gefährlichen Entwicklungen in unserer Gesellschaft zunächst zu stoppen. (...) Wir müssen unsere IM-Arbeit wieder aktivieren.“ Schwanitz wandte sich an Modrow: „Wir brauchen ein schlagkräftiges Staatssicherheitsorgan

mit diesem Amt. Mit einem hervorragenden Stamm guter Tschekisten, die gut kämpfen können.“

Modrow antwortet: „Der Leiter des Amtes hat seinen Standpunkt dargelegt, den ich akzeptiere. Ich glaube, damit ist die Vertrauensbasis hergestellt, die wir miteinander brauchen, und auf dieser Grundlage, würde ich vorschlagen, gehen wir an die Arbeit, und ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, wir gehen zusammen in den Kampf.“<sup>145</sup>

Offenbar war die faschistische Gefahr doch nicht so groß. Die Bürgerbewegungen stoppten den Stasiwahn. Hoffen wir, daß sich Hans Modrow, der Ehrenvorsitzende der PDS und Eröffnungsredner der Parteitage, inzwischen zu einer anderen Überzeugung durchgerungen hat. Jedenfalls haben ihm später Minister aus der Bürgerrechtsbewegung, die in seinem Kabinett saßen, wie etwa Rainer Eppelmann, bescheinigt, seinen Job fair und korrekt erledigt zu haben.

In dem Maß, wie die öffentliche Empörung über die Stasi abschaffte, verabschiedete sich die PDS von diesem Thema. Ein echtes Bedürfnis, diese zentrale und besonders widerwärtige Seite der SED-Diktatur aufzuarbeiten, hat sie ohnehin nie gehabt. Die meisten Genossen hatten längst registriert, daß es vor allem um Zugeständnisse an die öffentliche Meinung ging. Auf dem Parteitag im Januar 1993 erklärte Vorstandsmitglied Schumann, daß „die herausgehobene Thematisierung des MfS-Problems vielen als Anpassung an das offizielle Bestreben erscheinen [mußte], DDR-Geschichte als Repressionsgeschichte zu verkürzen, Mitarbeiter des ehemaligen MfS als Sündenböcke darzustellen und im übrigen die Geschichte der alten BRD zu beschönigen.“<sup>146</sup> Damit hatten nun endlich alle Genossen den offiziellen Segen, die Stasi-Geschichte ad acta zu legen. Und damit klang durch, daß man auch den Parteitagsbeschuß wenige Monate später (siehe Kasten) so genau nicht nehmen sollte. Denn die Geschichte der BRD ist ja noch nicht aufgearbeitet. Und die der DDR auch nicht. Mittlerweile befaßt sich die PDS praktisch nicht mehr mit der Hinterlassenschaft des Mielke-Imperiums. Daß ihre Beschlüsse dazu eher Beruhigungspillen für die Öffentlichkeit waren, zeigt auch die Praxis. An der Parteibasis herrscht ungebrochen Ostalgie. Über Spitzel und Zersetzer spricht man nicht in PDS-Kreisen.

Bis auf eine gewichtige Ausnahme. Nämlich wenn es darum geht, für die einstigen Tschekisten in die Bresche zu springen. Über diese meist übersehene Facette der PDS-Wirklichkeit spreche ich mit Bernhard Elsner. Elsner war bis 1989 Kommandeur des Wachregiments „Feliks Dserschinskij“. Dserschinskij war Begründer des ersten sowjetrussischen Geheimdienstes, der „Außerordentlichen Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage“, auf russisch abgekürzt: „Tscheka“. Seitdem nannten sich realsozialistische Geheimdienstleute wie etwa Wolfgang Schwanzitz gerne „Tschekisten“, um ihre Verwurzelung in revolutionären Traditionen und ihre Verbundenheit mit der Sowjetunion zu zeigen. Das Wachregiment, das mit mehr als 4000 Mann eigentlich Brigadestärke hatte, trug seinen Namen aus besonderem Grund: Es unterstand Stasichef Erich Mielke, die Soldaten des Wachregiments gehörten zum Ministerium für Staatssicherheit. Sie bewachten dessen Einrichtungen, aber auch SED-Parteitage oder Staatsbesuche. Elsner kommandierte das Regiment fünfzehn Jahre lang bis zu dessen Auflösung 1989.

Aber das ist nicht der Grund meines Besuchs bei Bernhard Elsner, sondern ich will von ihm wissen, was die ISOR ist, die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V.“. Elsner ist Geschäftsführer dieser Vereinigung mit dem unaussprechlichen Namen, deren Vorsitzende Astrid Karger die PDS im Berlin-Lichtenberger Bezirksparlament vertritt.

Was ist ISOR? Das ist ein Zusammenschluß ehemaliger Mitarbeiter von Stasi, Nationaler Volksarmee, Volkspolizei und Zollverwaltung, die sich dagegen wehren, daß ihnen die Renten gekürzt werden, weil sie waren, was sie waren. Was ihnen die Bonner Regierung da antut, nennen sie treffend „Rentenstrafrecht“. Rentenkürzungen mußten zunächst alle Angehörigen der genannten Organe ab Oberst aufwärts hinnehmen (und andere in Wirtschaft

und Gesellschaft, die DDR-Zusatzversorgungssystemen angehörten, also überdurchschnittliche Rentenansprüche erwarben), seit dem 1. Januar 1997 aber nur noch ehemalige hauptberufliche Stasimitarbeiter. Für sie gilt weiter, was bis zu diesem Stichtag laut Bundesregierung etwa 100 000 Personen betraf: daß bei der Rentenberechnung lediglich siebenzig Prozent des Durchschnittsverdienstes berücksichtigt werden – für den Koch, den Fahrer, den Ferienheimleiter und den General.

Der Faktor 0,7 ist gewissermaßen die Gründungszahl von ISOR. Und die Taufpaten der Vereinigung sitzen im Bonner Sozialministerium von Norbert Blüm. Ohne Rentenstrafrecht keine ISOR, kein Zusammenschluß von mittlerweile mehr als 25 000 Männern und Frauen aus den Sicherheitsorganen der DDR.

Es ist wirklich grotesk, daß ehemalige Offiziere des Reichssicherheitshauptamts keinerlei Rentenkürzungen hinnehmen müssen. Genausowenig NS-Richter, Nazigenerale, SS-Leute und Funktionäre der NSDAP. Wenn irgend etwas die Verhältnismäßigkeit verhöhnt, dann dieser unglaubliche Skandal. Sogar der Witwe des übelsten Blutrichters der Blutrichter, Roland Freisler, wurde Bezüge aus der Tätigkeit des einstigen Präsidenten des Volksgerichtshofs zugesprochen. Freisler hat unzählige Unschuldige in „Gerichtsverfahren“ zum Tod verurteilt, darunter viele Angehörige des Widerstands. Die Funktionäre des Mordsystems werden durch Renten- und Pensionszahlungen belohnt, der MfS-Ferienheimleiter wird per Rentenkürzung bestraft. So ist das mit der Vergangenheitsaufarbeitung im neuen Deutschland.

Dahinter stecken verschiedene Motive. Da ist die absurde DDR-Wahrnehmung vieler westdeutscher Politiker, die meinen, man müsse nur „Stasi“ und „SED-Nachfolgepartei“ sagen, um das Thema DDR vollständig abzuhandeln. Da gibt es billige, populistische Rachemotive. Da gibt es Hilflosigkeit, weil man die meisten Stasispitzel juristisch nicht belangen kann. Da glauben manche, den Opfern einen Gefallen zu tun, wenn sie die Spitzel von einst schikanieren. Und da gibt es im Untergrund nach wie vor eine unerträgliche Mentalität: die Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Einrichtungen, die sich mit wütendem Antikommunismus paart. So etwa **xxx(Frau Raderschall, Büro Dregger sucht)** Alfred Dreggers bekannte Lobrede auf den NS-Fliegerhelden Hans-Ulrich Rudel, Hitlers siegreichsten Schlachtflyer, Anfang der achtziger Jahre und sein von deutschnationalem Pathos durchzogener Kommunismhaß. Nicht wenigen konservativen Politikern und Publizisten sind die Nazis geistig näher als die PDS. In einem Staat, dessen Armee von einstigen Nazigeneralen aufgebaut wurde, dessen Justiz frühere Nazijuristen begründeten und in dem Hitlers Ritterkreuzträger zur ehrenwerten Gesellschaft zählen, kann man nichts anderes erwarten.<sup>147</sup> Für viele ist die Kontinuität der deutschen Geschichte nicht 1945 gebrochen worden, sondern 1949: mit der Gründung der DDR. Sie sind keine Nazis, aber ihnen ist der Sozialismus um Welten ferner als der Nazismus. Hätte es diese Wut, die heute Angehörigen und IM der Stasi gilt, doch schon nach 1945 gegeben angesichts der unzählbaren Verbrechen deutscher Geheimdienste, Gerichte und Soldaten! Statt dessen wurde ein Geheimdienstoffizier Hitlers, Reinhard Gehlen, angeheuert, um den Bundesnachrichtendienst zu gründen. Statt dessen die Phalanx einstiger NS-Größen in bundesdeutschen Diensten.

Die Offiziere der Naziwehrmacht dürfen bis heute ihre Ränge tragen. Die nicht übernommenen Offizieren der NVA nicht. Das Bundesverteidigungsministerium dazu: „Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee (...) sind keine Reservisten der Bundeswehr. Sie gelten als Gediente in fremden Streitkräften.“ Ein ehemaliger NVA-General wollte vom Ministerium wissen, ob er sich – ohne Pensionsansprüche – wenigstens „General a. D.“ nennen dürfe. Nein, darf er nicht. Daraufhin schrieb der General an Minister Rühle und berichtete, daß er in der Hitler-Wehrmacht Leutnant gewesen sei. Der Minister erlaubte ihm daraufhin, sich „Leutnant a. D.“ zu nennen.<sup>148</sup> Hitlers mörderische Wehrmacht ist den Herren Soldaten in Bonn und ihrem Minister näher als die NVA. Eine prototypische Geisteshaltung nicht nur von Militärs.

Ich kann den Zorn vieler einstiger MfS-Angehöriger verstehen: Sie werden doppelt diskriminiert, gewissermaßen auch noch dafür bestraft, daß sie nicht den Nazis gedient hatten. Dann hätten sie nämlich eine ungekürzte Rente bekommen.

Ich kann aber nicht verstehen, daß sich die „Tschekisten“ von einst nun als Opfer aufspielen. Sie waren Diener des Hauptunterdrückungsinstruments eines Staates, der zwar nicht mörderisch war wie das Dritte Reich, aber seinen Bürgern die Meinungsfreiheit und zahlreiche andere Grundrechte verweigerte. Wer die einschlägige Literatur studiert, ist immer wieder erstaunt über den Reichtum an perverser Phantasie, den die Stasi einsetzte, um ihre Gegner zu bekämpfen. Gegner, die nur eines wollten: Demokratie.

Aber nun hat die Bundesregierung es geschafft, die Ex-Stasileute ins Recht zu setzen. Die ISOR gehört zu den erfolgreichsten Organisationen in Deutschland, denn die meisten ihrer Ziele hat sie erreicht. Und das Rentenstrafrecht für Stasileute wird sie auch noch kippen, denn jeder Experte in diesen Dingen weiß, daß spätestens das Bundesverfassungsgericht mit dieser Ungerechtigkeit Schluß machen wird.

Mindestens solange aber wird ISOR weitermachen, vielleicht sogar noch länger. Den inzwischen ist aus der Gemeinschaften von Rentengeschädigten eine Vereinigung zur Selbstbestätigung geworden, eng verzahnt mit der PDS. Viele ISOR-Mitglieder gehören auch der PDS an, wählen dürften sie fast alle. Und der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky zeigt sich gerne solidarisch und spricht Grußworte auf ISOR-Versammlungen. Die PDS weiß, wo sie ihre treuesten Wähler hat. Und die ISOR weiß, daß die PDS sich als einzige Partei voll hinter ihre Forderungen stellt. Die ISOR gehört zum Ostdeutschen Kuratorium, einem Zusammenschluß von Vereinigungen, die Verantwortliche des SED-Regimes schützen wollen. Einer der Aktivisten dieses Kuratoriums ist, keine Überraschung, Uwe-Jens Heuer. Einblicke in das Innenleben von ISOR gibt das Mitteilungsblatt „ISOR aktuell“. Es zeigt, welche Blüten ein schon fast pathologischer Wirklichkeitsverlust treiben kann. Über die Ursprünge der Schutzgemeinschaft rentengeschädigter Ex-Spitzel etwa schreibt das Gründungsmitglied Professor Eberhard Pachaly: „Wir erinnerten uns, was in den vergangenen Jahrzehnten Teil unseres Lebens war: die Solidarität. Sie hatte sich jetzt auf einem uns bis dato unbekanntem Gebiet und unter uns fremden politischen und rechtlichen Bedingungen zu bewähren. Bestandteil unserer politischen Biographie war das Verantwortlichsein für den Nebenmann. Galt das nicht nach wie vor, auch wenn Epauletten und Orden Glanz vergangener Tage sind? (...) Vorwärts und nicht vergessen – die Solidarität!“<sup>149</sup>

Nicht weniger unverdrossen verherrlicht ein andere Mitgliedsorganisation des Ostdeutschen Kuratoriums die DDR-Vergangenheit: die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), die gleichfalls eng mit der PDS verflochten ist. Die GRH kämpft gegen die Strafverfolgung von DDR-Bürgern, vor allem von ehemaligen Angehörigen der Justiz und der NVA. Wessen Geistes Kind diese Vereinigung ist, zeigt sich bei der Lektüre eines Informationsblatts – „An alle Mitglieder und Sympathisanten“. In einem Nachruf auf Helene Heymann, die von 1953 bis 1977 Richterin am Obersten Gericht der DDR war, heißt es, die Verstorbene „hatte großen Anteil an der Entwicklung einer einheitlichen und berechenbaren Strafrechtssprechung zum Schutze der DDR gegen antisozialistische Anschläge, wie sie als Bestandteil des Kalten Kriegs vor allem von gegnerischen Geheimdiensten, imperialistischen Agenten- und Störzentralen gegen die DDR organisiert wurden“.<sup>150</sup> Das ist die Sprache des Stalinismus. Ich möchte nicht wissen, wie viele Schandurteile gegen als Agenten verunglimpfte Demokraten diese Richterin bestätigt oder gefällt hat.

Und wie viele Unschuldige hat ein Ex-Staatsanwalt Karl Matschke auf dem Kerbholz? Über ihn heißt es im GRH-Informationsblatt: „Bald nach der Begründung der antifaschistischen Ordnung wurde er (...) in den Justizorganen der damaligen sowjetischen Besatzungszone und danach in der DDR tätig. In den verschiedensten Staatsanwaltschaften erfüllte er Aufgaben zum Schutze der Bürger sowie ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung vor Angriffen und Anschlägen solcher Kräfte, die meinen, das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen zu

können.“<sup>151</sup>

Dieselben Leute, die solche selbstentlarvenden Nachrufe schreiben, beklagen sich über eine angebliche „strafrechtliche Massenverfolgung aus politischen Motiven in einem Staat, der den Anspruch erhebt, ein demokratischer Rechtsstaat zu sein“.<sup>152</sup>

Im Vorstand der GRH saß zumindest bis zum Jahr 1994 der ehemalige Leipziger Stasichef Manfred Hummitzsch. Zur Führung gehörte außerdem noch 1995 der frühere stellvertretende Vorsitzende der Blockpartei DBD und DDR-Umweltminister Hans Reichelt.

Die dritte im Bund der dubiosen Vereinigungen ist die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM). Sie wurde 1991 von Wissenschaftlern, Theologen und Künstlern gegründet „als eine Reaktion auf einen rigiden Verlauf des Einigungsprozesses, in dem die Ostdeutschen Diskriminierung und Enteignung sowie Einschränkung ihrer Bürger- und Menschenrechte erfahren mußten“, wie die Vereinigung in einem Faltblatt mitteilt. Die GBM gibt eine Zeitschrift – „Icarus“ – heraus, in deren Redaktion unter anderem Uwe-Jens Heuer und Siegfried Prokop sitzen, die wir schon als Mitglieder des Marxistischen Forums kennengelernt haben. Zu den Mitgliedern der GBM zählt wiederum die GRH und eine Gruppe mit dem erhellenden Namen „Kundschafter des Friedens“.

Die im Ostdeutschen Kuratorium zusammengeschlossenen Vereinigungen repräsentieren in krassester Form kollektive Unbelehrbarkeit. Aber das ist nicht überraschend. Erstaunlich ist nur die enge Verflechtung der PDS mit diesem Sumpf der Täter. Man mag die Strafverfolgung von DDR-Bürgern verurteilen (was ja auch westdeutsche Juristen tun), aber man darf die Selbstbeweihräucherung von Antidemokraten, von unverbesserlichen Stalinisten nicht zur eigenen Sache machen. Das aber tut die PDS. Ich kenne kein Papier, keinen Artikel, keinen Buchbeitrag, in dem sich irgendeine PDS-Größe kritisch über den geistigen Morast äußert, der sich am Rand der Partei aufbaut.

Doch, eine kritische Stimme war zu hören, die der Parteivorständlerin Karin Dörre, die den „totalen Schulterschuß mit den Ewiggestrigen“ in einem „Spiegel“-Interview verurteilt hat.<sup>153</sup> Danach ist sie ausgetreten.

Bleibt noch eine Frage: Was tut die PDS für die Opfer des SED-Regimes? Nichts. Immer noch lebt die PDS in der Welt der Täter. Noch immer kennt sie nur die Perspektive der Unterdrücker. Viele Leidtragende der Diktatur jener Partei, deren Nachfahre die Partei des Demokratischen Sozialismus ist, sind heute wieder Gegner. Oder immer noch. Gewiß, die PDS ist inzwischen weit entfernt von dem Wunsch, eine neue Diktatur zu errichten oder ihre Gegner zu belauschen und zu schikanieren. Aber kaum ein Genosse hat begriffen, daß seine Partei erst dann wirklich demokratisch und sozialistisch ist, wenn sie immer auf der Seite der Unterdrückten steht, gleichgültig wann und wo. Wie soll eine Partei glaubwürdig für mehr Demokratie kämpfen, wenn sie Unterdrückern näher ist als deren Opfern?

((Kasten Anfang))

### **Szenen aus dem Bundestag**

Wie man sich mit der Stasi-Vergangenheit und Rechtsbruch in der DDR nicht befassen sollte, haben Abgeordnete des Bundestags eindrucksvoll demonstriert, und zwar in einer Debatte am 13. März 1991 bei einer Rede des PDS-Bundestagsabgeordneten Gerhard Riege.

Die Rede selbst ist inhaltlich weniger interessant. Bemerkenswert ist etwas anderes: die Zwischenrufe und die mehr als laue Reaktion des Bundestagsvizepräsidenten Hans Klein (CSU). In den Zwischenrufen offenbart sich das traurig niedrige Niveau, auf dem viele Konservative sich mit der PDS auseinandersetzen – alles Stasi gewissermaßen. Daß man einen Bundestagsabgeordneten in einer Parlamentsdebatte straflos als „Stasi-Heini“, „Stasi-Bruder“ oder „Stasi-Bonze“ beschimpfen darf, überschreitet die Grenze des Akzeptablen.

Nach der Debatte hat sich keiner der Zwischenrufer zu einer Entschuldigung bequemt. Hans Klein auch nicht.

Gerhard Riege gehörte zu den drei PDS-Bundestagsabgeordneten, die als stasibelastet galten, wie die Überprüfung durch die Gauck-Behörde ergeben hatte. Riege war von 1954 bis 1960 „Kontaktperson“ der Stasi gewesen. Er hatte von Westreisen berichtet. Als die Stasi von ihm Spitzelberichte über Kollegen in Leipzig verlangte, hat er dies schriftlich verweigert. Das war ein mutiger Schritt.

Gerhard Riege hat sich am 15. Februar 1992 erhängt. Bundestagskollegen berichten, daß die Reaktionen aus dem Plenum auf seine Rede am 13. März 1991 Riege schwer zugesetzt haben oder gar am Anfang einer Entwicklung standen, die im Freitod endete. In seinem Abschiedsbrief schreibt Riege unter anderem: „Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben.“

Riege war Mitglied Forschungsausschusses des Deutschen Bundestags. Dessen Vorsitzender, der SPD-Politiker Wolf-Michael Catenhusen aus Münster, erklärte, man habe Riege als feinfühlig und sensiblen Menschen kennengelernt. Ein Kondolenzschreiben der CDU/CSU-Fraktion an die PDS-Bundestagsgruppe gibt es nicht.

*VIZEPRÄSIDENT HANS KLEIN: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Riege.<sup>154</sup>*

*DR. GERHARD RIEGE (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Schäuble hat ein Plädoyer für die unbedingte Erhaltung der Kultursubstanz in den Ländern des Beitrittsgebietes gehalten. Das kann ich nur unterstützen. Wir müssen uns aber über die gegenwärtige Situation im klaren sein. Im Augenblick vollzieht sich gerade auch auf diesem Gebiet ein solches Maß an Substanzverlust, daß wir besorgt sein müssen, es werde nicht nur wenige Jahre dauern, ehe dieser Prozeß umgekehrt verlaufen wird. Das Leben ist zu unterschiedlich, als daß dort die kulturelle Substanz in dem notwendigen Maße erhalten bleiben kann. Natürlich sind da viele Aspekte relevant. Es ändern sich Wertvorstellungen, was im Augenblick völlig verständlich ist. Die Werteskala des einzelnen setzt neue Prioritäten. Die ökonomische Lage, die sozialen Befindlichkeiten wirken in der Entscheidung „pro oder contra Kultur“ immer gegen die Kultur. Die Finanzen, die für kulturelle Aufgaben zur Verfügung stehen – ob im Bereich der Kommune, ob im Bereich der Institutionen, meinetwegen der Universitäten und Hochschulen –, reichen nicht aus. Im Augenblick haben wir eine Fülle von Einschränkungen.*

*(Dr. Blank [CDU/CSU]: Welche Einschränkungen meinen Sie?)*

*Wenn ich allein an die Praxis der Universität denke, von der ich komme, dann muß ich sagen: Es gibt kaum noch eine Möglichkeit, an dieser Universität in Jena –*

*(Schmitz [Baesweiler] [CDU/CSU]: Wer hat denn die Leute eingeschlossen? Das waren doch Sie.)*

*Bis in die jüngste Zeit hat es an der Universität Chöre, Orchester, Kulturgruppen der verschiedensten Art gegeben. Darüber müssen wir sprechen.*

*(Geis [CDU/CSU]: Jetzt verteidigen Sie das alte Regime! Ich würde mich an Ihrer Stelle schämen.)*

*Sie haben unter den gegebenen Bedingungen kaum noch Möglichkeiten der Existenz, Möglichkeiten, sich zu betätigen; wenn sie überhaupt noch existent sind.*

*(Schmitz [CDU/CSU]: Lieber einen Chorleiter als 100 Stasi-Leute.)*

*Darauf muß ich zunächst verweisen: Bis vor kurzem war das Geld da; jetzt ist es nicht mehr vorhanden.*

*(Geis [CDU/CSU]: An Ihnen ist der November 1989 vorbeigegangen!)*

*Die Funktionsfähigkeit der Länder und der Kommunen durch eine leistungsfähige Verwaltung, durch eine funktionierende Justiz herbeizuführen, ist ein unbedingt zu bejahendes richtiges Postulat.*



(Dr. Blank [CDU/CSU]: Wo war denn eine funktionierende Justiz? Wo in der DDR? In Bautzen\*? Was Sie da sagen, ist ja wohl eine Unverschämtheit – Geis [CDU/CSU]: Haben Sie da drüben je eine funktionierende Justiz erlebt?)

*Wir brauchen eine Rechtsausbildung, die einer Veränderung unterliegt,*

(Dr. Blank [CDU/CSU]: Ein Unrechtsstaat, Terrorjustiz war das.)

*die sich auf die neue Rechtsmaterie der Bundesrepublik einstellt. Das ist eine unausweichliche Situation. Daß auch die Hilfe von Kollegen aus den juristischen Fakultäten der alten Bundesländer notwendig ist, ist nicht zu bestreiten. Daß diese Hilfe in einem nicht unbeträchtlichen Maße auch gegeben wird, ist zu bejahen. Was ich in diesem Zusammenhang aber anmerken muß und als kritikwürdig zu bezeichnen habe ist, daß in dem gleichen Prozeß die undifferenzierte Ausgrenzung all derjenigen erfolgt, die im akademischen Ober- oder Mittelbau bislang an diesen Einrichtungen tätig waren.*

(Geis [CDU/CSU]: Als Stasi!)

*So kann eine Entwicklung nicht erfolgen.*

(Beifall der Abgeordneten Dr. Hill [PDS/Linke Liste])

*Ich halte es auch nicht für richtig, daß wir eine These kultivieren, die lautet: Wir kommen zu einer neuen Rechtskultur dadurch, daß wir zunächst einmal für nicht ganz kleine Gruppen der Bevölkerung – Mitarbeitern staatlicher Organe, staatlicher Einrichtungen – Gesetzmäßigkeit de facto außer Kraft setzen. Das zu dieser Seite.*

(Dr. Blank [CDU/CSU]: Sie sollten das Wort „Recht“ überhaupt nicht in den Mund nehmen! Peinlich so was.)

*In einer bestimmten Sphäre betrachte ich den Haushaltsplan, wie er vorgelegt worden ist, als den Plan eines alten Denkens.*

(Lachen bei der CDU/CSU)

*Trotz grundlegend veränderter politischer Situation, die sich in dem Zerfall der ehemals sozialistischen Staaten ausdrückt, wird, so scheint mir, von der Bundesregierung weiterhin an der alten Konzeption der inneren Sicherheit festgehalten. Ausdruck dessen ist, daß weiterhin beträchtliche Summen in das Bundesamt für Verfassungsschutz, andere geheimdienstliche Einrichtungen, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik u. a. gehen.*

(Otto [Frankfurt] [FDP]: Das von Ihnen vorgehalten zu bekommen, ist ja nun wirklich ein Hammer!)

*- Ja, ich weiß, wovon ich spreche.*

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

*Wir erstreben eine Welt ohne Geheimdienste.*

(Dr. Blank [CDU/CSU]: Das kann ich mir denken.)

*- Ja, das können Sie sich denken. Aus Erfahrungen, die auch bei uns gesammelt worden sind, wäre ein Streben für eine Welt ohne Geheimdienste etwas, was Förderung verdiente.*

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

*Die Realität, die wir hier aus diesem Material ersehen können, ist völlig gegenläufig. Daß es auch anders geht, läßt ja das Beispiel der niedersächsischen Landesregierung erkennen, die in diesem Bereich eine beträchtliche Reduktion vorgenommen hat.*

(Otto [Frankfurt] [FDP]: Die wird sich ob des Lobes von dieser Seite schon sehr freuen!)

*Nach allem, was den Menschen in den fünf neuen Bundesländern vor den Wahlen und vor der staatlichen Vereinigung*

(Zuruf von der CDU/CSU: Das Volk hat sich vereinigt!)

*zum Teil sehr schnellippig und vollmundig versprochen wurde, und angesichts dessen, was sich in der Wirklichkeit vollzieht – darüber ist heute schon mehrfach unter unterschiedlichsten Gesichtspunkten gesprochen worden –, ist eine verbreitete Enttäuschung eingetreten, und Verbitterung weitet sich aus.*

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo, bei Ihnen? – die Abg. Dr Höll [PDS/Linke Liste]: Kommen

\* In Bautzen bei Dresden war eine berüchtigte Haftanstalt, in der viele politische Gefangene der DDR eingesperrt wurden.

Sie doch mal nach Leipzig!)

*Es wächst die Entschlossenheit – Leipzig ist dafür nur ein Beispiel –, öffentlich, auf der Straße soziale Sicherheit, Gleichwertigkeit als deutscher Bürger einzufordern. Das Konfliktpotential nimmt zu,*

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir sollen in sechs Monaten heilen, was Sie in 40 Jahren kaputtgemacht haben!)

*und es wird neuen Zuwachs erhalten, wenn Null-Kurzarbeit und Warteschleife*

(Schmitz [Baesweiler] [CDU/CSU]: Das sind doch Ihre Arbeitslosen! Die SED-Arbeitslosen sind das doch!)

*auch formell in das einmünden, was sie der Sache nach schon längst sind: Arbeitslosigkeit und zum Teil Ausgrenzung.*

(Geis [CDU/CSU]: Wir können in vier Wochen nicht 40 Jahre wegräumen! – Gegenruf des

Abg. Dr Heuer [PDS/Linke Liste]: Wo gab es denn da Arbeitslose, mein Herr? – Lachen bei der CDU/CSU – Gegenruf von der CDU/CSU: Für Hungerlöhne haben sie gearbeitet! –

Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU/CSU)

VLZEPRÄSIDENT HANS KLEIN: Meine Damen und Herren, einen Moment bitte!

*DR. GERHARD RIEGE (PDS/Linke Liste): Ihre Bemerkungen zur Arbeitslosigkeit in der früheren DDR zeigen nur, wie weit weg Sie von irgendeiner Kenntnis der realen Situation sind.*

(Schmitz [Baesweiler] [CDU/CSU]: Ihr habt die Menschen eingesperrt! – Dr. Hirsch [FDP]:

Wie war sie denn? Erzählen Sie doch mal! – Gegenruf der Abg. Dr. Höll [PDS/Linke Liste]: Ignoranten!)

*Es geht hier nicht um das Thema „Effektivität der Arbeit“. Auch das spielte eine Rolle. Die Situation, die jetzt massenhaft gegeben ist, ist eine qualitativ gänzlich andere und von existentieller Bedeutung nicht nur für Hunderttausende.*

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Dafür sind Sie verantwortlich! – Zuruf von der CDU/CSU: Aber dafür sind sie frei!)

*– Mit dieser Aussage machen Sie es sich etwas zu leicht. Die Mitbürger, die dieses kritische Potential, dieses Konfliktpotential, wie ich sagen möchte, verkörpern, sind von ökonomischen und sozialen sowie, glaube ich, zunehmend auch von politischen Motiven und Erwartungen beherrscht. Es wird – um dies zu sagen, braucht man kein Prophet zu sein – wahrscheinlich einen heißen Herbst geben. Ich setze den Haushaltskomplex Inneres auch in Beziehung zu diesen Tendenzen. Der gesamte Apparat, der geeignet ist, Protestbewegungen zu observieren und niederzuhalten, wird finanziell gut bedacht.*

(Dr. Blank [CDU/CSU]: Reden Sie von der früheren DDR oder von uns? Was man sich hier von so einem Stasi-Heini anhören muß! Unglaublich! – Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU/CSU)

VIZEPRÄSIDENT HANS KLEIN: Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie den Redner ausreden! Ein paar Zwischenrufe sind in Ordnung. Aber Zwischenrufe in einer Häufung, daß er nicht weiterreden kann, sind nicht in Ordnung.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das ist ein Stasi-Bruder! – Dr. Blank [CDU/CSU]: So ein

Stasi-Bonze da! – Dr. Höll [PDS/Linke Liste]: Jetzt bleiben Sie doch mal sachlich! – Köppe [Bündnis 90/Grüne] [zur CDU/CSU-Fraktion gewandt]: Sie sollten doch ganz ruhig bleiben!)

*DR. GERHARD RIEGE (PDS/Linke Liste): Ich finde es schon bemerkenswert, mit welcher – wie mir scheint – Unverfrorenheit*

(Dr. Blank [CDU/CSU]: Sie hier stehen und hier reden!)

*hier Diffamierungen ausgesprochen werden.*

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Mit wem identifizieren Sie sich denn? Mit der SED? Ist das richtig? Nachfolge der SED!)

*Das ehemalige Ministerium für innerdeutsche Beziehungen lebt in dem vor uns liegenden Haushaltsgesetz fort.*

(Dr. Hirsch [FDP]: Und was lebt in Ihnen fort?)

*In einem bestimmten Bereich, der nicht frei von revanchistischen Momenten ist, sind Finanzmittel vorgesehen.*

(Zurufe von der CDU/CSU: Wo?)

*Da werden für den Haushaltstitel 685 02 – Förderung der historischen Landeskunde in Mitteldeutschland sowie politischer und kultureller Arbeit von Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden – über 5 Millionen DM eingesetzt.*

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Na und?)

*In diesem Titel atmet für mich nicht der Geist einer neuen internationalen Beziehung und nicht der Geist der Entwicklung der staatlichen Beziehungen in Europa.*

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das müssen Sie jetzt einmal erklären, warum nicht!)

VIZEPRÄSIDENT HANS KLEIN: Einen Moment, bitte meine Damen und Herren. Herr Dr. Riege, Sie haben Ihre Redezeit bereits weit überzogen. Bitte beachten Sie doch, daß es dort ein Licht gibt, daß Ihnen ein Signal gibt.

DR. GERHARD RIEGE (PDS/Linke Liste): *Ich habe es nicht gesehen, Herr Präsident, entschuldigen Sie bitte. Auf diese Momente möchte ich verweisen und auch darauf, daß nicht wenige Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind, beträchtliche finanzielle Unterstützungen erwarten können. Daß es sich dabei nicht nur um die Förderung von Volkstänzen handelt, wissen wir aus den Debatten in diesem Haus.*

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

VIZEPRÄSIDENT HANS KLEIN: Herr Dr. Riege, Sie sind eine Minute und 33 Sekunden über der Zeit.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Die Zeit, in der Sie und Ihresgleichen allein reden durften, ist vorbei!)

Zwei Tage später, am 15., bat der Abgeordnete noch einmal um das Wort<sup>155</sup>:

VIZEPRÄSIDENT HELMUTH BECKER: Nach Paragraph 32 der Geschäftsordnung hat jetzt der Abgeordnete Prof. Riege aus der Gruppe PDS/Linke Liste das Wort. Bitte sehr, Herr Prof. Riege.

DR. GERHARD RIEGE (PDS/Linke Liste): *Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während der Diskussionsrede, die ich am Mittwochabend im Rahmen der Haushaltsdebatte hielt, haben, wie das Protokoll ausweist, die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion Dr. Blank, Geis und Gerster mich in einem Maße diffamiert, das in Form und Inhalt all das übersteigt, was ich bislang in diesem Parlament an wahrlich nicht wenigen Äußerungen von Intoleranz und Verleumdungen kennenlernen mußte.*

(Dr. Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das steht Ihnen gar nicht zu, so etwas festzustellen!)

*Es widerstrebt mir, die Ausdrücke, deren sich die drei Herren bedient haben, auch nur zu wiederholen. Ich bewerte das Verhalten dieser Abgeordneten als Zeugnis für mein Bestreben, die Stimme von Mitgliedern meiner Gruppe, deren Legitimation und Rechtsstellung nicht geringer als die einer jeder anderen sind, in der parlamentarischen Repräsentation zu unterdrücken. Ich werde mir auch künftig nicht verbieten lassen, das Wort „Recht“ in den Mund zu nehmen und mich um Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit zu bemühen.*

(Dr. Blens [CDU/CSU]: Damit hätten Sie besser früher angefangen!)

*Ich verwahre mich dagegen, daß alle meine Kollegen der Jenaer Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Hochschullehrer wie Mitarbeiter, als Stasi-Leute abgestempelt werden. Meine ursprüngliche Hoffnung, in einem Parlament mitwirken zu können, in dem die Unterschiede oder Gegensätze politischer Sichten so artikuliert werden können, daß persönliche Würde respektiert wird und daraus ein Beispiel für die Öffentlichkeit unseres Landes erwächst, hat sich nicht erfüllt.*

(Zurufe von der CDU/CSU – Jelpke [PDS/Linke Liste]: Haltet mal eure Klappe!)

*Mein Bedauern darüber ist um so größer, als ich zur Kenntnis nehmen muß, daß der amtierende Präsident keine Veranlassung gesehen hat, die erwähnten Beleidigungen zu*

*rügen. Danke.*  
(Beifall bei der PDS/Linke Liste)  
((Kasten Ende))

## **Ich stehe dazu**

### *Der Streit um die Geschichte*

Ich blättere gerne in alten Tageszeitungen aus der DDR.<sup>156</sup> An den Todesanzeigen komme ich nie vorbei. Ich lese Namen und Funktionen derjenigen, die gestorben sind, und derjenigen, die trauern. „Am 2. Oktober 1989 starb im Alter von 69 Jahren nach langer, schwerer Krankheit unser ehemaliger BGL-Vorsitzender, Genosse Wolfgang Kuppe, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Bronze und anderer staatlicher Auszeichnungen. Wir trauern um einen Genossen, der über Jahrzehnte in leitenden Funktionen der sozialistischen Presse tätig war und sich Achtung und Anerkennung erwarb. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.“ So eine Anzeige der SED-Parteileitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) des Berliner Verlags (der heute Gruner & Jahr, also Bertelsmann, gehört) in der „Berliner Zeitung“ im Oktober 1989.

Wolfgang Kuppe und all die anderen überzeugten Kommunisten, die vor der Wende starben, mußten nicht erleben, wie unterging, was sie als ihr Lebenswerk ansahen. Ich denke an die freundlichen älteren weißhaarigen Männer mit Brille, deren letzte Rückzugsbastion der Verweis auf die Untaten des Klassenfeinds ist, und frage mich, ob ihnen die große Enttäuschung nicht besser erspart geblieben wäre. Kaum einer hat diesen Weltuntergang geistig verarbeitet.

Das gilt auch für Günter Jacobsohn. Bis zu seinem Tod wohnte er eine Etage unter der Wohnung meines Freundes Herbert Brehmer in Berlin-Friedrichshagen. Herbert hatte mir vor vielen Jahren schon geraten, ich solle unbedingt mit Jacobsohn sprechen. Das sei ein kluger Mann, der einiges erlebt habe. Jacobsohn war gleich zum Gespräch bereit und hatte auch nichts dagegen, daß mein Bandgerät mitlief. Ich habe Günter Jacobsohn auch nach unserem Gespräch immer mal wieder getroffen, etwa wenn ich mir bei ihm den Schlüssel zu Herberts Wohnung in dessen Abwesenheit abholte oder einfach auf der Treppe. Er war ein freundlicher, eher hagerer, grauhaariger älterer Herr. 1932 war er Mitglied der Kommunistischen Jungpioniere geworden. Zur Nazizeit entkam er nur knapp dem Henker, weil nicht nur Kommunist, sondern auch Jude war. Und nach dem Untergang der DDR kämpfte er in seiner PDS-Basisorganisationen in Berlin-Friedrichshagen weiter. Er hielt den Begriff „Stalinist“ für eine „unzulässige Verallgemeinerung, Vergrößerung“. Früher, als langjähriger Parteisekretär, habe er es sich in seinem Betrieb erlauben können, die „schreckliche Enge“ zu kritisieren. Aber er war nicht dagegen, daß am 13. August 1961 die Grenze „gesichert“ wurde. „Um zu verhindern, daß solch Schindluder mit unserer Offenherzigkeit getrieben werden konnte“, erklärte er. Daß es so viele repressive Maßnahmen gegeben hat, sei ihm nicht bekannt gewesen. Aber: „Zum Beispiel, Biermann war für mich kein Problem, muß ich mal ehrlich sagen.“ Er bedauert allerdings, daß Anfang der fünfziger Jahre gute sozialdemokratische Traditionen „unter den Schlitten“ gekommen seien.<sup>157</sup>

Bis heute kann er den Tag schildern, an dem Josef Stalin starb. Damals war er Parteisekretär im VEB Werk für Fernsehelektronik, und an jenem 5. März 1953 war eine Vollversammlung der Gewerkschaftsvertrauensleute. Auf der Tagesordnung stand der Betriebskollektivvertrag zwischen der Betriebsleitung und der Gewerkschaft. Darin war unter anderem vorgesehen, einen Schießstand zu errichten für die Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Hinter diesem unscheinbaren Namen verbarg sich eine Organisation, die Jugendliche vormilitärisch ausbildete. Gegen den Schießstandplan gab es zahlreiche Einwände aus Gewerkschaftsgruppen, die zwar nicht ausgereicht hätten, um das Projekt zu Fall zu bringen, aber die angestrebte Einstimmigkeit wäre nicht zustande gekommen.

Am Morgen vor der Versammlung brachte das Radio Trauermusik. Jacobsohn und Genossen, die von Stalins schwerer Erkrankung wußten, ahnten, was da bald gemeldet werden würde. Jacobsohn bat den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung, die Versammlung allein zu eröffnen, er komme nach, sobald er wisse, was geschehen sei. Bald kam die Nachricht, daß

der Moskauer Diktator gestorben sei. Jacobsohn eilte zur Versammlung und ließ sich vom BGL-Vorsitzenden sogleich das Wort erteilen. „Und dann habe ich gesagt, daß ich aus dem Radio erfahren habe, daß der große Stalin von uns gegangen ist. Da standen alle im Saal auf, die übergroße Mehrheit waren Parteilose und Menschen, die mit uns politisch nicht immer einer Meinung waren. Da standen die Menschen, Tränen in den Augen, von denen ich das in diesem Zusammenhang nie erwartet hätte. An diesem Tag gab es nicht eine Gegenstimme gegen den Betriebskollektivvertrag. Ich hatte den Eindruck, die auf dieser Versammlung waren, die hätten das als Leichenfledderei betrachtet.“

Manche in der PDS halten eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ihrer Partei und ihres Staats immer noch für ein Sakrildelikt. Das mußte im Frühjahr 1993 Dietmar Keller erleben, als er in der Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte des SED-Regimes Klartext sprach. Die SED war in seinen Augen seit 1948, nach ihrer Umwandlung zur stalinistischen Kaderorganisation, eine „zentralistisch-dirigistisch geführte Partei, die im Prinzip feudalistisch geführt wurde“. Er kritisierte die mangelnde humanistische Bildung der SED-Mitglieder, denen ja in der Tat meist nur das Resultat der marxistisch-leninistisch Verkürzung der Wissenschafts- und Philosophiegeschichte vorgesetzt wurde. Die Geschichte der Philosophie fand ihren Höhepunkt und wahren Sinn im Marxismus-Leninismus. Aristoteles bis Feuerbach und Hegel waren vor allem „Vorläufer“. Keller bemängelte die Verengung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes auf Kampf und Revolutionen. Er diagnostizierte, daß die KPD eine undemokratische Partei gewesen sei.<sup>158</sup> Für die Abschlußdebatte über die Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission unter ihrem Vorsitzenden, dem einstigen DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann (CDU), wurde ein symbolisches Datum gewählt: der 17. Juni 1994, der 41. Jahrestag des Arbeiteraufstands in Ostberlin. Für die PDS-Bundestagsgruppe hielt Dietmar Keller eine bemerkenswerte Rede: „Wenn die Protokolle und Expertisen veröffentlicht werden, liegt uns eine Fülle von Faktenmaterial und Sachergebnissen vor. Große Teile dieses Materials sind geradezu ein Faktenkompendium für die Zeitgeschichte (...). Das Wichtigste dieser Arbeit ist für mich, daß wir uns alle – auch wenn wir unterschiedliche politische Standpunkte und Standorte haben, auch wenn wir uns gestritten haben – zu einem antitotalitären Konsens zusammengefunden haben. (...) Ich betrachte es als Mitglied der Enquete-Kommission der PDS/Linke Liste als meine moralische Pflicht und Verantwortung, mich bei den Opfern der SED-Diktatur zu entschuldigen.“<sup>159</sup>

Als das „ND“ eine Rede, die Keller in einer geschlossenen Sitzung der Kommission gehalten hatte, auszugsweise veröffentlichte, brach ein Sturm der Entrüstung los. „ND“-Redakteur Holger Becker berichtete, der „übergroßen Mehrzahl“ der Briefe entnehme er das Urteil: „Dietmar Keller verwechselt ‚Versöhnung‘ mit ‚Unterwerfung‘.“<sup>160</sup> Es meldeten sich sogar zwei Fossile der DDR-Geschichte zu Wort, um ihre Empörung kundzutun: Hermann Kant, der langjährige Vorsitzende des Schriftstellerverbands und Bestsellerautor, und Kurt Hager, der als Ideologiepapst Ulbricht und Honecker gedient und drei Jahrzehnte im Politbüro gesessen hatte. Hager, der bis zuletzt die SED-Diktatur gegen die Demokratiebewegung und Gorbatschow verteidigt hat, schreibt, Keller müsse „schon große Anstrengungen machen, um den Gestank loszuwerden, in den er sich begeben hat“. Andere Kritiker sprachen von „Demagogie und Leichtfertigkeit im Umgang mit den historischen Fakten“, von „opportunistischer und willfähriger Attitüde“, „Borniertheit oder wissenschaftlicher Blindheit“, „jämmerlichem Auftritt Kellers“, „extremer Wendehalsigkeit“, „Kollaboration“ oder „hinterhereilender Unterwürfigkeit“. Ein Leserbriefschreiber: „Herr Keller beleidigt mein ganzes ehrliches Leben.“ Ein anderer: „Daß das Sein das Bewußtsein auch korrumpieren kann, wissen wir nicht erst seit Dietmar Keller.“ Der Historiker Herbert Wolf, der als Sachverständiger der PDS in der Enquete-Kommission saß, konstatierte angesichts der Protestlawine eine „Beinahekrise in der PDS“.<sup>161</sup>

An der Debatte um Dietmar Keller fallen zwei Dinge auf. Erstens geht kaum einer seiner

Kritiker differenziert auf die Aussagen des einstigen DDR-Kulturministers ein. An die Stelle der fairen Auseinandersetzung tritt die persönliche Schmähung. Zweitens wird Keller in vielen Statements vorgeworfen, seine Kritik an der SED ausgerechnet in der Enquete-Kommission geäußert zu haben. Beide Sichtweisen folgen klassischen stalinistischen Mechanismen. Die vermeintliche oder tatsächliche Abweichung von der Parteilinie – oder was immer dafür gehalten wird – galt in kommunistischen Parteien seit ihrer Stalinisierung Mitte der zwanziger Jahre als Todsünde. In der Sowjetunion endete sie mitunter tödlich. Es geht weniger um die Frage, ob Keller recht hat, sondern darum, daß er das eigene Lager in einem Forum des Klassenfeinds kritisiert hat. Viele in der PDS empfinden den Bundestag nach wie vor als feindliches Organ. Und daß besagter Kommission mit Eppelmann der einstige Staatsfeind Nr. 1 der DDR vorsah, verstärkt den Haß nur noch mehr. Denn Eppelmann und die anderen Bürgerrechtler haben die SED-Herrlichkeit beendet. Sie sind in den Augen vieler PDS-Mitglieder Agenten des Feindes, und wehe den Genossen, die sich mit den Totengräbern der DDR einlassen. Solche Stellungnahmen stammen nicht nur von unverbesserlichen Ewiggestrigen. Auch ein Mitglied des Sprecherrats der Historischen Kommission beim PDS-Parteivorstand fragt rhetorisch: „Aber warum muß unser Vertreter [Keller] den Intentionen der Kommission anstandslos folgen und sich auf ihr Niveau begeben?“<sup>162</sup>

Diese Position ist auch aus einem anderen Grund abenteuerlich. Die Kommission hat in jahrelanger Arbeit fast den gesamten historischen Sach- und Fachverstand Deutschlands mobilisiert. Unzählige Expertisen und Zeugenaussagen geben ein vielfältiges, keinesfalls widerspruchsfreies Bild der DDR. Es ist alles enthalten vom platten Antikommunismus bis hin zur fundierten historischen Analyse. Vielleicht sollte sich die Historische Kommission beim PDS-Parteivorstand weniger mit Legitimierungsarbeiten befassen als mit dem unvergleichlichen Faktenmaterial, das die Enquete-Kommission des Bundestags allen zeitgeschichtlich Interessierten hinterlassen hat.<sup>163</sup> Wie will man Geschichte aufarbeiten, wenn man die mit Abstand umfänglichste Material- und Argumentesammlung zur DDR-Geschichte nicht zur Kenntnis nimmt?

Aber vielleicht ist das eher eine Frage des Könnens. Wohl hat sich die PDS fast vollständig von der einstigen Spitzengarnitur der SED getrennt, aber ihre Mitgliedschaft hatte sich zu weit über neunzig Prozent mit der Staatspartei identifiziert. Bei allem Gemecker an diesem oder jenem Detail. Die PDS ist die Partei der einstigen Träger des SED-Systems, der Militärs, Ideologen, Wissenschaftler, Lehrer oder Künstler. Michael Nelken schrieb vor einigen Jahren über seine Partei: „Sie ist heute der größte organisatorische Zusammenschluß tragender Kräfte des untergegangenen Systems. Sie vereint oft gerade diejenigen, die nicht bereit waren, ihre Lebensgeschichte, ihre Ideen und Ideale abzuwerfen, mit solchen, die dies nicht mehr konnten, oder einfach nicht wendig genug waren, sich der neuen Herrschaft anzudienen.“<sup>164</sup>

An diesen soziologischen und ideologischen Tatsachen hat sich bis heute nichts geändert. Viele hatten sich im realen Sozialismus eingerichtet. Sie empfanden den fundamentalen Mangel an Demokratie nicht als Verlust. Sie haben die autoritären Strukturen der SED und des DDR-Staats als richtig empfunden. Die Grundorganisationen der Einheitspartei konnten nicht einmal die Tagesordnungen ihrer Versammlungen allein bestimmen, die Themen waren zentral vorgegeben, auch die Ergebnisse der „Diskussionen“ darüber. Das Parteilehrjahr formte die Parteimitgliedschaft, und die weltanschaulichen Versatzstücke der innerparteilichen Gleichschaltung treten immer wieder zutage. Solcherart entmündigende Anleitung birgt Bequemlichkeit, sie hat für viele einen eigenen Reiz. Sie erspart Verantwortung und selbständiges Denken, sie unterhöhlt die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Kritik. Viele Mitglieder oder Funktionäre, haupt- oder ehrenamtliche, haben ihr Wissen und Gewissen an die Partei verschenkt und staunen jetzt, daß sie dafür doch einen Preis bezahlen müssen.

In den unzähligen Auseinandersetzungen auf PDS-Versammlungen oder mit Mitgliedern der Partei bin ich immer auf den weißhaarigen Herrn mit Brille gestoßen, der nur seinen Idealen

gefolgt ist und sich nun von der SED-Parteiführung betrogen fühlt. Er hat „immer das Beste gewollt“. Trotzig verkündet der weißhaarige Herr mit Brille: „Ich stehe dazu!“

Nichts habe ich öfter gehört als diese Ausrede in Heldengestalt. Sie klingt mutig, in Wahrheit ist sie aber ein feiges Schlußwort. Es ertönt, bevor auch nur im Keim geklärt ist, *zu was* der weißhaarige Herr mit Brille denn steht. Er nimmt vermeintlich alles auf sich, aber was „alles“ ist, sagt er nicht. Und er erklärt gleichzeitig, daß seine Ideale ihn geradezu gezwungen hätten, den Stalinismus deutscher Prägung mitzumachen. „Ich stehe dazu“, das heißt: „Ich stehe moralisch über dem Scherbenhaufen des SED-Staats. Ich habe Jahrzehnte meines Lebens geopfert für ein besseres, antifaschistisches, humanistisches Deutschland. Und ich bin betrogen worden.“

Aber diesen Tenor hört man nicht nur von weißhaarigen Herren mit Brille, sondern auch von einem langjährigen Parteivorstandsmitglied wie Michael Schumann: „Wenn wir als Sozialisten (...) nicht grundsätzlich zu dem stehen könnten, was wir getan haben, wäre das ein verheerendes Zeichen politischer Schwäche. (...) Wir haben keinen Grund, mit unseren politischen Biographien hinter dem Berg zu halten, auch wenn sie von Irrtümern und Fehlern begleitet sind. Wir müssen und können öffentlich und offen dazu stehen.“<sup>165</sup>

Wäre es nicht besser, die Genossen würden ihre Biographien in Frage stellen? Das Unrecht in der DDR war sichtbar, und es wurde oft genug auch noch öffentlich begründet. Die Mitglieder der SED lebten außerdem nicht auf dem Mars, sondern im Ausstrahlungsgebiet westdeutscher Rundfunk- und Fernsehanstalten. Selbst wenn man unterstellt, daß westliche Medien der DDR feindlich gegenübergestanden haben (was in den achtziger Jahren pauschal keineswegs stimmt), so blieben doch genug Wahrheiten übrig. Wer seine Augen davor verschließt, kann seine Blindheit nicht als Rechtfertigung anführen. Nein, die meisten jener, die heute „dazu stehen“, hätten es besser wissen müssen.

Die Genossen machen es sich oft zu einfach. Sie delegieren die Schuld auf die einstigen Politbürokraten und den Apparat. Aber in jedem weißhaarigen Herrn mit Brille steckt ein bißchen Stalin, Ulbricht und Honecker. Gewiß, die alten Genossen, die „dazu stehen“, haben in der Regel niemanden eingesperrt oder erschossen. Aber sie haben es für richtig gehalten, daß dies geschah. Sie haben es verteidigt. Und: Ohne sie hätte das menschenrechtsmißachtende System nicht funktioniert.

Aber zu dieser Aussage stehen sie natürlich nicht. Ganz im Gegenteil: Viele alte Genossen sehen sich als Opfer der einstigen Führung. Dabei sind diese vermeintlichen Opfer Honeckers in Wahrheit Opfer ihrer Selbstverblendung. Für die tatsächlichen Opfer der DDR haben die meisten früheren Einheitssozialisten nur Verachtung übrig. Das zeigt an, wie weit entfernt sie sind von einer moralisch sauberen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit.

Als ich auf diese Fragen vor vielen Jahren einmal eine Berliner PDS-Genossin, mittlerweile 41 Jahre, Mutter zweier Kinder, ansprach, antwortete sie: „Ich habe auch bei Biermann keinerlei Bauchschmerzen gehabt. Das hat mich zu der Zeit nicht berührt. Das war eine fremde Person, ordinär dazu, die ich nicht verstehen konnte.“ Nicht das erste Mal, daß ich erlebte, wie sich Spießertum und Stalinismus harmonisch ergänzen. Aber „fremd“ ist das richtige Wort. Noch heute ist der Mehrheit der PDS-Genossen die Welt des Widerstands gegen die SED vor allem fremd.

Gregor Gysi hatte recht, als er 1990 die SED als „reaktionäre Partei“ beschrieb.<sup>166</sup> Sie war antidemokratisch, und noch heute hat der Parteivorstand keine Mehrheit der Mitglieder hinter sich, wenn er weniger Polizei fordert, die Liberalisierung der Rauschgiftpolitik anstrebt oder die restriktive Ausländerpolitik der Bundesregierung kritisiert. Ich entsinne mich noch sehr gut der Verachtung vieler Genossen gegenüber den Polen, die in die DDR reisten, weil es dort Waren zu kaufen gab, die in Warschau oder Danzig in den Ladenauslagen fehlten. Die SED gab sich internationalistisch. Wie praktisch, daß man sich die Ausländer vom Leibe halten konnte. Die paar vietnamesischen Arbeiter wurden fein säuberlich in Gettos versteckt. Die sozialistische DDR war immer im schlechten Sinn des Wortes „deutscher“ als die zunehmend multikulturelle Bundesrepublik. Und viele Genossen sind es heute noch. Was ist daran links?



Wie sagte Gysi: „Eine Partei, die eine reaktionäre Politik betreibt, wird selbst reaktionär.“<sup>167</sup> Hinter dem Denken vieler Genossen an der Basis verbirgt sich, was Ralph Giordano als den „Verlust der humanen Orientierung“ beschrieben hat in „Die zweite Schuld“, seinem Schlüsselbuch über die unverarbeitete NS-Vergangenheit. Und von den acht „kollektiven Affekten“ der Schuldabwehr, die er dort auflistet, treffen nur drei nicht zu: jene, die sich mit der Judenvernichtung, den Konzentrationslagern und den NS-Prozessen befassen. In Diskussionen mit PDS-Mitgliedern an der Basis hingegen hört man allerorten, daß man von nichts gewußt habe (erstens), daß die Diktatur – ja, auch Stalin – nicht nur Schlechtes geschaffen habe (zweitens), daß man früher unbehelligt auf der Straße gehen konnte (drittens), daß die „anderen“ auch Verbrechen begangen hätten (viertens) und daß endlich Schluß sein müsse mit der Erinnerung an die Vergangenheit (fünftens).<sup>168</sup>

Wenn die Genossen sich selbst kritisieren, so meist in dem Rahmen, den die SED einst gesteckt hat. Im Frühjahr 1991 habe ich das beispielhaft auf einer historischen Konferenz der PDS in Erfurt erlebt. Ich durfte dort aus dem noch unveröffentlichten Manuskript meines Blockflöten-Buches lesen. Wichtig ist hier nicht, daß die Begeisterung der Zuhörer über die Lesung sich in engsten Grenzen heilt – nichts anderes hatte ich erwartet –, sondern der erstaunliche Umstand, daß sich gleich eine Diskussion entspann, wann der DDR-Sozialismus auf die falsche Bahn geraten sei. Ob mit der Säuberung der SED vom „Sozialdemokratismus“ oder der Ablehnung des „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus“ Ende der vierziger Jahre, ob mit dem „17. Juni 1953, dem Abschied vom „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“ in den sechziger Jahren usw. usf. Kein Genosse kam auf die Idee zu fragen, ob der Sozialismus Stalins überhaupt funktionieren konnte. Und wenn ja, ob er dann anstrebenswert gewesen war. Die wenigstens Genossen haben bis heute nicht verstanden, daß das ganze Konzept falsch und in seiner Durchführung menschenverachtend ist. Diese Möglichkeit aber müßten sie mindestens in Betracht ziehen, statt auf Idealen zu beharren, aus denen Stalin und Ulbricht fein säuberlich herausortiert worden sind. Sonst wird Vergangenheit nicht aufgearbeitet, sondern zurechtgelegt. Es werden „gute“ Seiten oder Episoden des Sozialismus mit schlechten verrechnet.<sup>169</sup>

Wolfgang Thierse, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Mitbegründer der DDR-Sozialdemokratie, hatte recht, als er André Brie im Oktober 1991 schrieb: „Das trübsinnige Wort ‚Wende‘ hat darin seine Richtigkeit, daß es die massenhafte Abwendung von der eigenen Vergangenheit mit bezeichnet.“<sup>170</sup>

Die PDS hat zahlreiche Materialien veröffentlicht und viele Konferenzen veranstaltet, um ihre Geschichte zu beleuchten. Darunter sind viele wertvolle Publikationen.<sup>171</sup> Es gibt aber zweierlei einzuwenden: Erstens handelt es sich um die Aktivität einer verschwindenden Minderheit, die an der Basis die Oberfläche nicht einmal kräuselt. Auf meinen Reisen durch Neufünfland wurde mir überall von PDS-Mitgliedern mit fester Überzeugung versichert, daß es ihnen ziemlich egal sei, über was die Damen und Herren Genossen in Berlin gerade stritten. Am Geschichtsbild der Basis haben alle Bemühungen der Parteiführung nichts geändert. In der Mitgliedschaft ist die KPD noch immer Thälmanns Heldenpartei, Sozialdemokraten sind mindestens Verräter, und der Sozialismus war eigentlich richtig. Zweitens ist in vielen Beiträgen zu spüren, daß es zunehmend darum geht, die eigene Politik und Vergangenheit zu legitimieren.

Generell wirken die Debatten über die Geschichte und Menschenrechtsverletzungen der SED-Diktatur, die außerhalb der Partei geführt werden, auf die Genossen wie Angriffe.<sup>172</sup> Die Publizitätswelle, oft genährt durch Aktenfunde in Archiven, hat in der PDS einen Schutzreflex hervorgerufen, was Gregor Gysi als „sozialpsychologisches Phänomen einer extremen Gegenreaktion“ beschrieben hat.<sup>173</sup> Die politischen Angriffe auf die Partei, ob mit Stasivorwürfen oder unter Verweis auf die SED-Vergangenheit, haben die Geschichte zum Kampffeld gemacht. Und die Genossen halten dagegen. Es wäre besser, aber wahrscheinlich eine Überforderung, wenn die Partei die massive Kritik als notwendige Folge des Zusammenbruchs einer Diktatur akzeptieren würden. Es steht den PDS-Genossen nicht gut zu

Gesicht, die Verfolgten zu markieren. Ich finde es immer wieder erstaunlich, wie schnell Menschen über Kritik an ihnen empört sind, wo sie doch selbst so viele Jahre und auch heute noch deftig austeilen. Ein bißchen mehr Standvermögen und Souveränität darf man von einstigen Siegern der Geschichte schon erwarten. Aber die Genossen fühlen sich als Abtreter einer Nation, die sie nicht als ihre sehen.

Dabei hätten sie mehr zur Geschichtsaufarbeitung beizutragen als alle anderen politischen Kräfte in der Bundesrepublik.<sup>174</sup> Aber es ist zuwenig geschehen, und vor allem zuwenig Grundlegendes.

Gewiß, die Versuche der Vergangenheitsaufarbeitung standen von Anfang an unter einem schlechten Stern. Die äußeren Bedingungen waren meist miserabel. Die PDS stand erschüttert vor dem realsozialistischen Scherbenhaufen und kämpfte um ihre Existenz. Michael Schumanns Abrechnung mit dem Stalinismus auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 nahmen die Delegierten diskussionslos hin, sie hätten wohl alles mögliche akzeptiert. Zum Jahreswechsel und danach forderten viele, die Partei aufzulösen. Gleichzeitig nahten die Volkskammerwahlen vom März 1990. Bald darauf, im Mai, folgten Kommunalwahlen, die fast schon die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen im Dezember 1990 einleiteten. Danach hatte sich die Partei in diversen Landtagswahlkämpfen zu bewähren. Dies alles unter einer Woge des Hasses in einem Großteil der ostdeutschen Bevölkerung. Die Genossen wurden beschimpft und angepöbelt, bedroht und niedergeschrien. Gerüchte über ein baldiges Parteiverbot machten die Runde. Hunderttausende gaben ihre Mitgliedsbücher ab.

Damals war die Erschütterung noch groß genug, um neue Einsichten zuzulassen. Aber die meisten Genossen waren abgetaucht. Ein öffentlicher Diskurs war aufgrund der äußeren und inneren Bedingungen nicht möglich. Als die Ostdeutschen sich an die SED-Nachfolgepartei gewöhnt hatten und der erste Zorn verraucht war, begann sich die Partei zu konsolidieren. Mit den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen der Einheit und zunehmendem zeitlichen Abstand verklärte sich das Bild der DDR. Für die Verlierer der Geschichte gewann eine Zeit an Attraktivität, in der sie auf der Gewinnerseite gestanden hatten. Heinrich Bortfeldt diagnostiziert: „Die erlebte DDR-Vergangenheit und die Ohnmacht und der Zorn gegenüber der westdeutschen Besatzermentalität bilden bislang die entscheidende Klammer.“<sup>175</sup>

Das Klima ist günstig für die Rückkehr alter Ideen. Im Januar 1995 verließ Parteivorstandsmitglied Karin Dörre die PDS, weil sie das „War ja doch alles nicht so schlimm“-Gerede in der Partei nicht mehr ertragen konnte. Sie erklärte:

„Die Stimmen früherer Verantwortungsträger wurden immer leiser, wenn es um die Aufklärung der Rolle der SED ging, um den Militarismus der DDR, die vormundschaftlichen Strukturen des Staates, die Repression durch das Ministerium für Staatssicherheit und ihre Verquickung mit der SED. Heute gehört es in der PDS zum guten Ton, sich eher mit der einstigen Elite zu solidarisieren als mit jenen, die in der DDR Widerstand geleistet haben. Statt dessen lebt das alte Feindbild aus DDR-Zeiten wieder auf.“<sup>176</sup>

Der Historiker Jörn Schütrumpf berichtet nach Vorträgen an der Basis: „Die PDS, die mir dort entgegentrat, hatte mit dem ‚Gesicht der Partei‘ oftmals nur den Namen gemein.“ Und er fragte: „Gysi, Bisky, Brie – die ‚Parteifeinde‘ von morgen?“<sup>177</sup> Die einstigen Partei- und Staatsfunktionäre des SED-Staats, die das Gros der PDS-Mitgliedschaft ausmachen, stehen, wie die Kölner Publizistin Ilse Spittmann zu Recht feststellt, weiterhin in der Denktradition des Marxismus-Leninismus. „Ihre politische Heimat ist die DDR, mit ihr verteidigen sie ihre eigene Biographie. Einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis des Kommunismus haben sie sich erfolgreich widersetzt. Zum vereinigten Deutschland steht ein großer Teil in klassenkämpferischer Systemopposition.“<sup>178</sup>

Bei meinen Reisen durch die PDS stieß ich mit dem Lauf der Jahre auf zunehmende Resistenz gegenüber Einsichten über den Charakter des realen Sozialismus. Herrschte am Anfang noch Erschütterung vor angesichts der Enthüllungen über Machtmißbrauch, Korruption und

Willkür der Mächtigen der Staatspartei, so wick die daraus erwachsene Orientierungslosigkeit Schritt für Schritt der Gewißheit, daß doch alles nicht so schlecht gewesen sei. Die restaurativen Kräfte, gerade auch das Marxistische Forum, haben Oberwasser, und die Parteiführung laviert.

Die Ostalgie überschreitet weit die Grenzen der Partei. Eine Generalabrechnung mit der DDR würde der PDS nicht mehr Stimmen bringen, weil Glaubwürdigkeitsdefizite lange nachwirken. Sie würde die Partei aber vieler Stammwähler berauben.<sup>179</sup> Kein Anreiz, reinen Tisch zu machen.

Schon im Juni 1991 hat Gregor Gysi eine bemerkenswert weitsichtig geäußert: „Solange wir uns über die Geschichte nicht im klaren sind, werden wir unsere eigenen Biographien nicht einordnen und annehmen können. Für jede und jeden von uns bliebe unklar, daß es eigenes Versagen gab und worin es bestand.“<sup>180</sup> Am Ende dieses Jahres konstatierte Michael Nelken resignierend:

„Trotz zahlreicher Aktivitäten auf allen Ebenen der Partei, trotz aller Debatten, Konferenzen und Willensbekundungen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte als Moment und Triebkraft der politischen Erneuerung der PDS zu einer modernen sozialistischen Partei nicht nur in zaghafte Ansätzen versandet, sondern sie wurde instinktiv und absichtsvoll blockiert. Diese Blockade wurde zu einer entscheidenden Ursache für das Scheitern der Erneuerung in der PDS, so wie ich sie sehe. Die Blockade kennt viele Gesichter, nur als Blockade kommt sie nie daher. Bevor man auch nur die Diskussion ansatzweise zu vertiefen beginnt, erheben sich abwehrende Mahnungen: Geschichte ist wichtig, aber sie darf uns doch nicht von den Herausforderungen der aktuellen Politik ablenken, keine Selbstbeschäftigung, keine Nabelschau. Eine kritische Geschichtsaufarbeitung ja, aber doch keine Selbstzerfleischung. Wir üben ja Selbstkritik, aber in Sack und Asche müssen wir uns doch nicht kleiden. Man könne nicht die ganze Schuld auf uns abladen. Wer ständig versucht, die Wunden aufzureißen, betreibe objektiv das Geschäft des Gegners, der uns erniedrigen und demoralisieren will. Das meine ich als Form der Blockade von Geschichtsauseinandersetzungen in der PDS.“<sup>181</sup>

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Interesse der Politikfähigkeit der Partei versucht der Vorstand zu verhindern, daß die Kluft zwischen Erneuerung und der Bewahrung alter Positionen zu weit aufreißt. Ein Grundfehler der Parteiführung besteht darin, „das Erbe der SED aus Interesse an Machterhalt und Eigentum angetreten zu haben und jetzt kein Erbe sein zu wollen“, beschreibt Wolfgang Thierse das Dilemma der PDS.<sup>182</sup> Das Verdrängen der eigenen Geschichte hat aber Folgen, die der Partei mehr schaden als alle Finanz- und Stasiskandale. Wie soll die PDS authentisch für eine Demokratisierung der Gesellschaft wirken, wenn in ihren Reihen bis hinauf in die Spitze immer wieder der Demokratiemangel der DDR relativiert wird? Wie soll die PDS glaubwürdig für einen modernen Sozialismus wirken, wenn nach wie vor die „Vorzüge des realen Sozialismus“ gepriesen werden? Nur rechte Politiker und Publizisten – wie etwa der von der CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung gesponserte PDS-Experte Patrick Moreau – nehmen Verfassungsschutzberichte als Maßstäbe der politischen oder wissenschaftlichen Bewertung der PDS. Warum sollte die PDS keine Erneuerung der bundesdeutschen Demokratie anstreben dürfen? Man muß ja kein Linksextremist sein, um auf die Idee zu kommen, daß die Parteiendemokratie Bonner Prägung vielleicht doch nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Warum nicht mehr Demokratie wagen, auch um der stets sinkenden Wahlbeteiligung zu begegnen? Aber die neue Demokratie muß demokratisch sein – kaum etwas war undemokratischer als die Volksdemokratie. Aber kann man an den Willen zur Demokratie glauben, wenn Mitglieder und Funktionäre der PDS die reale Diktatur der SED kleinreden? Die PDS kann sich nur erneuern, wenn sie die Denk- und Verhaltensmuster der SED überwindet. Und erst dann kann sie vielleicht eine linke, sozialistische Kraft im vereinten Deutschland werden. Auch wenn das Engagement der

Reformer in der Parteiführung und die oft witzig gestalteten Plakate und Broschüren der PDS darüber hinwegtäuschen, das Fundament der Partei steht nicht in unserer Zeit. Ganz am Anfang der Geschichtsdebatte in der PDS, 1990, fragte Gregor Gysi, wie Antifaschisten zu „kleinbürgerliche Despoten“ werden konnten.<sup>183</sup> Eine Antwort hat er immer noch nicht erhalten. Auch weil für viele Genossen Honecker & Co. keine Despoten mehr sind.

((Kasten Anfang))

*Hinsichtlich der Aufarbeitung der Geschichte gab es mehrere Anläufe: auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989, während der Klausurtagung im Mai 1990, auf der Erneuerungskonferenz im September 1990, durch einen Beschluß des Präsidiums des Parteivorstandes zur Frage der Mitgliedschaft von Angehörigen früherer bewaffneter Organe in der PDS vom Oktober 1990, auf der Stalinismus-Konferenz im November 1990, durch meine persönliche Erklärung zur Tätigkeit des früheren MfS vom April 1991 und durch andere Veranstaltungen. Sie führten jedoch nie zu einer kontinuierlichen Aufarbeitung der Geschichte in der Gesamtpartei. Zwischen ihnen lagen immer wieder Zeiten des Schweigens und der Stille. Man wurde das Gefühl nicht los, daß solche Veranstaltungen als notwendig, ihr Ende aber auch dringend herbeigesehnt wurde. Und hier scheint mir einfach der Umstand vorzuliegen, daß die Geschichte von vielen als unangenehm empfunden wird und man deshalb möglichst schnell damit abschließen will. Aber ich betone: Das ist ein Trugschluß. Hier haben wir auch ungenügende Konsequenz in der Leitungstätigkeit gezeigt, und das betrifft auch mich persönlich.*

*Wir müssen einfach begreifen, daß wir die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht für die Medien oder für unsere politischen Gegner durchführen. Es geht uns vielmehr um drei Ziele: Wir stehen erstens gegenüber dieser Geschichte in Verantwortung. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie allein von den politischen Gegnern und dann einseitig, undifferenziert und damit auch diffamierend dargestellt wird. Dies würde eine wirkliche Aufarbeitung der Geschichte verhindern. (...)*

*Ein zweiter Zweck ist darin zu sehen, daß wir die Aufarbeitung der Geschichte benötigen, um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse richtig analysieren und realistische Visionen für die Zukunft entwickeln zu können. Vor der Wiederholung von Fehlern werden nur die bewahrt, die bereit sind, aus früheren Fehlern die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Um dies aber zu können, müssen diese Fehler in ihrer Gesamtheit erforscht, schonungslos aufgearbeitet und wieder bewertet werden.*

*Der dritte Zweck besteht schließlich darin, einen Beitrag zur Selbstbefreiung zu leisten. Solange wir uns über die Geschichte nicht im klaren sind, werden wir unsere eigenen Biographien nicht einordnen und annehmen können. Für jede und jeden von uns bliebe unklar, daß es eigenes Versagen gab und worin es bestand.*

Aus der Rede des damaligen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi auf der 2. Tagung des 2. Parteitags, Berlin, 21.-23. Juni 1991.

((Kasten Ende))

## **Weil nicht sein kann, was nicht sein darf**

*Stalin und Thälmann*

„Kann ich einen Vorschlag machen? Ich möchte Sie nicht ausnutzen, ich kann Ihnen kein Honorar zahlen. Schreiben Sie mir doch mal etwas für die Zeitschrift ‚Antifa‘ zu der Fragestellung ‚War Stalin ein Antifaschist?‘“, forderte mich Fred Löwenberg auf. Ich fand die Idee gut und war einverstanden. Aber leider habe ich den Artikel nie geschrieben.

Irgend jemand im Karl-Liebknecht-Haus hatte mir den Tip gegeben, als ich mich nach einem interessanten Gesprächspartner zum Thema Antifaschismus in der PDS erkundigte: „Rede mal mit Fred Löwenberg. Der hat eine Menge zu erzählen.“ Der Tip war goldrichtig.

Ich treffe Fred Löwenberg im ehemaligen Redaktionsgebäude des „ND“, fünf Gehminuten entfernt vom Berliner Hauptbahnhof – der alles mögliche ist nur nicht Haupt. Ein riesiger Plattenbaukasten beherbergte bis Mai 1995 das einheitssozialistische Zentralorgan, das Eingangsfoyer eine deprimierende Mischung aus Plaste und Beton, verblichene Farben, verschlissene, zersessene Polster, schmutzlig. Die Gänge sind lang und dunkel, und überhaupt gleicht der ehemalige Sitz des SED-Zentralorgans eher einem Zementlabyrinth als einer Stätte, aus der sich die unendliche Weisheit des Politbüros, besonders seines Generalsekretärs, über das vom Joch der Ausbeutung durch das Kapital befreite Volk ergoß. Hinter einer von hundert gleichen Türen erwartet mich Fred Löwenberg, schlank, fast schwächling, in Jeans und Schlips, weißhaarig, mit Brille, aber, wie bald merke, ganz anders als die weißhaarigen Herren, die ich sonst sooft treffe. Nach freundlicher Begrüßung gibt es Hagebuttentee.

Löwenberg, „jüdisch versippt“, wurde 1924 in Breslau geboren. Eigentlich heißt er nicht Fred, sondern Ferdinand, nach Lassalle, dem Urvater der deutschen Sozialdemokratie, der ganz unproletarisch in einem Duell umkam. Großeltern und Eltern waren Sozialdemokraten, ein Onkel, Ernst Eckstein, zählte in der Weimarer Republik zu den Gründern der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der auch Willy Brandt angehört hatte. Die SAP, eine Linksabspaltung von der SPD, forderte die Einheit der Arbeiterbewegung gegen den aufkommenden Nationalsozialismus.

Eckstein, „Anwalt der Armen“, wurde im Mai 1933 von den Nazis ermordet, und Fred Löwenberg erinnert sich, wie Tausende von Menschen sich von der SA nicht davon abhalten ließen, an der Beisetzung des Onkels auf dem jüdischen Friedhof in Breslau teilzunehmen.<sup>184</sup>

Eine Berufsausbildung wurde Löwenberg in der Nazizeit verwehrt. Der Hilfsarbeiter organisierte sich bald in einer jugendlichen Widerstandsgruppe, die sich zunächst vor allem für Swing und Jazz begeisterte, für „Niggermusik“, wie die Nazis sagten. Die politische Aktivität war „eher bescheidener Natur“. Es bewahrte ihn Ende 1942 nicht vor der Einlieferung ins KZ Buchenwald. Dort rettete ihn ein „roter Kapo“, Robert Siewert, vor der Verschickung nach Auschwitz. Die „roten Kapos“ gehörten zur KPD-Organisation im KZ Buchenwald und hatten als Hilfskräfte der SS einen großen Einfluß auf das Lagerleben. (Nachdem seit 1989 auch diesbezügliche Akten zugänglich geworden sind, geriet die KPD-Lagerleitung wegen fragwürdiger Entscheidungen in die Kritik.) Fred Löwenberg las in Buchenwald zum erstenmal Werke von Thomas und Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger. Nach der Befreiung wurde Löwenberg Mitglied der Münchener SPD. Gleichzeitig war er stellvertretender Kreisvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Weil die VVN unter kommunistischem Einfluß stand, wurde er 1950 aus der SPD ausgeschlossen. Er stieß zur Sozialistischen Aktion, einer Gruppe einstiger Sozialdemokraten, die die SPD „im Geiste August Bebel“ erneuern wollten. Weil die Sozialistische Aktion Kontakte zur SED pflegte, darunter zu Löwenbergs einstigen Genossen aus dem KZ Buchenwald, wurde er wegen „Geheimbündelei“ angeklagt und zu neunzehn Monaten Haft verurteilt.

Als die SPD sich 1959 mit dem Godesberger Programm vom Sozialismus verabschiedete und

Herbert Wehner 1960 im Bundestag die Außen- und Sicherheitspolitik Konrad Adenauers anerkannte, verlor Fred Löwenberg seine Illusionen in die Sozialdemokratie. Fortan arbeitete er für die 1956 verbotene KPD. 1969 siedelte Löwenberg schließlich nach Ostberlin über, wo er schon während der Zeit der illegalen Arbeit für die KPD eine Wohnung hatte. Er wurde Redakteur der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ und wirkte als Mitglied des Internationalen Buchenwaldkomitees, in dem sich ehemalige Häftlinge des KZ zusammengeschlossen hatten. Als Antifaschist trat er bei Jugendweihe und FDJ-Veranstaltungen auf, die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse „Urania“ gewann ihn als Referenten für internationale Fragen. In der SED hatte er keine Funktionen, sie waren Zugezogenen versperert.

Nach der Wende 1989 hat sein jüngster Sohn gefragt: „Sag mal, Vater, ich hab’ gehört, du warst so mutig in der Nazizeit. Warum warst Du eigentlich so feige bei der SED als Antifaschist?“

„Die Frage hat mir verdammt weh getan“, erinnert sich Löwenberg. „Aber es hat für mich keine Alternative gegeben zu dieser Art von Sozialismus. Es gab nirgendwo einen besseren Sozialismus – weder in der Sowjetunion noch in Schweden. Wir fühlten uns als Parteisoldaten. Wir glaubten: Wenn wir unserem Land den hundertprozentigen Einsatz verweigern, arbeiten wir dem Gegner in die Hand. Wir haben manches mitgemacht, was uns selber nicht gefallen hat.“

Ich frage Löwenberg: „War Stalin ein Antifaschist?“

„Das hat mich noch keiner gefragt.“ Nach kurzem Nachdenken: „Vom Ergebnis seiner Politik her nicht. Jeder Sozialist und jeder Kommunist muß Antifaschist sein. Wenn ich Stalin als Kommunisten werte, nein.“

„War Ernst Thälmann – der Führer der KPD bis 1933 – Antifaschist?“

„Ich lasse auf den Antifaschisten Thälmann nichts kommen. Denn er hat alle Fehler, die er gemacht haben soll und wird – auch unter Moskauer Druck – als Antifaschist gebüßt. Er ist konsequent geblieben. Rosa, seine Witwe, hat bei mir gewohnt. Wir wissen, wie Thälmann monatelang gequält wurde und sich selber gequält hat. Ich habe jetzt den Auftrag, bei den Jungsozialisten zu sprechen über Haltung der Arbeiterklasse zum Faschismus 1933 und später. Ich habe Angst vor dem Thema.“

Dann kommt Fred Löwenberg auf meine Frage nach Stalin zurück: „Stalin war für mich aus meiner heutigen Sicht kein Antifaschist. Er war ein skrupelloser Machtpolitiker, der an der Seite Lenins den Krieg geführt hat zur Herausbildung der Sowjetunion. Aber sein Verhältnis zum Faschismus hat er opportunistisch bestimmt. Von seinem Machtdenken aus. Den Krieg hat er zuerst geführt gegen die eigenen Leute.“

Das ist das richtige Wort: Krieg. Genauer: ein Ausrottungskrieg gegen die eigenen Genossen<sup>185</sup> und das eigene Volk. Niemand hat mehr Kommunisten umgebracht als der Kommunist Stalin. Seine Opferbilanz ist nur mit der Hitlers vergleichbar. Die Geschichte kennt sonst keine Blutbäder auch nur ähnlichen Ausmaßes.

Stalin ist der eigentliche Gründer der SED und der DDR. Und in gewisser Hinsicht auch der PDS. Denn das erste, was die neue Partei auf ihrem Gründungsparteitag, der gleichzeitig der letzte Parteitag der SED war<sup>186</sup>, tat, war, sich vom Stalinismus loszusagen. Gregor Gysi, der auf diesem Parteitag zum Vorsitzenden gewählt wurde, erklärte: „Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande.“ Der Arbeitsausschuß, der nach dem Rücktritt von ZK und Politbüro der SED amtierende Interimsvorstand der SED zur Vorbereitung des Parteitags, formulierte: „Nur der radikale Bruch mit den stalinistisch geprägten Grundstrukturen der SED kann jenen in unserer Partei, die sich für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen, eine neue politische Heimat geben.“ Und Michael Schumann sagte für den Arbeitsausschuß in seiner Parteitagsrede: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.“<sup>187</sup>

Diese Äußerungen und die Ergebnisse des Parteitags wurden bald in dem Stichwort „anstalinstalinistischer Grundkonsens“ zusammengefaßt. Stalinismus umfaßt eben nicht nur den Stalinschen Terror, die körperliche und geistige Vergewaltigung, sondern auch die Strukturen, die er hinterließ. Kaum einer der 2870 Delegierten bezweifelte die Tatsache, daß die Diktatur der eigenen Partei von Stalin geprägt worden war.

Der Parteitag widmete sich auch den Opfern des Stalinismus, allerdings nur denen der eigenen Partei. Der Parteitag entschuldigte sich beim Volk der DDR für die Vergehen der Führung und legte damit schon den Grundstein für die Rechtfertigungsthesen künftiger Tage. Denn die Genossen Parteitagsdelegierten, die alle für einen regulären SED-Parteitag nominiert worden waren, waren fast durchweg treue Ausführungsgehilfen der Politbürokraten gewesen. Keine Diktatur gelingt ohne willige Helfer. Es ist ein uraltes Verfahren, die Verantwortung an die geschaffte Führung zu delegieren, wenn die Diktatur gestürzt wird.

Auch in dieser Beziehung sind Marxisten-Leninisten ganz normale Menschen.

Aber bei allen Schwächen, liest man heute noch einmal die Dokumente dieses außerordentlichen SED-Parteitags vom Dezember 1989, kommt man aus dem Staunen kaum heraus. So referierte Gysi unter dem Beifall der Genossen, daß die Partei die „modernen Errungenschaften“ der BRD zu schätzen wisse. Ob er mit solchen Aussagen heute noch einen Parteitag begeistern könnte? Kaum.

Damals aber waren die SED-Genossen dankbar für alles, was anders war als der „stalinistische Pseudosozialismus“. Sie griffen neue Ideen willig auf, suchten an ihnen Halt auf wankendem Boden. Weit über den Kreis der Parteitagsdelegierten hinaus waren viele SED-Mitglieder verwirrt und vom Scheitern ihres Systems so sehr beeindruckt, daß sie zunächst die Reformer unterstützten.<sup>188</sup> Und so konnten Ideen Mehrheiten gewinnen, die heute keine Mehrheiten mehr haben. Das gilt besonders für die Arbeiten der „Sozialismusprojekt“-Gruppe an der Berliner Humboldt-Universität um Dieter Klein, Rainer Land und die Brie-Brüder. Statt für den Stalinismus sollte die neue Partei nun für einen modernen Sozialismus kämpfen, einen Sozialismus, der sich auf demokratische Institutionen stützte, wie sie in den Gesellschaften des Westen entstanden waren. (Dazu später mehr.)

Demokratisierung war der zentrale Begriff. Damals steuerte auch Uwe-Jens Heuer Gedanken bei, die über das Bestehende hinausgriffen. In Abgrenzung zur Diktatur sollte der neue Sozialismus vor allem demokratisch sein. Alles andere, vor allem die Frage nach dem Eigentum, stand im Raum – und blieb bis heute dort stehen.<sup>189</sup>

Inzwischen aber kann die PDS-Führung auf Parteitag kaum noch durchsetzen, daß Stalinismus unvereinbar sei mit den Positionen der PDS, auch wenn sie ihre ganze Autorität in die Waagschale legt.<sup>190</sup> Es ist in der PDS mittlerweile sogar ungestraft möglich, Stalin zu feiern. So sorgte eine unglaubliche Rede des Historikers Kurt Gossweiler bei einem Kommunistentreffen in Brüssel am 1. Mai 1994 nur für kurzes Aufsehen (siehe Kasten). Gossweiler hat sich bis heute nicht von seinen Äußerungen distanziert. Nicht davon, daß bei den Moskauer Schauprozessen alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Nicht davon, daß bei Revolutionen eben Köpfe rollen (was ja auch Sahra Wagenknecht ganz in Ordnung findet). Nicht davon, daß Gorbatschow und überhaupt alle Abweichler vom Marxismus-Leninismus nur durchführen wollten, woran man Nikolaj Bucharin und die anderen Opfer Stalins erfolgreich gehindert habe. Per Genickschuß im Keller der Lubjanka, des Gefängnisses des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes. Unausgesprochen klingt in Gossweilers Äußerungen mit, daß auch die heutigen Abtrünnigen ein solches Schicksal verdient hätten.

Mehr als zwei Jahre lang blieb Gossweilers Blutrede „unentdeckt“. Als aber André Brie sie in die Hände bekam, sprach er Klartext: „Sollte Kurt Gossweiler PDS-Mitglied sein, dann gehörte er ausgeschlossen.“<sup>191</sup>

Kurt Gossweiler ist Mitglied der PDS. Der Skandal besteht aber nicht darin, daß er Mitglied ist, sondern daß er Mitglied geblieben ist und bleiben wird. Gossweiler bekannte sich nicht nur zu Rede und Mitgliedschaft, sondern konterte Bries Angriff auch mit der Bemerkung, dieser wolle so seinen Kurs schneller durchsetzen, der „die Partei kaputt machen“ müsse.

„Wenn A. Brie nun durch seine Ausschlußforderung dieses selbstzerstörerische Provozieren auf die Spitze treibt, dann sind Mitgliedschaft und Bundesvorstand gefordert, dem ein entschlossenes Halt entgegenzusetzen.“ Gossweiler wittert „die Absicht zu einer Spaltung der PDS und einen indirekten Appell an die Gegner der Partei (...), diese Spaltung mit ihren Mitteln zu erleichtern“. <sup>192</sup> Hier entdecken wir einmal mehr den stalinistischen Dreh, kritische Positionen in der Partei als Stützpunkte des politischen Gegners zu „entlarven“. Stalins Staatsanwalt Wyschinski war auf diesem Gebiet ein unübertroffener Experte. Offenbar hat er gelehrige Schüler.

((Kasten Anfang))

*Einige sind der Überzeugung, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Europas – Albanien ausgenommen – seien seit dem XX. Parteitag überhaupt keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder gewesen (...).*

*Andere wieder sehen – wie es ihnen seit dem XX. Parteitag und seit Gorbatschow mit wachsender Intensität erzählt wurde – in Stalin den Verderber des Sozialismus, weshalb sie erklären, mit „Stalinisten“ könne es keine Gemeinsamkeit geben.*

*Auf dieser Position stehen die meisten Organisationen, die sich nach dem Zerfall der kommunistischen Parteien aus deren Trümmern gebildet haben, und zwar nicht nur jene, die sich nunmehr offen als sozialdemokratische Parteien bekennen, sondern auch die Mehrzahl jener, die sich als kommunistische Parteien verstehen, und auch die zwischen diesen beiden manövrierende PDS.*

*Der Antistalinismus ist heute tatsächlich das größte Hindernis für den Zusammenschluß der Kommunisten, wie er gestern der Hauptfaktor der Zerstörung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten war. (...)*

*Das bei weitem wirkungsvollste Element des Antistalinismus ist die Darstellung Stalins als eines machtgierigen Despoten, als eines blutdürstigen Mörders von Millionen Unschuldiger. Dazu wäre sehr viel zu sagen. Hier in Kürze nur folgende Anmerkungen:*

*Erstens: Man mag das zutiefst bedauern, aber es ist eine Tatsache, daß noch niemals eine unterdrückte Klasse das Joch der Unterdrückerklasse abgeworfen hat, ohne daß ihr revolutionärer Befreiungskampf und die Abwehr der konterrevolutionären Restaurationsversuche auch das Leben vieler Unschuldiger gekostet hat.*

*Zweitens: Noch immer hat die Konterrevolution diese Tatsache dazu benutzt, die Revolutionäre in den Augen der Massen zu verabscheuungswürdigen Verbrechern, zu Mördern und Blutsaugern zu stempeln: Thomas Müntzer, Cromwell, Robespierre, Lenin, Liebknecht, Luxemburg.*

*Drittens: Nur blinde Voreingenommenheit kann den kausalen Zusammenhang übersehen oder leugnen, der zwischen dem Machtantritt des deutschen Faschismus sowie dessen von den westlichen Siegermächten wohlwollend geforderter Aufrüstung und Ermunterung zur Expansion gen Osten hier und den Moskauer Prozessen sowie den repressiven Maßnahmen gegen Ausländer, die ausländischen Emigranten eingeschlossen, dort bestand. Berthold Brecht sah diesen Zusammenhang sehr wohl, als er formulierte: „Die Prozesse sind ein Akt der Kriegsvorbereitung.“ Noch exakter formuliert: sie waren eine Antwort auf die faschistisch-imperialistische Vorbereitung zum Überfall auf die Sowjetunion.*

*Ohne die Gewißheit des früher oder später erfolgenden faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion keine Moskauer Prozesse und keine drakonischen „Säuberungen“ zur Verhinderung einer Fünften Kolonne im Lande.*

*Viertens: Nur politisch Blinden oder sehr Naiven blieb verborgen, daß die Chruschtschow und Gorbatschow bei ihren Anklagen gegen Stalin gar nicht von Gefühlen des Abscheus gegenüber Unrecht und Unmenschlichkeit geleitet waren; wäre dem so gewesen, dann hätten sie den Imperialismus und seine Exponenten mindestens mit der gleichen Unversöhnlichkeit attackieren müssen, die sie Stalin gegenüber an den Tag legten. Das Gegenteil aber war der Fall: der hervorstechendste Zug ihrer Politik war die Vertrauenswerbung für den*



*Imperialismus, trotz dessen blutiger Verbrechen an der Menschheit!*

*Fünftens: Im krassen Gegensatz zu dieser Haltung steht die Tatsache, daß selbst der diplomatische Vertreter der imperialistischen Hauptmacht, der Botschafter der USA, Joseph A. Davies, Stalin eine positive Bewertung zuteil werden läßt, daß aber diese und andere in gleiche Richtung gehende positive Äußerungen von Zeitzeugen über die Sowjetunion seit dem XX. Parteitag in der Sowjetunion unterdrückt wurden. (...)*

*Taten diejenigen, die – wie Chruschtschow und Gorbatschow – nachträglich die in den Prozessen Verurteilten zu unschuldigen Opfern erklärten, dies nicht vielleicht deshalb, weil sie mit diesen sympathisierten oder gar ihre heimlichen Komplizen waren und weil sie deren damals gescheiterte Sache zu Ende führen wollten?*

*Und wenn wir dann bei genauerer Betrachtung ihrer (der Chruschtschow und Gorbatschow und ihresgleichen) politischen Tätigkeit feststellen müssen, daß sich die Geständnisse der Angeklagten der Moskauer Prozesse über ihre Absichten und Ziele und der zu ihrer Erreichung angewandten Methoden wie das Drehbuch zu ihrem – Chruschtschows und insbesondere Gorbatschows – Wirken liest, dann legt das einen doppelten Schluß nahe: Zum einen den, daß die Moskauer Prozesse als Schlüssel dienen können für die Erhellung und Entschlüsselung dessen, was seit dem XX. Parteitag der KPdSU die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und die kommunistische Bewegung auf die abschüssige Bahn geführt hat; und zum anderen den, daß das Wirken der Chruschtschow und Gorbatschow und dessen Ergebnis den Rückschluß zuläßt, daß es sich bei den Moskauer Prozessen eben nicht um Inszenierungen von Schauprozessen gehandelt hat, sondern daß in diesen Prozessen Komplotte der gleichen Art aufgedeckt und vereitelt wurden, wie sie von Gorbatschow schließlich zum bereits damals geplanten Ende geführt werden konnten, weil ihm kein Moskauer Prozeß mehr Einhalt gebot.*

Aus einer Rede des Historikers Kurt Gossweiler, PDS-Mitglied, am 1. Mai 1994.<sup>193</sup>  
((Kasten Ende))

Es war zu erwarten, daß Michael Benjamin und seine KPF Gossweiler zu Hilfe eilten. Sie verurteilten die Moskauer Prozesse zwar, wiesen die Ausschlußforderung aber zurück – Brüder und Schwestern im Geiste, hatte Gossweiler doch nur die Grobversion der „feinsinnigeren“ Stalinismusrechtfertigung Sahra Wagenknechts geliefert. Überraschend ist jedoch, daß der Streit um die Äußerungen des „Antifaschisten“ Gossweiler – als solchen bezeichnet ihn auch André Brie – sang- und klanglos verpuffte. So daß man daraus schlußfolgern muß, daß es in der PDS erlaubt ist, Stalin mitsamt seinen Bluttaten zu verehren. Nein, man sei ja nicht mehr die SED und schlosse Vertreter mißliebiger Thesen nicht mehr aus, erwidern Genossen, wenn man sie darauf anspricht. Wenn aber Gossweilers Positionen in der PDS geduldet werden müssen, gibt es nichts mehr, was nicht geduldet werden müßte.<sup>194</sup>

Der Antistalinismus in der PDS ist unter schwerem Druck. Den Gegenreformern um das Marxistische Forum und die KPF ist es gelungen, den Stalinismusbegriff auszuhöhlen. Gewissermaßen weiß die Partei gar nicht mehr, was Stalinismus überhaupt ist. Wie kann man verurteilen, was man nicht kennt? Eine unabwiesbare Logik. Nur daß man sich über den Stalinismus nicht mehr einig ist, liegt weniger an Definitionshindernissen, sondern an einer zweckbestimmten Überlegung. Gibt man zu, daß die DDR stalinistisch war, stellt man sie in die Linie eines Verbrecherregimes. Dann aber kann man den Vorwurf nicht mehr zurückweisen, daß die DDR ein Unrechtsregime war. Und wenn die DDR eine Unrechtsregime war, dann wirft das wenigstens ein schlechtes Licht auf jene, die in der DDR Partei- und Staatsfunktionen innehatten oder auch akademische Titel erwarben.<sup>195</sup> Diese Gedankenkette folgt der schlichten Weisheit, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Wissenschaftlich ist eine solche Argumentation nicht, auch wenn Heuer und Genossen das pausenlos strapazieren. Und politisch ist sie mehr als anrühlich. Aber sie ist eine

weitverbreitete Variante der Selbstschutzbehauptung „Ich kann doch nicht umsonst gelebt haben“.

Für die Relativierung des Stalinismus gibt es verschiedene Gründe. Betrachtet man die Umstände, unter denen sich die PDS vom „administrativ-bürokratischen Sozialismus“ lossagte, so wird deutlich, daß die Einmütigkeit der Parteitagsdelegierten wie der Genossen im Land eher auf Orientierungslosigkeit beruhte denn auf Überzeugung. André Brie erinnert sich: „Nichts war ausdiskutiert, fast nichts war durchdacht, kaum etwas außer der Kritik am Vergangenen und Vergehenden war verinnerlicht und durchlebt. In dieser Hinsicht stand der Neubeginn auf tönernen Füßen.“<sup>196</sup>

Als ich ein knappes Jahr nach dem Sonderparteitag für mehrere Wochen durch Ostdeutschland fuhr, fiel mir gleich die tiefe Kluft auf, die sich auftat zwischen Veröffentlichungen oder Äußerungen des Parteivorsitzenden Gregor Gysi auf der einen Seite und der Stimmung an der Basis auf der anderen. Die meisten Genossen diskutierten untereinander nicht einmal über programmatische Aussagen und schon gar nicht über die Vergangenheit, sofern sie die eigene Biographie überschritt. Ich fragte Dutzende von PDS-Mitgliedern und -Funktionären in Dörfern und Städten, im Norden und im Süden der einstigen DDR nach Stalin und Thälmann; das tue ich immer, wenn ich auf Recherchereise bin. Und ich bekam durchweg die Antwort, beide wären vor allem Antifaschisten gewesen, Stalin der Befreier von Hitler und der 1944 im KZ Buchenwald ermordete Thälmann Hitlers Opfer.

Die Erneuerung der PDS hat nur in wenigen Köpfen begonnen und bis heute die Parteimehrheit nicht erreicht. Ihre Ansätze werden immer wieder zerrieben zwischen dem Beharrungsvermögen der Parteibasis und den Schulter-schlußbemühungen der Führung, die es sich nicht gänzlich verderben will und kann mit der Mitgliedschaft. Ich erinnere mich noch gut an mein Erstaunen, als ich nach der Lektüre zahlreicher aufregender PDS-Publikationen zu Geschichtsfragen im August 1991 erwartungsvoll an einer Versammlung der Partei teilnahm im riesigen Kultursaal des Eisenhüttenkombinats EKO in Eisenhüttenstadt, dem ehemaligen Stalinstadt. Gysi und Bisky sprachen, aber es war durch die Bank ideologische Umarmung angesagt, Kampfesstimmung gegen den „Anschluß“ und seine sozialen Folgen. Kein Sterbenswörtchen über die Schuld der SED vom Podium, keines aus dem Kreis der vielleicht knapp tausend Anwesenden. Mir kam es vor, als wäre ich auf einer Kundgebung von Heimatvertriebenen gelandet.

Inzwischen sind es nicht mehr nur ältere weißhaarige Herren mit Brille, die sich neuen Einsichten widersetzen, die Relativierung der stalinistischen Vergangenheit hat weite Kreise bis hinauf in die Parteiführung erfaßt. Wahrscheinlich ist dieses alte Denken gar nicht neu, sondern schwieg nur, bis Zorn und Erschütterung über den Machtmißbrauch von Honecker und Konsorten sich gelegt hatten.

Es geht den Genossen in der PDS um die Rettung des „sozialistischen Versuchs“ in der DDR. Fast alle in der PDS beschwören die Ideale jener, die diesen Versuch unternommen haben. Demnach könnten gesellschaftliche Bewegungen jeden Irrsinn ausprobieren, wenn denn nur die Absichten gut sind. Aber es war Stalin, der Geschichte machte, und mit ihm seine Getreuen in Moskau, Warschau, Budapest oder eben auch Berlin. Daß sich heute noch Tausende von einstigen Einheitssozialisten einbilden, es wäre Stalin und seinen Ausführungsgehilfen darum gegangen, die Ideale der Genossen im Lande zu verwirklichen, spricht nicht für das Wahrnehmungsvermögen der meisten PDS-Mitglieder. Sie klammern sich an eine Legende, weil sie die Wahrheit nicht ertragen.

Und waren die Ideale durchweg demokratisch und humanistisch? Das bezweifle ich. Man studiere die Dokumente der Parteisäuberung bald nach Gründung der SED: Es sind keineswegs nur die Spitzengenossen, die mit roher, nicht nur verbaler Gewalt auf tatsächliche oder vermeintliche Abweichler losgingen. Das haben auch Tausende von „einfachen“ Genossen getan. Die Quellen strotzen von abartigen Denunziationen.

Die Machtfrage stand über allem, das hatte auch der Genosse an der Basis begriffen. Nieder

also mit dem Sozialdemokratismus. Stalin hatte in den Köpfen der Genossen gesiegt, Stalin regierte ihre Ideale. Der sozialistische Versuch ist auch in dieser Hinsicht eine Schimäre. Man hat nur das Beste gewollt und hätte doch von Anfang sehen müssen, daß das Beste unzählige Menschen ins Unglück stürzte. Sage keiner, er habe es nicht gewußt.

Es geht gar nicht um Wissen. Es handelt sich vielmehr um „mentale Sperren“, um die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, wie der stellvertretende PDS-Vorsitzende Wolfgang Gehrcke 1997 auf einer Stalinismuskonferenz referierte.<sup>197</sup> Viele Genossen haben immer noch Angst davor, dem „Gegner“ recht geben zu müssen. Wer vor der Wahrheit wegläuft, kommt aber immer wieder in diese Verlegenheit.

Die Relativierung des Stalinismus entfaltet sich in zwei Richtungen: zum einen in einer Debatte um den Begriff, zum anderen durch den Versuch, die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland wenigstens in zentralen Punkten vor dem „Stalinismusverdikt“ zu bewahren.

Beginnen wir mit dem Kampf um die Definition des Stalinismus. Dabei geht es nicht um Spitzfindigkeiten, sondern um Einsichten mit wichtigen politischen Konsequenzen: Wenn der Stalinismus auf die Herrschaftszeit des „großen Führers der Völker“ beschränkt ist, dann haben ihn die kommunistischen Parteien, auch die SED, bereits in den fünfziger und sechziger Jahren überwunden. Wenn man Ulbricht glaubt, dann hatte es in der DDR Stalinismus sowieso nie gegeben. Ist der Stalinismus längst überwunden, dann ist dieses Thema ohne größere politische Bedeutung, und man kann es den Historikern überlassen. Dann gibt es auch keine repressive Kontinuität von Stalin bis Honecker. Dann gibt es bis auf Gossweiler und ein paar andere geistig völlig Verirrte auch keinen Stalinismus in der PDS, sondern höchstens die Vorliebe für einen autoritären oder „vormundschaftlichen“ Sozialismus. So läßt sich historische Verantwortung verdünnen.

Zu jenen, die den Stalinismus auf Stalin begrenzen wollen, gehört der Geschichtswissenschaftler Wolfgang Ruge. Ruge zählte zu den bedeutendsten und bekanntesten Historikern der DDR. Seine Arbeiten waren auch im Westen bekannt. Mir am besten erinnerlich sind seine Darstellung der Weimarer Republik und seine Biographie Gustav Stresemanns, in den zwanziger Jahren Reichskanzler und lange Jahre Außenminister wechselnder Regierungen.<sup>198</sup> Vor allem in seinem Buch über die Weimarer Republik rühmt Ruge den heroischen Kampf der Kommunisten gegen Hitler, unterschlägt aber leider, daß sich der Antifaschismus der KPD vor allem gegen die Sozialdemokraten richtete. Ruge ist eine tragische Gestalt, hat er doch fünfzehn Jahre Verbannung und Gulag erdulden müssen. Er glaubt, daß Stalinismus nichts gemein habe mit Sozialismus. Wenn man sich zu humanistischen Grundüberzeugungen bekenne, dann müsse man im Umgang mit menschlichem Leben das erste und wichtigste Kriterium für die Charakterisierung eines Gemeinwesens sehen. Stalins Terror habe Hekatomben von Menschenleben gefordert, ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung der Sowjetunion. Die Verbrechen wögen um so schwerer, als sie im Namen des Sozialismus begangen worden seien. Auch wenn man die Produktionsweise und Produktionsverhältnisse betrachte, könne man nicht von einer Form oder Vorform des Sozialismus sprechen. Der Staat sei Eigentümer der Produktionsmittel gewesen, die Werktätigen hätten trotz sozialer Errungenschaften keinen Zugang zu ihnen gehabt. „Alle grundlegenden Formen einer Ausbeutungsgesellschaft bestanden nebeneinander, einschließlich der Staatsklaverei“ in Gestalt der Lager. „Die Sowjetgesellschaft war somit weder sozialistisch noch kapitalistisch. Sie war eine terroristische Theokratie in Gestalt der Stalinschen Alleinherrschaft.“ An diesen Kriterien gemessen, habe es nach 1953, Stalins Tod, weder in der Sowjetunion noch in den „Satellitenstaaten“ Stalinismus gegeben.<sup>199</sup>

Ich will hier nur der Vollständigkeit halber erwähnen, daß aus durchsichtigen Gründen natürlich auch Uwe-Jens Heuer im Stalinismus einen „Kampfbegriff“ sieht – „jedenfalls in seiner Anwendung auf die DDR.“<sup>200</sup> Und sein Forumsgenosse Gerhard Brantner spricht sogar von „lächerlichen Phantomkämpfen gegen Stalinismus und dergleichen“. Er führt sie zurück

auf den Druck, der vom Klassengegner auf die PDS ausgeübt werde. Branstner ist davon überzeugt, „daß die verantwortlichen Genossen diesen Unsinn nicht aus freien Stücken treiben. Sie sind darin Objekte ihres bürgerlichen Umfeldes.“<sup>201</sup> Eine klassische stalinistische Denunziation! Der Stalinismus in der PDS versteckt sich heutzutage auch in seiner Leugnung. Daß die „verantwortlichen Genossen“, wer immer das sei, sich aus eigenen Stücken zu Erkenntnissen über den Stalinismus vorarbeiten, kommt Branstner und vielen anderen nicht in den Sinn. Für sie ist Antistalinismus bürgerlich, also feindlich, und Stalinismus gibt es nicht. Diese Position unterscheidet sich himmelweit von der Haltung Wolfgang Ruges, vor allem weil seinem Bestimmungsversuch ein humaner Impetus innewohnt. Bei ihm findet sich die Menschlichkeit, die in so vielen anderen Stellungnahmen zu historischen Fragen fehlt. Da wird nichts verrechnet – nicht einmal Stalins Sieg im Krieg gegen die Säuberungen –, wie man es gerade in und im Umkreis der KPF so häufig antrifft. Gegen Ruges Position spricht aber, daß sie die Kontinuität des politischen und wirtschaftlichen Grundgerüsts des realen Sozialismus zu gering einstuft. Im realen Sozialismus war von Anfang an bis zu seinem letzten Tag die Möglichkeit von Willkür bis zum Massenmord angelegt – wie in allen nichtdemokratischen Gesellschaftsordnungen. Ob diese Möglichkeit sich verwirklichte, hing vor allem ab von Erwägungen und Entscheidungen der politischen Führungen, weil eine gesellschaftliche Kontrolle nicht stattfand. Statt dessen wurden die sozialistischen Staaten mit dem Fortschreiten des Entspannungsprozesses partiell zivilisiert. In dem Maß, wie sie in den KSZE-Prozeß eingebunden wurden, wie Verträge Ost und West miteinander verflochten, wurden den Parteiführungen in Osteuropa Zügel angelegt. Daß trotzdem immer die Gefahr von Gewaltausbrüchen gegeben war, zeigen bis heute die Beispiele VR China und Nordkorea. Bis zu diesem Punkt ist Stalinismus allerdings nicht anders als andere Diktaturen. Er unterscheidet sich von ihnen vor allem durch die ideologische Durchdringung der gesamten Gesellschaft mit einer vulgärsozialistischen Ideologie, die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Führung durch eine Partei (auch wenn es sich meistens nur um die Vermittlung personaler Herrschaft, nämlich der des Generalsekretärs, handelte). Der Berliner PDS-Historiker Horst Helas schreibt: „Nach meinem Verständnis sind als stalinistisch entscheidende Wesenszüge aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der DDR zu kennzeichnen.“<sup>202</sup> André Brie räumt ein, daß die Definition des Stalinismus als „administrativ-zentralistisch“ „arg verknappt“ sein mag, hält sie „als theoretische und politische Erklärung des Untergangs der DDR und der Sowjetunion sowie als Ausgangspunkt für die Erneuerung der sozialistischen Idee und Bewegung“ für „hundertmal produktiver und realistischer als die Versuche, die wesentliche Kontinuität zwischen sowjetischem Stalinismus und DDR-Poststalinismus zu leugnen“.<sup>203</sup> Mit dem wenig glücklichen Begriff „Poststalinismus“ bezeichnen Parteierneuerer den Stalinismus nach Stalins Tod. Aber diese so bezeichnete Gesellschaftsordnung ist ja gerade nicht *nach*stalinistisch. Das Ausschlaggebende am Stalinismus ist nicht Stalin, sondern das *System*, das er schuf und das zu Recht nach ihm benannt wurde. Sein Tod hat am *System* nichts geändert (wohl aber die Exzesse beendet). Gregor Gysi hat diese begriffliche Schwäche vermieden, als er dem Stalinismus zuschrieb, daß dieser die kommunistische Partei zum Selbstzweck erhebe. „Die Sicherung der Macht und die Konzentration der Macht wird zur entscheidenden Frage.“ In Wirklichkeit gehe es aber nicht um die Macht der Partei, sondern einer Führungsschicht und Bürokratie. Diese seien „Alleininhaberin des Wahrheits- und Definitionsmonopols“.<sup>204</sup> Das 1996 verabschiedete Statut der PDS kennt den Begriff „Stalinismus“ nicht und auch keinen antistalinistischen Gründungskonsens. Aber schon das gültige Programm von 1993 ist geprägt vom Lavieren der Führung zwischen den Lagern. Der Begriff „Stalinismus“ taucht einziges Mal auf, und zwar in diesem Zusammenhang:

„Von Anfang an wurde der Versuch, eine sozialistische Ordnung zu schaffen, aber dadurch beeinträchtigt, daß er am Rande und außerhalb der entwickelteren kapitalistischen

Industrielländer erfolgte, in einem sozialökonomisch, politisch und kulturell zurückgebliebenen Land, ständig bedroht von einer kapitalistischen Umwelt. Bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus.“

Was Stalinismus ist, geht daraus nicht hervor. Wie der Stalinismus wirkte (auch nach Stalins Tod), ist abstrakt bis zur Unkenntlichkeit angedeutet. Man tut dem Programm keine Interpretationsgewalt an, wenn man aus der zitierten Passage herausliest, daß Stalinismus gleichzusetzen sei mit der Herrschaftszeit Stalins. Programmatisch ist die PDS in diesem Punkt schon dort angekommen, wo Marxistisches Forum und Kommunistische Plattform hinwollen (in anderen Punkten nicht). Aber noch und auf absehbare Zeit hat die PDS eine Führung, die sich mehrheitlich dem antistalinistischen Grundkonsens des Gründungsparteitags verpflichtet fühlt. Doch hat die Führung die Definitionshoheit für Schlüsselbegriffe verloren. Statt von Stalinismus ist fast nur noch vom „sozialistischen Versuch“ die Rede. Und vom Antifaschismus, der alles überwölbenden nachträglichen Vergangenheitsbereinigung.

Der Antifaschismus ist eine mächtige Waffe. Sie dient vielen Zwecken. Als mich in den zehn Jahren meiner DKP-Zugehörigkeit immer wieder und von Mal zu Mal heftiger die Zweifel an der Richtigkeit meiner Entscheidung für „die Partei“ plagten, war der Antifaschismus der letzte, aber wichtigste geistige Strohalm, an dem ich glaubte, mich festhalten zu können. Durfte ich die Genossen verraten, die ihr Leben riskiert und Jahre in Hitlers KZs und Gefängnissen gesessen hatten? In der DKP gab es eine stattliche Zahl beeindruckender Persönlichkeiten, die ihre antifaschistische Gesinnung bewiesen hatten. Hilde Wagners Mann, Karl, der, von der Qual der Lager gezeichnet, ein Symbol der Standhaftigkeit war. Hinfällig schon, doch mit einem unbeirrbaren Glauben an die Richtigkeit „unserer Sache“. Max Oppenheimer, den wir einmal als Kandidaten bei Heidelberger Oberbürgermeisterwahlen aufgestellt hatten – was für eine charismatische Persönlichkeit, hochintelligent, Mitglied des Präsidiums der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes (VVN)!

Wenn ich in die DDR fuhr, gehörte Antifaschismus zum gern erlebten Pflichtprogramm. Etwa Besuch im KZ Sachsenhausen, mustergültig erhalten. Schautafeln zeugten vom heroischen Widerstand der Kommunisten.

Und überall in der DDR Hinweise auf den „Schwur von Buchenwald“, die Selbstverpflichtung der Häftlinge, die sich unter Führung der kommunistischen Lagerleitung selbst befreit hatten, zum Kampf gegen den Faschismus. Jeder Kreis, jede Stadt, viele Orte hatten „ihren“ Antifaschisten, Opfer von Hitlers Blutherrschaft. Schulen waren nach ihnen benannt, Betriebe, Einheiten der Nationalen Volksarmee, Straßen und Plätze. Glaubt man dem imaginären Adreßbuch der DDR, dann gab es keinen Staat der Erde, der sich dem Antifaschismus fester verschrieben hatte.

Kein Name aber war öfter verzeichnet als der von Ernst Thälmann. Heroische Denkmäler kündeten von seinem Ruhm. Nicht nur ich war bereit, vieles in der DDR zu „schlucken“, weil doch offensichtlich war, daß dort die richtigen Antworten gegeben worden waren auf die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reichs. Nichts war mir wichtiger.

Meine Verachtung für das eigene Land war in Wirklichkeit die Verachtung für die Generationen, die Hitler ermöglicht hatten. Und die es nach 1945 nicht geschafft hatten, mit den Haupttätern abzurechnen. Alte Nazis in hohen staatlichen Funktionen, der bittere Satz „Leider kann ich nicht Bundespräsident werden, ich war nie Mitglied der NSDAP“, die Weißwäscher in Schulen und Universitäten, die Ehrenretter der Wehrmacht, die einen Oberst Rudel zu den Verteidigern des Vaterlands vor dem Ansturm der bolschewistischen Horden zählten und dessen Naziaktivität nach 1945 quasi als bedauerlichen Irrtum abtaten. Und der Spielwarenhändler in Heidelberg, der in seinem Schaufenster das Modell eines Sturzkampfbombers vom Typ Ju 87 mit Hakenkreuz am Steuerruder ausstellte. Als ich ihn

darauf ansprach, sagte er mir: „Das können Sie nicht beurteilen. Sie haben zu dieser Zeit nicht gelebt.“ (So wie mir heute auf Veranstaltungen direkt oder durch die Blume mit dem Ausdruck großen Bedauerns deutlich gemacht wird, daß ich das, was da in der DDR passiert sei, als Wessi eigentlich doch gar nicht beurteilen könne.)

In der DDR gab es keinen Oberst Rudel und keine Stukas in Schaufenstern. Deswegen war für mich die DDR das bessere Deutschland. Aber je tiefer ich in die Geschichte der DDR, also auch in die meines Irrglaubens, eindrang, um so größer wurden die Zweifel. Abgehakt ist das Thema jedoch immer noch nicht.

Auch deswegen diskutiere ich auf meinen Reisen immer wieder über Ernst Thälmann. Am Karl-Liebknecht-Haus kündigt eine Plakette aus Vorwendezeiten davon, daß in diesem Gebäude „der Führer der deutschen Arbeiterklasse, der heldenhafte Kämpfer gegen Faschismus und Krieg“ gearbeitet habe. Thälmann war Namensgeber der Pioniere, der Kinderorganisation der SED. Jung-Pioniere (1. bis 3. Schulklasse) und Thälmann-Pioniere (4. bis 7. Klasse) trugen rote Halstücher, grüßten militärisch mit der Innenseite der rechten Hand an der linken Stirn und waren „allzeit bereit“. Fast alle Kinder der DDR waren Mitglieder der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Sie erfuhren vieles vom Leidensweg des breitschultrigen KP-Führers mit dem kantigen, profilstarken Schädel und spärlichem Haarwuchs. 1933 verhaftet, dann inhaftiert in Plötzensee, 1944 ins KZ Buchenwald verschleppt, um dort ermordet zu werden. Der Mord an Thälmann wurde im Westen lange Jahre bezweifelt. Seine Tochter Irma prozessierte gegen die Mörder des angeblich bei einem alliierten Bombenangriff umgekommenen Kommunistenchefs. Thälmanns Mörder wurden nie verurteilt.

((Kasten Anfang))

*Wir Pioniere versprechen:*

*Wir wollen treu, fest, stark und siegesbewußt im Handeln sein – wie unser Ernst Thälmann!*

*Wir wollen immer lernen, arbeiten und kämpfen – wie unser Ernst Thälmann!*

*Wir wollen gute Patrioten werden – wie unser Ernst Thälmann!*

*Wir wollen die ewige Freundschaft zur Sowjetunion und den proletarischen*

*Internationalismus behüten – wie unser Ernst Thälmann!*

*Im Geiste Ernst Thälmanns gilt unsere Liebe, unsere Treue und unsere Kraft unserer Deutschen Demokratischen Republik!*

*Das versprechen wir!*

Versprechen der Thälmann-Pioniere auf dem VIII. Parteitag der SED.<sup>205</sup>

((Kasten Ende))

Waren andere Opfer des Nazismus Vorbilder und Märtyrer der Arbeiterbewegung, so war Thälmann ein Heiliger. Er wurde geradezu religiös verehrt. Aber im Gegensatz zu den Aposteln, deren Geschichten, wenn auch frisiert, überliefert sind, konnten die DDR-Bürger während der meisten Lebensjahre ihres Staates nichts von Thälmann lesen. Er war gewissermaßen ein Heiliger ohne Hinterlassenschaft. Was DDR-Bürger über Thälmann wußten, wußten sie von den Exegeten seiner Werke, die selbst aber nicht zu kaufen waren. Ende der fünfziger Jahre wurde eine zweibändige Ausgabe mit Reden und Artikeln des Arbeiterführers aus dem Verkehr gezogen. Seitdem gab es keinen Thälmann-Originalton mehr.

Ein erstaunliches Phänomen. Denn es wurden Mitte der siebziger Jahre sogar Werke Rosa Luxemburgs herausgegeben, fünf stattliche Bände, inklusive des bei der SED verhaßten Satzes, daß die Freiheit immer nur die Freiheit des Andersdenkenden sei, inklusive auch Luxemburgs Kritik an Lenins Geringschätzung der Demokratie, inklusive der jeden SED-Publizisten beschämenden Brillanz der Sprache und Originalität des Denkens der großen Theoretikerin. „Luxemburgismus“ war zu Stalins und Thälmanns Zeit ein Schimpfwort

gewesen.

Aber Thälmann gab es nicht zu lesen. Dafür wurde der Hamburger in Filmen glorifiziert, und 1979 erschien eine voluminöse Biographie über sein Leben.

Interessanterweise endet die zweibändige Ausgabe von Thälmanns Reden und Schriften bereits im Jahr 1930. Selbst zu Stalins Lebzeiten erfuhr der SED-Genosse nicht, was die Ikone zwischen 1930 und dem Machtantritt der Nazis gesagt und geschrieben hatte. Dies hat einen einfachen Grund: Es hätte die Antifaschismuslegende zerstört. Die Behauptung nämlich, daß bei allen Schwankungen und Irrtümern fehlgeleiteter KP-Vertreter (wie etwa des der linken Abweichung bezichtigten Heinz Neumann) die deutschen Kommunisten alles versucht hätten, die Sozialdemokraten für eine Einheitsfront gegen den aufkommenden Faschismus zu gewinnen. Daß der Sieg der Hitlerpartei ermöglicht wurde durch die Spaltung der Arbeiterbewegung, die allein die sozialdemokratischen Führer zu verantworten hätte. Diese hätten in ihrem blinden Antikommunismus den Nazis erst die Chance gegeben, die Macht zu ergreifen. Aus dieser von der SPD verschuldeten Niederlage müsse die Konsequenz gezogen werden, daß die Arbeiterklasse künftig an einem Strang zu ziehen hätte. Die Arbeitereinheitsfront und die Zerschlagung der Grundlagen des Nazismus durch die antifaschistisch-demokratische Ordnung – das ist das Vermächtnis Thälmanns. Darauf beriefen sich bis zu ihrem unrühmlichen Abtritt alle Führer der SED. Und darauf verweisen nach wie vor zahllose Mitglieder und Funktionäre der PDS, für die Thälmann immer noch Vorbild ist.

Nun findet man in den Reden Ernst Thälmanns und den Verlautbarungen der KPD in den Jahren von 1930 bis 1933 vor allem die Verstärkung dessen, was schon davor zum Standardrepertoire der deutschen Kommunisten wie auch der Kommunistischen Internationale in Moskau gehört hatte: den bis zur Vernichtungsabsicht sich steigenden Haß auf die Sozialdemokratie.

Für die deutschen Kommunisten war die SPD von Anfang an ein Feind gewesen, „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“. Zu Beginn war die Feindschaft Ursache und Resultat des Gründungsprozesses der kommunistischen Partei gewesen, die sich als Abspaltung von der SPD herausgebildet hatte, als diese im Ersten Weltkrieg die kaiserliche Regierung stützte. Am Anfang hatten nur die Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht, Sohn des Parteimitbegründers Wilhelm Liebknecht, und der Reformpädagoge Otto Rühle die chauvinistische Haltung der Parteimehrheit bekämpft. Aber bald schon, nicht zuletzt mit dem für Deutschland enttäuschenden Kriegsverlauf, stießen weitere Genossen zur Antikriegsfronde. 1917 gründeten die Kriegsgegner sogar eine eigene Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die für wenige Jahre zu einer Konkurrenz für die „Mehrheitssozialdemokratie“ wurde. Den konsequentesten Sozialisten aber war die USPD nicht konsequent antikapitalistisch genug. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, der bedeutende marxistische Publizist Franz Mehring, die Frauenrechtlerin Clara Zetkin, der Parteilehrer Hermann Duncker und der spätere DDR-Präsident Wilhelm Pieck gründeten in der USPD die Spartakusgruppe, die sich zum Jahreswechsel 1918/19 als Kommunistische Partei konstituierte. Das war schon in den Nachwehen der Novemberrevolution. Im Januar 1919 schlug SPD-Reichswehrminister Gustav Noske den „Spartakusaufstand“ nieder, um sich nachher mit dem Satz zu rechtfertigen: „Einer muß der Bluthund sein.“ Der „Spartakusaufstand“ war ein politisch und militärisch sinnloser Putschversuch, den die junge KPD gegen den Rat Luxemburgs und Liebknechts inszeniert hatte. Aber gerade diese beiden wurden dabei von sogenannten „Freikorps“, ehemalige Frontsoldaten, die als Bürgerkriegssöldner durch die Lande zogen, ermordet. Noske hatte sich auch dieser Freikorps bedient, um den „Spartakusaufstand“ niederzuschlagen.

Seit diesen Bluttaten einer sozialdemokratischen geführten Reichsregierung diktierte der Haß die Politik der KPD gegenüber der SPD. Es gab nur kurze Zeiten der Besinnung, abgebrochen immer wieder durch radikale Revoluzzerphasen wie etwa den „Hamburger Aufstand“ 1923. Die Perioden der Vernunft, etwa das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in den

„Arbeiterregierungen“ 1923 in Sachsen und Thüringen, wurden später als „rechte Abweichungen“ und „Opportunismus“ denunziert.

Das vorgegebene Feindbild Sozialdemokratie wurde zur unverrückbaren Größe in dem Maß, wie Stalin begann die Politik der KPD zu bestimmen. Schon auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin, sprach „Teddy“, wie Ernst Thälmann von seinen Genossen genannt wurde, Klartext im Hinblick auf die sozialdemokratisch dominierte internationale Gewerkschaftsbewegung, die sogenannten „Amsterdamer“ und Aufschlußreiches über das kommunistische Verständnis der vielbeschworenen „Einheitsfront der Arbeiterklasse“:

„Und gerade, weil die Amsterdamer gemeinsam mit dem Imperialismus die offene Konterrevolution dokumentieren und auf der anderen Seite Sowjetrußland steht im Bündnis mit der internationalen revolutionären Einheitsfront der Arbeiter der ganzen Welt, ist es notwendig, daß auch die deutsche Arbeiterklasse von der reaktionären Front getrennt wird und sich angliedert der revolutionären Front des internationalen Front des Proletariats.“<sup>206</sup>

Auf dem 11. Parteitag 1927 in Essen erklärte der bereits unumstrittene KPD-Chef Thälmann:

„Was die Kampfaufgaben gegen die gesamte SPD anbetrifft, so ist es notwendig, hier den bürgerlichen Charakter der SPD in allen Fragen aufzuzeigen, insbesondere ihre Rolle als imperialistische Arbeiterpartei.

Wir müssen einen unerbittlichen Kampf führen für die Entlarvung der sozialdemokratischen Führer, für ihre Vertreibung aus der Arbeiterbewegung. Das ist unsere Hauptaufgabe. Wenn ich heute nicht spreche von einer Vernichtung der SPD, so deswegen, weil die SPD erst dann vernichtet wird, wenn die Arbeiterklasse den Kampf um die politische Macht aufnimmt und durchführt.“<sup>207</sup>

Auf dem 12. Parteitag 1929 sagte Thälmann angesichts der heraufziehenden Gefahr des Nationalsozialismus:

„Der Magdeburger Parteitag [der SPD 1929] bedeutet für uns eine Bestätigung der Faschisierung der Sozialdemokratischen Partei. (...) Wir müssen sehen, daß in der jetzigen Zeit (...) die Sozialdemokratie nicht nur der größte Feind des Kommunismus in der Arbeiterbewegung ist, sondern der stärkste Hebel der sozialfaschistischen Bewegung, der reaktionären Maßnahmen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. (...)

Ich will damit nicht sagen, daß der volle Sieg über die Sozialdemokratie und den Faschismus von heute auf morgen errungen werden kann, ich will damit keineswegs sagen, daß die endgültige Zerschmetterung der Sozialdemokratie vor der Errichtung der proletarischen Diktatur möglich ist.“<sup>208</sup>

Vor einer Kominternkommission sagte Thälmann 1930:

„Warum kann der Nationalfaschismus in Deutschland vordringen? Weil der Sozialfaschismus ihm die Wege ebnet (...).“<sup>209</sup>

Das in der DDR-Geschichtsschreibung so hoch verehrte „Thälmannsche Zentralkomitee“ beschloß im Februar 1932 über die Aufgaben der KPD:

„Sie muß durch schonungslosen Kampf die verbrecherische, blutgierige, mörderische Rolle der deutschen Sozialdemokratie und der gesamten II. [sozialdemokratischen] Internationale entlarven, die mit tausend Betrugsmanövern (...) den imperialistischen Kriegsüberfall auf die Sowjetunion organisieren hilft.“<sup>210</sup>



Was die zweibändige Thälmann-Ausgabe und sämtliche DDR-Werke zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung weitgehend unterschlagen, kann der Interessierte im Protokoll der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935<sup>211</sup> nachlesen. Auf diesem Ersatzparteitag versuchte die KP-Führung, die katastrophale Niederlage 1933 aufzuarbeiten. Sowenig dies grundlegend gelang, einigen Einsichten konnten die Genossen nicht aus dem Weg gehen:

„Eine der wichtigsten Hindernisse für das Zustandekommen einer Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen war das starre Festhalten an der Kennzeichnung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Wenn es noch unter der Hitlerdiktatur in der Entschließung des Zentralkomitees zur Lage und den nächsten Aufgaben vom Mai 1933 folgendermaßen heißt: ‚Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen‘, so war eine solche Kennzeichnung natürlich nicht dazu geeignet, uns den Sozialdemokraten näherzubringen, die zwar schon in Opposition zu der Politik der Parteivorstandes standen, aber nicht den völligen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen hatten.“<sup>212</sup>

Im Mai 1933, gut vier Monate nach der Machtübertragung an Adolf Hitler, kurze Zeit nach der Zerschlagung der SPD und der Gewerkschaften und der blutigen Verfolgung ihrer Mitglieder und Funktionäre beschimpft das ZK der KPD, darunter auch Walter Ulbricht, die Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur“. Das ist kein politischer Fehler, sondern Wahnsinn, Verblendung durch Haß, Vernichtungswut.

Bis heute werden in linken Kreisen der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 und die direkt im Anschluß daran abgehaltene Brüsseler KP-Konferenz als rühmliche Beispiele dafür genannt, wie der Kampf gegen den Faschismus von Anfang an hätte geführt werden müssen. In ihren Beschlüssen (wie auch in denen der Berner Konferenz der KPD 1939) werde deutlich, daß zumindest damals die Kommunisten begriffen hätten, daß Antifaschismus keine taktische Durchgangsstation zur sozialistischen Revolution sei, sondern einen eigenen Stellenwert besitze. In der Tat sprachen die Kommunisten von einer demokratischen Republik, die es mit Hilfe einer Volksfront zu errichten gelte. Die Volksfront sollte von den Kommunisten bis weit ins bürgerliche Lager reichen.

Der Vorsitzende der Komintern, Georgi Dimitroff, stand für antifaschistische Glaubwürdigkeit. Hatte er doch im Prozeß um den Reichstagsbrand in Berlin 1933, den die Nazis den Kommunisten in die Schuhe schieben wollten, nicht nur das Gericht blamiert, sondern auch die NS-Größe Hermann Göring zur Witzfigur gemacht. (Zu DDR-Zeiten konnte man die Auseinandersetzung zwischen Dimitroff und dem als Zeugen geladenen Göring im Originalverhandlungssaal des ehemaligen Reichsgerichts in Leipzig als Bandmitschnitt verfolgen.) Dimitroff, der als Kominternbeauftragter in Berlin gearbeitet hatte, war eine der populärsten Persönlichkeiten seiner Zeit. Im Rückblick überstrahlte er sogar Stalin. Aber der zog die Fäden. Und er gab auch Dimitroff und der Komintern Weisungen.

Zur geradezu mythologischen Überhöhung des VII. Weltkongresses der Komintern trug auch bei, daß Größen wie Thomas und Heinrich Mann zeitweilig in die Volksfrontbemühungen einbezogen waren. Bekannt ist aber auch Thomas Manns Beschwerdebrief über Walter Ulbricht, der die Einheitsbemühungen seitens der KPD vorantrieb. Um was es dabei in Wahrheit von Anfang an ging, zeigen die Ergebnisse nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ich habe in vielen Diskussionen mit PDS-Mitgliedern nur ungläubige Ablehnung erfahren, wenn ich darauf beharrte, daß es eine Kontinuität gebe zwischen dem VII. Weltkongreß der Komintern und der Volksdemokratie – ein typischer Neusprechbegriff: Was sollte Demokratie anderes sein als Volksherrschaft? Aber wo am meisten vom Volk geredet wird, hat es am wenigstens zu sagen.

Wenn die Praxis das Kriterium der Wahrheit ist, dann ist die Volksdemokratie die Wahrheit

des VII. Weltkongresses. Was die Kommunisten unter Volksfront verstanden, haben sie vorgeführt, als sich ihnen mit der Zerschlagung des Nazismus die Gelegenheit dazu bot. Im Juni 1945 veröffentlichte die KPD einen berühmt gewordenen Aufruf. Darin stand, daß es falsch wäre, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen. Das Eigentum solle geschützt, eine parlamentarische Demokratie aufgebaut werden. Einige Zeit später veröffentlichte Politbüromitglied Anton Ackermann einen Artikel, in dem er einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ forderte. Das klang so, als würde die KPD tatsächlich die gleichberechtigte Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Kräfte anstreben, so, wie sie es auf dem Kominternkongreß und der Brüsseler Konferenz angekündigt hatte. Und so wird es in PDS-Kreisen immer noch verstanden und vermeintlich vergebenen Chancen nachgetrauert.

Dabei waren beide KPD-Initiativen taktische Manöver. Die Tatsache, daß Anton Ackermann später für seinen Artikel gemäßregelt wurde, zeigt nur den menschenverachtenden Umgang der Kommunisten untereinander, denn den Artikel hatte Ackermann im Auftrag des Politbüros verfaßt. Schon zu Weimarer Zeiten wurden später als Abweichungen diagnostizierte Beschlüsse der Partei einzelnen angelastet (zum Beispiel Heinz Neumann). So hatte es der „große Stalin“ allen vorgemacht.

Die Machtfrage war die entscheidende Frage, und alle Veröffentlichungen und Aktionen der KPD dienten am Ende dem Zweck, diese Frage für sich zu entscheiden. Die Kommunisten hatten sich auch zu keinem Zeitpunkt von der Vorstellung verabschiedet, den „kleinbürgerlichen Einfluß“ in der Arbeiterbewegung zu liquidieren, so, wie es in Sowjetrußland gelungen war und wie es als eine Hauptlehre aus der Geschichte der KPdSU verkündet wurde. Die deutschen Kommunisten begriffen ihre Geschichte als eine Geschichte von Kämpfen gegen die Sozialdemokratie. Die SPD war die stärkere Konkurrentin in der Arbeiterbewegung, in den Augen der Kommunisten lag es nur an der SPD, daß man die sozialistische Revolution hatte vertagen müssen.

So ehrlich es viele Kommunisten, die 1945 aus den KZs und Gefängnissen gekommen waren, mit der Einheit der Arbeiterbewegung meinten, ihre Führung verlor ihre Ziele keine Sekunde aus den Augen. Sie tat dies ganz in der Tradition Ernst Thälmanns. Und die Genossen im Lande gehorchten, auch sie in der Tradition Thälmanns.

Dessen Mitstreiter gingen nun daran, eine „antifaschische Demokratie“ aufzubauen unter Führung der kommunistischen Partei. Ulbricht berief sich dabei auf Ernst Thälmann – den „kühnen Kämpfer“, der das „weithin leuchtende Banner des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus“ getragen habe<sup>213</sup> – und gehorchte wie dieser den Weisungen Stalins. Damit folgte Ulbricht der Linie, die sein einstiger Parteichef und Politbürogenosse vorgezeichnet hatte.

Ernst Thälmann war ein mutiger Mann. Er hat den Versuchungen und Folterungen der Nazis widerstanden. Er hat unter ständiger Lebensbedrohung nie ein Zugeständnis an den Gegner gemacht. Dafür gebührt ihm Respekt. Aber wird er dadurch schon zur antifaschistischen Vorzeigefigur?

Aber die Frage, ob jemand Antifaschist ist, umfaßt mehr als Mut und Opferbereitschaft. Im Antifaschismus steckt nicht nur das Gegen, sondern genauso das Für. Es gibt keinen undemokratischen und antihumanen Antifaschismus. Antifaschismus heißt auch, sich dafür einzusetzen, daß die Lebensverhältnisse der Menschen human und demokratisch sind. Die Widerstandskämpfer, auch die kommunistischen, haben den Faschismus angeprangert, weil er die Humanität vernichtete. Sie haben beklagt, daß er die Kultur zerstöre und nicht umsonst das Bündnis mit Kulturschaffenden gesucht. Auch die Kommunisten haben herausgestellt, daß die Demokratie die Antwort auf den Nazismus sei.

Aber als sie die Möglichkeit hatten, die Demokratie zu verwirklichen, haben sie keinen Augenblick erwogen, dies zu tun. Auch deswegen ist die Volksdemokratie die Praxis des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

In den dreißiger Jahren haben die Kommunisten Thälmanns außerdem nicht nur für die

Volksfront agitiert, sondern auch die Moskauer Prozesse gutgeheißen, den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 begrüßt, genauso die Okkupation polnischen Territoriums durch Sowjettruppen, die Besetzung Litauens, Lettlands und Estlands oder den Krieg gegen Finnland. Und wie berichtet wird, hat auch Ernst Thälmann im Gefängnis kein Mitleid empfunden mit der Garde der Altbolschewisten, die Stalins Wahn zum Opfer fielen. Kein Mitleid äußerten Thälmann und Genossen auch mit den ungezählten deutschen Kommunisten, die vor Hitler ins Paradies der Werktätigen geflohen waren, um dort Stalins Geheimpolizei in die grausamen Hände zu fallen oder wieder zurückgeschickt zu werden, weil die beiden Diktatoren sich bis zu Hitlers Vertragsbruch am 22. Juni 1941 so gut verstanden und ja schon die polnische Beute brüderlich geteilt hatten. Warum nicht auch Gefangene teilen?

Als die Nazis am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg begannen, hatte der Antifaschismus keine Konjunktur. Hitler und Stalin hatten sich auf die Teilung Osteuropas verständigt – keine Rede von antifaschistischem Widerstand. Als Hitler Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich überfiel, erklärten die sowjetische Regierung und die kommunistischen Parteien in den angegriffenen Ländern, es handele sich um einen Krieg zwischen imperialistischen Mächten. Französische Kommunisten etwa entzogen sich der Einberufung zum Militär, weil sie an einem imperialistischen Krieg nicht teilnehmen wollten. Von Antifaschismus war bei den Kommunisten immer noch nicht die Rede. Erst seit dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion gab es wieder einen antifaschistischen Kampf. Ich will den mutigen Widerstandskampf der europäischen Kommunisten gegen die braune Barbarei keineswegs leugnen, nur sollten vielleicht endlich auch in die PDS-Kreisen die kommunistischen Ammenmärchen über den Antifaschismus begraben werden.

Der angeblich so volkstümliche Ernst Thälmann hatte sich schon 1927 für den deutschen Lenin gehalten, und es gibt keinen Zweifel daran, daß er, hätte er überlebt, in der Führung von KPD und SED so agiert hätte, wie seine Genossen es taten. Nein, das Naziopfer Thälmann war kein Antifaschist, soweit man unter Antifaschismus Humanität und Demokratie versteht. Er war dies nicht einmal nach den Kriterien der Brüsseler Konferenz seiner Partei, wenn man deren Aussagen wörtlich nimmt, also unter Freiheit Freiheit versteht und unter Demokratie Demokratie und nicht das Gegenteil.

Gewiß, nach 1945 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone Kriegsverbrecher und -gewinnler enteignet, es wurde die naziverseuchte Lehrerschaft davongejagt, es wurde die Justiz von braunen Funktionären gesäubert<sup>214</sup>, und an den Hochschulen lehrten statt der Heilschreier des Dritten Reichs Ernst Bloch, Hans Mayer oder Robert Havemann. Aber es fehlte die Demokratie. Die entscheidende Lehre aus dem Kampf gegen den Nazismus wurde in der Sowjetischen Besatzungszone nicht gezogen. Weil es in Wahrheit gar nicht um Antifaschismus ging, sondern um Stalins Pläne in Europa, um sowjetische Sicherheitsinteressen, schließlich um die gesellschaftliche und politische Gleichschaltung. Deshalb gab es in den wesentlichen Zügen in allen osteuropäischen Ländern die gleiche Entwicklung: in der von den Nazis zerschlagenen Tschechoslowakei genauso wie in Polen, das ein Drittel seiner Bevölkerung verlor. Und eben genauso in der SBZ/DDR. Überall setzten die kommunistischen Parteien die gleichen Grundsatzentscheidungen durch, gab es Enteignungen und Säuberungen des Staatsapparats. In der SBZ wurden sie mit dem Antifaschismus begründet, das ist der entscheidende Unterschied. Dort nannte sich die Volksdemokratie aus Propagandagründen „antifaschistisch-demokratische Ordnung“. Im Zeichen des Antifaschismus wurden auch Großgrundbesitzer enteignet, die zum Widerstand gegen Hitler gezählt hatten. Es wurden Wissenschaftler verfolgt und verjagt, die aus dem Exil gekommen oder von den Nazis zum Tod verurteilt worden waren wie Robert Havemann. Es landeten Antifaschisten aus den KZ in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen, weil sie im Verdacht standen, anders zu denken, als Stalin es vorschrieb. Ja, es saßen nach Kriegsende nicht wenige Antifaschisten wieder in Buchenwald oder Sachsenhausen, wo sie bis 1945 von den Nazis eingesperrt worden waren. Der Antifaschismus von KPD und SED war genauso demokratie- und menschenverachtend wie

der Antifaschismus von Thälmanns Partei. Das ist kein Wunder, denn es war immer noch der gleiche: Es war der Antifaschismus Stalins. Eine Propagandalüge, die je nach Bedarf aus dem Waffenarsenal geholt wurde. Aus dem „Abschaum“ von einst, aus Trotzlisten oder Anhängern Bucharins, aus der „Fischer-Maslow-Bande“ und dem „Linkssektierertum“ Neumanns, wurden nun eben „faschistische Agenten“. Die fand man überall dort, wo man sie finden wollte.

Das ist tragisch, denn eine antifaschistische Umgestaltung wäre in allen Teilen Deutschlands notwendig gewesen. Im Westen ließ man die alten Eliten weitgehend ungeschoren, bezog sie ein in den Aufbau und deckte den Mantel des Schweigens über den braunen Sumpf. Aber immerhin schuf man eine bürgerlich-demokratische Ordnung, wenn auch zu Recht Defizite beklagt werden.

Im Osten baute man die Gesellschaft um, aber mit dem Ziel, eine Diktatur zu errichten. Es ist keine „zweite deutsche Diktatur“, wie es fahrlässigerweise oft gesagt und geschrieben wird. Die Terrorherrschaft der Nazis und das SED-Regime sind nicht gleichzusetzen, wohl aber in vielen Punkten zu vergleichen. Sie in einen Topf zu werfen aber würde bedeuten, den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

Fest steht aber, daß KPD und SED keine antifaschistischen Konsequenzen aus dem Naziregime gezogen haben. Sie wollten die ganze Macht. Der frühere SED-Historiker Kurt Pätzold hat das Ergebnis dieser Politik in einer PDS-Publikation eindrücklich beschrieben:

„Was bedeutete zu Zeiten der DDR die Besinnung auf antifaschistische Traditionen für eine Erziehung zur Demokratie, die doch den Namen nicht verdient ohne die Möglichkeit und die Wirklichkeit zu Widerspruch und Widerstand, wenn sie mehr als nur marginale Gegenstände betreffen? Was blieb von dem Programm der antifaschistischen Demokratie, wie es maßgeblich von jenen Kommunisten entwickelt wurde, die später im Staat DDR an führendem Platz standen? Die Fragen stellen heißt vom ruhmlosen Untergang des Staates handeln.“

Pätzold stellt außerdem dar, daß die Kommunisten sich nach 1945 nicht befreit hätten von einem Politikverständnis, „das seine theoretische Quelle im Stalinschen Leninismus besaß und durch die jede Opposition verfolgende politische Praxis seit den zwanziger Jahren tief verwurzelt war.“ Der Berliner Historiker fährt fort:

„Die Geschichte des Verrats an der Idee des antifaschistischen Demokratismus begann mit der Eliminierung, zuerst der geistigen Diffamierung, alsbald auch der juristischen Verfolgung der von der Generallinie abweichenden Genossen. Niemals besaßen diese Vorgänge nur innerparteiliche Bedeutung. Die Freiheit der Meinungsäußerung gerade gegen eine Ansicht der Mehrheit, die dem Individuum oder der Minderheit doch geistige oder charakterliche Anstrengung abverlangt, galt nicht als Wert oder gar als Verdienst. Im minderen Falle wurde sie als Störung, im schwereren als Ausdruck von Feindschaft gedeutet, also abgetan oder bestraft. Das einst beschlossene Programm des Antifaschismus wurde praktisch zunehmend entdemokratisiert, und die Forderung nach eigenem Nachdenken und eigener Initiative, die im Untergrund eine so große Rolle spielte, sinnentleert und durch das Verlangen nach Disziplin ersetzt.“<sup>215</sup>

Das ist die Tradition Stalins und Thälmanns. Und deshalb sollten die Bürger der DDR Thälmann verehren, ihn aber nie kennenlernen. Nie lesen, was er schrieb und gesagt hatte. Natürlich war auch der SED-Führung diese groteske Glaubwürdigkeitslücke bewußt. Deshalb ließ sie 1979 eine dicke Thälmann-Biographie veröffentlichen. Wer sie liest, staunt darüber, wieviel man auf so vielen Seiten verschweigen kann. Aber der Normalleser konnte mangels Quellen nicht überprüfen, ob die Biographie ein zutreffendes Bild des KP-Führers zeichnete. Man lese die Darstellung der Biographie über eine beliebige Zeitspanne und lege Thälmanns

Reden und Schriften daneben: Irgendwann wird Verschweigen zur Lüge.

Im „ND“ vom 26. September 1997 werden drei Personen nach ihrem Thälmann-Bild befragt. Darunter auch Professor Lothar Berthold, der als Koautor an der Thälmann-Biographie mitgewirkt hat. Für Berthold ist Thälmann nach wie vor „ein großer Führer seiner Klasse“. Zu den Verdiensten des KP-Chefs rechnet Berthold auch die „Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Partei“, die „feste Freundschaft (...) zur Sowjetunion“. Und: „Thälmann kämpfte um die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten und eine breite antifaschistische Front der demokratischen Volkskräfte gegen die drohende faschistische Diktatur.“ Vielleicht sollte der Biograph noch einmal Reden und Artikel Thälmanns und die Einsichten der Brüsseler KPD-Konferenz studieren. Ich befürchte aber, daß er Realitätsverlust mit Wissenschaft verwechselt. „Marxismus-Leninismus“, das war zu Thälmanns Zeiten Stalinismus in reinsten Form, so, wie er im „Kurzen Lehrgang“ festgezimmert war. Das war gnadenloser Kampf gegen „Abweichler“. Die Übernahme dieses „Marxismus-Leninismus“ war die Transplantation eines Krebsgeschwürs in die KPD. Diese Operation ist Thälmann gelungen. Daß er dafür heute noch gelobt wird, kann nur an nicht zu übertreffender Ignoranz liegen. Manchmal ist das „ND“ noch genauso wie früher, als ich es abonniert hatte.

Der Historiker Ronald Sassning, Autor von Biographien antifaschistischer Widerstandskämpfer, äußert auf derselben Seite zum Teil drastische Kritik an Thälmann. Aber am Schluß seiner Stellungnahme schreibt er: „Es war sein Grundanliegen, daß von deutschem Boden kein Krieg ausgehen darf.“ Nun fallen mir gleich eine Menge von Deutschen ein, die zu Weimarer Zeiten keinen Krieg wollten und dies auch glaubwürdig durch Worte und Taten untermauerten. Man denke nur an Kurt Tucholsky oder Carl von Ossietzky, man denke vor allem an unzählige Funktionäre und Mitglieder der Sozialdemokratie, man denke an Gustav Stresemann. Man denke an Frauenrechtlerinnen und Pazifisten. Sie alle haben gegenüber Thälmann den Vorzug, sich auch vehement für Demokratie eingesetzt zu haben. Sie waren gegen jeden Krieg und für Demokratie. Beides kann man für die KPD Thälmanns nicht sagen. Selbstverständlich war Thälmann ein Anhänger des revolutionären Kriegs. Die KPD hatte eine eigene geheime Militärorganisation, die den Bürgerkrieg trainierte, und dies keineswegs nur aus Gründen der Selbstverteidigung. Als dritter kommt der einstige DDR-Staatsanwalt Peter Przybylski zu Wort. Er ist als Autor zweier bekannter Dokumentenbände unter dem Titel „Tatort Politbüro“ einem breiteren Publikum bekannt geworden. Zu DDR-Zeiten kannten ihn Krimifreunde von der Mattscheibe, weil er die Serie „Der Staatsanwalt hat das Wort“ moderierte. Przybylski spekuliert darüber, was aus Thälmann geworden wäre, hätte er überlebt. Er sieht ihn als Führer der SED und erklärt: „(...) doch gewiß wäre er nicht vor dem Volke nach Wandlitz geflüchtet.“ Na, wenn man bedenkt, daß sein großes Vorbild Stalin das Volk mied, mag man daran zweifeln. Aber das spielt hier keine Rolle. Richtig diagnostiziert Przybylski, daß Thälmann nicht anders gehandelt hätte als Wilhelm Pieck oder Walter Ulbricht.

Mitten in den lehrreichen Ausführungen des einstigen Staatsanwalts aber finde ich zwei Sätze, die mir zu denken geben: „Deutschen Kritikern steht es schlecht zu Gesicht, heute ausgerechnet Thälmann in Grund und Boden zu stampfen. Wir sollten froh sein, daß es Männer wie ihn gab, weil es unsere moralische Kollektivschuld etwas mildert.“

Dazu zwei Einwände: Erstens wird die Schuld Deutschlands an Krieg und Völkermord durch nichts gemildert, auch nicht durch die Tapferkeit Ernst Thälmanns. Zweitens aber war Thälmann Vertreter eines Systems, das wie sein historischer Gegenspieler Menschen verachtete und zu Millionen massakrierte. Thälmann war gegen den Massenmörder Hitler, aber für den Massenmörder Stalin. Man sollte die These von der historischen Einzigartigkeit des Nationalsozialismus nicht mißbrauchen, um Verbrechen anderer zu leugnen oder zu verkleinern. Das tut Przybylski nicht. Aber er läßt diese Möglichkeit offen, weil er sein Argument nicht zu Ende führt.

Und er unterstellt, daß nur diese beiden Möglichkeiten existiert hätten: Stalinismus oder Nationalsozialismus. Das ist aber eine arg begrenzte Weltsicht. Es hat immer auch den

sozialdemokratischen, den christlichen und liberalen Antifaschismus gegeben. Nie mußte der Widerstand gegen den Nazismus antidemokratisch sein. Daß solch Einsicht für einen vom Todfeind inhaftierten kommunistischen Funktionär kaum zu erwarten war, ändert nichts an ihrer Richtigkeit.

Der Nationalsozialismus hat Millionen von Opfern gefordert. Warum wird von ihnen eines hervorgehoben, dessen Eignung zum Vorbild bezweifelt werden muß? Anders gefragt: Warum gibt es in linken Kreisen immer noch diese Affinität zum kommunistischen Widerstand? Warum immer noch die Heldensage von Ernst Thälmann, der mit seiner Partei die Weimarer Republik unterminiert hat, als es notwendig gewesen wäre, sie zu verteidigen? Weil es immer noch um die Rechtfertigung der kommunistischen Politik in Deutschland geht. Dies nicht in dem Sinn, daß die PDS insgesamt und unisono die DDR und die SED für das Beste hält, was die Deutschen bisher hervorgebracht haben, wie zum Beispiel Thälmann-Biograph Berthold. Sondern um zu retten, was vermeintlich zu retten ist: wenigstens wichtige Teile der eigenen Geschichte. Um ein Gegengewicht zu schaffen gegen die nur von wahnhaftem Realitätsverlust zu leugnenden Verbrechen der eigenen Bewegung, verweisen viele in und außerhalb der PDS auf die Unterstützung, die das Kapital, konservative Kreise, bürgerliche Parteien und Medien Hitler gewährt haben. An dieser Unterstützung gibt es keinen Zweifel, genausowenig an dem Skandal der Verdrängung der NS-Vergangenheit in Westdeutschland, an der Integration der Täter, der Weißwaschung der Nazirichter. Wahrlich, speiübel muß einem heute noch werden, daß es bis in unsere Tage dauerte, bis endlich Zwangsarbeiter entschädigt werden und Wehrmachtdeserteure nicht mehr als Verbrecher abgestempelt sind. Daß eine Ausstellung über unabweisbare Bluttaten der Hitler-Wehrmacht auf den Protest in konservativen Kreisen stößt, als wäre die so ehrenhafte Wehrmacht nicht Hitlers Hauptwerkzeug gewesen im Krieg gegen die Völker Europas.

Aber wie kann man sich von diesem moralischen und politischen Sumpf abheben, wenn man die Untaten der eigenen Bewegung relativiert und aufrechnet? Die Tragödie des kommunistischen Antifaschismus besteht darin, daß er am Ende dazu diente, eine Diktatur zu rechtfertigen. Ich entsinne mich noch gut zahlloser Diskussionen über Erich Honecker. Schon zu dessen Amtszeit gab es viele Genossen, die es begrüßt hätten, wenn der altersstarrsinnige Parteichef abgetreten wäre. Viele haben Honecker vieles übel genommen, vor und nach der Wende. Aber dann kam immer die Einschränkung: „Immerhin, er war Antifaschist.“ Ulbricht und Honecker nutzten den Antifaschismus schamlos aus, um ihre Macht zu legitimieren. Sie paßten ihn willkürlich ihren Bedürfnissen an. Die jüdischen Opfer oder die Homosexuellen wurden herabgewürdigt, wenn nicht gar unterschlagen. Schon 1948 wurde die Mitgliedschaft in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) abhängig gemacht vom Wohlverhalten gegenüber der SED, ein Jahr später wurde schon gefordert, für die Ziele der Einheitspartei einzutreten. 1952/53 wurden Funktionäre jüdischer Organisationen in der DDR, die meist in der VVN engagiert waren, verfolgt. Die SED hat sich auch nicht der antisemitischen Kampagne Stalins in dieser Zeit verweigert. 1953 wurde die VVN verboten und damit der letzte Rest des unabhängigen Antifaschismus.<sup>216</sup> Fein säuberlich wurde nun getrennt zwischen jenen, die „nur“ Opfer Hitlers waren, und jenen, die im Widerstand kämpften. Zu den Widerstandskämpfern wurden aber auch jene gezählt, die im Moskauer Exil Stalins Mordgeschäfte mitbetrieben hatten. Nichtkommunistische Widerstandskämpfer kamen höchstens am Rande oder als KP-angeleitete Bündnispartner in Frage. Eine große Zahl von Widerstandskämpfern und Opfern des Nazidiktatur wurde verschwiegen und so herabgewürdigt. Die Überhöhung des kommunistischen Widerstands ist gleichbedeutend mit der Mißachtung des Antifaschismus anderer Kräfte. Der Berliner Historiker Jörn Schütrumpf, der der PDS angehört, schreibt in einer Parteiveröffentlichung seiner Partei ins Stammbuch: „Bis zum Ende der DDR [blieb] eine Hierarchisierung des Antifaschismus unübersehbar. Mit dieser Hierarchisierung wurde vom ersten bis zum letzten Tag der Führungsanspruch der Kommunisten legitimiert und so der gelebte Antifaschismus denunziert.“<sup>217</sup> Genauso ist es. Was ist das für ein Antifaschismus, der Antifaschisten verleugnet, geringschätzt, mißachtet

unterdrückt?

Und was ist das für ein Antifaschismus, der die Opfer des Stalinismus unterschlägt? Im Jahr 1991 hat Parteivorstandsmitglied Michael Schumann treffend festgestellt, daß die SED den Gedanken an die Opfer stalinistischer Herrschaft beiseite geschoben habe,

„als sei dies ein anderes, nicht zur Sache gehöriges Thema. Aber die Opfer politischer Gewalt, die Trauer um sie und auch ihr Vermächtnis sind nicht selektierbar. Und diejenigen, die sich der Arroganz realsozialistischer Macht entgegenstellten, lebten den Geist des Antifaschismus. Es gibt ihn nicht halbiert. Das Vermächtnis der Opfer des Faschismus ist der ungeteilte Widerstand gegen alle Formen der Unterdrückung, gegen alle Formen der Verletzung von Menschenrecht und Menschenwürde.“<sup>218</sup>

So offenkundig diese Tatsachen sind, so offenkundig ist die feste Überzeugung einer überwältigenden Mehrheit in der PDS, letztlich doch das bessere Deutschland zu repräsentieren. Hier wirken Doktrinen der SED weiter. Es wäre notwendig, sie aufzuarbeiten und zu überwinden, um den Antifaschismus aus Stalins Händen zu befreien. Das wäre eine antifaschistische Tat. Und nur von diesem Standpunkt aus wäre es möglich, den Widerstand gegen Hitler gerecht zu beurteilen. Ohne Rechtfertigungsverrenkungen, ohne Relativierung und ohne Aufrechnung.

Aber um dieses zu leisten, müßten die PDS-Genossen heraus aus den Schützengräben des ideologischen Kriegs von einst. Sie müßten begreifen, daß es nicht ihre Geschichte gibt und nicht die der anderen. Daß man seine Geschichte nicht verliert, sondern erst gewinnt, wenn man sie in Frage stellt. Daß man die SED nur überwindet, wenn man auch ihre Feindbilder überwindet.

Als mich Fred Löwenberg kurz vor dem Abschied nach einem aufregenden Gespräch fragt, ob ich einen Artikel schreiben würde über das Thema „War Stalin ein Antifaschist?“, habe ich natürlich darauf verzichtet, ein Honorar zu fordern. Fred Löwenberg deutete an, daß es in der Redaktion über dieses Thema Auseinandersetzungen gegeben habe. Er wollte meinen Artikel offenbar benutzen, um die Diskussion voranzutreiben. Statt eines Honorars bat ich Fred Löwenberg darum, mir zuzusagen, daß mein Artikel auch veröffentlicht würde. Für den Papierkorb würde ich nicht schreiben. Fred Löwenberg, der eigentlich Ferdinand heißt wie Lassalle, hat diese Bedingung akzeptiert. Er würde in der Redaktion von „Antifa“ vorschlagen, den Artikel bei mir in Auftrag zu geben und ihn nach Ablieferung zu veröffentlichen. Ich habe Fred Löwenberg meine Adresse und Telefonnummer hinterlassen, damit er mir schreiben kann, ob die Redaktion den Artikel veröffentlichen will. Leider hat sich Fred Löwenberg nicht gemeldet.

Ein Nachtrag: Während deutsche und sowjetische Truppen Polen okkupierten und unterdrückten, als die beiden Diktatoren sich über die Beute freuten, erreichte den „großen Stalin“ ein Telegramm aus Deutschland. Darin stand, daß es eine Möglichkeit gebe, Thälmann aus der Nazihaft freizubekommen. Ob Moskau es nicht versuchen wolle? Stalin sagte nichts, sondern schrieb „Nein“ auf das Telegramm.

## **Das Maß unserer Kompromißfähigkeit**

*Der Streit über die „Zwangsvereinigung“*

Otto Görisch hat weiße Haare, und er trägt eine Brille. Der pensionierte Lehrer, stämmig, breites Gesicht, lebhafte Augen, ist 1932 in Wittenberg geboren. Neben ihm mir gegenüber am Tisch Peter Hamann, Jahrgang 1939, schmächtig, dunkelhaarig, nicht nur physisch im Schatten von Otto Görisch. Beide kennen sich schon seit FDJ-Zeiten. Wahrscheinlich hat Otto Görisch schon immer den Ton angegeben, so, wie bei unserem Gespräch im Kreisbüro der PDS Waren, einer wunderschön in der mecklenburgischen Seenlandschaft gelegenen Kreisstadt (Kreis Müritz). Im Lauf unseres Gesprächs wird sich Peter Hamann nur zweimal kurz zu Wort melden, um jedesmal gleich von Otto Görisch unterbrochen zu werden. Ich frage meine Gesprächspartner nach dem Verhältnis von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern und hier im Kreis. Immerhin hatte SPD-Chef Harald Ringstorff schon nach den Landtagswahlen 1994 der PDS Avancen gemacht, und der PDS-Landesvorsitzende Helmut Holter gehört eh zu den Verfechtern einer rot-roten Landesregierung, wenigstens der Tolerierung einer sozialdemokratischen Landesregierung.

Otto Görisch beklagt sich, „daß wir nun erklären müssen, koalitionsbereit oder koalitionsfähig zu sein oder werden zu müssen. Das ist nicht angenehm.“ Er bezieht sich auf den Vier-Punkte-Katalog der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in dem die Sozialdemokraten „notwendige Klarstellungen“ von der PDS verlangen, darunter auch das Eingeständnis, die SPD sei zwangsvereinigt worden. Die PDS hat auf dieses Papier postwendend geantwortet. Allerdings hat Landeschef Holter eingeschränkt: „Die vier Punkten die die SPD dazu angeboten hat, sehe ich als Gegenstand längerfristiger Diskussionen. Was wir jetzt dazu sagten, zeigt das Maß unserer Kompromißfähigkeit nach vier Jahren Geschichtsaufarbeitung und politischer Diskussion in der PDS. Mehr war jetzt nicht möglich.“<sup>219</sup> Schauen wir mal, was künftig noch möglich sein wird.

Wo auch immer ich über das Verhältnis zwischen PDS und SPD diskutiere, man landet immer bei der „Zwangsvereinigung“, dem Zusammenschluß von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone im April 1946. Sie steht zwischen den Parteien. Wie alle in der PDS bestreitet Otto Görisch, daß die Vereinigung durch Zwang zustande gekommen sei, und fast alle Sozialdemokraten, mit denen ich über dieses Thema gesprochen habe, beharren darauf, daß ohne massiven Druck, ohne Repressalien und Verfolgungen von Einheitsparteigegnern die SED nie hätte gegründet werden können.

Ich frage meine beiden Gesprächspartner mehrfach, ob 1945 und 1946 Sozialdemokraten in die SED gezwungen worden seien. Otto Görisch bestreitet es massiv.

Dann sagt Peter Hamann, leicht unsicher: „Ja, aber da gab es doch einen sozialdemokratischen Stadtrat ...“

Görisch unterbricht: „Erst mal zur Rolle der Kommandanten hier.“ Und er zählt die Namen sowjetischer Stadtkommandanten auf, die sich für die Einheit der beiden Arbeiterparteien eingesetzt hätten. In den Westzonen dagegen hätten die Besatzungsbehörden eine Vereinigung verboten. In Waren dagegen habe der sowjetische Stadtkommandant gesagt: „Schließt euch zusammen. Eine Hand ist leichter zu brechen als eine Faust.“

Otto Görisch hat zusammen mit einer Gruppe von Genossen eine Broschüre erarbeitet. Darin sind die Stationen zur Einheit beider Parteien detailliert aufgelistet.<sup>220</sup> Aus dieser Broschüre geht hervor, daß nach Meinung von Görisch und Genossen Zwang bei der SED-Gründung nicht stattgefunden habe.

((Kasten Anfang))

***Der Vier-Punkte-Katalog – „Notwendige Klarstellungen“ – der SPD in Mecklenburg-Vorpommern (Oktober 1994)***



*Die vier Punkte:*

*1. Die Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze (u. a. demokratischer und sozialer Bundesstaat – die Redaktion) werden als unabänderlicher Rahmen für die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern und als Grundlagen aller Politik in Mecklenburg-Vorpommern anerkannt. Das bedeutet im einzelnen:*

*1. Ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten;*

*Bindung von Gesetzgebung, vollziehender Gewalt und Rechtsprechung an die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht;*

*die Ausübung der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, in Wahlen und Abstimmungen;*

*die Ausübung der Staatsgewalt, die von Volke ausgeht, durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung (Gewaltenteilung);*

*die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht.*

*Die Nichtbeachtung der Grundrechte und der vorgenannten Grundsätze war eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung der DDR. Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung.*

*2. Die SPD erwartet, daß sich die PDS ohne Wenn und Aber zu der durch Volksabstimmung legitimierten Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekennt und auf ihre Forderung verzichtet, neben den gesetzlichen Verfassungsorganen sogenannte Runde Tische einzurichten. Die Runden Tische haben in der Phase des Obergangs von der SED-Diktatur zur Demokratie eine wichtige Rolle gespielt. Ihre Aufgabe ist nun auf die demokratisch gewählten Volksvertretungen im Land und in den Kommunen übergegangen.*

*3. Die SPD erwartet von der PDS die öffentliche Erklärung, daß die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 Unrecht war und nur unter Androhung von Gewalt zustande gekommen ist. Die Ausschaltung der SPD im Jahre 1946 wird von der PDS als ein historischer Fehler bewertet, durch den die Demokratie beseitigt und die Diktatur ermöglicht wurde. Die PDS wird sich für die Verfolgung der Sozialdemokraten in der DDR entschuldigen.*

*4. Die Kräfte, die die o. g. Grundrechte und Grundsätze nicht anerkennen, wie die Kommunistische Plattform, Anarchisten u. ä. Gruppen, dürfen keinen Einfluß auf die Politik des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekommen. Parlamentarische Demokratie und Kommunismus sind unvereinbar.*

***((Bitte die beiden Teile des Kastens nummerngleich auf einer Doppelseite gegenüberstellen.))***

### ***Auszüge aus der Erklärung der PDS auf Forderungen SPD***

*1. Die PDS steht auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Sie ist eine die Landesverfassung konstituierende politische Kraft und hat sich ohne Vorbehalt, ohne Wenn und Aber aktiv an deren Ausarbeitung beteiligt. Die PDS achtet die verfassungsmäßigen Grundrechte und die in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes verankerten Grundsätze, die sie für unveräußerlich hält.*

*Wir teilen den Standpunkt, daß die Nichtbeachtung von Grundrechten sowie unkontrollierte und unkontrollierbare diktatorische Machtausübung eine wesentliche Ursache für die Fehlentwicklung und den Untergang der DDR waren. Die Opfer dieser Fehlentwicklung haben Anspruch auf Rehabilitierung.*

*2. Die PDS bekennt sich zur Landesverfassung. (...) Sie ist allerdings der Auffassung, daß es im Interesse eines politischen Kurswechsels im Lande und der Möglichkeit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung nötig ist, einen Stil des Regierens im Geiste der Runden Tische von 1989/90 einzuführen. (...)*

*3. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 verlieh dem Streben sehr vieler Mitglieder der beiden Parteien nach Gemeinsamkeit und organisatorischer Einheit als Lehre aus dem Faschismus Ausdruck. Ebenso gab es viele Mitglieder der SPD und KPD, die die Vereinigung nicht wollten. Sie wurden erheblichem und ungerechtfertigtem Druck ausgesetzt. Ob das Wort von der „Zwangsvereinigung“ gerechtfertigt ist, sollte die Diskussion zwischen den Parteien unter Hinzuziehung von Historikern klären. Es ist bittere historische Wahrheit, daß durch maßgebliche Kreise der SED während und nach der Vereinigung von 1946 Sozialdemokraten Verfolgungen und Repressalien erleiden mußten sowie aus dem politischen Leben ausgeschaltet wurden. Die PDS insgesamt wie auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern haben auf Parteitage seit 1990, in Erklärungen und Verlautbarungen ihr Bedauern hierüber und ihre Entschuldigung dafür zum Ausdruck gebracht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß nicht wenige Kommunisten nach 1945 von denselben oder ähnlichen Repressalien und Verbrechen betroffen wurden wie Mitglieder und Funktionäre der SPD. Als Rechtsnachfolgerin der SED bekennt die PDS ihre Verantwortung auch dafür und weiß sie, daß sie diese ihre Verantwortung nur durch eigene Erneuerung und glaubhaftes demokratisches Wirken abtragen kann. Dazu hat sie den festen Willen. (...)*

*4. Die PDS ist eine demokratische und pluralistische Partei, in der es Plattformen, Strömungen und Flügel gibt. So gibt es z. B. eine kommunistische ebenso wie eine sozialdemokratische und ökologische Plattform. Dies steht in völliger Übereinstimmung mit dem Programm und Statut der PDS, die keine Ausgrenzung von Strömungen zulassen, soweit und solange diese sich an die Beschlüsse der Partei halten. Obwohl der vieldeutig gebrauchte Begriff „Kommunismus“ durch die Praxis und das Scheitern des Staatssozialismus sowie durch den Stalinismus schwer diskreditiert worden ist, gibt es keinen Grund, Kommunisten generell die Fähigkeit abzusprechen, Demokraten zu sein. Sie sind wie andere Menschen lern- und erkenntnisfähig, um aus Vergangenenem und eigenem Erleben entsprechende Konsequenzen zu ziehen.*

((Kasten Ende))

Daß die PDS-Regionalhistoriker im Müritzkreis keine Zwangshandlungen entdeckt haben, überrascht mich nicht. Ich habe in all den Jahren auch nicht einen einzigen Zeitzeugen aus PDS-Kreisen gefunden, der systematische Repressalien der sowjetischen Besatzer eingestanden hätte. Und all die Zeitzeugen, die sich etwa per Leserbrief im „ND“ melden, berichten ebenfalls nichts davon: „Ich kann heute noch beschwören, daß es im SPD-Vorstand und bei den Mitgliedern unseres Ortes nur Zustimmung zum Zusammenschluß mit der KPD gab“, schreibt Harri Salomon aus Spremberg. Arnold Eisensee: „1946 habe ich in dem 3000 Bewohner zählenden Städtchen Ranis die Vereinigung von SPD und KPD miterlebt. Beide Parteien beschlossen einstimmig, sich zu einer Partei zu vereinigen. Niemand von den ca. 96 Sozialdemokraten und ca. 34 Kommunisten wurde unter Drohung gezwungen, und niemand empfand die Vereinigung als Unrecht.“ – „In Schwerin gab es keine Zwangsvereinigung. Wer das behauptet, lügt. (...) Es war wirklich kein Zwang“, schreibt die Berlinerin Marianne Kodera-Krahn. Willi Lewin: „Ich stamme aus einer alten sozialdemokratischen Familie. Mein Großvater wurde 1871 Parteimitglied, meine Eltern um 1910. Mein Vater, obwohl Atheist, doch unter den Nazis als Jude verfolgt, sagte 1934/35 zu uns vier Kindern: ‚Unser größter Fehler als Sozialdemokraten war es, daß wir vor 1933 nicht mit den Kommunisten zusammengefunden haben.‘ Er kam 1943 im KZ Wuhlheide um. Auch alle seine Schwestern und Brüder wurden von den Nazis ermordet. Meine Geschwister und ich traten nach der Befreiung in Westberlin in die SPD ein mit der festen Absicht, uns für die Vereinigung mit der KPD einzusetzen. Was wir auch taten.“ – Rudi Göbel: „Mein Vater war Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe. Anfang Mai 1946 fand die Vereinigung der beiden Ortsgruppen SPD und KPD zur SED statt. Mein Vater wurde zum Vorsitzenden der SED gewählt, und der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe wurde Stellvertreter. Von den knapp 50 Mitgliedern waren

drei SPD-Genossen und zwei KPD-Genossen gegen diese Vereinigung. Eine Verfolgung oder Repressalien gegen diese Genossen gab es nicht.“ – Alfred Müller: „Ich habe über Kreis-, Bezirks- (Magdeburg) bis zur Landeskonzferenz (Halle) die Auseinandersetzungen über die Vereinigung beider Parteien miterlebt. Ich behaupte auch heute noch, daß sich keiner der damals von ihren Ortsvereinen (SPD) und Dorfgruppen (KPD) delegierten Mitglieder unter zentralem Zwang für die Vereinigung auf Kreisebene, später auf Landesebene entschieden hat. Ich selbst und mehrere Diskussionsredner in den von mir erlebten Beratungen haben damals ein Weiterbestehen von KPD und SPD als eigenständige Parteien neben der SED nicht in Frage gestellt. Ihre Aussichten langer Lebensfähigkeit neben der SED hielten wir allerdings für begrenzt. Ich lehne als „Tatzeuge“ ab, meine damalige Zustimmung als Mitglied der SPD zum Zusammenschluß beider Parteien als Mithilfe zu einer strafwürdigen Handlung einstufen zu lassen.“<sup>221</sup>

In den Dörfern, Städten, Kreisen und Ländern hat es eine breite Bewegung für eine Einheitspartei gegeben. Genauso unbestreitbar aber ist, daß der SPD-Vorstand in Berlin von der KPD und der Sowjetischen Militäradministration stark bearbeitet worden ist. Auch ist bis heute die Zahl derjenigen nicht festgestellt, die als sozialdemokratische Einheitsgegner oder -skeptiker bearbeitet, schikaniert, ja, verhaftet und umgebracht wurden. Keine Frage, es hat brutalen Zwang gegeben. Aber es hätte des Zwangs nicht bedurft, um die Einheitspartei zu gründen. Die Gewalt war dem Stalinismus immanent, sie bedurfte keines äußeren Grundes. Stalinismus wendet auch dann Gewalt an, wenn er sie nicht benötigte, um seine Ziele zu erreichen. Deswegen ist die Tatsache, daß es Zwang gegeben hat, kein Beleg für die These der Zwangsvereinigung.

Das Dilemma der sozialdemokratisch orientierten Geschichtsschreibung wird deutlich, seit die Wende den Historikern den Zugriff auf bis dahin verschlossene Aktenbestände eröffnet hat. Bis dahin galt folgende Darstellung: Direkt nach Kriegsende hätten die Kommunisten eine Vereinigung mit der SPD abgelehnt, wohl im Glauben, stärkste Partei werden zu können. Aber bald sei klar geworden, daß trotz allen Zulaufs zur KPD (März 1946: 600 000 Mitglieder) die Sozialdemokraten die stärkste Kraft in der SBZ werden würden, wenn nicht schon waren (März 1946: 680 000 Mitglieder). Deshalb und um die zahlreichen Positionen in der Verwaltung ausfüllen zu können, habe die KPD seit Herbst 1945 „nach dem großen Blutspender“ gesucht und sei daran gegangen, sich die SPD einzuverleiben. Hatte die KPD bis dahin lediglich auf eine Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien gesetzt, so habe sie nun das Projekt SED betrieben. Im Dezember 1945 habe es auf einer Konferenz von je dreißig Spitzenfunktionären beider Parteien („Sechziger-Konferenz“) zunächst starken Widerstand der SPD gegeben. Deren Vorsitzender Otto Grotewohl und seine Genossen erklärten, eine Vereinigung könne gesamtdeutsch erfolgen, nicht in einer der vier Besatzungszonen. Andere Sozialdemokraten beklagten Übergriffe der Besatzer gegen Sozialdemokraten, die die Vereinigung ablehnten. Das geschah am ersten Tag der Konferenz. Am zweiten Tag akzeptierten die Sozialdemokraten überraschenderweise die Verschmelzung mit der KPD. Kurz darauf, im Januar 1946, aber ging der Zentralausschuß der SPD, wie sich der provisorische Parteivorstand nannte, wieder zurück auf seine Position, nur ein Reichsparteitag könne die Vereinigung beschließen. Doch nun habe der Druck der Besatzungsmacht es schließlich erreicht, daß der SPD-Zentralausschuß einer Vereinigung zustimmte. „Wo sich Ablehnung zeigte, griff die sowjetische Besatzungsmacht massiv ein, unter anderem mit Redeverböten und sogar Verhaftungen von sozialdemokratischen Einheitsgegnern“, schreibt der große Biograph der deutschen Arbeiterbewegung Hermann Weber in seinem vorzüglichen Standardwerk zur DDR-Geschichte<sup>222</sup>, das vor der Wende erschienen ist.

Kurz nach der Wende publizierte Hermann Weber einen Aufsatz unter dem Titel „Mit Zwang und Betrug“, in dem er unter anderem schreibt: „Bis vor kurzem haben Historiker der DDR überhaupt geäußert, daß die Bildung der SED 1946 eine Zwangsvereinigung war. Sie sprach stets vom ‚freiwilligen Zusammenschluß‘, gegen den sich angeblich nur einige ‚rechte‘

Sozialdemokraten unter dem Einfluß Kurt Schumachers gewandt hatten. Wenn jetzt die Archive geöffnet werden, dürfte sich durch Einsicht in geheimgehaltene Unterlagen ein ganz anderes Bild ergeben. Schließlich ist schon aus den bisher bekannten Dokumenten und nach dem heutigen Forschungsstand jedem unvoreingenommenen Betrachter klar, daß die Sozialdemokraten zunächst in die Einheitspartei hineingezwungen und danach betrogen und von den sowjetischen und deutschen Kommunisten, den Trägern der Macht, unterdrückt worden sind.<sup>223</sup>

1996 bekräftigt Hermann Weber seine Position<sup>224</sup> und beruft sich dabei auf die verdienstvolle Quellenedition zur SED-Gründung, die der Berliner Historiker Andreas Malycha 1995 vorgelegt hat.<sup>225</sup>

Andreas Malycha, der bis zur Wende am ZK-Institut für Marxismus-Leninismus (IML) gearbeitet hat, hat in der Tat bahnbrechende Forschungsarbeiten zur Gründung der SED und darüber hinaus vorgelegt. Er dazu einen gewaltigen Quellenberg abgearbeitet. Er spricht aber keiner Stelle von „Zwangvereinigung“, sondern von „Zusammenschluß“, „Verschmelzung“ oder „Fusion“.<sup>226</sup> Malycha schildert die „stalinistische Geburtshilfe“, verkürzt aber den Einheitsprozeß nicht auf Gewalt. In seinem vorzüglichen Buch über die Umwandlung der gerade gegründeten SED in eine stalinistische Partei zeigt er statt dessen, daß die Gewalt umfassend erst nach dem Zusammenschluß der beiden Parteien eingesetzt hat, als es darum ging, den „Sozialdemokratismus“ auszurotten.<sup>227</sup>

Ich führe das Umdenken der SPD seit Dezember 1945 auf zahlreiche Faktoren zurück, darunter und nicht zuletzt auch auf den Zwang der Besatzungsmacht. Entscheidend aber war der Druck der Basis, der wiederum nicht ohne Zutun der Kommunisten aus Deutschland und aus Moskau zustande kam, aber auch ohne dies stark gewesen wäre. Hätte der Zentralauschuß unter Otto Grotewohl der Vereinigung nicht zugestimmt, dann wäre sie in den Ländern gegen den Vorstand erfolgt. Am Ende siegte die Hoffnung, daß in der neuen Partei die einstigen Sozialdemokraten die Übermacht gewinnen und sich dem Zugriff der Besatzungsmacht entziehen könnten. Schließlich brachten sie mehr Mitglieder und vor allem auch mehr erfahrene Funktionäre als Mitgift ein. Aber die Braut wurde betrogen – hier hat Hermann Weber recht –, weil sie nicht mit Stalin und Ulbricht gerechnet hatte. Schon binnen kurzer Zeit waren die ehemaligen Sozialdemokraten entweder bekennende Anhänger der Lehren Stalins oder aus der Partei ausgeschlossen, oder verjagt, verhaftet, wenn nicht gar ermordet.

Übrigens waren auch manche Kommunisten gegen die Einheitspartei. Bei ihnen wirkten das Sektierertum der Weimarer Zeit nach, oder sie wollten lieber kleiner, aber ideologisch „rein“ sein.

Im Kreis Waren waren die Sozialdemokraten für die Vereinigung mit der KPD. In einem vom SPD-Ortsverein Waren herausgegebenen Buch über die Parteigeschichte der Sozialdemokraten im Müritzkreis ist von „Zwangvereinigung“ nicht die Rede. Darin wird vielmehr detailliert geschildert, wie sich am 24. März, einen knappen Monat vor dem Vereinigungsparteitag in Berlin, Kommunisten und Sozialdemokraten zur SED zusammenschlossen. In dem Buch heißt es: „Gespräche mit älteren Parteimitgliedern, die die Zeit der Vereinigung und die darauffolgenden Jahre bewußt miterlebten, zeigten, daß sie den Weg zur Vereinigung im festen Glauben gegangen sind, ihrer Verantwortung gegenüber dem notleidenden Volk gerecht zu werden.“<sup>228</sup> So war es, nicht nur in Waren.

Und trotz vieler Fakten lebt die Legende von der „Zwangvereinigung“ weiter. So etwa in einer Broschüre des SPD-Landesvorstands mit dem Titel „Zwangvereinigung von SPD und KPD in Mecklenburg-Vorpommern“, deren Inhalt keinen Beleg für den Titel darstellt. So schreibt etwa der Historiker Klaus Schwabe in dem Bändchen: „Belege für die erzwungene Einheit gibt es genauso, wie es sie gibt für eine freiwillige Entscheidung“ der Sozialdemokraten.<sup>229</sup> Wenn es Belege gegen die Zwangvereinigung gibt, warum steht sie dann im Titel der Broschüre?

Weil dieses Thema längst zum Gegenstand des politischen Streits geworden ist. Hermann Weber beklagt zu Recht, daß Konservative heute der SPD vorwürfen, die Vereinigung 1946 sei freiwillig erfolgt. „Offensichtlich wollen sie damit von der einstigen Mitmacher-Rolle der Blockparteien ablenken.“<sup>230</sup> In der Tat bestehen die ostdeutschen Landesverbände von CDU und FDP bis heute zum überwiegenden Teil aus einstigen Mitgliedern und Funktionären der mit der SED befreundeten Blockparteien CDU, DBD, NDPD und LDPD. Im Bundestag sitzen bis heute Leute, die bis 1989 die Mauer gepriesen und die führende Rolle der SED bejubelt haben, und dies auf den Fraktionsbänken der Christdemokraten und der Liberalen.

Im Juli 1990 publizierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Broschüre über „die politischen Verstrickungen der SPD in die SED-Diktatur“. In der Einleitung heißt es: „In der sowjetischen Besatzungszone waren es Blauäugigkeit und Opportunismus, die die SPD in die Arme der KPD trieben. Sie machte sich damit mitverantwortlich an der Errichtung der zweiten schrecklichen Diktatur auf deutschem Boden in diesem Jahrhundert.“<sup>231</sup> Und folgt ein Potpourri aus Zitaten, das mich in seiner Machart an unsägliche SED-Agitationsbroschüren erinnert. Man rühre all das zusammen, was einem ins Weltbild paßt, und was nicht hineinpaßt, übersehe man großzügig.

Erstaunlich übrigens, daß diese Sichtweise exakt übereinstimmt mit der Position der SED und mancher Unbelehrbarer in der PDS, die ebenfalls unterstellen, daß die Sozialdemokraten dereinst einheitsbeseelt in die SED strömten.

Die historische Wahrheit, so, wie sie auch Malycha in seinen Arbeiten schildert, ist komplizierter und für Agitatoren, gleich welcher Couleur, nicht brauchbar. Wenn man den Begriff „Zwangsvereinigung“ als eindimensional ablehnt, so bestreitet man keineswegs, daß Zwang eine wichtige Rolle gespielt hat.

1945/46 konnten die Sozialdemokraten in Ostdeutschland nicht wissen, daß die KPD von Anfang einen eindeutigen Kurs verfolgte: Sie wollte die herrschende Partei werden, entweder allein oder durch „Blutspende“. Das war der kommunistischen Führung um Pieck und Ulbricht schon lange vor Kriegsende klar. Der Berliner Historiker Manfred Wilke hat dieses Konzept in einem brillanten Vortrag vor der Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte dargelegt.<sup>232</sup>

Alle strategischen und taktischen Erwägungen der KPD waren der Machtfrage untergeordnet. Am Ende ging es darum, die eigene politische Herrschaft zu errichten und die Konkurrenten um die Macht auszuschalten. Der Weg zur Liquidierung des jederzeit erfolgreicherer Haupttrivalen in der Arbeiterbewegung war die Vereinigung, der die Säuberung umgehend folgte. In diesem Sinn hatte Thälmann recht gehabt, als er erklärte, die Vernichtung der Sozialdemokratie sei endgültig erst möglich, wenn die Kommunisten die Macht erobert hätten. Nach dem Parteibuchumtausch 1951 hatte die stalinisierte SED 320 000 Mitglieder weniger! Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin – letzterer war in der Komintern für Säuberungen zuständig gewesen! –, die einstigen Politbürogenossen Thälmanns, führten den Kampf gegen die Sozialdemokraten siegreich zu Ende. Stalin hatte sie gelehrt, „daß ohne Zerschlagung der in den Reihen der Arbeiterklasse tätigen kleinbürgerlichen Parteien (...) der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist“.<sup>233</sup> Wer den Marxismus-Leninismus in der Arbeiterbewegung durchsetzen wollte, mußte den Sozialdemokratismus vernichten. Davon ließen sich die Kommunisten auch durch die Schrecken des Nationalsozialismus nicht abhalten. Das konnten die Sozialdemokraten 1945/46 allerdings bestenfalls ahnen. Sie hofften, daß die Kommunisten aus dem Desaster von 1933 gleichfalls Lehren gezogen hatten. Und was die Kommunisten nach 1945 erklärten, hörte sich ganz danach an.

((Kasten Anfang))

*Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen*

*wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.*

*Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.*

*Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.*

*An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!*

Aus dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945<sup>234</sup>  
((Kasten Ende))

Auch die „Grundsätze und Ziele“ der SED, die auf dem Vereinigungsparteitag 1946 beschlossen wurden, erinnern eher an das Heidelberger Programm der SPD von 1925 oder an das „Prager Manifest“ des sozialdemokratischen Exilvorstands von 1934. In ihrer Struktur erinnern die Grundsätze an das Erfurter SPD-Programm von 1891, auch dieses war aufgeteilt in Gegenwartsforderungen und Aussagen über das sozialistische Endziel. In den SED-Grundsätzen ist zum Beispiel die Rede von der „Sicherung der demokratischen Volksrechte, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift (...). Gesinnungs- und Religionsfreiheit“. Garantiert werden soll auch das „Koalitions-, Streik- und Tarifrecht“. Und da heißt es auch: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“<sup>235</sup>

Betrachtet man die Programme der SPD vor dem Godesberger Programm (1959), so konnten sich die Sozialdemokraten inhaltlich als Sieger fühlen. Von Marxismus-Leninismus steht nichts im ersten SED-Programm, genausowenig vom demokratischen Zentralismus, und nicht einmal Stalin wird bejubelt. Die Zugeständnisse der KPD waren groß, und wenn man zu DDR-Zeiten Forderungen aus den „Grundsätzen“ erhoben hätte, wäre man in Bautzen gelandet. Zu den Verlockungen auf dem Weg zur Einheitspartei gehörte die Illusion, die Sozialdemokraten könnten in der SED die Oberhand gewinnen.

Aber vor allem sollte man sich in die Lage nach 1945 versetzen. In den Augen der meisten politisch denkenden Deutschen hatte der Kapitalismus abgewirtschaftet, wie es auch die CDU in ihrem Ahlener Programm sagte. Irgendein Sozialismus sollte an seine Stelle treten. Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Kriegs getragen und war nicht nur Besatzer, sondern auch Befreier. Stalin – „Uncle Joe“ – war kurz nach 1945 nicht der blutrünstige Diktator, sondern der unumstrittene Führer einer der großen Mächte der Welt, die gemeinsam das Erbe des Nationalsozialismus zu verwalten hatten. Die Nazis hätten die Weimarer Republik nicht zerschlagen können, hätten Sozialdemokraten und Kommunisten sie gemeinsam verteidigt. In den KZ hatte es meist keinen Unterschied gemacht, welches Parteibuch ein Gefangener hatte. Und nach der Niederlage der Nazis, war es da nicht klar, daß deren entschiedenste Gegner eine führende Rolle beanspruchten? Waren nicht die Kommunisten 1933 als erste aus dem Reichstag ausgeschlossen und gejagt worden, während Konservative und Liberale Hitlers Ermächtigungsgesetz zustimmten, dem allein die sozialdemokratischen Angeordneten widersprachen? Und hatten sich die bürgerlichen Kräfte nicht völlig diskreditiert, als sie die Nazis an die Macht brachten und sich ihnen andienten? Die Zukunft gehörte dem Sozialismus

und seinen Parteien – das war vor allem in der sowjetischen Zone, wo ja auch die Besatzungsmacht sozialistisch war, in den Monaten nach dem Mai 1945 eine klare Sache. Hunderttausende strömten in die Parteien, die den Sozialismus versprachen: Mehr als 1,2 Millionen Mitglieder hatten SPD und KPD vor ihrem Zusammenschluß allein in der SBZ! Die sozialdemokratischen Befürworter und konservativen Kritiker der Zwangsvereinigungsthese haben gleichermaßen politische Motive. Es geht um die sogenannte Kommunismusanfälligkeit der SPD, die die einen behaupten und die anderen bestreiten. Konservative werfen der SPD traditionell vor, mit den Kommunisten zu kungeln, mindestens unsichere Kantonisten zu sein. Und Sozialdemokraten verweisen darauf, daß nur die Gewalt sie in Ostdeutschland zur Vereinigung mit den Kommunisten gebracht habe, um damit auch die Denunziation abzuweisen.

Bei diesem Streit ging es früher um die Aktionseinheit mit Kommunisten oder mehr oder minder delikate Absprachen mit SED-Größen, etwa um der SPD bei Bundestagswahlen zu helfen (so, wie es Egon Bahr ja eingestanden hat).

Heute geht es um die PDS. Um die Frage, ob die SPD mit der PDS zusammenarbeiten will, sei es in einer Koalition, sei es durch ein Tolerierungsabkommen wie in Magdeburg. Aber kann man die PDS mit KPD oder SED vergleichen?

Ich kritisiere in diesem Buch die PDS, auch wegen ihrer Unfähigkeit, ihre stalinistische Vergangenheit aufzuarbeiten. Ich werde diese Kritik im letzten Kapitel, wo es um die Tragödie der deutschen Linken geht, zusammenfassen um mich deshalb hier kurz fassen. Der PDS ist eine Menge vorzuwerfen, aber sie ist keine kommunistische Partei. Deshalb hinkt der historische Vergleich. Es geht bei der Erörterung einer Zusammenarbeit von SPD und PDS nicht um eine Aktionseinheit oder Einheitsfront, schon gar nicht um eine Volksfront, wie Ahnungslose im Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Zentrale, fabulieren. Eine Zusammenarbeit von SPD und PDS würde unsere Gesellschaft nicht grundlegend verändern. KPD und SED waren nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert, der alles mögliche war, nur nicht demokratisch. Er besagte im Kern, daß die Vorstände von oben nach unten bestimmten, was die Partei tat. An der Spitze stand ein Politbüro (in der DKP hieß es Präsidium), dessen Weisungen diszipliniert zu folgen war. Abweichende Positionen durften öffentlich gar nicht geäußert werden, intern nur in Grenzen, auf keinen Fall mehr nach der Beschlußfassung. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei unter Führung ihrer Leitungsorgane waren höchste Güter, „Fraktionsmacherei“ war verpönt und wurde unnachgiebig geahndet. Zu Zeiten der Kommunistischen Internationale, also von 1919 bis 1943, waren die nationalen Leitungsorgane der kommunistischen Parteien in aller Welt den Weisungen des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) unterworfen. Das EKKI bestimmte im Zweifels- und Streitfall auch die Zusammensetzung der Vorstände. Nach Auflösung der Komintern und dem kurzen Zwischenspiel des Kommunistischen Informationsbüros (1943 bis 1956) übernahm die sowjetische KP direkt die Rolle der obersten Entscheidungsinstanz, die sie zuvor vermittelt über ihre bestimmende Rolle in den internationalen Gremien ausgeübt hatte.

Angesichts dieser Grundstruktur war jedes Mißtrauen in die KPD berechtigt. Eine Partei, die nur Manövriermasse ihrer Führung oder gar einer ausländischen Macht ist, ist nicht berechenbar. Eine Partei, die nicht demokratisch aufgebaut und einem Endziel verpflichtet ist, ist als Bündnispartner eine Zumutung. Eine Partei ohne Demokratie kann keine demokratische Politik betreiben.

Die PDS ist nicht ferngesteuert. Die Autorität ihrer Führung überschreitet in manchen Fällen nicht einmal die Eingangspforte des Karl-Liebknecht-Hauses. Der Pluralismus in der Partei ist statuarisch fest verankert, die Meinungsfreiheit wird geradezu exzessiv genutzt. Gruppen in der Partei, also Fraktionen, haben das Recht, sich zu organisieren und erhalten Geld aus Parteimitteln. Niemand ist verpflichtet, Parteitagsbeschlüsse richtig zu finden. Von demokratischem Zentralismus kann keine Rede sein. In den Parteimedien gibt es immer wieder kontroverse Diskussionen. Die Bundestagsgruppe und die Fraktionen in Landtagen

und Kommunalparlamenten sowie die fast 200 PDS-Bürgermeister sind nicht weisungsgebunden, sondern entscheiden eigenverantwortlich, oft genug zum Ärger von Leitungsgremien der eigenen Partei. Was ihre politische Struktur angeht, ist die PDS pluralistischer als alle anderen Parteien. Dies ist kein Übergangsstadium, sondern der Grundzustand der PDS. Insofern sind plötzliche taktische Wendungen, wie man sie von kommunistischen Parteien immer erwarten mußte, unvorstellbar. Die Entscheidungsfindung dauert in keiner Partei länger als in der PDS, weil die pluralistische Struktur umfassende Diskussionen verlangt. Und selten geht es um klare Linien, meistens enden die Debatten in Kompromissen zwischen den Lagern und Strömungen.

Genausowichtig als Unterscheidungsmerkmal ist, daß die PDS keine Avantgardepartei ist und mit Lenins Parteitheorie nichts mehr im Sinn hat. Sie wird sogar in Kreisen der KPF nicht mehr gepriesen, und das Marxistische Forum beansprucht ebenfalls keine führende Rolle für die Partei. Lenins Parteikonzept, wie er es 1902 in „Was tun?“ entwickelt und wie es Stalin bis zum militärischen Exzeß fortgeschrieben hat, hat sich auch in den Augen der PDS-Genossen nicht bewährt.

Die führende Rolle der Partei ist ohnehin nur zu verwirklichen, wenn die Partei geschlossen und diszipliniert auftritt. Die Avantgarde bedarf einer organisatorischen Struktur, die die PDS nicht einmal entfernt aufweist. Man muß nur einmal einen Parteitag besuchen, und man verabschiedet sich stante pede von der Idee, die PDS würde und könnte einen Führungsanspruch in Leninschem Sinn erheben. Statt dessen ist die PDS im Osten, nur dort hat sie Gewicht, eine Volkspartei mit einem Wähleranteil von rund 25 Prozent der Stimmen. Vor allem aber hatten kommunistische Parteien ein unverrückbares Ziel: die Eroberung der politischen Macht, auf lateinisch: die Diktatur des Proletariats. Der PDS aber ist das Proletariat abhanden gekommen. Zum einen ist sie keine Arbeiterpartei, wie ihre soziale Zusammensetzung ausweist, und zum anderen bezweifeln die maßgeblichen Theoretiker und Spitzenpolitiker, daß die Arbeiter eine revolutionäre Rolle spielen könnten. Von einer historischen Mission ist weder im Programm noch in den Köpfen der politischen Aktivisten noch eine Spur zu finden. Und eine Diktatur will bis auf ein paar Unbelehrbare auch niemand mehr in der Partei.

Eine Partei ohne Diktatur des Proletariats, ohne kommunistisches Ziel, ohne demokratischen Zentralismus und ohne den Glauben an die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse ist keine kommunistische Partei.<sup>236</sup>

Warum also keine Koalition mit der SPD? Dafür gibt es mehrere Gründe:

Erstens muß die SPD mit dem latenten Antikommunismus, vor allem in Westdeutschland, rechnen. Im Westen würde eine Koalition oder die Aussicht auf eine Tolerierung durch die PDS im Bundestag Stimmen kosten.

Zweitens will die SPD den Hauptkonkurrenten im eigenen Lager nicht stärken, sondern erklärtermaßen beseitigen. In Ostdeutschland ist die SPD so schwach, weil die PDS so stark ist. Gäbe es die PDS nicht, würde die SPD einen Großteil ihrer Stimmen gewinnen. Und auch ihrer Mitglieder, denn immer noch stehen im Osten knapp 30 000 Sozialdemokraten mehr als 100 000 PDS-Mitgliedern gegenüber. Die SED hat die sozialdemokratische Traditionslinie zerschnitten, einer ihrer letzten Erfolge mit Nachwirkung. Sachsen oder Thüringen etwa waren bis 1933 und dann wieder bis 1946 Hochburgen der SPD. Der sächsische Landesverband hatte vor der Vereinigung mit der KPD mehr als 200 000 Mitglieder, ein knappes Drittel der sozialdemokratischen Mitgliedschaft in der SBZ! Heute regieren dort Konservative, darunter viele Ex-Blockflöten, und bei den Landtagswahlen 1994 hat die PDS nur ein Zehntelprozent weniger Stimmen gewonnen als die SPD (16,5 zu 16,6 Prozent), obwohl sie in Sachsen schwer zerstritten ist! Mit der Beseitigung der PDS müssen die Sozialdemokraten noch ein bißchen warten. SPD-Landeschefs wie Harald Ringstorff (Mecklenburg-Vorpommern) und Richard Dewes (Thüringen) haben die Zeichen der Zeit erkannt und bemühen sich, das Verhältnis ihrer Partei zur PDS flexibler zu gestalten. Der Sozialdemokrat Reinhard Höppner konnte in Sachsen-Anhalt nur Ministerpräsident werden,



weil er die Stimmen der PDS bekam. Das „Magdeburger Modell“, die Tolerierung eines rot-grünen Bündnisses durch die PDS, hat sich trotz aller Unkenrufe schon mehrere Jahre bewährt. Es heißt nicht umsonst „Modell“: Es zeigt den Sozialdemokraten den Weg, eine Koalition mit der PDS zu vermeiden, ohne auf ihre Stimmen zu verzichten. Auch bei einem Wechsel in Bonn könnte es auf die PDS-Bundestagsabgeordneten ankommen. Drittens gibt es bei der PDS nach wie vor eine Glaubwürdigkeitslücke. Die deftigen Mängel bei der Vergangenheitsaufarbeitung wirken auch politisch. Die Sozialdemokraten kritisieren zu Recht, daß man nicht glaubwürdig für Demokratie streiten kann, wenn man die SED-Diktatur nicht grundlegend und restlos ablehnt. Und die SPD hat, vor allem in Westdeutschland, Angst vor Neuauflagen der „Rote-Socken-Kampagne“, deren letzte der CDU im Osten zwar geschadet, die SPD im Westen aber in Schwierigkeiten gebracht hat. Hinzu kommt, daß die SPD in Ostdeutschland als Bürgerbewegungspartei gegründet worden ist. Sie hat eine andere Biographie als die Landesverbände im Westen. Sie hat auch andere Erfahrungen mit der SED gemacht. War doch manchen West-SPD-Vertretern die Honecker-Partei in den achtziger Jahren nicht mehr gar so feindlich vorgekommen. Man vereinbarte gemeinsame Papiere für Abrüstung, kungelte auch ein bißchen, dies aber nicht ideologisch, sondern machtpolitisch. Wohingegen die Bürgerbewegungen tagtäglich mit Verfolgung konfrontiert waren. Fürchtet die West-SPD eher die Attacks der Union, wenn sie sich mit der PDS einläßt, so haben Vertreter der Ost-SPD oft prinzipielle Schwierigkeiten mit einer Partei, die sich selbst als Nachfolgerin der bei Bürgerbewegten verhaßten SED bezeichnet. Und doch wird im Osten die sozialdemokratische PDS-Ablehnung weiter aufweichen. Die Alternative zu Tolerierung oder Koalition ist nämlich die große Koalition mit der CDU. Wenn die SPD die PDS-Option nicht wahrnimmt, verliert sie jeglichen Bewegungsspielraum, sofern es keine absolute Mehrheit für eine Partei oder für Rot-Grün gibt. Wenn die SPD die PDS von vornherein außen vor läßt, hat sie auch bei Koalitionsverhandlungen mit der CDU schlechte Karten. Wenn die SPD aber offen ist für eine Zusammenarbeit mit Honeckers Erben, dann gerät die CDU in eine katastrophale strategische Lage: Da die FDP im Osten praktisch nicht mehr existent ist, hat sie keinen Koalitionspartner mehr. Außer in Sachsen ist eine absolute CDU-Mehrheit unwahrscheinlich. Es ist wohl eher diese koalitionsstrategische Ausgangslage, die das Konrad-Adenauer-Haus dazu bewegt, sich über jede Annäherung zwischen SPD und PDS zu empören. Wäre das Rote-Socken-Getöse allein moralisch begründet, dann hätte die Union nicht die einstigen Blockparteien CDU und DBD mitsamt allen SED-treuen Kadern aufnehmen dürfen.<sup>237</sup>

((Kasten Anfang))

*Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war dem Wesen nach ein Vorgang, der dem Geist des gerade beginnenden Kalten Krieges widersprach – und ist dennoch oder gerade deswegen von den frühen Schlachten des Kalten Krieges geprägt und verzerrt worden. Nichts wäre schlimmer, als dieses historische Ereignis und seine Folgen heute wieder nur in den Kategorien des Kalten Krieges zu bewerten: Schwarz – oder weiß; gut – oder böse. Die Folge wäre, daß eine Debatte über die Vergangenheit die Diskussion über das Heute und das Morgen blockiert. Das wäre falsch. In einer Frage allerdings gibt es eine klare Position: Die Entwicklung der SED führte zur Unterdrückung demokratisch-sozialistischer Ansätze – gleich, ob sozialdemokratischer oder kommunistischer Herkunft. Viele ihrer Anhängerinnen fielen Parteisäuberungen zum Opfer oder wurden zum Schweigen verurteilt. Nicht wenige mußten für ihren Widerstand gegen diese Entwicklung schwere persönliche Opfer bringen, manche büßten mit Haft oder sogar mit dem Tod. Es ist für demokratische SozialistInnen selbstverständlich, daß sie Formen politischer Auseinandersetzungen, die zu solchen Folgen führten, verurteilen und für sich selber ausschließen. Daran lassen wir keinen Zweifel! Meine zweite Anmerkung: Am Anfang der SED standen die erklärte Absicht und im Herzen vieler Genossinnen und Genossen beider Parteien der ehrliche Wunsch, nach zwölf schrecklichen Jahren die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und das Beste aus der*

*Tradition der beiden großen Arbeiterparteien zu machen. Dennoch haben wir in der SED das sozialdemokratische Erbe gründlich und endgültig verspielt. Das zu leugnen hat keinen Zweck. Daß die Erinnerung an die revolutionäre Sozialdemokratie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in der SED hochgehalten wurde und auch durchaus lebendig war – das ist eher eine Bestätigung als ein Gegenbeweis gegen die These, daß eben sozialdemokratische Fortentwicklung in der SED nicht mehr stattgefunden hat. Die Frontlinien des Kalten Krieges trennten auch sozialdemokratische und kommunistische Bewegung, SPD und SED – und bis heute SPD und PDS. Am Ende des Jahrhunderts ist diese Verselbständigung eine historische Tatsache – anders als an seinem Anfang oder in seiner Mitte. Gemeinsame Wurzeln und gemeinsame Geschichte sind ungeachtet dessen eine Realität und ein Thema auch heute. Aber: Den Konservativen eine Alternative entgegensetzen und ihre Herrschaft zu überwinden – diesem Ziel bringt uns nicht der integrierende Geist näher. Wir leben nicht zu Zeiten August Bebels. Heute geht es um eine streng rationale Auseinandersetzung eigenständiger Partner um Probleme und Inhalte der Gegenwart.*

PDS-Chef Lothar Bisky auf dem Magdeburger Parteitag, Januar 1996.<sup>238</sup>  
 ((Kasten Ende))

Sachsen-Anhalts CDU-Chef Christoph Bergner mußte als erster die neue sozialdemokratische Beweglichkeit erfahren, als sein liberaler Koalitionspartner bei den Landtagswahlen im Juni 1994 die Fünfprozentklausel verfehlte. Obwohl die CDU stärkste Partei war, beharrte SPD-Spitzenkandidat Höppner darauf, Ministerpräsident zu werden. Er wurde es, aber nicht in einer großen Koalition, sondern in einem rot-grünen Minderheitskabinett, gewählt auch mit Stimmen der PDS. Die Zusammenarbeit zwischen Höppner und der PDS um Roland Claus und Petra Sitte funktioniert gut, und das Geschrei um das Magdeburger Modell ist abgeflaut. In Sachsen-Anhalt entpuppt sich die PDS vielmehr als eine linkssozialdemokratische Partei, sehr zum Ärger von KPF und Marxistischem Forum.

Spätestens seit dem Schweriner PDS-Parteitag vom Januar 1997 ist klar, daß die PDS trotz allen Widerspruchs der Traditionalisten in ihren Reihen den Schulterschuß mit Rot-Grün sucht. Seit der deutschen Vereinigung hatte sie sich immer als Oppositionskraft verstanden, auch weil sie ihren Platz im neuen Deutschland nicht gefunden hatte. Sie war zudem vor allem mit sich selbst beschäftigt. Und das ist kein Wunder: Binnen weniger Monate wurde die SED entmachtet, verlor Hunderttausende von Mitgliedern und ihre komplette Führung, mußte sich von ewigen Wahrheiten verabschieden und nach langem Streit den Großteil ihres Vermögens abtreten, brauchte neue Köpfe und neue Programme, wurde von Skandalen geschüttelt und wird bis heute immer wieder von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Nicht zuletzt gelten PDS-Leute als Parias, wird ihnen, nicht ohne Grund, die SED um die Ohren gehauen. Aber immer waren sie auch Abtreter für jene, die eigene Schuld weiterreichen.<sup>239</sup>

Nun aber hat sich die Partei strategisch und programmatisch stabilisiert. Sie hat funktionierende Vorstände und Parlamentsfraktionen. Und: Eine Vergangenheit, die allmählich in die Ferne rückt, bedrückt weniger stark. Zwar sind die meisten Genossen noch nicht in der Bundesrepublik angekommen, aber in den Vorständen sind viele unterwegs. Die Führungsmannschaft der Partei um Lothar Bisky, Gregor Gysi, André Brie und Geschäftsführer Dietmar Bartsch, der vielleicht Bisky als Parteivorsitzender beerben wird, die Landespolitiker Roland Claus, Petra Sitte oder Helmut Holter wollen keine Neuauflage der kommunistischen Einheitsfrontpolitik, sie wollen schon gar keine Verschmelzung. Sie wollen auch wegen programmatischer Überschneidungen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Grünen. Sie wollen die konservative Hegemonie brechen.

Ich werde im nächsten Kapitel diese Strategie der PDS schildern. Hier reicht die Feststellung, daß die PDS mitspielen will im pluralistischen Spiel. Sie glaubt ihren Platz links von SPD und Grünen gefunden zu haben und will nun ausloten, was von dort aus möglich ist.

Ein wichtiges Mittel dazu ist die Erfurter Erklärung. Sie ist nach dem Magdeburger Modell

der zweite wichtige Versuch der PDS, der politischen Diaspora zu entkommen. Die Erfurter Erklärung wurde kurz, aber noch rechtzeitig zum Schweriner Parteitag im Januar 1997 fertig, um den Genossen Parteitagsdelegierten einen Ausblick auf künftige Erfolge zu geben. Hektisch hatten führende Parteivorstandsmitglieder am Text gefeilt, und hektisch suchten sie nach prominenten Erstunterzeichnern aus dem linken, vor allem dem sozialdemokratischen Lager. Sie fanden 37. Auf dem Parteitag hielt dann der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Thüringen, Bodo Ramelow, eine vielbeachtete kämpferische Vorstellungsrede. Außer ihm gehören weitere Gewerkschaftsführer zu den Erstunterzeichnern: Gisbert Schlemmer, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall; Frank Spieth, der Thüringer DGB-Chef. Weitere prominente Erstunterzeichner sind: Stefan Heym, Günter Grass, Dieter Lattmann, Peter von Oertzen, Heino Falcke, Dorothee Sölle, Gerhard Zwerenz, Daniela Dahn, Herbert Schirmer und andere. Eine illustre Gesellschaft von Menschen, die über jeden Kommunismusverdacht erhaben sind. Dazu zählen jene Sozialdemokraten, die die Erfurter Erklärung seitdem unterzeichnet haben wie Egon Bahr, die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt, Mecklenburg-Vorpommerns Finanzministerin Sigrid Keler, die Juso-Bundesvorsitzende Andrea Nahles oder Thüringens SPD-Chef Richard Dewes. Natürlich beschworen CDU/CSU gleich das Gespenst eines „Volksfrontbündnisses“ (wobei mich bei solchen Apostrophierungen immer wieder Zweifel befallen, ob die, die da von Volksfront sprechen, überhaupt wissen, was das ist). Kanzler Kohl sprach gar von „Haßpredigern, die sich in Erfurt zusammenrotten und ihr Haupt erheben“.<sup>240</sup>

Die Erfurter Erklärung – Überschrift: „Bis hierher und nicht weiter: Verantwortung für die soziale Demokratie – besteht aus sieben Punkten: Im ersten Punkt wird der Angriff auf die soziale Demokratie kritisiert und die galoppierende Staatsverschuldung beklagt. Angesichts dessen müßten sich die gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, „die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen“. Punkt 2 verlangt eine gerechte Verteilung von Einkommen und Gütern in Ost und West. Im dritten Punkt fordert eine andere Regierung. „Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten.“ In Punkt vier wird erklärt, daß die Hauptaufgabe der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit sei. Verlangt wird eine gerechtere Verteilung der Arbeit, die Belastung der Reichen und eine ökologische Steuerreform. Im fünften Punkt wird gesagt, daß zur Finanzierung der neuen Politik Steuerehrlichkeit ausreiche. Und: „Geldtransfers, Gewinne, Großerbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden.“

Punkt 6 sei ganz zitiert, weil über ihn am meisten gestritten wird und weil aus Sicht der PDS von zentraler Bedeutung ist:

„Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 bis 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Reformen auf neue Weise gerecht werden: sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer ‚Ein-

Punkt-Kompetenz' (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle am Ende die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir, ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie niemand im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.“

Im siebten Punkt plädieren die Unterzeichner für einen „neuen gesellschaftlichen Aufbruch“, für ein „Bündnis für soziale Demokratie“.<sup>241</sup>

In der Erfurter Erklärung steht nichts, was man nicht schon in sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Veröffentlichungen gelesen hätte – ausgenommen der Appell, daß die Oppositionskräfte zusammenarbeiten sollen. Darauf konzentriert sich die Kritik aus der Union. Es ist scheinheilig, daß die PDS immer wieder darauf verweist, dies sei gar nicht der wichtigste Punkt der Erklärung. Für sie ist Punkt 6 in Wahrheit das A und O. Vor allem deshalb hat sie die Kampagne entfacht, die mittlerweile weit mehr als 40 000 Menschen (Stand November 1997) per Unterschrift unterstützen. Was in der Erfurter Erklärung steht, trifft die Stimmung vieler Deutscher, vor allem in Ostdeutschland. Trotzdem haben sich SPD und Grüne offiziell von der Erklärung distanziert und erreicht, daß auf einem Kongreß der Initiatoren der Erklärung im Oktober 1997 in Erfurt die Forderung nach einer Zusammenarbeit mit der PDS ausgeklammert wurde. Eine Niederlage für Bisky & Co. Aber kein Desaster. Am Ende wird die Sozialdemokratie der Verlockung nicht widerstehen können, die linke Mehrheit bei Landtagswahlen auch zum eigenen Nutzen zu realisieren. Es ist nur die Frage, wo zuerst.

Warum wollen die Reformer in der PDS die Zusammenarbeit mit der SPD? Warum auch die Beteiligung an Regierungen? Nicht weil sie die Republik zu unterwandern beabsichtigen. Nicht um den Sozialismus zu errichten, womit mancher Konservative den Bürger erschreckt. Natürlich wollen Bisky, Gysi oder Brie gestalten. Sie wollen als Politiker zumindest Teile ihrer Ziele realisieren und glauben, dies am besten tun zu können, wenn sie mit in der Regierung sitzen. Das ist wichtig, aber nicht das wichtigste. Ein sozialpsychologisches Moment ist von noch größerer Bedeutung: der Versuch der Erneuerer, die PDS in das politische System der Bundesrepublik zu integrieren, endlich aus dem Getto herauszukommen. Nur so gibt es eine Chance, die Partei zu verändern, die Ostalgiker zurückzudrängen, die Genossen auf Ziele einzuschwören, die in der Zukunft liegen, statt mit dem Blick zurück zu leben.

Es ist eine verrückte Situation: Ohne ideologische Mehrheit in der Partei für dieses Konzept will deren Spitze die eigenen Genossen einer pädagogischen Erfahrung aussetzen, um sie von der Fixierung auf die Vergangenheit abzubringen. Sie profitiert dabei von der Tatsache, daß die Hardliner von Wagenknecht bis Heuer bei allen Seifenblasen keine Strategie besitzen. Und davon, daß die Genossen an der Basis, wenn auch unwillig, der Führung folgen. Das haben sie in 43 ½ Jahren SED gelernt. Und diese Autoritätshörigkeit aus Zeiten des demokratischen Zentralismus nutzen jene Kräfte, die mit der SED sonst nicht mehr viel zu tun haben wollen. Das ist noch verrückter.

Die PDS braucht die Kooperation mit anderen politischen Kräften, auch die

Regierungsverantwortung, um sich zu erneuern. Dafür braucht sie auch die Erfurter Erklärung. Ich bin skeptisch, ob es der Partei je gelingen wird, sich ganz von Stalin zu befreien. Aber wenn es klappen soll, dann darf sie nicht im Morast sitzenbleiben. Eigentlich sollten SPD, Grüne und die Union die Integration der PDS in die politische Landschaft unterstützen. Immerhin repräsentiert die Partei in Ostdeutschland mehr als zwanzig Prozent der Wählerstimmen. Man sollte nicht beklagen, daß viele Ostdeutsche nichts zu tun haben wollen mit dem neuen Deutschland, wenn man sie nur dann akzeptiert, wenn sie eine andere Partei wählen als die PDS.

Ich werde die PDS wohl nie wählen. Die Gründe dafür stehen in diesem Buch. Aber ich bin dagegen, daß Bisky, Gysi, Brie und Genossen weiter so behandelt werden, wie Gerhard Riege behandelt worden ist. Ich bin dagegen, daß jene verächtlich gemacht werden, die mit der PDS zusammenarbeiten wollen. Auch deshalb habe ich die Erfurter Erklärung unterschrieben. Ich gebe zu, mit Bauchschmerzen.

## **BRD etwas dunkler und kalt**

### *Der Weg und das Ziel*

In Pasewalk im mecklenburg-vorpommerschen Kreis Uecker-Randow treffe ich Barbara Glaß. Die zierliche Frau mit kurzgeschnittenen braunen Haaren über einem schmalen Gesicht ist Doktorin der Agrarwissenschaften. Barbara Glaß ist freundlich, zurückhaltend, aber offen. Die Vierzigjährige arbeitet als ABM-Kraft in einem Projekt „Dorferneuerung“ in Ferdinandshof, zwischen Pasewalk und Anklam gelegen. Von 1975 bis 1979 studierte sie an der Wilhelm-Pieck-Universität in Rostock, Sektion Tierproduktion. Anschließend arbeitete sie in einem Forschungsstützpunkt der Universität in Ferdinandshof. In ihrer Promotion beschäftigte sie sich mit der Aufgabe, „hochleistungsfähige Masthybriden heranzuzüchten“, also Fleischberge auf vier Beinen.

In vielen Regionen der einstigen DDR sieht man noch heute die riesigen, flachen Bauten, die Ställe zu nennen ich zögere. Es sind Aufzuchtanlagen, Zementkästen, mitten in Dörfern und Wiesen gesetzt. Ihre Gülle hat manche Böden mit Nitrat verseucht. Die meisten Rindermastanlagen werden heute nicht mehr benutzt und verwandeln sich in Betonzeugen des Fortschrittswahns.

Barbara Glaß ist mit achtzehn Jahren, früher ging es nicht, in die SED eingetreten. 1976 gab wieder einmal ein „FDJ-Aufgebot“, und die besten Schülerinnen und Schüler der Abiturklassen, sofern sie auch „gesellschaftlich aktiv“ waren, wurden für würdig befunden, Kandidaten der „Partei der Arbeiterklasse“ zu werden. Barbara Glaß war nicht nur eine gute Schülerin, sondern auch rühmig in der FDJ. „Ich habe überhaupt nicht lange überlegt, das zu machen“, sagt sie mir. „Es war eine logische Folge meiner Erziehung.“ Der Vater war auch in der SED. Aber: „Von heute aus gesehen, könnte ich den Grund nicht mehr nachvollziehen.“ Der Frust, den die SED wohl allen beweglichen Geistern mehr oder minder bereitet hat, hat auch Barbara Glaß bald ereilt. Es fing an, als sie nach der Promotion in der Pasewalker Kreisverwaltung für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zuständig war. „Es durfte keine Minusbilanz geben, jeder Pups mußte begründet werden“, klagt sie über die strenge Hierarchie im Staatsapparat. Den Rat des Kreises kontrollierte – demokratisch-zentralistisch – der Rat des Bezirks, und über dem stand der Ministerrat. Soviel Rat ist wirklich teuer. Wenn es im Kreis Pasewalk mit der Planerfüllung mal wieder nicht geklappt hat, wurde sie „künstlich korrigiert“, wie in anderen Kreisen auch. „Es wurde alles manipuliert“, sagt Barbara Glaß.

Sie hat versucht, ihre Meinung in der Partei zu Gehör zu bringen. Aber es hat nichts genutzt. Spätestens in der SED-Bezirksleitung kamen alle Beschwerden zurück wie ein Bumerang. Schließlich hat Barbara Glaß resigniert: „Mir hat man dann auch den Zahn gezogen.“ Die Wende hat sie als „erlösend und spannend“ empfunden. Es war ihr egal, daß die Revolution für ihre Partei eine Niederlage war. Wenn Honeckers Sturz in der Partei ausgelöst worden wäre, dann wäre die Revolution anders verlaufen. „Die Genossen hätten auf die Straße gehen müssen.“ Barbara Glaß ist froh über den Sturz des SED-Regimes.

Ich mache mit ihr ein kleines Spiel und gebe ihr dreißig Sekunden Zeit, der DDR und der BRD Eigenschaften zuzuordnen. Das ist ein bißchen unfair, aber sie macht mit:

„DDR: hell und warm; BRD: etwas dunkler und kalt.“

DDR: Demokratiemängel; BRD: mehr Demokratie, wenn auch mit Abstrichen.

DDR: soziale Sicherheit, ich kenne keine Arbeitslosen; BRD: soziale Unsicherheit, Obdachlose, Massenarbeitslosigkeit, Armut – so etwas kenne ich nicht aus der DDR.“

Wenn sie sich aussuchen könnte, wo sie leben dürfte, dann lieber in der DDR.

Barbara Glaß ist nicht die einzige Genossin, die ich traf, die die Diktatur der eigenen Partei verdammt, aber doch lieber in der DDR leben würde. Viele Ostdeutsche empfinden das neue Deutschland kalt, bürokratisch, hartherzig und rücksichtslos. Und in vielerlei Hinsicht ist es das auch. Heute wissen es nicht nur Wirtschaftsexperten, daß Honeckers soziale Segnungen

seit dem VIII. SED-Parteitag – der vielbeschworenen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als „Hauptaufgabe“ – die DDR wirtschaftlich überfordert haben. Es ist insofern demagogisch, wenn Unbelehrbare in der PDS bei ihren Systemvergleichen die Wohltaten der SED, besonders für Frauen, in die Waagschale legen. Unter anderem deswegen ist die DDR pleite gegangen. Das ist kein Gerücht, sondern Auskunft des obersten Wirtschaftsplaners Gerhard Schürer, und sie ist vielfach publiziert. Was die sehenden Blinden nicht daran hindert, den Unsinn von der sozialen Sicherheit in der DDR weiterzubreiten. Hätte es keine Bürgerbewegung gegeben, hätte nicht Gorbatschow darauf verzichtet, die Panzerrollen zu lassen, als die Menschen auf die Straßen gingen, die DDR hätte ihre Zahlungsunfähigkeit bekennen müssen. Um das zu verhindern, hatte sie bereits 1983 einen von Franz Josef Strauß vermittelten Milliardenkredit erbettelt. Wirtschaftslenker Günter Mittag und Konsorten fuhren die DDR-Wirtschaft auf Verschleiß, und ihrer Ökonomie erging es so wie der Reichsbahn, deren Langsamfahrstrecken kein Ende nehmen wollten.

Fast alle in der PDS, ob an der Basis oder in der Führung, beschwören die soziale Kälte in der Bundesrepublik und erinnern sich gern der Zeit der Kollektive, der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe – und vergessen hin und wieder, da zu all dem untrennbar auch die Unterdrückung gehörte. Daß das solidarische Miteinander auch zu tun hatte mit der allumfassenden Organisierung der Bevölkerung bis hin zu Hausgemeinschaften. Daß Vollbeschäftigung ermöglicht wurde durch den Mangel an wirtschaftlicher Effizienz. Und doch: Wenn irgend etwas die große Mehrheit der PDS-Genossen mit der DDR verbindet, dann deren sozialen Wohltaten und der fehlende Druck durch berufliche Risiken. Deswegen empfinden selbst erneuerungswillige Genossen die BRD oft als fremdes Land. Und deswegen betrachtet sich die PDS als Partei mit besonderer sozialer Kompetenz, die die jahrzehntelange Erfahrung der Solidarität in die neue Bundesrepublik einbringen könne. Das ist ein zentraler Ausgangspunkt aller strategischen Überlegungen der Partei. Seit es eine Strategie gibt. Der Weg dazu war allerdings beschwerlich.

Noch 1991 beklagte André Brie, daß es eine Strategie der Partei nicht gebe.<sup>242</sup> Die Genossen wußten damals vor allem, was sie nicht wollten: „Der Weg kann nicht eine Revolution alten Verständnisses sein. Gewalt, Machtkämpfe, Diktatur lehnen wir ab“, so der Parteivorstand in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 2. Parteitag im Januar 1991. Statt dessen wollten die Genossen eintreten „für eine Humanisierung und Demokratisierung aller gesellschaftlichen Beziehungen“. Dies sei ein „langwieriger Prozeß von Umwälzungen, die durchaus revolutionären Charakter tragen, da sie über die derzeitigen gesellschaftlichen Strukturen hinausweisen“.<sup>243</sup> Das war noch eher abstrakt, genauso wie die Überlegungen der Grundsatzkommission des PDS-Bundesvorstands, die den „Kampf gegen die Dominanz von Kapitalinteressen“ in der Vordergrund stellen, sich aussprechen für „gesellschaftlichen Fortschritt, für eine friedliche, naturverträgliche, demokratische, sozial gerechte, antipatriarchalische und kulturell reiche Gesellschaft“. Dazu wollten die Genossen die Potenzen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nutzen.<sup>244</sup>

Auch welche Bevölkerungsgruppen die PDS vertreten wolle, ließ sie offen. Sie wollte „nicht Vertreter der besonderen Interessen bestimmter sozialer Gruppen, Schichten oder Klassen sein, die es gegen die Interessen anderer durchzusetzen gelte. Das klingt ein bißchen nach Karl Marx, laut dessen Überzeugung die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung gleichbedeutend war mit der Befreiung aller Menschen. Nur fehlt bei der PDS der Bezug auf eine bestimmte Klasse.

Im Juni 1991, auf der 2. Tagung – der Fortsetzung – des 2. Parteitags, distanzierte sich Parteichef Gysi zum wiederholten Male von der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie, wie sie vor allem Lenin in Vorbereitung und Auswertung der Oktoberrevolution entwickelt hatte: „Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet für mich nicht die Wiederholung eines Versuchs, der die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft ignoriert.“ Er meinte damit vor allem individuelle und

politische Menschenrechte, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, aber auch „die positiven Gestaltungskräfte marktwirtschaftlicher Mechanismen“.<sup>245</sup>

Er formulierte Grundsätze für eine Strategie der PDS:

- radikale Demokratisierung „durch weitreichende Möglichkeiten direkter Demokratie“, auch die „Demokratisierung der Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln, an Grund und Boden, an Profit und Gewinn“;
- eine „neue und gerechte Verteilung von Arbeit“;
- die „reale Gleichstellung von Mann und Frau und ihre gemeinsame Emanzipation“;
- Entmilitarisierung der Gesellschaft und der internationalen Beziehungen sowie die Beseitigung des Rüstungsmarktes;
- die Neugestaltung des Nord-Süd-Verhältnisses durch solidarische und kooperative Beziehungen;
- Zurückdrängung der Marktherrschaft und Profitdominanz bei Wohnungen, dem Gesundheitswesen, in Kultur und Bildung;
- gesellschaftliche Kontrolle über wissenschaftlich-technische Entwicklungsrichtungen, die „zur Gefährdung der Natur, der Menschheit und der Menschlichkeit führen können“.<sup>246</sup>

Mir fällt auf, daß die meisten Punkte sich auch lesen lassen als Kritik an der DDR. Inwieweit die Einsicht in die Ursachen und Folgen der SED-Politik Gysi konkret die Hand führten, weiß ich nicht. Aber in dieser Zeit war die Parteiführung noch stark damit befaßt, Lehren aus der Vergangenheit in die Politik der PDS einfließen zu lassen. Vor allem wird immer wieder betont, wieviel Wert man auf Demokratie, ja auf ihre Verbesserung lege. So als wolle man es diesmal besonders gut machen. Besonders Gregor Gysi beschwört Demokratie bei allen Gelegenheiten. Es ist kein Zufall, daß Jahre später, als er das „Ingolstädter Manifest“ vorlegte, die Demokratie ganz vorne auf der Prioritätenlisten stand.

Das ist bei anderen bald anders. Je weiter die Erinnerung an die DDR verblaßt, desto konkreter konzentrieren sich viele Genossen in der Führung auf Wirtschafts- und Sozialpolitik, vor allem die Massenarbeitslosigkeit. Hier sehen sie den Hauptansatzpunkt für PDS-Erfolge. „Die zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Schlüsselfrage für eine moderne sozialistische Partei ist der Kampf um das Recht auf Erwerbsarbeit. (...) Die Forderung nach einem selbstbestimmten Leben kann nur dann verwirklicht werden, wenn Massenarbeitslosigkeit und Ausgrenzung ganzer sozialer Schichten überwunden werden“, heißt es in einem Thesenpapier von André Brie, Hans Modrow, Lothar Bisky, Kerstin Kaiser-Nicht, Michael Schumann und anderen vom September 1991.<sup>247</sup>

Natürlich gab es heftige Einwendungen der Traditionalisten. Die führende Rolle der Partei war weg, die Arbeiterklasse hatte als revolutionäres Subjekt ausgedient und damit auch der Klassenkampf, eine „richtige“ Revolution sollte es auch nicht geben, das Privateigentum an Produktionsmitteln sollte nur beschränkt und nicht abgeschafft werden.

Am Ende der ersten Etappe der Strategiedebatte in der PDS standen auf der einen Seite meist abstrakte Formeln, in denen sich der Versuch ausdrückte, es besser zu machen, die richtigen Lehren aus der diktatorischen Vergangenheit zu ziehen. Auf der anderen Seite standen die abstrakten Formeln jener, die Ideale der Geschichte beschworen und sich geistig keinen Millimeter von Stalin wegbewegt hatten.

Gregor Gysi interpretiert diesen Zwist als Neuauflage eines alten Streits der „beiden traditionellen Hauptrichtungen linker Politik in den vergangenen Jahrzehnten“. Die einen wollten den Kapitalismus reformieren, die anderen wollten Widerstand üben und den Kapitalismus revolutionär überwinden. Das erinnert in der Tat an die Diskussion über Reform und Revolution, wie sie die Arbeiterbewegung von Anfang an geführt hatte: zuerst Marx gegen Bakunin und die Anarchisten, dann Rosa Luxemburg und Karl Kautsky gegen Eduard



Bernstein im „Revisionismusstreit“ in der deutschen Sozialdemokratie (dessen russische Variante der Kampf zwischen Menschewiki und Bolschewiki in Rußland war), dann die Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik (und zwischen der Zweiten und der Kommunistischen Internationale in Europa). Und nun schließlich innerhalb der PDS? Ganz bestimmt nicht.

Fast alle jener, die sich in der PDS revolutionär geben, sind in Wahrheit vergangenheitsfixiert. Sie entwickeln keine Politik, keine Strategie für Gegenwart und Zukunft, sondern verteidigen ihre Biographien. Es sind nicht zuletzt die älteren weißhaarigen Herren, deren Beiträge zu jedem beliebigen politischen Thema immer in der Vergangenheit enden. Wenn man mit ihnen über Arbeitslosigkeit diskutiert, fällt ihnen nichts ein außer, daß Arbeitslose in der DDR nicht gegeben habe. Beim Thema Mieten loben sie die niedrigen Mietpreise in der DDR. Beim Thema Emanzipation kommen sie auf betriebliche Kinderkrippen in den volkseigenen Betrieben. Und in Sachen Kriminalität erklären sie, daß man früher ohne Angst durch Parks habe laufen können. KPF und Marxistisches Forum bieten im Kern nicht viel mehr als eine systematisierte Variante der Stammtischostalgikerthesen. Was sollte daran revolutionär sein? Auch der Streit um die Strategie wird nicht zwischen Reformern und Revolutionären ausgetragen, sondern zwischen Reformern und Reaktionären, vor allem Stalinisten. Die Unterschiede liegen zwar oft nicht in Reinform vor, aber im Kern geht es darum.

Ende 1991, auf der 3. Tagung des 2. Parteitags, versuchte Gregor Gysi die Positionen zu benennen, in denen sich die zerstrittenen Lager einig seien. Zum ersten sei die kapitalistische Gesellschaft nicht das letzte Wort der Geschichte. Zweitens sei die kapitalistische Produktions- und Lebensweise, „ihre Ausbeutungsverhältnisse und ihr Expansionismus“ die Hauptursachen für die Existenzkrise der Menschheit. Drittens habe unsere Zivilisation nur eine Überlebenschance, wenn schon „in absehbarer Zeit radikale Wandlungen in der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Individualitäts- und Weltentwicklung durchgesetzt werden. Es geht also um sozialistische Ziele.“ Allerdings gebe es unterschiedliche Auffassungen darüber, was sozialistische Ziele seien. Doch bestehe Einigkeit in den „Forderungen nach Sicherung des Friedens und radikaler Abrüstung, nach sozialer Gerechtigkeit, nach tiefgreifenden Vergesellschaftungsprozessen, nach einem neuen Verhältnis zur Natur, nach Abschaffung sämtlicher patriarchalischer Strukturen, nach einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung und anderen radikalen Veränderungen mit dem Ziel, die Emanzipation des Menschen im Einklang mit der Natur zu verwirklichen, was voraussetzt, Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse zu beseitigen und jegliche Diskriminierung von Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer Nationalität, ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Behinderungen zu beseitigen.“

„Meines Erachtens“ seien sich die Genossen, viertens, auch darin einig, daß „wichtige Wege zur Erreichung dieses Ziels die permanente Demokratisierung und Erhöhung des Kulturniveaus in den gesellschaftlichen Verhältnissen sein sollte“.

Fünftens schließlich beklagt Gysi, daß politisch, ökonomisch, sozial und psychisch der Boden dafür bereit werde, daß „dieses größere Deutschland erneut zu einer schwer kalkulierbaren und damit nicht ungefährlichen Großmacht wird, der Boden für einen neuen deutschen Nationalismus. Diese Entwicklung kann und muß aufgehalten werden. Als Internationalisten tragen wir dafür große Mitverantwortung.“<sup>248</sup>

Das ist ein Sammelsurium von Klagen und Forderungen, die in ihrer Abstraktheit und Unverbindlichkeit vor allem Hilflosigkeit signalisieren. Es ist das Bemühen, einer Partei ein linkes gesamtdeutsches Profil zu geben, die in der politischen Wirklichkeit doch nur einen Schwerpunkt kennt: die Verteidigung ostdeutscher Interessen, vor allem der PDS-Klientel. Betrachtet man etwa die Initiativen der PDS-Bundestagsgruppe, der Gregor Gysi vorsitzt, zwischen 1990 und 1994, so zeigt sich, daß die meisten der Parteitags- und Programmgläubenssätze so verwirklichungsgefährdet sind wie Sonntagspredigten. Es ging der PDS, auf jeden Fall ihren Bundestagsabgeordneten, zum Beispiel in der zwölften Wahlperiode des Bonner Parlaments neben einigen linken Pflichtübungen um die Ex-DDR:

etwa um einen „Kündigungsschutz für bisherige Angehörige des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR“, die „Gleichstellung von ostdeutschen Lehrerinnen und Lehrern“, die „Bestandsgarantie für sanierungsfähige Betriebe der Treuhand“, „Privatisierungskriminalität“, die „weitere Behandlung der Altkredite der LPG-Rechtsnachfolger“, ein „Spionage-Amnestiegesetz“ und so weiter und so fort. Am Ende der langen Liste parlamentarischer Initiativen kommt der Rest der Welt: eine Große Anfrage zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung und eine kleine Anfrage zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.<sup>249</sup> Das ist alles über den nach PDS-Auffassung entscheidenden Konflikt der Welt. Und von Ökologie, einer anderen Lebensfrage, war genausowenig die Rede. Auch hier gilt Engels' Satz von der Praxis, die das Kriterium der Wahrheit sei.

Lothar Bisky hat die PDS in seiner Auswertung des Schweriner Parteitags vom Januar 1997 als die „Partei der sozialen Alternative“ definiert. Und er forderte die „Konzentration auf den Kern der sozialen Frage“, also auf die Themen Arbeit, Haushalts- und Steuerpolitik.<sup>250</sup> Hätte er hinzugefügt „für Ostdeutschland“, dann hätte sich die PDS, zumindest in den Augen ihres Vorsitzenden, der eigenen politischen Wirklichkeit ein Stück weit angenähert.

Es ist wichtig, besondere Interessen ostdeutscher Bürger zu vertreten. Viel zu viele sind durch die Einheit unter die Räder gekommen. Aber ist das linke Politik? Im wesentlichen betreibt die CSU nichts anderes. Auch sie bemüht sich, gesamtdeutsch nicht zu kurz zu kommen (dies allerdings von einer besseren Ausgangslage aus und mit größerem Erfolg). Interessanterweise hat sich KPF-Führer Michael Benjamin einen Reim gemacht auf die Schwierigkeit, ostdeutsche Interessen mit dem Zwang zur linken Profilierung zu vereinen, indem er die PDS schnurstracks zur ostdeutschen Volkspartei erklärte und die Ostdeutschen quasi insgesamt zur Arbeiterklasse erkor, weil die soziale Differenzierung in Neufünfland noch nicht so ausgeprägt sei wie im Westen.<sup>251</sup> Und der Berliner PDS-Historiker Heinz Karl assistiert:

„Die sogenannten ostdeutschen Interessen, als deren authentische Vertreterin sich die PDS in hohem Maße durchgesetzt hat, haben weitgehend einen antikapitalistischen Inhalt: Widerstand gegen Eigentumsveränderungen zugunsten westdeutscher kapitalistischer Interessenten, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Entwertung beruflicher Qualifikation, gegen Mietwucher und ‚Altschulden‘-Regelung, gegen die kapitalistische Privatisierung sozialer und kultureller Einrichtungen usw. usf. Die Verfechtung dieser Interessen ist antikapitalistische Politik und eine entscheidende, unverzichtbare Komponente linker Politik überhaupt. Vor allem der PDS kommt zugute, daß unter einem beträchtlichen Teil der Ostdeutschen Erfahrungen und Wertmaßstäbe aus der Zeit der DDR lebendig sind, die bemerkenswerterweise an Wirksamkeit nicht ab-, sondern zunehmen.“<sup>252</sup>

Karl und Benjamin vertreten eine große Mehrheit in der eigenen Partei, wenn sie so verklausuliert für die Rückkehr sozialer Wärme plädiert. Wie einst in der DDR.

Die strategischen Aussagen im gültigen PDS-Programm von 1993 sind dürftig, aber darin unterscheiden sie sich nicht von Aussagen in Programmen anderer Parteien. Es wird festgestellt, daß der „kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation“. Daher sei es erforderlich, daß „die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß“. Die Menschheit müsse „bei Strafe ihres Untergangs“ in historisch kurzer Zeit einen „Ausweg aus der bisherigen zerstörerischen Entwicklungslogik finden“.<sup>253</sup>

Mit solchen Floskeln kann jeder alles anfangen, die Sahara Wagenknecht genauso wie André Brie. Das Programm wie auch sonstige programmatische Aussagen der PDS haben meist Kompromißcharakter. Die Lager einigen sich auf einen Minimalkonsens, oder der Parteivorstand rechnet schon von vornherein den Widerstand der Traditionalisten ein.

((Kasten Anfang))

*Das Programm der PDS markiert alternative Umrissse einer lebenswerten Gesellschaft:*

*Demokratisierung, Widerstand gegen den Rechtsruck, Verwirklichung kommunaler Selbstverwaltung, Recht auf Arbeit, soziale Grundsicherung und menschenwürdiges Wohnen, ökologische Umgestaltung der Wirtschaft, Entfaltung der Individualität von Frauen, Männern und Kindern, humanistische, von kommerziellen Zwängen freie Inhalte für Kultur, Bildung und Wissenschaft und Abwendung globaler Bedrohungen. Aber die PDS kann ebenso wenig wie andere Kräfte, die ähnliche Vorstellungen von einer besseren Zukunft haben, gültige genaue Auskunft darüber geben, wie die Brüche zu solcher Zukunft sich vollziehen werden und wer sie auf welche Weise tragen wird.*

Aus dem offiziellen Kommentar zum PDS-Programm.<sup>254</sup>  
 ((Kasten Ende))

Aber die praktische Bedeutung wohlklingender Formeln strebt gegen Null. Das wissen natürlich auch Gysi und Genossen, die sich vorgenommen haben, Politik zu machen, statt den Niedergang des Arbeiter-und-Bauern-Staats zu beweinen. Und deshalb versuchen die Reformer in der Partei, die Strategiedebatte voranzubringen, der Partei endlich ein politisches Konzept und ein klares Profil zu geben. Das Profil brauchen die Genossen vor allem in ihrer Diaspora im Westen. Gysi, Bisky und André Brie wissen, daß es dort kaum Fortschritte geben dürfte, wenn die PDS sich allein als „Rächerin der entmachteten DDR-Eliten“ profiliert. Sie wagen einen Riesenspagat: Sie wollen im Osten ihr eigentlich konservatives, vergangenheitsfixiertes Klientel behalten, weil die PDS ohne diesen Wählerstamm in der Bedeutungslosigkeit versinken würde. Und sie wollen gleichzeitig das linke Potential im Westen gewinnen. Aber paßt der Kommunistische Bund (KB), eine vergleichsweise undogmatische Sekte in Norddeutschland, die in der PDS aufgegangen ist, zu ISOR? Um zusammenzubringen, was nicht zusammenpaßt, gibt es in der PDS eine Arbeitsteilung. Das Gros der Partei kümmert sich um die Verlierer der DDR-Revolution, und vor allem Gregor Gysi versucht, die PDS in Westdeutschland aufzubauen.

Nun kann man mit der Rechtfertigung der DDR im Westen nur Alt-DKPler, wenn überhaupt, hinterm Ofen vorlocken. Und im Osten interessieren sich die meisten nur deshalb für eine Veränderung der BRD, weil sie die DDR immer noch für das bessere Deutschland halten. Wie bringt man diese so unterschiedlichen Milieus zusammen?

Ein erster Anlauf war Gregor Gysis „Ingolstädter Manifest“, ein Grundsatzpapier, das er im Februar 1994 vorstellte, quasi zur Einstimmung auf die Wahlen im Herbst des Jahres. Das Manifest versteht sich als ein „Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag“. „Zu viele kämpfen nur um ihren Anteil am kleiner werdenden Kuchen. Lassen Sie uns anfangen, das Brot des 21. Jahrhunderts für alle zu backen.“<sup>255</sup> Für alle? Welch ein Sakrileg in linken Kreisen! Gemutmaßte wurde sogar, daß Gysi Ulbrichts „sozialistische Menschengemeinschaft“ in neuem Gewand anpries oder gar Ludwig Erhards „formierte Gesellschaft“.<sup>256</sup> Aber das ist falsch. Gysi hat vor allem den Klassenkampf begraben. „Wir haben die Wahl zwischen sozialem Krieg und einem neuen Gesellschaftsvertrag.“<sup>257</sup> Vertrag zwischen wem? Ja, wirklich, zwischen Gewerkschaften und „aufgeklärten Unternehmern“, Wissenschaftlern und Politikern. Historische Vorbilder sind ihm der westdeutsche Sozialstaat und der „New Deal“<sup>258</sup> von US-Präsident Franklin D. Roosevelt, die „erfolgreich gegen den sozial verantwortungslosen Staat, gegen die absolute Macht des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt und gegen die Ideologie der Ungestaltbarkeit der Marktwirtschaft angetreten“<sup>259</sup> seien.

Gysi fordert in seinem Manifest eine „Dritte Stimme“. Es sollen nicht mehr nur Personen und Parteien gewählt werden können. Der Wähler soll künftig mit einer Drittstimme auch nichtstaatliche Organisationen wählen können, die sich für Umweltschutz, die Dritte Welt, Feminismus usw. einsetzen. „Je mehr Stimmen solche Organisationen auf sich vereinigen können, desto mehr Geld müßte ihnen aus dem Bundeshaushalt bzw. den Länderhaushalten zur Verfügung gestellt werden.“<sup>260</sup> Fünf Prozent der öffentlichen Haushalte sollen auf diesem

Weg verteilt werden.

Gysi verlangt eine „direkte politische Mitbestimmung durch die sozialen Kräfte dieser Gesellschaft und vor allem durch jene, die sich sonst nicht Gehör verschaffen können“. Dazu soll „neben dem Bundestag der Parteien“ ein „Bundeskammer der sozialen Bewegungen“ eingerichtet werden für Gewerkschafter, Unternehmer, Umwelt- und Mieterverbände, Behinderteninitiativen, ausländische Bürgerinnen und Bürger, Arbeitslose, Schwule, amnesty international, Volkssolidarität<sup>261</sup> oder Greenpeace. Diese zweite Kammer – wo bleibt bei Gysi der Bundesrat? – soll Gesetze einbringen und Gesetzesvorlagen des Bundestags zeitweilig zurückweisen dürfen bei Entscheidungen, „die tief in das Leben von Betroffenen eingreifen“. Dies Ostdeutschen sollen dazu eine eigene Kammer wählen können, ausgestattet mit „Initiativ- und Einspruchsrechten“ gegen ihre Benachteiligung.

Gysi erinnert an das Schweizer Modell der Volksabstimmungen, um den Vorwurf abzuwehren, „das Volk sei zu dumm, um sich selbst zu regieren“.<sup>262</sup> Schlechter könne es dadurch nicht werden.

Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik betritt Gregor Gysi Neuland. Er fordert „Runde Tische der Arbeitspolitik“. Der öffentliche Dienst und große Unternehmen sollten ein halbes Jahr lang keine Arbeitskräfte entlassen dürfen. In dieser Zeit sollen Runde Tische Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit erarbeiten. Dazu zählt Gysi neue Arbeitszeitmodelle, die Verkürzung der Arbeitszeit sowie steuerpolitische Regelungen, die Entlassungen bestrafen und Einstellungen belohnen.<sup>263</sup>

Gysis „Ingolstädter Manifest“ ist auch deshalb kritisiert worden, weil es in weiten Passagen nach Wolkenkuckucksheim klingt.<sup>264</sup> Es hat in der Tat starke populistische Züge. Und es überhöht die direkte Demokratie. Wie man die Schweiz als demokratisches Musterland darstellen kann, ist mir rätselhaft. Sie ist bei der Frauenemanzipation und der Ausländerpolitik wahrlich kein Beispiel für Liberalität. Und gäbe es in Deutschland die Möglichkeit, die Todesstrafe per Volksabstimmung einzuführen, es wäre längst geschehen. Gysis Manifest war ein Wahlkampfdokument, gemünzt auf den Westen Deutschlands. Es war der Versuch, die PDS in Altelfland salonfähig zu machen, was offenbar erforderte, fast allen ostdeutschen Ballast abzuwerfen.

Das ist der zweite Aspekt des Manifests, und er ist auf lange Sicht viel wichtiger als einzelne unausgegrenzte Forderungen. Die PDS des „Ingolstädter Manifests“ ist nämlich nicht die PDS, wie sie sich in ihren Lagern und programmatischen Aussagen zeigt. Insofern heulten die Traditionalisten zwischen Wagenknecht und Heuer zu Recht auf. Für sie war das Manifest Verrat am Programm. Klassenkompromiß statt Klassenkampf. „Aufgeklärte Unternehmer“ waren für sie nach wie vor Klassenfeinde. Gysis zettelte mit seinem Manifest eine neue Strategiedebatte in der PDS an. Sie wurde für einige Monate unterbrochen, weil alle Flügel angesichts der Bundestagswahlen Zurückhaltung übten. Aber dann brach der Streit richtig los. Ende November 1994 beschloß der Parteivorstand als Diskussionsgrundlage für den 4. Parteitag im Januar 1995 „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“<sup>265</sup>, ein programmatisches Dokument, das sich in manchen Punkten an Gysis „Ingolstädter Manifest“ anschloß. Darin wird unter anderem erklärt, daß die PDS „ostdeutsche Interessen als integralen Bestandteil einer alternativen Reformpolitik für ganz Deutschland begreift“. Gefordert wird eine „Mehrheit für demokratische und soziale Reformen. Ohne PDS gibt es diesen Wechsel nicht.“ Die Rede ist einmal mehr von einem „Reformaufbruch, um zu einem neuen Gesellschaftsvertrag zu gelangen“. Aber dieser sei nicht durch Verhandlungen zu bekommen, sondern durch den gemeinsamen Kampf der Reformkräfte. „Da es um das Überleben der Menschheit geht, lassen sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft erreichen.“

In der Partei brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Absage an den Klassenkampf, das Konzept eines Gesellschaftsvertrags und die ebenfalls in den Thesen enthaltene Bekräftigung

des Bruchs mit dem Stalinismus rührten an den Nerv vieler Genossen. Hinzu kam, daß der Parteivorstand dieses zentrale Dokument gerade drei Wochen vor Antragsschluß zum Parteitag vorlegte. Die Genossen fühlten sich nicht ganz zu Unrecht überrumpelt. Der Parteivorstand scheiterte mit seinem Vorstoß. Als klar wurde, daß er auf dem Parteitag keine Mehrheit für seine Thesen bekäme, zog er sie zurück und präsentierte statt dessen die Hälfte: ein Papier zu den „fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte“<sup>266</sup>. Nach einigem Hin und Her und Drohungen von Gysi und Bisky wurde die fünf Punkte schließlich verabschiedet.

((Kasten Anfang))

*Sozialismus ist für uns Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.*

*Er ist für uns verbunden mit vielfältigen Formen der Vergesellschaftung, Überwindung der Kapitalvorherrschaft, Ökologie, Demokratie, Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, Emanzipation des Menschen, Überwindung des Patriarchats, Freiheit und Verwirklichung der Menschenrechte, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Minderheitenschutz, Chancengleichheit in Bildung und Kultur und Dezentralisierung.*

*Das bedeutet, daß unser Sozialismus-Begriff ein Höchstmaß an Demokratie und Liberalität einschließt. Es geht nicht um die Frage, ob und wieviel Demokratie und Liberalität sich eine sozialistische Gesellschaft leisten kann, sondern darum, daß ihr sozialistischer Charakter von der Realisierung umfassender Demokratie und Liberalität abhängt. Durch keinen Zweck werden undemokratische und illiberale Methoden gerechtfertigt. Jeder Schritt wirklicher Demokratisierung, des Ausbaus der individuellen Freiheit, des Abbaus sozialer Ungerechtigkeit, der Erhöhung kommunaler Selbstbestimmung ist ein Schritt in Richtung Sozialismus. Dabei verstehen wir Demokratie als Einheit von repräsentativer, kommunaler, unmittelbarer und Wirtschaftsdemokratie. Liberalität bedeutet für uns Linke die Verbindung von tiefem Humanismus, Individualität, Menschenrechten, persönlicher Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Minderheitenschutz, Pluralismus, sozialer Gerechtigkeit sowie Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur in einer Gesellschaft.*

Aus den „fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte“.

((Kasten Ende))

Die fünf Punkte richten sich vor allem an die Partei. Insofern endete der Versuch, die PDS programmatisch und strategisch vorwärtszubringen, weitgehend in der Bekräftigung bereits erzielter Erneuerungsfortschritte gegen eine stärker werdende Fronde des Traditionalismus. Die Stoßrichtung ging nicht nach vorn, nicht einmal nach außen, sondern nach innen. Statt die Partei weiterzuentwickeln, mußten Bisky, Gysi und André Brie retten, was zu retten war, gegen die erstarkenden restaurativen Kräfte.

Nach vorne weist immerhin die Einsicht, daß man sich in eine Gesellschaft „hineinbegeben“ müsse, wenn man sie verändern wolle. Auch wird eine Regierungsbeteiligung der PDS für möglich erklärt, sie berühre nicht „das prinzipielle Oppositionsverständnis“. Aber die Partei sieht weiterhin „das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen“. Das ist aber durch die Praxis längst widerlegt, war schon zu dem Zeitpunkt, als es geschrieben wurde, ein Beruhigungsmittel für jene, die die PDS eher als Bewegung denn als Partei betrachten wollten. Mit einem Anflug von Sarkasmus schreibt Michael Brie: „Es gibt eigentlich nur ein einziges Feld, auf dem es der PDS gelungen ist, sich als soziale Bewegung zu verhalten – auf dem Feld ihrer Selbsterhaltung.“<sup>267</sup>

Am Schluß des Dokuments bekräftigt die PDS ihren Willen, mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusammenzuarbeiten. Aber Gysis Gesellschaftsvertrag ist gestrichen und der Klassenkampf insoweit wieder ins Arsenal eingezogen, aus dem er schon hinausgeworfen worden war. Kein einziger der konkreten Vorschläge des „Ingolstädter Manifests“ ist übriggeblieben. Die Frage ist erlaubt, ob sie denn ernst gemeint waren. Und wenn ja, warum

der Parteivorstand sie nicht vertreten hat.

Dem Streit um die Punkte folgten neue Papiere und sogar eine Strategiekonferenz. Aber der Versuch, der PDS ein neues Programm und eine klare Strategie zu geben, ist bislang gescheitert. Auch der Schweriner Parteitag im Januar 1997 hörte vor allem altbekannte Formeln, die vielfältige Interpretationsmöglichkeiten offenlassen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Partei ist das eher positiv. Und so wird es noch lange bei abstrakten Kompromißformeln bleiben, in die jeder hineinliest, was ihm gefällt: den Klassenkampf genauso wie einen Gesellschaftsvertrag, die Vergesellschaftung genauso wie die soziale Marktwirtschaft.

Doch in einem Punkt ist sich die Partei einig. Und da wird sie auch konkret. Nämlich wenn es darum geht, ostdeutsche Interessen zu vertreten. Es gibt kein Grundsatzdokument der PDS, indem auch nur annähernd so detaillierte Forderungen erhoben werden wie im „Programm zur Vertretung ostdeutscher Interessen“ vom Sommer 1995. „Die PDS ist nicht bereit, die fortgesetzten Benachteiligungen und Demütigungen der Ostdeutschen hinzunehmen“, steht da.<sup>268</sup> Und dann folgt Forderung auf Forderung für Eigenheim- und Wochenendhäuschenbesitzer, gegen Berufsverbote und die „Diskreditierung ostdeutscher KünstlerInnen“, für 100 000 neue Arbeitsplätze und so weiter und so fort. Darin zeigt sich, was die wirkliche Lebensgrundlage der Partei ist, worin sich fast alle Genossen einig sind. Alle Bemühungen, sich als gesamtdeutsche linke Partei zu profilieren, sind gescheitert an der Wirklichkeit der Interessen.

„Die Erkenntnis ist eine Funktion des Seins. Ein Wechsel im Sein des Erkennenden wird durch einen entsprechenden Wechsel im Wesen und Ausmaß des Erkannten begleitet“, schreibt der englische Schriftsteller Aldous Huxley.<sup>269</sup> Solange die PDS nicht im Westen angekommen ist, wird sie keine linke Partei sein, sondern Lobby der Diener einer glücklicherweise untergegangenen Diktatur. Angela Marquardt, Chefin der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen und bis Januar 1997 stellvertretende PDS-Vorsitzende, befürchtet, daß es der Partei gar nicht um eine „andere Gesellschaft“ gehe, sondern „um ein werberisch-pathetisches Come together an die Geprellten und Ausgegrenzten dieser Gesellschaft“.<sup>270</sup> Sie hätte uneingeschränkt recht, wenn sie sich geographisch nur auf Ostdeutschland bezogen hätte. Denn was hat ein Penner in Düsseldorfs Königsallee mit einem Ex-Politbüromitglied zu tun?

Die PDS verkündet ein Sammelsurium von Forderungen und nicht immer die gleichen. Aber sie hat keine Strategie. Und so abstrakt der Weg, so abstrakt das Ziel, der Sozialismus, in den Vorstellungen der Bisky-Partei.

((Kasten Anfang))

*Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.*

Aus dem Programm der PDS.

((Kasten Ende))

Man muß der PDS den Offenbarungseid in Sachen Strategie vorwerfen, aber darf sie nicht

dafür kritisieren, daß sie ihre Fernziele nicht genau bestimmt oder bestimmen kann. Das ist gewissermaßen gute alte Marxsche Tradition. Marx und Engels hatten sich immer geweigert, im Kochbuch des Sozialismus nach Rezepten zu suchen und sich mit ein paar Formeln begnügt, die sie aus der Kritik des Kapitalismus gezogen hatten. Eine davon steht im PDS-Programm und wird auch in anderen Dokumenten gerne zitiert: „eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist“. Der Streit über das, was Sozialismus oder Kommunismus seien, ist so alt wie die Arbeiterbewegung. Herrschten zunächst Gleichheitsideale vor, oft in Anlehnung an urchristliche Utopien, so begannen die Theoretiker des Marxismus bald praktische Kriterien zu entwickeln. Berühmt wurde Lenins Wort, Kommunismus sei „Elektrifizierung plus Sowjetmacht“. Das war, auf das vorindustrielle Rußland gemünzt, die kürzestmögliche Begriffsraffung eines genialen Agitators. Sozialismus war nach Marx und Engels erst möglich, wenn die modernen Produktivkräfte an die Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des Privateigentums an den Produktionsmitteln, stießen. Den Technologien und Arbeitsverfahren des Kapitalismus wohne eine unaufhaltsame Tendenz zur Vergesellschaftung inne. Diese zeige sich bereits in Form der Aktiengesellschaften und Trusts. Aber das Privateigentum behindere die weitere Vergesellschaftung und damit den sozialen und historischen Fortschritt. Die sozialistische Revolution sprengte diese Fesseln und eröffne den Produktivkräften zum Nutzen aller Menschen neue Entwicklungsperspektiven ohne Ausbeutung und Entfremdung.

Nun paßte dieses Verständnis nicht auf Rußland, das im Jahr 1917, abgesehen von wenigen Gebieten, ein Agrarstaat mit feudalen Verhältnissen war. So mußte nach Lenins Auffassung die russische Revolution gleich zwei Aufgabe erfüllen: die bürgerlich-demokratische Revolution nachholen und die Produktivkräfte des Sozialismus entwickeln.

Von der Oktoberrevolution, nach SED-Auffassung dem entscheidenden Moment der Weltgeschichte, hatte die Weltgeschichte zunächst nichts mitbekommen. Lenins Aufstand war der gutgeplante Putsch einer kleinen Minderheit in Petrograd. Damit fing die Revolution in Wahrheit erst an, denn es folgte ein jahrelanger Bürgerkrieg.

Nicht zuletzt die Erfahrungen des Machtkampfs in Rußland bewirkten, daß der Gewalt eine größere Bedeutung in den Sozialismusvorstellungen gegeben wurde als bei Marx und Engels. Die Diktatur des Proletariats hatten auch sie schon gefordert, aber als Übergangsmodell, nachdem sie die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 ausgewertet hatten. Doch diese Diktatur sollte dann bald weichen und der Staat absterben. Daß man den Sozialismus mit Gewalt erkämpfen muß, davon waren Marx und Engels überzeugt, obwohl Engels in seinen letzten Lebensjahren Zweifel anmeldete und auf einen friedlichen, parlamentarischen Übergang hoffte. Daß man den Sozialismus mit Gewalt gegen die Arbeiter aufrechterhalten müßte, war Marx und Engels jedoch nie in den Sinn gekommen.

Genau das aber taten ihre Nachfahren. Am Ende gab es ein großes „Geeiere“ in der Staatsfrage. Entdeckten Lenins und Stalins Nachfolger doch, daß die Rolle des Staates sogar immer wichtiger werde, bevor er schließlich in fernen Zeit absterben dürfe. Das war eine ganz eigene Dialektik. Aber es entsprach in etwa dem totalitären Überwachungs- und Steuerungswahn der Staatssozialisten. Sie legten nicht mehr Kompetenzen und Möglichkeiten in die Hände der Gesellschaft, sondern entmündigten diese durch einen Staat, der zur Beute der Partei geworden war. Der Staat degenerierte zum Machtinstrument des Politbüros, solch eine Machtkonzentration kennt die bürgerliche Gesellschaft nicht. Sozialismus war für die SED, wie für alle anderen kommunistischen Parteien, die Herrschaft der eigenen Partei über die Gesellschaft und die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Sozialismus verstand sie auch als eine längere Übergangsperiode zum Kommunismus, in dem der Staat dann verschwinden würde. In der Sowjetunion würden sogar schon die materiell-technischen Grundlagen des Kommunismus geschaffen, erklärten die stalinistischen Theoretiker und Politiker, aber das war nur eine Verbeugung vor der führenden Rolle der Supermacht.

Die PDS stand von Anfang an vor der Aufgabe, ihr sozialistisches Ziel von der SED-Ideologie abzugrenzen. So war es nur folgerichtig, daß die Partei zunächst erklärte, welchen Sozialismus sie nicht wollte. Sie bestimmte ihre Position „jenseits von administrativem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole“<sup>271</sup>. Der in diesem Buch vielfach erwähnte antistalinistische Grundkonsens drückt dies aus. Schnell einigten sich die Genossen zum Ärger der SPD darauf, nun vom demokratischen Sozialismus zu sprechen und sich entsprechend umzutaufen. Die theoretischen Grundlagen der SED seien „verschlissen“, erklärte Gregor Gysi im Mai 1990 vor dem Parteivorstand. Der PDS müsse es gelingen, den „demokratischen Sozialismus als Bewegungsrichtung des gesellschaftlichen Fortschritts zu begründen, als ökonomischen, sozialen, politischen, ökologischen, geistig-kulturellen, globalen und anderen Fortschritt“. Und es folgt dann ein Definitionsversuch, der Gregor Gysi zu DDR-Zeiten ins Gefängnis gebracht hätte:

„In vielen Punkten – Individualität, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Naturbewahrung usw. – hat die PDS keine anderen Werte als andere politische Parteien, wohl aber andere Vorstellungen über deren Inhalt und über deren Realisierungswege. Weiterhin ist wichtig: Der Schlüssel zum Verständnis des demokratischen Sozialismus kann nur gefunden werden, wenn nicht nur nach der Überwindung der vor uns stehenden Gesellschaft Gesamtdeutschlands, sondern nach deren progressiver Weiterentwicklung für die Menschen gesucht wird. Demokratischer Sozialismus bedeutet nicht, den Gesamtentwurf einer neuen Gesellschaft zu zeichnen und für dieses Modell die politischen Kräfte zu mobilisieren. Demokratischer Sozialismus bedeutet heute vor allem politische Bewegung, nur den Fortschritt, konstruktiv-alternative Politikfähigkeit auf allen Gebieten unter Beweis zu stellen. Im konkreten und einzelnen aus gesamtgesellschaftlicher und globaler Sicht etwas für die Menschen zu bewirken, für die Modernisierung gesellschaftlicher Bereiche, für die Realisierung der im Programm der PDS formulierten Grundwerte. Das spezifische strategische Profil der PDS als linke Kraft des demokratischen Sozialismus und ihr marxistischer Ansatz ergeben sich letztlich daraus, daß das Eintreten für gesellschaftlichen Fortschritt nicht von der Demokratisierung des Eigentums an Produktionsmitteln und von den Interessen der nicht über das große Eigentum Verfügenden getrennt werden.“<sup>272</sup>

Einen Monat später fordert Gysi: „Weg vom falschen Kollektivismus, hin auch zum Individuum, allerdings in sozialer und ethischer Verantwortung.“ Gleichzeitig hält er fest an der kommunistischen Utopie einer klassenlosen Gesellschaft.<sup>273</sup>

In den Aussagen ihrer Führung verabschiedet sich die PDS vom klassischen Revolutionsmodell und setzt statt dessen auf eine fortlaufende Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft. Das, was André Brie und andere Theoretiker „modernen Sozialismus“ nennen, löst die scharfe Unterscheidung zwischen Gesellschaftssystemen auf und sucht nach Einrichtungen, die sich entwickeln lassen in Richtung auf mehr Demokratie, Partizipation der Bevölkerung. Das gilt auch für den Markt. Die Erneuerer in der PDS wollen den Markt nicht abschaffen, sondern demokratisieren und „sozial“ steuern.<sup>274</sup> Und Gysi erklärte in einer Parteitagrede, daß die von der PDS angestrebte Gesellschaft „Demokratischer Sozialismus“ heißen solle und sich erheblich von dem unterscheidet, was als realer Sozialismus bekannt sei. „Ihre Hauptaufgabe wird darin bestehen, Voraussetzungen für eine völlig veränderte Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Der Hauptmangel der Privatwirtschaft, nämlich daß sie an Wert-, an Profit- und Kapitalverwertung und nicht am Gebrauchswert orientiert ist, muß überwunden werden, ohne auf marktwirtschaftliche Mechanismen für hohe Effizienz und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu verzichten.“ Der Weg zu diesem Ziel könne nur in einer „permanenten Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, auch des internationalen Lebens bestehen“.<sup>275</sup> Zur Erbitterung der Hardliner hat sich die Parteiführung auch von der Vorstellung befreit, daß



Sozialismus gleichbedeutend sei mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Gysi glaubt, „daß ein demokratischer Sozialismus verschiedene Eigentumsformen verträgt“. Im Interesse der Effizienz solle es auch „Wettbewerb zwischen den verschiedenen Eigentumsformen geben“.<sup>276</sup>

Es geht den Sozialismusmodernisierern nicht darum, den Kapitalismus als Gesellschaftsformation abzulösen. Vielmehr wollen sie seine Institutionen – Eigentum, Markt, Parlamente usw. – demokratisieren und auf diesem Weg die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden, aber es nicht abzuschaffen. Es geht kurzum um eine nicht vom Profit beherrschte Marktwirtschaft und um direkte Demokratie, die die Vertretungskörperschaften ergänzt.

((Kasten Anfang))

*Wenn jede Institution für sich genommen ambivalent ist und sehr gegensätzliche Wirkungen haben kann, wenn jede einen hohen Gestaltungsspielraum in sehr verschiedene Richtungen offenhält, wenn sehr unterschiedliche Machtstrukturen mit gleichen Institutionstypen vereinbar sind, dann müßte eine sozialistische Position mehr als jede andere ein sehr offenes und innovatives Verhältnis zu den Institutionen moderner Gesellschaften haben. Ohne die Ausschöpfung der sehr verschiedenen, sich ergänzenden und oftmals auch gegensätzlichen Potenzen dieser Institutionen ist die Verwirklichung sozialistischer Zielstellungen undenkbar. Um es umgangssprachlich zu sagen: Sozialistinnen und Sozialisten müssen aus den Institutionen der Moderne alles rausholen, was im Interesse ihrer Zielstellungen drin ist. Es gibt keinen nichtmodernen Sozialismus! Die Nutzung moderner Entwicklungspotentiale macht aber keinesfalls das eigentliche Wesen des Sozialismus aus. Dieses ist an die Durchsetzung von Macht- und Eigentumsstrukturen verbunden, die die Vorherrschaft des Kapitals und der Kapitalverwertung überwinden und die Durchsetzung der Menschenrechte auf dem historisch möglichen Stand erzwingen.*

*Mit anderen Worten: Der Standpunkt der Moderne ist die eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung für einen authentischen Sozialismus. Und der spezifische Standpunkt des Sozialismus ist die Forderung, die sozialen Probleme der Moderne mit dem Ziel der umfassenden Durchsetzung der Menschenrechte zu lösen. Als politische Bewegung zielt der Sozialismus auf die Ablösung der kapitalistischen und die Formierung einer sozialistischen Moderne. Der Maßstab ist die Lösung der neuen sozialen Probleme. Dies berührt die Macht- und Eigentumsverhältnisse.*

Aus dem offiziellen Kommentar zum PDS-Programm.<sup>277</sup>

((Kasten Ende))

In der Strategiedebatte herrscht vor allem Eklektizismus. Es werden Papiere und Positionen vorgelegt, weil die soziale oder politische Situation es aus Sicht der Akteure erfordert. Oder um in die Partei hinzuwirken. Oder um die Klientel zu bedienen. Oder um die Daseinsberechtigung der Partei zu belegen. Oder um andere parteiinterne Gruppen anzugreifen. Die PDS äußert sich zu vielen Punkten, aber oft nicht kongruent. So ist es doch verwunderlich, wie man auf der einen Seite Tätern die Stange hält – ISOR, GRH, GBM usw. – und sich auf der anderen Seite für Humanität und die Opfer des Kapitals engagiert. Angela Marquardt, damals stellvertretende Parteivorsitzende, hat 1995 zusammen mit ihrer Parteivorstandsgenossin Halina Wawzynia, in einem Papier erklärt: „Der klare Bruch mit dem Staatssozialismus und der Staatspartei ist notwendige Voraussetzung sowohl für eine glaubwürdige und theoretisch fundierte Kritik des bürgerlichen Staates als auch für die Organisation des praktischen Widerstandes gegen die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse.“<sup>278</sup> Nichts richtiger als das. Doch an der Glaubwürdigkeit hapert es happig. Das liegt schon allein daran, daß nur eine verschwindende Minderheit, vor allem in Berlin, über Programm und Strategie debattiert, höchstens ein paar hundert Genossen. Dem Rest der

Partei ist dieser Streit eher zuwider. In den meisten stecken noch die Appelle der SED nach „Einheit und Geschlossenheit“. Sie beharren auf dem, was ihnen zu Ulbricht- und Honecker-Zeiten im Parteilehrjahr beigebracht worden ist. Ich habe zu viele Sitzungen an der Basis miterlebt und zu viele Gesprächspartner getroffen, die sich weigerten, neue programmatische und strategische Überlegungen auch nur wahrzunehmen. Für sie ist nur wichtig, daß immer mal wieder vom Sozialismus die Rede ist. Das rechtfertigt ihr SED-treues Dasein, zeigt den älteren weißhaarigen Herren mit oder ohne Brille, daß die Bundesrepublik doch nicht das bessere Deutschland sei.

Und von denen, die da debattieren, traue ich auch nicht allen demokratisch über den Weg. Wer, wie etwa das Marxistische Forum oder die KPF, der DDR hinterhertrauert, kann nicht glaubwürdig für mehr Demokratie auftreten. Wer wie Sähra Wagenknecht die Demokratie als einen Luxusartikel betrachtet, will sie nur nutzen, um sie abzuschaffen. Und wer der DDR das Recht zubilligt, Menschen mit anderen Auffassungen einzusperren und sich mit einer Mauer und Schüssen einzukesseln, der sollte über Demokratie und Humanität besser nicht reden. Ich halte die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im neuen Deutschland für veränderungswürdig. Es ist nicht hinzunehmen, daß Millionen von Menschen arbeitslos sind und bleiben. Es ist bedrohlich, daß die parlamentarische Demokratie an Substanz einbüßt. Es ist auch moralisch inakzeptabel, daß in Fragen der Humanität und Menschenrechte wirtschaftliche und politische Interessen den Ausschlag geben. Eine linke Partei hat die Pflicht, Programme und Strategien zu erarbeiten, um zu verhindern, daß Gesellschaft und Wirtschaft zu Spielbällen des internationalen Finanzkapitals werden.

Die PDS-Modernisierer um André Brie haben interessante Konzepte vorgelegt. Sie wollen Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft weiterentwickeln, um sozialistische Werte durchzusetzen, vor allem mehr Demokratie. Sie haben sich befreit aus der geistigen Sklaverei des Stalinismus, der fast alle zivilisatorischen Errungenschaften als feindlich zurückgewiesen hat. Sie finden mehr sozialistische Entwicklungspotentiale im Kapitalismus als im realen Sozialismus.

Das ist nicht so neu, wie manche glauben. Erste Einsichten in die Reformierbarkeit des Kapitalismus stammen vom Urvater des Revisionismus, dem deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein. Bernstein war ein Freund von Marx und Engels gewesen, hatte nach deren Tod angesichts neuer Entwicklungen im Kapitalismus – Genossenschaften, Parlamentarismus, Aktiengesellschaft, Gewerkschaftsbewegung – aber begonnen, die Revolutionsideen seiner Genossen anzuzweifeln.

Exakt vor einem Jahrhundert schrieb er: In allen Ländern, wo sozialistische Parteien zu einer politischen Bedeutung gelangt seien, beobachte man, daß die Überschwenglichkeiten in Phrase und Argumentation abgestreift würden. „Man spekuliert nicht mehr über die Verteilung des Bärenfells nach vollendetem allgemeinen Kladderadatsch, man beschäftigt sich überhaupt nicht viel mit diesem interessanten Ereignis, sondern studiert die Einzelheiten der Probleme des Tages und sucht nach Hebeln und Ansatzpunkten, auf dem Boden dieser die Entwicklung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus vorwärts zu treiben.“ Bernstein kritisierte die „alte Phrase“, daß die Verwirklichung des Sozialismus von einem großen allgemeinen Zusammenbruch zu erwarten sei.<sup>279</sup>

Der Kapitalismus sehe zu verschiedenen Zeiten verschieden aus. Er müsse „unter dem Drucke moderner demokratischer Einrichtungen und der ihnen entsprechenden gesellschaftlichen Pflichtbegriffe ein anderes Gesicht annehmen (...), als solange der Besitz auch die politische Herrschaft monopolisierte.“ Das Aufkommen der modernen Demokratie habe die gesellschaftliche Pflichtenlehre nicht unbeeinflusst gelassen.<sup>280</sup>

Damals war in sozialdemokratischen Kreisen die Theorie populär, daß der Kapitalismus an den eigenen Widersprüchen zugrunde gehe und die revolutionäre Arbeiterbewegung nur ein bißchen nachhelfen müsse. Bernstein hielt dieser Auffassung seinen berühmt gewordenen Satz entgegen: „Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter ‘Endziel des Sozialismus’ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es

sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.“ Ein Ziel könne man nur als Durchführung eines Gesellschaftsprinzips definieren und nicht als „Gesellschaftsplan“. Statt Revoluzzertum forderte Bernstein die „allseitige Durchführung der Genossenschaftlichkeit“<sup>281</sup>. Die Mittel und Wege zum sozialistischen Ziel könnten nur in den gegebenen Bedingungen gefunden werden. „Darum ist das allgemeine Ziel, die Bewegung selbst und ihr Fortschritt in der Richtung auf dieses Ziel die Hauptsache, während es recht gleichgültig ist, wie man sich das Endziel dieser Entwicklung ausmalt.“<sup>282</sup>

So ist die PDS im Zeichen des „modernen Sozialismus“ dort angekommen, wo Eduard Bernstein von hundert Jahren schon war. Bernsteins Revisionismus war lange Jahrzehnte Feindbild der Kommunisten. An Bernstein vor allem habe es gelegen, daß die Sozialdemokratie sich von einer revolutionären zu einer reformistischen Partei gewandelt habe, behaupteten die Kommunisten. Zu SED-Zeiten war Bernstein eine Unperson, auf der man herumprügelte, ohne sie wirklich zu kennen. Vielleicht liegt es daran, daß keiner in der PDS von Bernstein spricht, aber führende Vertreter zu den Grundlagen zurückkehren, die der große alte Mann der deutschen Sozialdemokratie gelegt hat. Vielleicht wissen sie ja gar nicht, daß sie etwas vertreten, das schon hundert Jahre alt ist. Manche Dinge werden mit dem Alter nicht schlechter.

Die Frage ist nur, ob die wenigen reformbewegten demokratischen Sozialisten lange auf dem stalinistischen Morast laufen können. Irgendwann zieht der Sumpf jeden hinunter.

## Ladenhüter

### *Die PDS im Westen*

In Hamburg treffe ich Kirsten Radüge. Sie ist 1961 im Landkreis Soest geboren, das Romanistikstudium hat sie an die Elbe verschlagen. Damit ist sie aber noch nicht fertig. Um Geld zu verdienen, arbeitet sie als Sekretärin. Ein Grund dafür, daß das Examen noch in ferner Weite liegt, dürfte sein, daß Kirsten Politik macht. In der Politik hat sie es weit gebracht: Sie ist seit 1993 eine der beiden Landessprecherinnen der PDS in der Hansestadt. „Ich kann nicht sagen, daß ich das angestrebt hätte. Ich war nicht mein eigener Personalvorschlag.“ Damals war kaum ein Genosse erpicht auf Funktionen. „Das ist inzwischen ein bißchen anders.“ Inzwischen haben die Anfeindungen auf der Straße nachgelassen. Wenn die Hamburger PDS Infotische macht oder Flugblätter verteilt, werden die Genossen seltener angepöbelt.

Bis 1990 war Kirsten in der DKP, seitdem ist sie in der PDS. Ich vermutete bei unserem Gespräch in der PDS-Geschäftsstelle in St. Pauli, nahe den Landungsbrücken, daß sie zum Erneuererflügel der DKP gehört hatte. Anfang der achtziger Jahre, als ich nach Hamburg gezogen war, hörte ich dort neue Töne. Der Hamburger Landesverband suchte das Bündnis mit der Grün-Alternativen Liste, war bereit, auf eigene Kandidaturen zu verzichten, nachdem die DKP bis dahin bei Wahlen auch im letzten Dorf präsent sein wollte. Mitte der achtziger Jahre erfaßten Glasnost und Perestroika die Hamburger Genossen, und es brachen Konflikte aus, die zuvor lange geschwelt hatten. Mit dem Moskauer Beispiel vor Augen legte sich der Hamburger Bezirksvorsitzende – in der DKP gab es nur Bezirks-, keine Landesverbände – Wolfgang Gehrcke mit der Parteiführung um Herbert Mies an.

Die DKP-Führer waren verbittert und sind es heute noch. Denn Gehrcke war einer der ihren gewesen, Mitglied der verbotenen KPD, später Vorsitzender des DKP-Jugendverbands, der formal selbständigen Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Jugend (SDAJ), und schnell auch in der DKP-Hierarchie aufgerückt. Er hätte wohl Mies beerben können. Aber er trat im Januar 1990 aus und in die PDS ein, deren stellvertretender Vorsitzender er heute ist.

Aber Kirsten Radüge hatte sich aus dem Streit zwischen „Erneuerern“ und „Bewahrern“ in der DKP herausgehalten. Die einen hätten an der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt festgehalten, die anderen auf die Intelligenz gesetzt. Beides fand sie falsch.

Als sie in die PDS eintreten wollte, durfte sie das erst nicht. Denn die PDS nahm am Anfang im Westen aus wahlrechtlichen und wahltaktischen Gründen keine Mitglieder auf. Also fuhr sie nach Schwerin, wo sie einen PDS-Genossen kannte, und trat dort ein.

Seitdem versucht sie zusammen mit etwa 180 Genossen, etwas auf die Beine zu stellen, ein Drittel bis zur Hälfte nimmt am Parteileben teil. An der Universität hat eine PDS-nahe Gruppe namens „Links“ einige Erfolge bei Studentenparlaments- und Konzilswahlen (15 Prozent) errungen. Aber das ist dann schon ziemlich alles.

Die DKP hatte in Hamburg bis 1989 4000 Mitglieder, heute sind es noch 500. 1989/90 haben viele die DKP verlassen und sich aus der Politik zurückgezogen. Heute treten meist Leute im Alter von 20 bis 25 Jahren in die PDS ein, etwa 15 bis 20 im Jahr, aber so viele treten auch wieder aus, so daß ein Mitgliederaufschwung nicht stattfindet. Noch mehr haben der Partei den Rücken gekehrt, als im Karl-Liebknecht-Haus laut über Regierungsbeteiligungen nachgedacht wurde. Damit wollen die meisten Hamburger Genossen nichts zu tun haben. Und sie gehen auch nicht jenen Strategen in Berlin auf den Leim, die sagen, daß die PDS, selbst dann, wenn sie Minister stelle, in Opposition zu den herrschenden Verhältnissen bleibe.

Kirsten sagt: „Wenn Regierungsbeteiligung eine Variante von Opposition sein soll, dann ist das Hintertürchen ein bißchen klein. Wenn man das will, soll man es offen sagen und nicht behaupten, daß das auch Opposition ist. Das geht ja gar nicht. Das ist ein Widerspruch in sich. Wenn eine Partei prinzipiell gegen die herrschenden Verhältnisse ist, dann kann sie nicht in der Regierung mitarbeiten.“ Sie würde „Regierungsbeteiligung für einen Rückschritt halten“.

Sie sei nicht zu vereinbaren mit der Programmatik der PDS. Statt dessen wollen die Hamburger sich auf den Schwerpunkt „Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums“ konzentrieren und mit Basisarbeit vorankommen.

Die Hamburger PDS-Genossen sind in der Partei nicht sonderlich beliebt. „Macht einen großen Bogen um die Stadt“, riet der Hamburger Parteivorständler seinen Kollegen im Karl-Liebknecht-Haus. Andere sprechen resignierend von der „Hamburger Tragödie“, wollen die hanseatischen Genossen unter „Quarantäne“ stellen, um sie in ihrem „Steinzeitkommunismus“ zu zügeln.<sup>283</sup> Auf dem Parteitag in Schwerin im Januar 1997 haben sich Kirsten Radüge und ihr inzwischen zur DKP zurückkonvertierte Hamburger Genosse Andreas Grünwald erfolgreich als Besserwessis profiliert. Die Genossen im Osten lieben es nicht sonderlich, wenn man ihnen erzählt, wie linke Politik gemacht wird. Schon gar nicht, wenn sich Leute zu Lehrmeistern aufspielen, die jahrzehntelang kein Bein auf den Boden bekommen haben. Und dann sind die Hamburger Genossen auch noch gegen den Willen des Parteivorstands bei den Landtagswahlen im September 1997 angetreten.

Aber auch sonst ist die Kluft tief zwischen der PDS West und der PDS Ost. Im Osten hat die Partei eine spezifische Biographie, die Genossen kennen sich seit Jahren oder gar Jahrzehnten, sie sind im gleichen Umfeld aufgewachsen, und sie haben gemeinsam die große Niederlage im Herbst 1989 erlitten. Die PDS im Westen ist dagegen ein Konglomerat aus Sekten, aus ewigen Verlierern, die sich jahrelang ewige Wahrheiten um die Ohren gehauen haben. Die meisten Genossen im Osten erleben von ihren Parteifreunden im Westen ohne nur pausenlosen Streit um die wahrhaft korrekte Linie.

Bisher hat der Versuch der PDS, die Westlinken zusammenzuführen, viele kleine Sekten zu einer etwas größeren Sekte vereinigt. Und die Streitereien gehen weiter: Immer noch gibt es Zoff zwischen den etwa 300 Ex-Maoisten vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) – der sich früher als im wörtlichen Sinne schlagkräftiger Kommunistischer Bund Westdeutschlands (KBW) nicht nur in DKP-Kreisen großer Unbeliebtheit erfreute – und einstigen DKP-Mitgliedern. Davon hatte mir auch Richard Pitterle in Stuttgart berichtet. Dort hat der BWK auf PDS-Landesversammlungen oft Mehrheiten, weil die Ex-Maoisten, die als eigene Arbeitsgemeinschaft in der PDS, als Partei in der Partei, auftreten, ihre Mitglieder besser mobilisieren können. Und die Ex-DKP-Mitglieder in der PDS, denen es früher verboten war, mit „K-Gruppen“ zusammenzuarbeiten, haben einen schweren Stand.

Andere Genossen im Westen stammen vom vergleichsweise gemäßigten Kommunistischen Bund, so etwa die Bundestagsabgeordnete Andrea Gysi, oder Claudia Gohde, die im Parteivorstand für Westarbeit zuständig ist.

Claudia Gohde ist nicht zu beneiden um ihren Job. Denn was sie und ihre Genossen in Berlin entscheiden, ist den meisten der gut 2000 Aktivisten der PDS West ganz egal. Sie kümmern sich lieber um die „Einheit aller Linken“, womit sie aber nur die eigenen Sekten meinen.<sup>284</sup>

Als sich im baden-württembergischen Landesverband eine Plattform „Demokratischer Sozialismus“ gründete, bezeichnete der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf deren Mitglieder als „alte Ärsche, die mit ihren Hintern das einreißen, was junge Mitglieder bereit sind, aufzubauen“.<sup>285</sup> Dabei will die Plattform nur das vertreten, was man von den Berliner PDS-Erneuerern bereits kennt: Der Bruch mit Stalinismus und Marxismus-Leninismus sei „selbstverständlich“. „Der 1989 untergegangene Typ von Sozialismus war nicht mehr verteidigungswert“, sondern ein „Rückfall hinter die als politische Demokratie erreichte Stufe der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft“. Zu deren zivilisatorischen Errungenschaften zählen sie die Plattformleute die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, freie und geheime Wahlen, das Recht auf Opposition und die Abwählbarkeit der Regierung. Und dann steht da noch: „Die Entwicklung des Landesverbandes der PDS in Baden-Württemberg geht in die falsche Richtung. Das von der PDS abgelehnte Konzept der ‚roten Tische‘ der alten marxistisch-leninistischen Sekten ist jetzt innerhalb der PDS Baden-Württemberg die Wirklichkeit. Das muß sich ändern.“<sup>286</sup>

Winfried Wolf kommt aus einer Gruppe namens „Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP). Sie entstand 1986 aus einem wahrlich delikaten Zusammenschluß zweier Miniparteien: der trotzkistischen Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) und der erstalinistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML). Kurz bevor der Schweriner Parteitag für die Zukunft Doppelmitgliedschaften verbot, trat Wolf auch in die PDS ein. An der Plattformgründung kritisierte Wolf unter anderem, daß sie andere ausgrenze. „Die Plattform suggeriert, die Mehrheit des PDS-Landesverbands befände sich in Widerspruch zur PDS-Programmatik selbst.“ Zu den Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft zählt Wolf auch die „Industrialisierung der Todesstrafe“. Es sei die bürgerliche Gesellschaft, die die demokratischen Rechte untergrabe. Und Wolf bestreitet, daß marxistisch-leninistische Sekten im Landesverband auszumachen seien.<sup>287</sup>

Als Gregor Gysi den westlichen Landesverbänden bescheinigte, „teilweise Sektencharakter“ an den Tag zu legen, und forderte, die Genossen mögen sich doch von Maos Kulturrevolution lösen, antwortete ihm der Tübinger Genosse Christian Fortmann in der geradezu klassischen Arroganz der ewigen Verlierer: „Diese Stelle muß einem Hegelschen Geist gleich aus mehreren Gründen aufstoßen.“ Woraufhin ihm sein Genosse Anton Brenner antwortete: „Stalin und Mao haben mehr Kommunisten umgebracht als Hitler und Pinochet. Gysi hat recht, wenn er dazu aufruft, die Reste des Gedankenguts des Stalinismus, der Kulturrevolution und Pol Pots innerhalb der PDS zu marginalisieren.“ Brenner würde es „grausen“, wenn Fortmann und seinesgleichen „Innenminister in Baden-Württemberg wären. Das sind mir die Herren Birzele und Schäuble\* noch lieber.“<sup>288</sup>

Ähnliche Verhältnisse wie in Baden-Württemberg herrschen auch in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Viele Genossen dort haben mit dem Parteivorstand nichts am Hut. PDS-Geschäftsführer Dietmar Bartsch hält es für „das Problem“ seiner Partei im Westen, „daß nicht überall PDS-Positionen in der Majorität sind.“<sup>289</sup> Das ist zurückhaltend formuliert. „Neue geistreiche Beiträge aus den Chefetagen des PDS-Konzerns helfen uns nicht weiter“, so West-Genosse H. Fritz über die Versuche des Karl-Liebknecht-Hauses, die Partei in der Diaspora westlich der Elbe programmatisch auf den Stand der Beschlüsse zu bringen. Fritz spricht für viele, wenn er sich „entsetzt“ zeigt angesichts der Behauptung, die PDS sei im Westen „angekommen“. „Wir sind in dieser Republik nie angekommen. (...) Wenn die PDS den Kapitalismus lieber Marktwirtschaft nennt und nicht mehr vom Imperialismus, sondern euphemistisch à la Willy Brandt vom ‚Nord-Süd-Konflikt‘ spricht, dann darf sie sich nicht darüber wundern, daß sie im Westen keinen Fuß auf den Boden kriegt, denn das haben wir Wessis schon alles gehabt. Sosehr ich den Nachholebedarf der Osis verstehe, uns Wessis sollten sie mit solchen Ladenhütern nicht mehr behelligen.“<sup>290</sup> Wie schön für die ostdeutschen PDS-Mitglieder, daß mancher kluge Westlinke soviel Verständnis für sie aufbringt.

((Kasten Anfang))

*Die PDS leidet unter der mangelnden Verankerung im Westen. Ich gebe auch zu, daß ich mir viele Illusionen gemacht habe, vielleicht nüchterne Analysen durch Wünsche ersetzt habe. Das ist politisch nicht in Ordnung, aber menschlich vielleicht nachvollziehbar. Wir haben zu wenig analysiert, unter welchen spezifischen Bedingungen auch Linke im Westen sich der PDS nähern oder nicht. Wir haben zu oft geglaubt, daß die Idee, die wir jeweils hatten, jetzt endlich einen Durchbruch bringen würde. Von dem habe ich mich – soweit möglich – verabschiedet.*

Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der PDS.<sup>291</sup>

((Kasten Ende))

So traurig wie der geistige Zustand der West-PDS ist ihr organisatorischer. Im Frühjahr 1997

\* Der stellvertretende baden-württembergische Landtagspräsident Frieder Birzele (SPD) war bis Juni 1996 Landesinnenminister in Stuttgart. Thomas Schäuble (CDU) ist sein Nachfolger im Amt.

zählte der Parteivorstand 24 Partei- oder Wahlbüros, abgesehen von den Landesverbänden, die alle eigene Geschäftstellen unterhalten. Dazu kommen noch Regionalbüros der Bundestagsgruppe in Kiel, Hamburg, Bremen, Mainz, Saarbrücken, Westberlin, Düsseldorf und Karlsruhe. Noch schlimmer: Gerade in zwanzig Orten ist die PDS im Telefonbuch zu finden. Nur knapp die Hälfte der Genossen im Westen nehmen an Versammlungen der Parteigruppen teil.

Nur eine Minderheit der PDS-Gruppen im Westen hat sich auf Partnerschaften mit PDS-Gliederungen aus dem Osten eingelassen. Deshalb kennen die meisten Westgenossen die PDS im Osten nicht aus eigener Erfahrung. Sie lesen das „ND“ oder die „Junge Welt“ und erleben hin und wieder Gregor Gysi im Fernsehen oder bei Auftritten vor Ort. Manchmal kommen auch andere bekannte Köpfe wie Angela Marquardt, André Brie oder auch Sahra Wagenknecht. Die Genossen aus Ostberlin sind dann gewissermaßen auf Missionsreise.<sup>292</sup> „Weder der Landesverband noch die meisten Gruppen sind am Ort oder in der Region wirklich bekannt, wirklich öffentlich erreichbar oder mischen sich ein in kommunale und landespolitische Auseinandersetzungen“, klagen die Genossen in Nordrhein-Westfalen. Viele derjenigen die früher politisch aktiv gewesen seien, erlebten die Ära Kohl und die deutsche Einheit als Niederlage. Es fehle eine klare Linie und: „Gelegentlich tragen Menschen, die bereits eine umfangreiche Politikerfahrung haben, ihre Konflikte aus früheren Gruppen nur in die PDS hinein“.<sup>293</sup>

Nicht nur die Lage, auch die Perspektiven der PDS im Westen sind trübe. Am Anfang hatten sich Gregor Gysi, André Brie, Wolfgang Gehrcke und andere Unterstützung erhofft aus dem Westen. Sie waren der Überzeugung, daß die Genossen jenseits der Elbe wenn schon nicht praktisch erfolgreich, dann doch wenigstens die Partei theoretisch weiterbringen könnten. In der Tat, am Anfang mußten rhetorisch beschlagene Westlinke nur den Mund aufmachen, und ihnen standen alle PDS-Türen offen. Es hatte in der SED keine Diskussionen über linke Politikkonzepte gegeben. Die einstigen Einheitssozialisten erblickten in den Genossen aus dem Westen die Befreier vom drögen Einerlei der Parteilehrjahrsweisheiten. Aufregende neue Ideen sollten die PDS auf Vordermann bringen, helfen, sie in eine moderne sozialistische Partei zu verwandeln.

Aber statt neuer Konzepte bekamen die Genossen im Karl-Liebknecht-Haus alte Sekten. Die Schlachten der ewigen Verlierer werden nun in der PDS West weitergeschlagen. Maoisten und Trotzlisten vereint die Verachtung nicht nur der bürgerlichen Demokratie. Bisky und Genossen suchten Bündnispartner und hatten schon den Klotz am Bein.

So verzweifelt wie vergeblich kämpft der Bundesvorstand nun gegen seine westlichen Landesverbände. Die Genossen in Niedersachsen treten bei den Landtagswahlen an (Frühjahr 1998), die PDS in Hessen hat für 1999 das gleiche vor. Beide Landesverbände werden über ein Null vor dem Komma nicht hinauskommen, so, wie es schon die Hamburger erfahren mußten. Das sind die Ergebnisse, die der Parteivorstand nicht brauchen kann bei seiner Vorbereitung der Bundestagswahlen 1998 und der Europawahlen 1999. Parteivorständlerin Judith Dellheim erklärte: Wer in den alten Bundesländern antrete, gehe das Risiko ein, die Gesamtpartei auf dem Gewissen zu haben.<sup>294</sup> Das wird die Genossen im Westen nicht beeindrucken. Für sie ist die PDS ohnehin nur ein Vehikel, das sie nutzen, um ihre Träume von der proletarischen Revolution weiterzuträumen.

## Nicht erst im gelobten Land

### *Die Tragödie der deutschen Linken*

„Wir müssen endlich in der Bundesrepublik ankommen. Wir müssen ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden.“ So André Brie im Sommer 1996 im „stern“.<sup>295</sup> Viele Genossen waren empört, manche unterstützten den PDS-Vordenker. „Auch für Eppelmann\* hast Du eine Vorlage geliefert. Du solltest Dich schämen!“ schreibt ein Genosse.

Ein anderer Genosse: „Da hast Du Dich aber mit nacktem Allerwertesten mitten in die Brennesseln gesetzt. (...) Warum spitzt Du derart zu? Ist das ein Umgang miteinander?“

Ein weiterer: „Damit sprichst Du der Mehrheit der Genossen das Denken ab. Wer in den Jahren nach der Wende über die Geschichte der DDR und der SED Denkarbeit geleistet hat, dem ist bewußt, daß es zur Zeit keine andere Position gibt. Warum nimmst Du Dich so wichtig?“

Eine Genossin: „Zuerst einmal glaube ich, daß Zeitungen wie ‚BILD‘, ‚Spiegel‘, ‚stern‘ und eine Menge andere wohl kaum das richtige Podium sein dürften, um Probleme, die innerhalb der PDS bestehen, auszudiskutieren. Wozu haben wir das ‚ND‘ oder die ‚Junge Welt‘ und vor allem die Parteizeitung ‚Disput‘?“

Ein Genosse: „Die Menschen in S.\*\* (...), aber auch anderswo in Neufünfland haben schon die richtige Auffassung über die BRD. Die Erkenntnis kommt bei vielen nur zu spät. Das, was in Staatsbürgerkunde oder auch in Marxismus-Leninismus über den Imperialismus gesagt wurde, wurde doch nicht geglaubt und als Hetze abgetan. Die DM wurde eben höher bewertet als die Wahrheit über das Kapital. (...) es steht für mich außer jedem Zweifel, daß Sie längst in das Lager der Hilfstruppen der Bourgeoisie abgedriftet sind, genau wie so viele andere in den Führungsspitzen.“

Die zustimmenden Briefe sind in der Minderzahl. Aber auch sie sind nicht geeignet, Optimismus über Zustand und Perspektiven der PDS zu begründen. Eine Genossin etwa schreibt: „Spätestens seit der Diskussionsrunde im Marxistischen Forum, in Kreuzberg, die ich mir angetan hatte, um mir einen Eindruck vom Heuerschen Sorge-Forum zu verschaffen, bin ich in Sorge. Für mich kann ich das Problem lösen, indem ich aus der PDS austrete, wenn weiterhin Brombacher und Genossen eine ernsthafte Profilierung der PDS blockieren. (...) Geistige Beharrung, Rückfall in für überwunden gehaltene Klassenkampf-Phrasen (die der KPF klingen doch so schön vertraut), Osttrotz, Unfähigkeit zum Genuß, Mißtrauen gegenüber neuen Gedanken, Kulturlosigkeit im weitesten Sinne und vieles andere mehr verursachen eine Starre in der PDS, die aufgebrochen werden muß, oder die PDS zerbricht, was dann auch kein Verlust wäre.“

Die PDS wird nicht zerbrechen. Sie wird statt dessen weitere Wahlerfolge erringen. Und sie wird wohl über kurz oder lang auch in einer ostdeutschen Landesregierung sitzen. Der Grundstein ihres Erfolgs ist, daß sie tief im ostdeutschen Milieu verwurzelt ist. Sie ist die einzige ostdeutsche Partei, die anderen werden als Filialen der Westparteien betrachtet, und dies zu Recht. Die Ostdeutschlandexpertin Ilse Spittmann spricht von der „Ahnungslosigkeit“ der großen Parteien angesichts der Folgen der deutschen Vereinigung.<sup>296</sup> Keine andere Partei kennt die Stimmungen, ja, lebt so in ihnen wie die PDS. Sie empfindet sich als die Anwältin der Ostdeutschen. Laut Michael Brie hoffen fast neunzig Prozent der PDS-Wähler in Neufünfland, daß ihre Stimmen die Politiker im fernen Bonn veranlassen, sich mehr um Ostdeutschland zu kümmern. Insoweit profitiert die PDS auch von der desaströsen Hinterlassenschaft ihrer Vorfahrin. (Nach wie vor und noch auf lange Sicht sind die sozialen

\* Gemeint ist die von Rainer Eppelmann geleitete Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die ihre Arbeit im Sommer 1994 abgeschlossen hat.

\*\* Name unkenntlich gemacht.



Verwerfungen und Nöte im Osten zuerst einmal das Ergebnis der SED-Politik. Auch wenn Kanzler Kohl aus Machtkalkül seinen Beitrag dazu geleistet hat, nicht zuletzt, weil er gegen besseres Wissen und guten Rat darauf bestand, die D-Mark übergangslos mit einem unrealistischen Wechselkurs einzuführen.)

Am meisten ärgert sich die Bundesregierung über Stimmen für die PDS, das haben viele Ostdeutsche verstanden. Und nicht wenige wählen daher auch in Zukunft PDS. Gewählt wird die Partei vor allem von Angehörigen der ehemaligen „Dienstklasse“ der DDR, jenen also, die der SED in Partei- und Staatsfunktionen bis zuletzt treu ergeben waren.<sup>297</sup> Die Parteimodernisierer Rainer Land und Ralf Possekel schreiben über diese Gruppe, daß sie in der PDS die einzige Partei sähen, „die es ihnen ermöglicht, sich ohne Demütigungen mit ihrer Lebensgeschichte zu identifizieren (...) und dabei weiter politisch aktiv zu bleiben.“<sup>298</sup>

Und doch ist das Projekt PDS gescheitert.

Im Dezember 1989 ist die SED-PDS angetreten, um sich vom Stalinismus zu befreien. Sie wollte sich erneuern und zu einer Partei des demokratischen Sozialismus werden. Mittlerweile gibt es in der PDS demokratische Sozialisten, aber sie sind ideologisch in der Minderzahl. Sie geben zwar politisch nach außen den Ton an, aber dies nur, weil die Traditionalisten keine Strategie haben und auch wissen, daß die Partei und damit auch sie schlagartig an Bedeutung verlören, wenn sie die Reformer aus der Führung vertrieben. Längst aber kann man etwa im „ND“ lesen, daß „schon der Begriff SED-Diktatur“ eine „politisch-polemische Vorverurteilung“ sei.<sup>299</sup>

Auf allen meinen Reisen durch Deutschlands darniederliegenden Osten ist mir immer wieder aufgefallen, welch enormer Kontrast besteht zwischen der Außenwirkung der Partei über ihren Vorstand und ihre geschickte Öffentlichkeitsarbeit, über die klugen, witzigen Wahlkämpfe auf der einen Seite und der grauen Realität an der Basis auf der anderen. Viele der weißhaarigen älteren Herren mit Brille, die so genau die Verbrechen des Imperialismus aufzählen können, halten Gysi und Brie im Grunde ihres Herzens für Verräter. Aber noch wirkt der Schock der großen Niederlage von 1989 nach. Noch weiß selbst der verbohrteste KPF-Kommunist, daß die PDS mitsamt allen Plattformen und Foren von heute auf morgen im Aus wäre, wenn Bisky, Gysi und Brie nicht an ihrer Spitze ständen. Noch finden sich die Hardliner mit Kompromissen ab. Sollte aber der Erfolg, vor allem bei Wahlen zu den doch abgelehnten bürgerlichen Parlamenten, nicht mehr eintreten, dann hat Brie wohl seine Schuldigkeit getan. Dann kann Brie gehen.

Die Erneuerungsschübe aus dem Westen sind ausgeblieben. Statt dessen schlägt sich die Parteiführung mit einem dubiosen Konglomerat von Sekten herum. Demokratische Sozialisten haben auch im Westen schlechte Karten. Mancher Genosse im Karl-Liebknecht-Haus dürfte die Westerweiterung mittlerweile bereuen. Man hört es heraus, wenn man dort diskutiert.

Betrachtet man die Mitgliedschaft, dann ist die PDS im Osten nicht entstalinisiert und im Westen eine Sekte. Auf diesem Fundament stehen die Genossen Bisky, Gysi und Brie und führen dem staunenden Publikum den demokratischen Sozialismus vor. Bei aller guten Absicht, das grenzt an Roßtäuscherei.

Die Erneuerer in der PDS haben 1989 den Weg der Kompromisse vorgezogen. Statt die Partei aufzulösen, haben sie den Verlockungen der großen Mitgliederzahlen und des SED-Vermögens nicht widerstanden. Das Vermögen sind sie weitgehend los, aber immerhin hat die PDS gut 100 000 Mitglieder und ist insoweit die stärkste der Parteien im Osten. Der Preis des Kompromisses aber ist, daß die Erneuerer immer wieder zurückgeworfen werden – ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück.

Die Partei hat sich nicht erneuert, sie leistet sich Erneuerer in der Führung. Sie leistet sich einen demokratischen Sozialismus, den an der Basis kaum einer kennt oder kennen will. „Die DDR als Lebensgefühl ist ihr Hort, die PDS ihre Wärmestube“, schreibt der Göttinger Politologe Tobias Dürr in einem exzellenten Essay über die Basis der Bisky-Partei.<sup>300</sup>

Wenn man die Genossen zwischen Suhl und Greifswald kennenlernt, drängt sich einem eine erstaunliche Frage auf: Ist die PDS überhaupt eine Partei? Für viele Genossen, wenn nicht für die meisten, ist sie eine therapeutische Selbsthilfegruppe, in der die Verlierer von 1989 sich gegenseitig darin bestärken, doch immer nur das Beste gewollt zu haben. Sie ist eine Vereinigung von Menschen mit gebrochenen Biographien, die sich für nichts mehr interessieren als dafür, sich reinzuwaschen. Wenn man die Genossen so hört, dann könnte man glauben, hier finde man die Opfer der DDR. Insofern ist die PDS keine Partei, sondern eine Vereinigung von Heimatvertriebenen. Sie wird das Schicksal der Heimatvertriebenenparteien in Westdeutschland teilen, wenn sie bleibt, wie sie ist. Die Dresdner Spitzengenossin Christine Ostrowski schreibt in ihrem „Lexikon der PDS-Gesetze“: „PDS-Mitglieder, die die ganze Welt verändern wollen, sind nicht fähig, ihre Umwelt zur Kenntnis zu nehmen.“<sup>301</sup> Und Gregor Gysi befürchtete schon vor einiger Zeit, daß seine Genossen die „Basisgruppen als kleine sozialistische Oasen“<sup>302</sup> mißverstünden.

Bedrohlich für die PDS ist nicht die in ihr vorherrschende ostalgische Grundstimmung, auch nicht das Nebeneinander von unterschiedlichen geistigen Strömungen zwischen Punk und staatsbejahendem Spießertum. Das erhöht eher die Attraktivität der Partei in verschiedenen Zielgruppen. Wirklich bedrohlich für die Existenz der Partei ist die Biologie. Die PDS stirbt aus. Ich meine damit nicht den rapiden Mitgliederverfall von 2,3 Millionen 1989 auf 100 000 im Jahr 1988. Sondern die Altersstruktur. Es treten kaum junge Leute in eine völlig überalterte Partei ein. 67 Prozent der Mitglieder sind älter als 60 Jahre alt! In Sachsen-Anhalt sind es sogar 71 und in Sachsen 70 Prozent. Und gerade 2 Prozent der Mitgliedschaft ist nicht älter als 29 Jahre. Günter Pollach, der diese Zahlen im Auftrag des PDS-Vorstand erhoben hat (Stand: Ende 1996) kommentiert: „Das von politischen Gegnern häufig und gern benutzte Argument von einer ‚natürlichen‘ Lösung des PDS-Problems ist also keineswegs aus der Luft gegriffen.“<sup>303</sup> In der Tat: Allein im Jahr 1996 verlor die PDS 9911 Mitglieder durch Tod.<sup>304</sup> Nach 1998 werde es „dramatisch“, erklärt André Brie.<sup>305</sup> Schätzung besagen, daß die PDS im Jahr 2002 nur noch etwas über 50 000 Mitglieder hat.<sup>306</sup>

Um den biologischen Exitus der letzten Ex-Einheitssozialisten abzuwenden, hat die Parteiführung sich eine Kampagne ausgedacht, das Projekt „PDS 2000“.<sup>307</sup> 100 000 Mark investiert die PDS in einen Werbefeldzug für neue Mitglieder. Vor allem junge Leute sollen geworben werden, aber auch ehemalige Mitglieder der SED und der Blockparteien. Im Westen sei es Sache der Landesverbände, Mitglieder zu gewinnen. Ob ehemalige Mitglieder der Staatspartei und ihrer Blockfreunde das richtige Klientel sind? Wäre es nicht besser, wenn man sich wirklich erneuern will, in alternativen Milieus zu werben, Menschen mit neuen Ideen anzusprechen, als Leute, die biographisch genauso vorbelastet sind wie die Basis der PDS?

Und was die Jugendlichen angeht, so dürfte künftigen Junggenossen ein Besuch in einer PDS-Basisgruppe in Pirna, Friedrichroda oder Malchin genügen, um ein für allemal Reißaus zu nehmen. Denn was in den realsozialistischen Oasen im kapitalistisch gewordenen Osten stattfindet, wäre nur langgedienten Berufsjugendlichen zuzumuten wie Egon Krenz, der noch im gesetzten Alter stolz das Blauhemd trug.

Es nutzen keine Werbekampagnen, wo es an politischer Attraktivität fehlt. Warum sollten Menschen in eine Partei der Vergangenheit eintreten? Warum sollten Menschen, die gestalten wollen, sich die traurigen Rechtfertigungsversuche der Altkader anhören? Warum sollten Menschen sich begeistern für eine Parteiführung, die zunehmend laviert zwischen unverbesserlichen DDR-Nostalgikern und der kleinen Erneuerergruppe? Die sich über die vermeintliche politische Strafverfolgung der Mächtigen der DDR empört, aber über deren Opfer kaum ein Wort verliert – um von Mitempfinden gar nicht erst zu reden. So, wie sie ist, ist die PDS keine Partei für Menschen, die in der Bundesrepublik linke Politik machen wollen. Und doch ist die PDS die einzige linksozialistische Partei in Deutschland.

Nachdem die Grünen und die Sozialdemokraten nach beliebig bis rechts gerückt sind, ist links

Platz frei geworden. Früher tummelten sich hier Jungsozialisten und andere linke Sozialdemokraten, Grüne und Alternative. Diese Szene ist seit 1989 praktisch verschwunden. Das liegt an der Desillusionierung jener Linken, die die deutsche Einheit als Niederlage empfinden. Genauso am Drang beträchtlicher Kreise der Grünen in die Regierung. Und nicht minder an der Christdemokratisierung der SPD, die mit ihren klassischen Zielgruppen von einst traditionelle, linke Werte verliert und neue nicht findet.

Es ist eine traurige Ironie der Geschichte, daß die Linke darniederliegt, während der Kapitalismus „sozialen Ballast“ abwirft und wieder in Reinform zutage tritt. Es gäbe wahrlich genug Ansätze für linke, sozialistische Projekte. Der Internationalismus, den alle Sozialisten zu allen Zeiten meist vergeblich beschworen haben, könnte seine Wiederauferstehung erleben. Wenn, ja wenn es eine Partei gäbe, die sich den Herausforderungen unserer Zeit stellen könnte. Dem politischen Spektrum in Deutschland fehlen seit 1989 linke Alternativen, und sei es nur als Korrektiv.

Die Tragödie der deutschen Linken setzt sich fort in dem Maß, wie die PDS in den freien Raum links von Rot-Grün stößt. Sie hat durch ihre Stärke, aber auch durch die Ausstrahlungskraft vieler programmatischer Aussagen und von Persönlichkeiten wie Gysi, Bisky oder Brie viele Linke wie ein Magnet an sich herangezogen. Und erstickt so Ansätze einer antistalinistischen, sozialistischen Entwicklung. Denn linke Politik ist unmöglich ohne vollständigen Bruch mit der SED-Diktatur. Und linke Politik ist unmöglich, ohne sich auf die Seite der Opfer dieser Diktatur zu stellen. Beides hat die PDS bisher nicht getan. Man muß kein Hellseher sein, um vorauszusagen, daß sie es auch künftig nicht tun wird. Die PDS greift linke Ideen auf, schreibt sie in ihre Programme und Erklärungen und kompromittiert sie gleichzeitig. Das ist der bislang letzte Akt der Tragödie der deutschen Linken.

Wann war der erste Akt? Wann begann die Fehlentwicklung? In Deutschland gewiß spätestens mit der Unterwerfung der KPD unter Stalin. Seitdem standen sich Kommunisten und Sozialdemokraten fast immer feindlich gegenüber. Jene kleinen Linksparteien, die sich weder dem Kapitalismus noch Moskau anpaßten, wurden zerrieben zwischen SPD und KPD. Fast alle Linken, die den Kapitalismus überwinden wollten, waren bei den Kommunisten oder sympathisierten doch wenigstens mit ihnen. Viele glaubten unter dem Eindruck des Nationalsozialismus, daß die Sowjetunion ihr natürlicher Verbündeter sei. Man kann ihnen zugute halten, daß sie nicht wußten, wer Stalin war. Daß sie nicht ahnen konnten, welche Perfidie der menschliche Geist vollbringen kann – und daß Kommunisten sich selbst opferten, weil sie glaubten, nur so ihrer Idee nicht zu schaden.

Natürlich wurde die russische Revolution von 1917 von den deutschen Sozialdemokraten von der ersten Minute an abgelehnt. Für Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, die Köpfe der Mehrheitssozialdemokratie, waren Lenin und Trotzki Putschisten. Längst war den Führern einer Partei, die sich einst stolz revolutionär genannt hatte, die Revolution das größte Übel. Sozialistische Politik aber mußte nicht bei Stalin enden. Das zeigt das Beispiel Rosa Luxemburg. Sie hat mit der ihr eigenen Klarsicht aus der Gefängniszelle heraus die Revolution in Rußland verstanden und genau kritisiert. Sie hat die Grundschwäche dieser Revolution schon damals gesehen: den Mangel an Demokratie.

((Kasten Anfang))

*Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des*

*Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft (...).*

*(...) Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, sie mit neuem sozialem Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.*

Aus: Rosa Luxemburg, Zur Russischen Revolution.<sup>308</sup>  
((Kasten Ende))

Auf dem geistigen Niveau der Kritik Rosa Luxemburgs sind die meisten PDS-Genossen nicht angekommen. Es ist auch zu bezweifeln, daß sie es jemals tun werden. Sie wollen es nicht. Sie lassen sich durch solche ihnen fremden Einsichten nicht stören, während sie ihre Biographie retten. Für sie gilt nur die DDR, vorzugsweise der eigenen biographische Ausschnitt. Sie haben gewiß einiges zu kritisieren an der DDR – vor allem daß sie untergegangen ist. Aber sie halten doch tatsächlich die vierzig Jahre unter Walter Ulbricht und Erich Honecker für das Maß aller Dinge.

In den Konzepten der Modernisierer dagegen steckten Chancen für eine Renaissance der Linken in Deutschland. Sozialistische Politik im 21. Jahrhundert müßte zurückgreifen auf ihre Ideen der Demokratisierung, der Eigentumsvielfalt, der Zivilisierung und des ökologischen Umbaus. Nur glauben Bisky, Gysi und Brie, sie könnten die Mitglieder und Möglichkeiten einer ostdeutschen Volkspartei nutzen, um moderne sozialistische Politik zu machen. In Wahrheit benutzt die Partei ihre Aushängeschilder längst, um zu übertünchen, daß im Inneren das Rad zurückgedreht wird. Die Reformer laufen über einen Sumpf. Das ist noch nie gutgegangen.

**Anmerkungen**

1 Ich war von 1973 bis 1983 Mitglied der DKP und die meiste Zeit davon in Leitungen tätig. 1977 wurde ich wegen politischer Auseinandersetzungen für eineinhalb Jahre von der Universität Heidelberg relegiert und später auch strafrechtlich verfolgt. Ich bin Hamburg aus der DKP ausgetreten, weil ich mich davon überzeugt hatte, daß linke Politik und SED-Hörigkeit sich gegenseitig ausschlossen. In der Zeit meiner Relegation nahm ich an einem Einjahreslehrgang an der DKP-Parteischule in Ostberlin teil.

2 Christian v. Ditfurth, Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991

3 Ders., Angst vor den Akten. Archive enthüllen den Umgang von SPD- mit SED-Politikern, in: Der Spiegel, Nr. 35/1992

4 Ders., Verbogene Lebensläufe, in: Der Spiegel, Nr. 34/1993

5 Ders., „Schlechtweg verrückt“, in: Focus, Nr. 16/1994; ders., „Wir sagen nur das Positive“. Die evangelische Landeskirche Sachsens und die SED, in: IDEA-Dokumentation, Nr. 25/94

6 Ein Produkt dieser Arbeit ist der Band „Sozialismus am Scheideweg. Fragen an eine neue Konzeption“, Berlin 1990

7 stern, Nr. 32/1996

8 Max Reimann, Entscheidungen 1945-1956, Frankfurt a. M. 1973, S. 156

9 Der Spiegel, Nr. 52/1994. Sie hat diese Selbstenthüllung später explizit bestätigt: Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein? Gespräche mit Sahra Wagenknecht, Berlin 1995, S. 42

10 „Hegel war der erste, der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit. ‚Blind ist die Notwendigkeit nur, *insofern dieselbe nicht begriffen wird.*‘ Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen.“ Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Berlin (DDR) 1972, Band 20, S. 106

11 Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 112

12 Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1997, S. 171

13 W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 476

14 W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 486

15 Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 112

16 In der sowjetischen Besatzungszone wurden in den Schulen viele nazibelastete Lehrer entlassen. Um die Lücken zu füllen, wurden in Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) Lehrer quasi im Schnelldurchgang ausgebildet. Diese nannte man Neulehrer.

17 Landolf Scherzer, Der Erste, Rudolstadt 1988, Köln 1989

18 „1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben; 2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein (...); 3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen (...).“ W. I. Lenin, Was tun?, in: Werke, Band 5, Berlin (DDR) 1971, S. 480f.

19 Das „Kleine Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie“ von Manfred Buhr und Alfred Kosing (Berlin, DDR, 1974) definiert „Sozialdemokratismus“ wie folgt:

„Sozialdemokratismus: Bezeichnung für die von den rechten sozialdemokratischen Führern entwickelte Politik und Ideologie, die auf die Stabilisierung und Reformierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, auf die Integration der Arbeiterklasse in das staatsmonopolistische System und auf den Kampf gegen den Kommunismus gerichtet sind.

Der S. ist mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar; er beruht seinem theoretischen Inhalt nach völlig auf einem eklektischen Gemisch bürgerlicher Anschauungen, seinem politischen Inhalt nach hat er imperialistischen Charakter. Um seinen Einfluß auf die Arbeiterklasse zu behalten, verbindet er sich mit dem Reformismus und dem Opportunismus.“

In dem ein Jahr später erschienen viel umfangreicheren, zweibändigen „Philosophischen Wörterbuch“ von Manfred Buhr und Georg Klaus kommt der Begriff „Sozialdemokratismus“ nicht mehr vor. Ein Ergebnis der Entspannungspolitik!

20 Sahra Wagenknecht, Anforderungen an die PDS, in: PID, Nr. 48/1994

21 Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien, a. a. O., S. 153

22 Sahra Wagenknecht und Jürgen Elsässer, Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus, Hamburg 1996, S. 81

23 Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 162

24 Sahra Wagenknecht, Honecker. Ein Nachruf, in: konkret, Nr. 7/1994

25 Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 134

26 Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 125

27 Sahra Wagenknecht, Unter Fremdverwaltung, in: Junge Welt vom 14. Juli 1994

28 Dietmar Keller, Die Machthierarchie der SED-Diktatur (Vortrag in der nichtöffentlichen 24. Sitzung am 22. 1. 1993), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band II, 4, S. 3018

29 Weil in der Diskussion oft unklar bleibt, wer zu den Opfern des SED-Regimes zählt, entnehme ich dem „Lexikon des DDR-Sozialismus“ (Paderborn 1996, S. 445) die folgende Zusammenfassung:

„Eine 40 Jahre dauernde Diktatur läßt ganze Opferreihen hinter sich. Durchgehend wurden Gegner und Feinde der DDR mit allen Mitteln bekämpft, während es daneben Abschnitte gab, in denen bestimmte Handlungen oder nur bestimmte Gruppen verfolgt und unterschiedlich hart bestraft, in einigen wenigen Fällen sogar später stillschweigend rehabilitiert wurden.

Das Schwergewicht der Verfolgungskampagnen legte je nach außenpolitischer, innenpolitischer oder ideologischer Einschätzung das Politbüro der SED fest. So gab es mit diffusen Vorwürfen, die als Spionage oder Boykotttätze und sogar als Verstöße gegen die Kontrollratsdirektive 38 ausgegeben wurden, ganze Prozeßserien:

- gegen die Sozialdemokraten („Sozialdemokratismus“) und deren Jugendorganisation Die Falken (um den FDJ-Aufbau „abzusichern“),
- gegen die Zeugen Jehovas (als Spionage-Organisation eingestuft und verboten),
- gegen die Junge Gemeinde, Pfarrjugend sowie Jugend- und Studentenpfarrer (Einfluß der „NATO-Bischöfe“, Agententätigkeit),
- gegen Funktionäre der CDU und der LDPD (wegen antisowjetischer Propaganda und Widerstand gegen die SED-Blockpolitik),
- gegen alle möglichen „Schädlinge“ (1953 mit deutlich antizionistischen Zügen), - gegen „Abwerber“ (die Menschen aus der DDR in den kapitalistischen Westen lockten),
- gegen Saboteure und Agenten (im Volksmund Sapogenten genannt), Spione und Diversanten (Organisation Gehlen, Ostbüros der westdeutschen Parteien und des DGB, „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“),
- gegen RIAS-Hörer und Hörer anderer westlicher Sender,
- immer wieder auch gegen Oberschüler (die in kleinen Zirkeln frei diskutiert hatten) und zuletzt
- gegen Menschen, die sich „anders“ verhielten (z. B. das Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen“ trugen oder mit Kerzen oder weißen Schleifen an Autoantennen ihren Ausreisewunsch bekundeten).

Diesen Verfolgungskampagnen entzogen sich massenhaft präsumtive Opfer durch die Flucht in den Westen. Mit ihnen flüchteten Menschen, die in realer Einschätzung ihrer Lage in der DDR keine lebenswerte Zukunft sahen. Bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 setzten sich 2,6 Mio. Menschen aus der DDR ab. Sie entzogen sich vor allem den gewaltsamen gesellschaftlichen Umbaumaßnahmen der DDR zur Kollektivierung der Landwirtschaft, des Handwerks und der Verwaltung sowie der Verstaatlichung der Industrie. Nach dem Bau der Mauer waren Fluchtversuche

nur noch unter ungleich höherem Risiko möglich. Die Flucht war mit Lebensgefahr durch Mauerschützen und Minen verbunden, das Scheitern mit langjährigen Haftstrafen.

Das größte Opfer mußten jene Menschen bringen, die aus politischen Gründen hingerichtet wurden oder bei der Flucht durch Gewaltanwendung der Grenzwächter, durch Minen und Selbstschußapparate sowie durch Unglücksfälle (geschätzt über 330) oder in der Haft ums Leben kamen.“

30 Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 49

31 Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus, in: Weißenseer Blätter, Nr. 4/1992, S. 13

Wagenknecht hat mit dieser Äußerung ein Sturm der Entrüstung ausgelöst. Im November 1992 reagierte der PDS--Vorstand, dessen Mitglied Wagenknecht damals noch war: „Der Bundesvorstand der PDS erklärt, daß er die Positionen seines Mitglieds (...) für unvereinbar hält mit den politischen und programmatischen Positionen der Partei seit dem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989. Der Parteivorstand sieht in den von Sahra Wagenknecht in ihrem Artikel geäußerten Position eine positive Haltung zum Stalinismusmodell.“ PID, 4. Dezember 1992.

Der Vorstand entband Sahra Wagenknecht außerdem von der Funktion der Verantwortlichen für die Organisation und Auswertung der Programmdiskussion in der PDS.

Sie antwortete auf die Kritik mit einem Dementi, das keines ist: „Daß so, wie ich es da getan habe, mit sowjetischer Geschichte nicht umgegangen werden kann, habe ich in der Debatte eingesehen. (...) Es ging und geht mir nicht um die Rechtfertigung von Verbrechen, sondern darum, daß es unhistorisch und geschichtsverfälschend ist, drei Jahrzehnte sowjetischer Entwicklung auf Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren. Zu jener Epoche gehört eben auch ein gigantisches Industrialisierungsprogramm, die Modernisierung eines um Jahrzehnte zurückgebliebenen, in seinem asiatischen Teil noch halb mittelalterlichen Landes, zu ihr gehört eine beispiellose Alphabetisierungs- und Bildungswelle. (...) und zu ihr gehört schließlich der Sieg über die Hitler-Wehrmacht und die Befreiung des europäischen Kontinents von der braunen Barbarei.“ Hans-Dieter Schütt, Zu jung, um wahr zu sein?, a. a. O., S. 40. Und wenn Sie sich wirklich von ihrem Artikel distanzieren würde, dann hätte sie verhindert, daß er in einer Aufsatzsammlung erneut veröffentlicht wird: Hanfried Müller u. a.: Wider die Resignation der Linken. Kirchen- und Zeitgeschichte im Spiegel der Weißenseer Blätter. Nachdrucke aus den Jahren 1982-1992. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion, Köln 1994

32 Der linke Publizist Michael Schneider schreibt über den „Mythos von der ‘sozialistischen Industrialisierung’“ treffend: „Ein Akkumulationsprozeß aber, der faktisch zur Wiedereinführung der ‘allgemeinen Staatsklaverei’ führte, dem der qualifizierteste Teil der Bauernschaft zum Opfer fiel, der die Verwüstung ganzer Landstriche zur Folge hatte, der die industriellen Produktivkräfte nur um den Preis einer gigantischen Zerstörung von menschlichen ‘Produktivkräften’ entwickelte, auf dessen Tempo und Richtung die unmittelbaren Produzenten überdies nicht den geringsten Einfluß hatten, kann schlechterdings nicht als ‘sozialistisch’ bezeichnet werden.“ Michael Schneider, Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Staatssozialismus, Köln 1996, S. 205

33 Trofim Denisovich Lyssenko (1898-1976) war zur Stalin-Zeit der führende sowjetische Agronom und Leiter der Schule für Genetik. Er lehnte die Mendelschen Gesetze ab und behauptete, erworbene Eigenschaften würden vererbt.

Die Anwendung seiner Theorien hat katastrophale Folgen in der Landwirtschaft.

34 Andrej Alexandrowitsch Schdanow war ein enger Vertrauter und Schwiegersohn Stalins; er begründete das Konzept des sozialistischen Realismus und wirkte führend mit bei der Unterdrückung anderer Kunstauffassungen und -richtungen. Schdanows Konzept überlebte ihn und seinen Führer in fast allen sozialistischen Staaten.

35 Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien, a. a. O., S. 166f. (Kursivsetzung im Original)

36 Ebenda, S. 164

37 Ellen Brombacher, Zum Sonderparteitag vom Dezember 1989, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, a. a. O., Berlin 1996, S. 148f.

38 Die Kommunistische Plattform in der Krise. Offener Brief an alle GenossInnen innerhalb und



- außerhalb der PDS, die sich der KPF zugehörig fühlen, mit ihr sympathisieren oder sie kritisch begleiten, in: PID, 1. März 1991
- 39 Eberhard Czichon, Gregor Gysis Nostalgie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Nr. 9/1996, S. 2
- 40 Die PDS steht vor Grundsatzfragen – Entwurf der Kommunistischen Plattform der PDS für eine politische Erklärung des 2. Parteitages der PDS, in: PID, 18. Januar 1991
- 41 Michael Benjamin, in: 2. Parteitag, 2. Tagung, der PDS, Berlin, 21. bis 23. Juni 1991, Reden, Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1991, S. 98
- 42 Wir brauchen Mut und Aktivität – Offener Brief der Kommunistischen Plattform an alle Mitglieder der PDS, in: PID, 14. Juni 1991
- 43 Heinrich Bortfeldt, Pyrrhussieg der Reformer. 4. Parteitag der PDS in Berlin, in: Deutschland-Archiv, Nr. 3/1995, S. 229f.
- 44 „Die Absage an die DDR-Tradition begann als Kampf gegen den ‘Stalinismus’ und endete – nicht ohne Konsequenz – mit der Absage an den Sozialismus und der Hinwendung zur sozialdemokratisch-reformerischen Ideologie.“ Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus, a. a. O., S. 22
- 45 Sahra Wagenknecht und Michael Benjamin (Kommunistische Plattform), Vier Thesen zur dritten Tagung, in: Spezial Nummer 2 zur Vorbereitung der 3. Tagung des 2. Parteitages der PDS (Berlin 1991)
- 46 Neues Deutschland vom 11. März 1996
- 47 Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus, a. a. O., S. 24
- 48 Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien, a. a. O., S. 168f. Im Jahr 1991, unter dem nachwirkenden Eindruck der Wende, erklärte die Plattform dagegen: „Unsere FreundInnen, z. B. aus KPD und DKP, die meinen, Kommunisten müßten notwendigerweise in einer Partei neuen Typs nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisiert sein, hielten und halten wir entgegen, daß dieses Ziel unter den aktuellen Bedingungen nicht realisierbar, ja seine Verwirklichung nicht einmal wünschenswert ist, da das Scheitern des realen Sozialismus u. E. ganz wesentlich das historische Versagen gerade dieses Parteityps darstellt.“ Die Kommunistische Plattform in der Krise, a. a. O.
- 49 Thomas Falkner und Dietmar Huber, Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht?, München 1994, S. 163
- 50 André Brie berichtet in seinen autobiographischen Aufzeichnungen von einem KPF-Strategiepapier aus dem Jahr 1991, in dem die Plattform die PDS in eine kommunistische Partei verwandeln oder spalten wollte. „Dieses Papier wurde nicht beschlossen, aber erstens war es von jenen entworfen worden, die bis heute die KPF nach außen repräsentieren, zweitens hat man sich niemals offiziell von dieser Strategie distanziert (...), drittens scheint es gelegentlich, daß praktisch eine solche Strategie doch weiterverfolgt wird (...). In Hannover beispielsweise haben im Frühjahr 1996 Mitglieder der KPF beschlossen, bei den Kommunalwahlen in einem ‘linken Bündnis’ gegen ihre eigene Partei zu kandidieren.“ André Brie, Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, Berlin 1996, S. 261f.
- 51 An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß CDU und FDP, die die einstigen Blockparteien der DDR geerbt haben, gleichfalls auf Ausschlüsse verzichten. Meines Wissens legte die CDU nur Wert darauf, sich von Gerald Götting zu trennen, der nicht nur lange Jahre Vorsitzender der DDR-Unionspartei war, sondern auch beschuldigt wurde, sich bereichert zu haben. Alle die anderen einstigen Beschwörer der „unverbrüchlichen Freundschaft mit der Partei der Arbeiterklasse“ blieben, wenn sie es denn wollten, Mitglieder von FDP oder CDU.
- 52 Michael Nelken, Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 73
- 53 Patrick Moreau und Jürgen Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 188f.
- 54 Günter Pollach, Die PDS auf der Kreisebene in Ostdeutschland, in: PDS-Parteivorstand (Hg.), Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS, Berlin, März 1997, S. 14

55 André Brie, Ich tauche nicht ab, a. a. O.

56 Die Kommunistische Plattform in der Krise, a. a. O.

57 Günter Bohnsack und Herbert Bremer, Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992

58 Neues Deutschland vom 18. Mai 1995

59 Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt a. M. 1970

Ernest Mandel hatte zeitweise sogar Einreiseverbot für die Bundesrepublik Deutschland.

60 Neues Deutschland vom 26. Mai 1995

61 PID, Nr. 21/1995

62 Götz Redlow und Gottfried Stiehler, Philosophische Probleme der Entwicklung, Berlin (DDR) 1977, S. 70f.

Stiehler verdankt die Mitwelt noch zahlreiche andere tiefsinnige Erkenntnisse, so etwa: „In den sozialistischen Ländern wird das System der unmittelbaren Teilnahme der Massen an der Leitung des Staates immer weiter vervollkommen.“ Autorenkollektiv, Grundlagen des historischen Materialismus, herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1976, S. 616

63 Herbert Hörz, Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, Berlin 1976, S. 460ff.

64 Herbert Hörz, Mensch contra Materie. Standpunkte des dialektischen Materialismus zur Bedeutung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse für den Menschen, Berlin (DDR) 1976, S. 63

In feiner Ironie bemerkte ein Leserbriefschreiber im „ND“: „Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus ist es auch bei jenen, die einst nicht müde wurden, den ‘objektiven Charakter’ und die ‘Unausweichlichkeit des Sieges’ des Sozialismus zu beteuern, üblich geworden, von einem (mißglückten) ‘sozialen Experiment’ zu sprechen. (...) Wenn Hörz von ‘sozialen Experimenten’ spricht und feststellt, deren ‘gab es schon viele’, dann hebt er verschiedene Entwicklungsstufen bisheriger gesellschaftlicher Realität auf eine seltsame Stufe. (...) Bei einem Denker wie Hörz mutet es sonderbar an, wenn soziale Verhältnisse und Bewegungen mit ‘Experiment’ (Versuch, incl. Versuchsordnung, Versuchsfeld, Laborbedingung) beschrieben werden.“ Neues Deutschland vom 12./13. Oktober 1996

65 Die Verantwortung des Schriftstellers in den Kämpfen unserer Zeit. Materialien zum VIII.

Schriftstellerkongreß der DDR, Berlin, 29.–31. Mai 1978, München 1978, S. 64

66 Ernst Engelberg, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985; ders., Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990

67 Zitiert nach: Ilko-Sascha Kowalczyk, „Faschistischer Putsch“ – „Konterrevolution“ –

„Arbeitererhebung“: Der 17. Juni 1953 im Urteil von SED und PDS, in: Rainer Eckert und Bernd Faulenbach (Hg.), Halbherziger Revisionismus: Zum Postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996, S. 70

68 Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), NL 182/1364

69 Michael Schumann, Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression, in: PID, 1. November 1991

70 Damit kein falscher Eindruck aufkommt: Auf vielen Gebieten, vor allem in den Naturwissenschaften, haben DDR-Wissenschaftler keine schlechteren Qualifikationen als Kollegen aus anderen Ländern. Oft sogar bessere, und auch an westdeutschen Hochschulen sind die Anforderungen an wissenschaftliche Arbeiten mitunter dubios. Nur hängt es hier vom Doktorvater oder der Doktormutter ab, welche Kriterien gelten, und nicht „flächendeckend“ von einer Partei.

71 Ich weiß, daß das Fehlen überlieferter ethischer Maßstäbe zuletzt der SED anzulasten ist, denn die Maßstäbe hatte die meisten Akademiker in der Nazizeit verloren, so sie denn vorher welche hatten. Insofern hatten sie sich nicht anders verhalten als andere soziale Gruppen inklusive der Arbeiter.

72 Josef W. Stalin, Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft, in: Fritz J. Raddatz, Marxismus und Literatur. Eine Dokumentation in drei Bänden, Bd. 3, S. 7-27

73 Michael Benjamin, Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen. Gedanken über linke Politik, in: Uwe-Jens Heuer, Harry Nick, Wolfgang Richter (Hg.), Marxistisches Forum. In großer

Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum?, Berlin 1995

74 Neues Deutschland vom 31. Mai 1995

75 Unsere Sorgen sind nicht geringer geworden. Erklärung des Marxistischen Forums der PDS zu Rechtsentwicklung, Anpassung und Ausgrenzung, in: Neues Deutschland vom 14. Oktober 1996

76 Uwe-Jens Heuer, Allererster Anfang eines Dialogs, in: Neues Deutschland vom 23. Mai 1995

77 Genauso verquer in einer nachträglichen Rechtfertigung für den Aufruf „In großer Sorge“: „Absage an den Sozialismusversuch in der DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts (...). *Dabei wandten wir uns nicht gegen eine Abrechnung mit dem Stalinismus, wohl aber gegen die pauschale Anwendung dieses Kampfbegriffs* auf die DDR und die damit drohende Aufhebung des Pluralismus für alle diejenigen, die zu einer solchen Pauschalabsage an die DDR nicht bereit sind.“ (Hervorhebung von mir) Marxistisches Forum, Quo vadis PDS?, Heft 5, Berlin, Januar 1996

78 Siegfried Prokop, DDR-Geschichte als Problem der Gegenwart, in: Uwe-Jens Heuer, Harry Nick, Wolfgang Richter (Hg.), Marxistisches Forum. In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum?, Berlin 1995

Prokops Apologie auf den realen Sozialismus ist typisch für die einäugige Sicht der historischen und politischen Wirklichkeiten. Vielleicht sollte Prokop sich einmal fragen, ob die Bürger in Rumänien, Ungarn, Polen oder auch der DDR gerne Freiheiten geopfert haben für die angeblich so segensreichen Wirkungen des Sozialismus. Eigentlich nur noch komisch ist die These, daß die Bürger Spaniens, Frankreichs oder der alten Bundesrepublik Demokratie und Rechtsstaat Stalin und seinen Nachfolgern verdanken. Natürlich vergißt Prokop bei seiner Bilanzierung der geschichtlichen Leistung des realen Sozialismus die Verbrechen, die im und durch den realen Sozialismus begangen wurden. Wenn man das ernst nähme, was Prokop und Genossen über den realen Sozialismus schreiben, müßte man die Bürgerrechtler der DDR für ihr Aufbegehren bestrafen und dem realen Sozialismus ein Meer aus Tränen hinterherweinen.

79 Ekkehard Saueremann, Gedanken zu einer marxistischen Analyse der Niederlage des Real-Sozialismus, in: Uwe-Jens Heuer, Harry Nick, Wolfgang Richter (Hg.), Marxistisches Forum. In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum?, Berlin 1995

80 Gottfried Stiehler, Streit um Sachen und Worte, in: Uwe-Jens Heuer, Harry Nick, Wolfgang Richter (Hg.), Marxistisches Forum. In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum?, Berlin 1995, S. 85

81 So kritisiert etwa DKP-Veteran Heinz Jung den „modernen Sozialismus“ der Parteireformer und Gysi und Brie: „Die Kernbestimmung des Sozialismus als Gemeinwirtschaft auf Basis des Gemeineigentums wird durch einen ethisch bestimmten Sozialismus, ja genauer durch ein radikaldemokratisches Konzept ersetzt. Dies ist, und daran kann kein Zweifel bestehen, unter den gegebenen Verhältnissen eine fortschrittliche Orientierung. Aber vom Sozialismus, sieht man ihn auch strukturell und institutionell bestimmt, ist nur noch das Etikett geblieben. Und wenn der Markt oder die Marktwirtschaft als Basisinstitution der Moderne und deren Evolutionspotentialen als faktisch sakrosankt angesehen wird, kann meines Erachtens von einer ernsthaften antikapitalistischen Kritik und Orientierung nicht mehr die Rede sein.“ Heinz Jung, Marktwirtschaftliche Moderne oder kapitalistische Klassengesellschaft, in: Uwe-Jens Heuer, Harry Nick, Wolfgang Richter (Hg.), Marxistisches Forum. In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum?, Berlin 1995

82 Vgl. auch Michael Nelken, Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 75; Patrick Moreau und Jürgen Lang, Linksextremismus, a. a. O., S. 124

83 Wilfried Schulz, Zur Stalinismusdebatte in der PDS. Der Streit der Intellektuellen und die Gespenster an der Basis, in: Deutschland-Archiv, Nr. 2/1996, S. 258

84 Dietmar Keller, Zwischen Anspruch und eigener Blockade. Zu einigen Fragen des Verhältnisses der PDS zur Geschichte der SED und der DDR, in: Michael Brie, Martin Herzig und Thomas Koch (Hg.), Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 135

- 85 Uwe-Jens Heuer, Fünf Anmerkungen zu einer Kolumne, in: Disput, Nr. 3/1997
- 86 Uwe-Jens Heuer, Rechtsstaat und Unrechtsstaat. Zur PDS-Debatte, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 94f.
- 87 Klaus Eichner, Zur Sicherheitspolitik der SED, in: PDS-Stadtvorstand Leipzig, AG Geschichtsaufarbeitung (Hg.), Der lange weg vom Bekenntnis über Rechtfertigung bis zum kritischen Umgang, Dokumentation zur Basiskonferenz „Geschichtsaufarbeitung“ am 25. Februar 1995, o. J. (Leipzig 1995)
- 88 Wolfgang Hartmann, Nachdenken über den Umgang mit der Geschichte des MfS, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS. Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, a. a. O., S. 223
- 89 Telefonische Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Köln, 25. September 1997
- 90 Günter Benser, Die DDR – eine deutsche Möglichkeit? Zur Legitimation des zweiten deutschen Weges, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hg.), Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993, S. 83
- 91 Uwe-Jens Heuer hat dazu in einem Diskussionsbeitrag auf einer Konferenz richtig festgestellt: „Wenn es erfolgreich gelingt, eine Revolution durchzuführen, dann ist es für das Völkerrecht uninteressant, ob das entsprechend den Regeln des Landes selbst geschehen ist.“ Uwe-Jens Heuer, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hg.), Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993, S. 94
- 92 Frankfurter Rundschau vom 26. Oktober 1992
- 93 40 Jahre SED-Unrecht. Eine Herausforderung für den Rechtsstaat. Erstes Forum des Bundesministers der Justiz am 9. Juli 1991 in Bonn, Sonderheft der Zeitschrift für Gesetzgebung, S. 41
- 94 Uwe-Jens Heuer, Macht, Recht und Unrecht in Geschichte und Gegenwart, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hg.), Rücksichten, a. a. O., S. 43
- 95 PDS-Vorstandsmitglied Michael Schumann erklärt etwa: „Der Sozialismusversuch in der DDR war – trotz der mit ihm verbundenen Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen – eine legitime historische Antwort auf die durch Kriege und andere unvergleichliche Verbrechen an der Menschheit gekennzeichnete Epoche der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Er war eine legitime Alternative angesichts des katastrophalen Versagens der bürgerlichen deutschen Eliten und der Restauration der alten Machtverhältnisse in Westdeutschland.“ Michael Schumann, PDS: Geschichte und Politik, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS. Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, a. a. O., S. 22
- 96 André Brie, PDS und Aufarbeitung deutscher Geschichte, Rede auf der Vorstandstagung am 2. März 1992, in: PID, 6. März 1992
- 97 Vgl. Andreas Fraude, Sind kommunistische Parteien wandelbar ? Entwicklung, Organisation und Struktur der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS ), Wissenschaftliche Halbjahresarbeit zur Erlangung des Grades eines Diplom-Politologen, Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, Hamburg 1992, S. 26
- 98 Karl Wilhelm Fricke, Die Geschichte der DDR: Ein Staat ohne Legitimität, in: Eckhard Jesse und Armin Mitter (Hg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 43
- 99 Georgi Dimitroff, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band 1, Frankfurt a. M. 1972, S. 105
- 100 Ebenda, S. 107
- 101 Jetzt werden mir viele PDS-Leser entgegen, die Kommunisten hätten doch gesagt „Hitler bedeutet Krieg“. Diese Leser bitte ich, sich in die Geschichte der Weimarer Republik zu vertiefen und mir ein Jahr zu nennen, in denen die Kommunisten die Kriegsgefahr nicht beschworen hätten.
- 102 Dietmar Keller, Die Machthierarchie der SED-Diktatur, a. a. O., S. 3018
- 103 Obwohl Kommunisten in den NS-Konzentrationslager tatsächlich Resolutionen verabschiedeten, in denen sie Stalins Moskauer Prozesse gegen die alte Garde des Bolschewismus begrüßten.

- 104 Ein nach wie vor erstklassiges historisches Zeugnis aus dieser Zeit ist Wolfgang Leonhardts Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (Köln 1987)
- 105 Wolfgang Leonhardt, Die Revolution entläßt ihre Kinder, a. a. O., S. 317
- 106 Eine Zusammenstellung der Bearbeitungsmethoden in: Michael Richter, Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1991, S. 100ff.
- 107 Vgl. Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln 1963, S. 139
- 108 Zu den SED-Treuesten zählten in der CDU zum Beispiel der einstige Redenschreiber des Vorsitzenden Gerald Götting, das langjährige Präsidiumsmitglied Gerhard Fischer, oder dessen Mitpräside Günter Wirth, einer der führenden Kirchenkämpfer der DDR-CDU, der mittlerweile Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichen darf – über den Widerstand in der DDR! Günter Wirth rechnet sich zur „Kavaliersopposition“. So lügt man sich aus der Geschichte.
- 109 Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 4, Berlin (DDR) 1958, S. 407
- 110 SAPMO IV 2/9.04/111
- 111 SAPMO NL 182/1352
- 112 Michael Schumann (Diskussionsbeitrag), in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hg.), Rücksichten, a. a. O., S. 65
- 113 Der Historiker Günter Benser läßt sich in seinem bereits zitierten Beitrag über die Legitimität der DDR auf einen interessanten Vergleich zur Bundesrepublik ein: „Die deutsche Nachkriegsgeschichte kennt Entscheidungen, die ganz anders gegen einen artikulierten Mehrheitswillen durchgesetzt worden sind als die strukturellen Veränderungen in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Dazu gehören zum Beispiel die 1950 eingeführte Listenwahl in der DDR und die zu dieser Zeit eingeleitete Remilitarisierung der BRD. (...) Wenn es richtig ist, daß sich die DDR mit dem Herausbilden autoritärer oder totalitärer Strukturen von den ursprünglichen Intentionen der Programmgeber deutscher Parteien und Gewerkschaften sowie der Verfassungsgeber entfernt hat, so ist nicht minder richtig, daß die BRD ihrerseits einen Bruch vollzogen hat, indem sie sich vom Verlangen nach Entmachtung des großen Kapitals und des Grundbesitzes, nach planvoller Gestaltung der Produktion und nach sozialer Gerechtigkeit verabschiedet hat.“ Günter Benser, Die DDR – eine deutsche Möglichkeit?, a. a. O., S. 79f.
- Der Leser verzeihe mir das lange Zitat. Es macht eine Menge klar, vor allem, daß der Faktor Demokratie in den Überlegungen keine Rolle spielt. Man mag es bedauern, daß die BRD den hier skizzierten Weg der Restauration des Kapitalismus gegangen ist, und es ist zu Recht kritisiert worden, daß Adenauer nicht immer die Wahrheit gesagt hat, als es um die Schaffung der Bundeswehr ging – die Westdeutschen hatten alle vier Jahre die Möglichkeit, die Regierung abzuwählen. Sie haben es nicht getan. Die Bevölkerung der DDR hatte diese Möglichkeit nicht. Das ist der entscheidende Unterschied.
- 114 Manfred Kossok, Im Gehäuse selbstverschuldeter Unmündigkeit oder: Umgang mit der Geschichte, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hg.), Rücksichten, a. a. O., S. 13
- 115 Michael Schumann, Emanzipation und Geschichtsbewußtsein. Zur politischen Dimension der Debatte um die DDR-Vergangenheit, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hg.), Rücksichten, a. a. O., S. 30
- 116 Detlef Joseph, Vom schwierigen Verhältnis der Marxisten zum Recht, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 209f.
- 117 Peter Schneider, Plädoyer für eine Vergangenheitsbewältigung der Linken, in: Die Zeit, Nr. 18-19/1990
- 118 Günter Benser, Die DDR – eine deutsche Möglichkeit?, a. a. O., S. 85
- 119 Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, in: PDS, 2. Parteitag, 1. Tagung, Berlin, 26./27. Januar 1991, S. 58f.
- 120 Michael Brie, Die PDS, wenn sie bestehen will, muß ständig neu erfunden werden, in: PID, Nr.

50/1994

121 Herbert Burmeister, in: PID, 13. September 1991

122 Angela Marquardt, Rückwärts in die Zukunft? Wenn der Vergangenheitsdebatte das Ziel fehlt, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 104f.

123 Hans-J. Misselwitz, Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn 1996, S. 110

124 Bemerkenswerterweise hat die PDS im Erfurter Landtag eine Gesetzesinitiative betrieben, um die thüringischen Opfer der Zwangsaussiedlung zu entschädigen. Ein lobenswertes Projekt, das gegen Widerstand in der eigenen Partei unternommen wurde.

125 Lexikon des DDR-Sozialismus, a. a. O., S. 276

126 Neues Deutschland vom 23. September 1997

127 Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie. Lehrbuch, Berlin (DDR) 1975, S. 456.

An diesem grundlegenden Werk haben mit den Rechtswissenschaftlern Ingo Wagner und Detlef Joseph zwei Experten mitgewirkt, denen wir heute als Verfechter der Legitimität der DDR wiederbegegnen. Eine bemerkenswerte Kontinuität.

128 Ingo Wagner, Die DDR – ein „Unrechtsstaat“?, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hg.), „Unrechtsstaat“? Politische Justiz und Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994, S. 148f.

129 Z. B.: Klaus Eichner, Zur Sicherheitspolitik der SED, a. a. O.; ebenso drei PDS-Bundestagsabgeordnete in ihrer Stellungnahme zum Politbüroprozeß: Abschließender moralisch-ideologischer Sieg im Kalten Krieg, Erklärung von Ludwig Elm, Uwe Jens Heuer und Günther Maleuda, in: PID, Nr. 36/1997. Elm ist Leiter des Bereichs Rechts- und Innenpolitik der PDS-Bundestagsgruppe, Heuer rechtspolitischer Sprecher der PDS und Maleuda ehemaliger Vorsitzender der DDR-Blockpartei DBD.

130 Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann, Politik und Justiz in der Auseinandersetzung um die DDR-Geschichte, in: Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hg.), „Unrechtsstaat“? Politische Justiz und Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994, S. xxx

131 Ingo Wagner, Die DDR – ein „Unrechtsstaat“?, a. a. O., S. 148f.

132 Detlef Joseph, Vom schwierigen Verhältnis der Marxisten zum Recht, a. a. O., S. 208f.

133 Uwe-Jens Heuer, Macht, Recht und Unrecht in Geschichte und Gegenwart, a. a. O., S. 49f.

134 Hermann Weber, „Hauptfeind Sozialdemokratie“: Zur Politik der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zwischen 1930 und 1950, a. a. O., S. 35

135 Daniela Dahn, Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996, S. 134

136 In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Oktober 1997 finden sich auf S. 8 drei aufschlußreiche Berichte:

1. Bericht: Das Landgericht Frankfurt/Oder spricht DDR-Juristen vom Vorwurf der Rechtsbeugung frei. Die Richter und Staatsanwälte hatten den sozialistischen Regimekritiker Robert Havemann zu Hausarrest und einer Geldstrafe verurteilt - rechtswidrig auch nach den Gesetzen der DDR.

2. Bericht: Wegen Schüssen auf Grenzsoldaten der DDR wurden zwei Männer zu hohen Strafen verurteilt, einer unter Einbeziehung einer vorher verhängten Strafe zu 13 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

3. Bericht: Der ehemalige Stasiminister Erich Mielke muß keine Entschädigung zahlen an einen Journalisten, der durch Mielkes persönliche Intervention zu Unrecht inhaftiert worden ist.

Komische Sieger, komische Justiz.

137 Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht, Stellungnahme des Parteivorstandes der PDS zur Verurteilung von Egon Krenz und anderen, in: PID, Nr. 35/1997

138 „Nicht die Sieger haben über Krenz gerichtet“, Pressemitteilung des Landesvorstandes der PDS Sachsen, in: PID, Nr. 36/1997.

Die Attacken auf Günter Schabowski erinnern mich arg an Anklagen, denen zu KPD- und SED-Zeiten

„Renegaten“ ausgesetzt waren. PDS-Vorstandmitglied Michael Schumann etwa sagt über Schabowski: „Erst hat er uns im Chor des Politbüros erklärt: Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht. Jetzt erklärt er uns vor Gericht: Zweibeiner gut, Vierbeiner schlecht. Diese bloße Umkehrung ohne eine wirkliche nachvollziehbare intellektuelle Auseinandersetzung ist für mich unglaublich.“ (Disput, Nr. 9/1997, S. 27) Das ist eine geradezu klassische Herabwürdigung eines Andersdenkenden, und sie ist grundfalsch. Günter Schabowski hat lange vor dem Prozeß mit seiner Verantwortung als Politbüromitglied gerungen und dies unter anderem in einem außerordentlich offenen Bericht (Das Politbüro, Reinbek bei Hamburg 1991) dokumentiert. Schabowski hat sich außerdem der wahrlich nicht leichten Auseinandersetzung in der Bundestags-Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Geschichte gestellt. Schumann aber vermittelt den falschen Eindruck, Schabowski habe sich opportunistisch auf die Seite der Stärkeren geschlagen.

139 PDS sollte Strafwürdigkeit des Politbüros anerkennen, Erklärung des parteilosen PDS-Bundestagsabgeordneten Manfred Müller, in: PID, Nr. 36/1997

140 Michael Nelken, Verlierer – Justiz und Rechtsstaat, in: Disput, Nr. 6/1997, S. 25

141 Vgl. Wilfried Schulz, Zur Stalinismusdebatte in der PDS, a. a. O., S. 260f.

142 Disput, Nr. 13-14/1993

143 Der Spiegel, Nr. 43/1994

144 Klausurtagung des PDS-Parteivorstands, 12./13. Mai 1990, PDS-Parteivorstand, Archiv, Parteivorstandssitzungen

145 Der Spiegel, Nr. 9/1994

146 Neues Deutschland vom 2. Februar 1993

147 Ich lege aber Wert auf die Feststellung, daß sich Justiz und Bundeswehr in Deutschland längst von ihren fragwürdigen Anfängen emanzipiert haben. Es wäre grotesk, heutigen Richtern oder Offizieren Nazismus nachzusagen. Ich habe keinen Zweifel daran, daß sie sich mit den üblichen geringfügigen Ausnahmen als Demokraten verstehen, auch wenn etwa die Traditionspflege der Bundeswehr dringend renovierungsbedürftig ist.

148 Diese irrwitzige Geschichte habe ich entnommen aus: Hans-J. Misselwitz, Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen, a. a. O., S. 60f.

149 ISOR aktuell, Nr. 5/1996

150 Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e. V., Informationsblatt, Nr. 12, Oktober 1995, S. 34

151 Ebenda, S. 35

152 Ebenda, S. 2

153 Der Spiegel, Nr. 37/1994

154 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, 14. Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 13. März 1991

155 Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, 16. Sitzung. Bonn, Freitag, den 15. März 1991

156 Ich freue mich immer über Zusendungen von Zeitungen und sonstigem lesbaren Material aus DDR-Zeiten. Bitte an Christian v. Ditfurth, c/o Verlag Kiepenheuer & Witsch, Rondorfer Str. 5, 50968 Köln.

157 Schon Ende der vierziger Jahre wurde die SED in eine „Partei neuen Typs“ umgestaltet. Die einstigen Sozialdemokraten mußten sich Stalins Lehren unterwerfen, wenn sie in der Partei bleiben wollten. Ich werde auf diese Zeit später ausführlich eingehen.

158 Dietmar Keller, Die Machthierarchie der SED-Diktatur, a. a. O., S. 3013-3022

159 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 234. Sitzung, Plenarprotokoll 12/234, 17. Juni 1994, S. 20448f.

160 Neues Deutschland vom 8. März 1993

161 Alle Zitate: Neues Deutschland vom 4.-15. März 1993

162 Neues Deutschland vom 8. März 1993

163 Ich habe die Arbeit der Enquete-Kommission über lange Strecken aufmerksam verfolgt. Was dort an Fachverstand versammelt war, würde jeder Akademie zur Ehre gereichen. Man muß das nur sehen

wollen hinter dem Nebel der oft durchsichtigen politischen Auseinandersetzungen.

164 Michael Nelken, Auseinandersetzungen blockiert, in: PID, 20. Dezember 1991

165 Aus dem Referat von Prof. Michael Schumann auf dem 3. PDS-Parteitag, Gehen wir souverän mit unseren Biographien um, Neues Deutschland vom 2. Februar 1993

166 Klausurtagung des PDS-Parteivorstands, 12./13. Mai 1990, Parteivorstand der PDS, Archiv, Vorstandssitzungen

167 Gregor Gysi, in: 2. Parteitag der PDS, 1. Tagung, 26./27. Januar 1991, Berlin 1991, S. 10f.

168 Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987, S. 31-36

169 Zutreffend kritisierte die Historische Kommission beim PDS-Vorstand: „Eingeräumte Fehlentscheidungen und -entwicklungen sowie Defizite werden mit Leistungen verrechnet, um zu einem positiven Saldo zu gelangen, als ob in der Geschichte nicht fortwährend beides zu Buche schlug. Hinter der (richtigen) Forderung nach allseitiger Betrachtung und differenzierender Bewertung versteckt sich nicht selten die Weigerung, die Gegensätze innerhalb der DDR-Gesellschaft wahrzunehmen und den Antagonismus im realsozialistischen System zu entdecken.“

Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen. Erklärung der Historischen Kommission beim Bundesvorstand anlässlich des 3. Parteitags zur Geschichtsdiskussion in der PDS, in: PID, 22. Januar 1993

170 PID, 18. Oktober 1991

171 So beleuchten die Dokumente der Konferenz über die Moskauer Prozesse wichtige Aspekte der Kommunistenverfolgung. Hervorzuheben sind die Beiträge „Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938“ von Wladislaw Hedeler und „Der Antikomintern-Block – Prozeßstruktur und Opferperspektive“ von Reinhard Müller, in: Utopie kreativ, Nr. 81-82/1997.

Hedeler zeigt unter anderem, daß die DDR-Justiz das sowjetische Vorbild an- und übernommen hat. Justizministerin Hilde Benjamin hatte es vor allem ein Buch mit Gerichtsreden von Stalins furchtbarem Staatsanwalt Andrej Wyschinski angetan.

172 In einem Erfahrungsaustausch über die Geschichtsarbeit der PDS berichtete ein Vertreter, „mit dem Hinweis auf äußere Angriffe würde nicht selten jegliche Kritik als ‚objektiv dem Gegner nützend‘ zurückgewiesen, dabei auch ignorierend, daß sich eben auch nicht wenige Menschen hierzulande ganz bewußt gegen den Sozialismus und für die heutige Gesellschaft entschieden haben“. PID, 21. Mai 1993

173 Der Spiegel, Nr. 3/1993

174 Ein kluger PDS-Genosse könnte natürlich freudig darauf verweisen, daß die früheren Blockparteien praktisch gar nichts zur Aufarbeitung ihrer Vergangenheit unternommen haben. In der Tat, ein bißchen ist mehr als nichts.

175 Zum 2. Parteitag der PDS. Eindrücke von Dr. Heinrich Bortfeldt, Teilnehmer am Parteitag, in: Disput, 2. Februarheft 1991

176 tageszeitung vom 23. Januar 1995

177 Heinrich Bortfeldt, Pyrrhussieg der Reformer, a. a. O., S. 228

178 Ilse Spittmann, PDS – Anwalt der Ostdeutschen?, in: Deutschland-Archiv, Nr. 7/1994, S. 673

179 Demoskopischen Untersuchungen für 1994 zeigen, daß viele Protestwähler im Osten einen „autoritären Sozialismus“ favorisierten. Vgl. Patrick Moreau und Jürgen Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 29

180 Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern, Gregor Gysi Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus, in: 2. Parteitag, 2. Tagung Berlin 21. bis 23. Juni 1991, Reden, Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1991, S. 25f.

181 Michael Nelken, Auseinandersetzungen blockiert, a. a. O.

182 Der Spiegel, Nr. 50/1992

183 Klausurtagung des PDS-Parteivorstands, 12./13. Mai 1990, Parteivorstand der PDS, Archiv, Vorstandssitzungen

184 Auch Willy Brandt würdigt Ernst Eckstein in seinen Memoiren: Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S. 104

185 Man verzeihe mir das lange Zitat, das im folgenden abgedruckt ist. Aber selbst wer sich in den Details der Stalinschen Verfolgungsorgien nicht auskennt, entdeckt in dem nachfolgenden Auszug aus



dem wichtigsten politisch-ideologischen Lehrbuch auch der SED bis zu Stalins Tod die unübertreffliche Menschenverachtung, die sich in der Sprache niederschlägt. Es klingt, als hätte ein Autor mit pathologischen Gewaltphantasien sich verbal ausgetobt. Der Autor heißt Stalin, und seine Leser waren zig Millionen Kommunisten in der ganzen Welt, die das Buch als die ganze Wahrheit empfanden. Es hat unzählige Kommunisten in der DDR geprägt:

„Das Jahr 1937 erbrachte neue Beweise gegen die Scheusale aus der bucharinschen-trotzkistischen Bande. Der Prozeß gegen Pjatakow, Radek und andere, der Prozeß gegen Tuchatschewski, Jakir und andere, schließlich der Prozeß gegen Bucharin, Rykow, Krestinski, Rosenholz und andere, alle diese Prozesse haben gezeigt, daß die Bucharinleute und Trotzkiisten erwiesenermaßen schon lange eine gemeinsame Bande von Volksfeinden in Gestalt des 'Blocks der Rechten und Trotzkiisten' gebildet hatten.

Die Prozesse zeigten, daß dieser Abschaum der Menschheit gemeinsam mit den Volksfeinden Trotzki, Sinowjew und Kamenew bereits seit den ersten Tagen der Sozialistischen Oktoberrevolution in einer Verschwörung gegen Lenin, gegen die Partei, gegen den Sowjetstaat gestanden hatten. Die provokatorischen Versuche zur Vereitelung des Brester Friedens Anfang 1918; die Verschwörung gegen Lenin und das Komplott mit den 'linken' Sozialrevolutionären zur Verhaftung und Ermordung Lenins, Stalins, Swerdlows im Frühjahr 1918; das frevelhafte Attentat auf Lenin und dessen Verwundung im Sommer 1918; der Aufruhr der 'linken' Sozialrevolutionäre im Sommer 1918; die vorsätzliche Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei im Jahre 1921 mit dem Ziel, die Leninsche Führung zu erschüttern und von innen heraus zu stürzen; die Versuche, in der Zeit von Lenins Krankheit und nach seinem Tode die Parteiführung zu stürzen; die Auslieferung von Staatsgeheimnissen und die Belieferung ausländischer Spionagedienste mit Spionagematerial; die ruchlose Ermordung Kirows; Schädlingssarbeit, Sabotageakte, Sprengungen; die Meuchelmorde an Menshinski, Kujbyschew, Gorki – alle diese und ähnliche Freveltaten wurden, wie sich herausstellte, im Verlauf von 20 Jahren unter Teilnahme oder Führung Trotzki, Sinowjews, Kamenews, Bucharins, Rykows und ihrer Handlanger im Auftrage ausländischer bürgerlicher Spionagedienste ausgeführt. Die Prozesse stellten klar, daß sich die trotzkistisch-bucharinschen Scheusale in Erfüllung des Willens ihrer Auftraggeber – ausländischer bürgerlicher Spionagedienste – das Ziel gesteckt hatten, die Partei und den Sowjetstaat zu zerstören, die Landesverteidigung zu untergraben, die auswärtige militärische Intervention zu erleichtern, eine Niederlage der Roten Armee vorzubereiten, die Sowjetunion zu zerstückeln, an die Japaner das fernöstliche Küstengebiet der Sowjetunion, an die Polen das sowjetische Bjelorußland, an die Deutschen die Sowjetukraine auszuliefern, die Errungenschaften der Arbeiter und Kollektivbauern zunichte zu machen, die kapitalistische Sklaverei in der Sowjetunion wiederherzustellen.

Diese weißgardistischen Wichte, deren Kraft man höchstens mit der Kraft eines elenden Gewürms vergleichen kann, hielten sich, wie es scheint, komischerweise für die Herren des Landes und bildeten sich ein, daß sie in der Tat die Ukraine, Bjelorußland, das Küstengebiet an andere verteilen und verkaufen könnten.

Dieses weißgardistische Gezücht vergaß, daß niemand anders als das Sowjetvolk Herr des Sowjetlandes ist, während die Herrschaften Rykow, Bucharin, Sinowjew, Kamenew weiter nichts waren als Leute, die zeitweilig im Dienste des Staates standen, der sie jede Minute wie nutzloses Gerümpel aus seinen Kanzleien hinauswerfen konnte.

Diese nichtswürdigen Lakaien der Faschisten vergaßen, daß das Sowjetvolk nur einen Finger zu rühren brauchte, damit von ihnen nicht einmal eine Spur übrigbleibe.

Das Sowjetgericht verurteilte die bucharinschen-trotzkistischen Scheusale zur Erschießung.

Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vollstreckte das Urteil.

Das Sowjetvolk billigte die Vernichtung der bucharinschen-trotzkistischen Bande und ging zur Tagesordnung über.“

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin

1955, S. 431ff.

Nikolaj I. Bucharin war ein bedeutender Theoretiker und laut Lenin der „Liebling der Partei“, Mitglied des Politbüros seit 1924. Alexej I. Rykow gehörte seit 1905 zu den Führern der Bolschewiki, wie die russischen Kommunisten sich nannten. Rykow war seit 1917 Volkskommissar für Inneres – Innenminister – Sowjetrußlands und seit 1922 Mitglied des Politbüros. Leo Trotzki war nach Lenin der bedeutendste Führer der Oktoberrevolution, erster Außenminister Sowjetrußlands und Gründer der Roten Armee. Trotzki wurde 1940 von einem Agenten Stalins ermordet. Lew B. Kamenew war seit 1901 ein Vertrauter Lenins. Seit 1917 gehörte er zum ZK der bolschewistischen Partei. Grigorij J. Sinowjew war seit 1903 einer enger Mitarbeiter Lenins, Mitglied des ZK seit 1907. Georgij L. Pjatakow gab gemeinsam mit Bucharin die theoretische Zeitschrift „Kommunist“ heraus, 1918 Vorsitzender der ukrainischen Sowjetregierung, 1921 stellvertretender Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrats. Jona E. Jakir war ein bedeutender bolschewistischer Militärführer, seit 1934 Mitglied des ZK. Jakir wurde auch verhaftet und hingerichtet, weil er die Säuberungen kritisiert hatte.

186 Für eine kurze Zeit nach dem Sonderparteitag nannte sich die Partei SED-PDS. Weil heute PDS-Funktionäre hin und wieder die Behauptung zurückweisen, es sei bei der Namensnennung und auch der Weigerung, die SED aufzulösen, um das SED-Vermögen gegangen, sei hier ohne weitere Erörterung abgedruckt, was der Parteivorsitzende Gysi auf der Parteivorstandssitzung am 15. Dezember 1989 zu diesem Thema ausgeführt hat: „,...(...) trotzdem wollen wir kein unnötiges Risiko eingehen, bevor wir ein Parteiengesetz und ein Parteifinanzierungsgesetz haben, auch ein Parteiengesetz, das etwas zum Namen sagt. Es ist deshalb der Vorschlag an die Delegierten unterbreitet worden, der wohl, wie ich gehört habe, in den Delegationen letztlich dann auch akzeptiert worden ist, daß wir uns nennen: ‘Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des demokratischen Sozialismus (PdS)’. Das heißt, wir können, da es dann neu bestimmen, wenn wir ein Parteiengesetz haben, und den ersten Teil wegfällen lassen. Wir wollen im Sprachgebrauch eigentlich dann auch nur noch ‘Partei des demokratischen Sozialismus’ ‘PdS’ verwenden, aber durch die erste Zeile ist erst einmal alles rechtlich abgesichert.

Und zweitens kann uns auch keiner vorwerfen, wir stehlen uns aus der Geschichte. Wir kommen aus dieser Partei, aber wir ergänzen diesen Namen. Also soweit der Kompromiß. (...) Ihr wißt, 2000 haben für die Namensänderung gestimmt, und zwar an diesem Wochenende. Das muß man akzeptieren. Aber wir können uns natürlich nicht mit einem neuen Etikett die Lebensbasis entziehen, wenn wir dann im Streit mit der SPD als Rechtsnachfolger alles verlieren, was uns gehört.“ Parteivorstand der PDS, Archiv, Parteivorstandssitzungen

187 Alle Zitate des Absatzes: Parteivorstand der PDS, Archiv, Parteitage

188 Herbert Wolf, Woher kommt und wohin geht die PDS?, Reihe „controvers“, Berlin 1995, S. 5

189 Es hat in der SED immer oppositionelle Strömungen gegeben. Sie haben jedoch nie Einfluß auf die Politik der Partei gewonnen. Einen guten Überblick über die Geschichte widerständiger Denker und Gruppen gibt: Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder (Hg.), Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), 2 Bände, Frankfurt/Oder 1996. Mitherausgeberin Wilfriede Otto war lange Jahre Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus (später Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung) beim ZK der SED gewesen, hatte nach der Wende den Stalinismus in der DDR noch als Ergebnis sowjetischen Einflusses verharmlost. In ihren heutigen Publikationen zeigt sich, daß sie im Gegensatz zu vielen Historikern gleicher Herkunft sich für die Wissenschaft und gegen die Ideologie entschieden hat. Dies verdient respektvoll festgehalten zu werden.

190 Auch Michael Schumann, der auf dem außerordentlichen Parteitag das Stalinismusreferat hielt, setzt sich mittlerweile von der klar antistalinistischen Frontstellung ab. Ich jedenfalls interpretiere sein Parteitagsresümee aus dem Jahr 1996 so, in dem er zwar den „antistalinistischen Gründungskonsens“ nennt, aber nicht mehr deutlich macht, daß die DDR stalinistisch gewesen ist. Vgl. Michael Schumann, PDS: Geschichte und Politik, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS. Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, a. a. O., S. 23f.

191 PID, Nr. 37/96

192 Neues Deutschland vom 17. September 1996

193 Kurt Gossweiler, Der Antistalinismus – das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung. Rede auf dem internationalen Seminar kommunistischer und Arbeiterparteien in Brüssel am 1. Mai 1994, in: Weißenseer Blätter, Nr.

4/1994

194 In einem Interview erklärte Gregor Gysi 1993: „Die PDS ist pluralistisch, darf aber nicht beliebig werden, das heißt, es gibt Positionen, die innerhalb der PDS meiner Erachtens nicht vertretbar sind z. B. Huldigungen des Stalinismus oder Nationalismus oder gar Rassismus.“ Neues Deutschland vom 28. Januar 1993. Offenbar gilt diese Aussage Gysis nicht mehr.

195 Es erstaunt nicht, daß der sich so gerne wissenschaftlich gebende Uwe-Jens Heuer vom Marxistischen Forum der wichtigste Vertreter dieser Argumente ist:

„Wer Stalinismus, wie dies schon im Vorfeld des Parteitages geschah, mit administrativ-bürokratischem Sozialismus gleichsetzt, der hat keine Möglichkeit mehr, die Vokabel Unrechtsstaat oder Totalitarismus mit allen daraus für die Diskriminierung der Ostdeutschen gezogenen Konsequenzen zurückzuweisen. Ich muß mich dann auch fragen, ob ich die PDS noch hinter mir habe, wenn ich für ein Schlußgesetz zur Beendigung der politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland eintrete.

Es handelt sich hier gleichsam um eine ‚linke‘ Variante der Totaldistanzierung von der DDR. Und genau dagegen und nur dagegen wollten wir uns mit der knappen Charakterisierung der von uns abgelehnten Position als ‚Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikts‘ wenden. Wir haben uns gleichzeitig für ‚vernünftige, also radikale Analyse‘ der Vergangenheit ausgesprochen.“ Allererster Anfang eines Dialogs. Eine Antwort auf Wolfgang Gehrcke. Von Uwe-Jens Heuer, in: Neues Deutschland vom 23. Mai 1995

196 André Brie, Der zweigeteilte Parteitag. Versuch eines Beitrags gegen neue Legenden, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, a. a. O., Berlin 1996, S. 52f.

197 Wolfgang Gehrcke, Über Kenntlichkeit und Unkenntlichkeit, Rede auf der Konferenz „Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen“ anlässlich des 60. Jahrestags der Moskauer Schauprozesse (Berlin, 21. Juni 1997), in: PID, Nr. 30/1997

198 Wolfgang Ruge, Weimar. Republik auf Zeit, Köln 1980; ders., Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin 1966

199 Heinz Meiler, „Stalinismus und Sozialismus“. Zur Podiumsdiskussion Freitagabend, in: Disput, Nr. 13-14/1993

200 Uwe-Jens Heuer, Rechtsstaat und Unrechtsstaat. Zur PDS-Debatte, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 98

201 Gerhard Branstner, Pluralismus in der PDS: Errungenschaft oder Sprengkraft?, in: Marxistisches Forum, Quo vadis PDS?; Heft 5, Berlin, Januar 1996

202 Horst Helas, Die Stalinismusdebatte in der PDS. Beitrag zur Rekonstruktion, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 315

203 André Brie, Der zweigeteilte Parteitag. Versuch eines Beitrags gegen neue Legenden, a. a. O., S. 54f.

204 Gregor Gysi, KPD-Gründung und heutige Positionen zum demokratischen Sozialismus, in: PID, 14. Januar 1994

205 Thälmann ist niemals gefallen. Geschichten und Berichte, Berlin o. J. (1972)

206 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 543

207 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen, vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 59

208 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin-Wedding, 19.-16. 6. 1929, Berlin 1929 (Reprint Frankfurt a. M. 1972), S. 77f.

209 Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1956 (Reprint Hamburg 1971), S. 360

- 210 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914-1946, Kiel 1971 (Reprint ohne bibliographische Angaben), S. 308
- 211 Die Konferenz fand in Wahrheit in Moskau statt. Der Tagungsort Brüssel wurde zu Tarnzwecken angegeben. Die Konferenz ersetzte einen Parteitag und wertete den VII. Weltkongreß der Komintern aus.
- 212 Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.-15. Oktober 1935), herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach, Frankfurt a. M. 1975, S. 91
- 213 Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., Bd. 9, Berlin (DDR) 1958, S. 603
- 214 Aber immerhin durfte ein einstiger Nazistaatsanwalt, Ernst Melsheimer, in politischen Prozessen die Anklage führen, auch gegen Antifaschisten wie Walter Janka: Walter Janka, Spuren eines Lebens, Berlin 1991. Über die erstaunliche Freundschaft zwischen Melsheimer und der damaligen DDR-Justizministerin Hilde Benjamin: Marianne Brentzel, Die Machtfrau. Hilde Benjamin 1902–1989, Berlin 1997
- 215 Kurt Pätzold, Die Legende vom „verordneten Antifaschismus“, in: Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 3, Bonn und Berlin 1994, S. 120ff.
- 216 Jörn Schüttrumpf, Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans-Jürgen Friederici, in: Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 5, a. a. O., S. 78f.
- 217 Ebenda, S. 79
- 218 Michael Schumann, Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression, in: PID, 1. November 1991
- 219 Neues Deutschland vom 2. November 1994
- 220 PDS-Kreisvorstand Müritz, Chronologie und Erfahrungsberichte zur Vereinigung von KPD und SPD im Kreis Waren 1945-1946 (Waren 1996)
- 221 Neues Deutschland vom 7. November 1994
- 222 Hermann Weber, Die DDR 1945-1986, München 1988, S. 14; ähnlich: Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1987, S. 112-123; vgl. auch: Gert-Joachim Glaebner, Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989, S. 37f.
- Erstaunlicherweise wird das Thema „Zwangvereinigung“ in der parteioffiziösen „Kleinen Geschichte der SPD“ von Susanne Miller und Heinrich Potthoff (Bonn 1991) weitgehend ausgespart (vgl. S. 178); ebenso: Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1980.
- 223 Hermann Weber, Mit Zwang und Betrug. Die „Vereinigung“ von KPD und SPD zur SED, in: Ders., Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991, S. 27f.
- 224 Hermann Weber, „Hauptfeind Sozialdemokratie“: Zur Politik der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zwischen 1930 und 1950, a. a. O., S. 37ff.
- 225 Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1996
- 226 Z. B.: Andreas Malycha, Was war die SED? Zum Wesen und Charakter der SED, in: Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 4, S. 201; Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996, S. 65
- 227 Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden?, a. a. O.
- 228 Rudolf Borchert und Jürgen Kniesz (Hg.), 100 Jahre Sozialdemokraten in Waren (Müritz). Chronik, Schriftenreihe des Warener Museums- und Geschichtsvereins e. V., Heft 5, Waren 1994, S. 96
- 229 Klaus Schwabe, Vereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin o. J. (1996), S. 13

230 Hermann Weber, „Hauptfeind Sozialdemokratie“: Zur Politik der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zwischen 1930 und 1950, a. a. O., S. 38

231 Friedrich Bohl und Rudolf Kraus, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Hg.), SPD und SED. Die politischen Verstrickungen der SPD in die SED-Diktatur, Bonn 1990, S. 1; ähnlich auch: Hartmut Koschyk, Die Rolle der Blockparteien und die KPD/SPD-Vereinigung, in: Rainer Eppelmann u. a., Die Diktatur der SED – Geschichte und Folgen, Aktuelle Fragen der Politik, Heft 18, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1994, S. 14-18

232 Manfred Wilke, Vortrag, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band II, 1, S. 14-22

233 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, a. a. O., S. 446

234 Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Lothar Berthold und Ernst Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin (DDR) 1967, S. 196

235 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Lothar Berthold und Ernst Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, a. a. O., S. 204 und 206

236 Schon im Mai 1990 hat der damalige Parteivorsitzende Gregor Gysi Essenzen des Marxismus-Leninismus auf einer internen Parteivorstandssitzung in Frage gestellt. Zu DDR-Zeiten oder in kommunistischen Parteien wären schon diese Fragen konterrevolutionär gewesen:

„Lenin hatte formuliert, daß die Erkenntnis der historischen Mission der Arbeiterklasse das wichtigste am Marxismus ist. Gibt es die Arbeiterklasse noch heute? Stehen sich Arbeiter und Bourgeoisie, wie im ‚Kommunistischen Manifest‘ beschrieben, als Feinde gegenüber? Als notwendig erscheint es, das einigende soziale Band der Arbeiterinnen und Arbeiter genau zu bestimmen. Nur die Existenz von einigenden Klasseninteressen bringt Klassenkampf hervor. Aber gegen wen kämpfen? Hat der Kapitalismus sich in seinem Wesen gewandelt, oder ist er das geblieben, was er immer war, eine profitorientierte Ausbeutergesellschaft? Sind per Demokratisierung in hochentwickelten kapitalistischen Ländern Prozesse in Gang gekommen, die zu einer sich verbreiternden Eigentümerschicht führen? Wie ist das Verhältnis von Menschheits- und Klasseninteressen?

Klar ist wohl, daß die lebensbedrohenden globalen Probleme der Menschheit, also die Verhinderung von Kriegen, Rüstungen, die Überwindung der Unterentwicklung vieler Länder, die Lösung ökologischer Fragen heute den Vorrang haben. Also ist klassenübergreifende Zusammenarbeit nötig, da es um die Erhaltung der Gattung Mensch geht.“ Klausurtagung des PDS-Parteivorstands, 12./13. Mai 1990, PDS-Parteivorstand, Archiv, Parteivorstandssitzungen

237 Erinnern wir uns: In Vorbereitung der Volkskammerwahlen vom März 1990 haben Helmut Kohl und der damalige Bonner CDU-Generalsekretär die „Allianz für Deutschland“ gegründet, um die Heerscharen der DDR-CDU zwischen den neuen Parteien Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union (DSU) zu verstecken. Den West-CDU-Wahlkämpfern war es dereinst wenigstens hin und wieder peinlich, aus machtpolitischen Gründen auf die Blockflöten zurückzugreifen. Aber sie haben den SED-gesponserten Apparat von DBD und DDR-CDU genutzt, um die aus der Bürgerbewegung entstandene Ostsozialdemokratie zu schlagen. Und nach den Wahlen hat man noch ganz schnell das Geld der Blockparteien ausgegeben, um anschließend einen Vermögensverzicht zu erklären. Mit der Moral ist es manchmal so eine Sache.

238 Magdeburger Parteitag der PDS, 27 und 28. Januar 1996, Rede von Lothar Bisky, in: PID, Nr. 5-6/96

239 Indem sie zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen hinnahmen oder gar begrüßten. Ich erinnere mich noch zu gut daran, wie breite Kreise von CDU/CSU den Putsch des Generals Pinochet gegen die freigewählte Allende-Regierung in Chile und dessen blutige Diktatur unterstützten. Die Unionspolitiker Heiner Geißler und Norbert Blüm wurden scharf gerügt von den eigenen Leuten, weil sie darauf

bestanden, daß die Menschenrechte auch in Chile gelten müßten. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich die Empörung der gleichen Leute angesichts der SED-Diktatur und der PDS nur begrenzt ernst nehme.

240 tageszeitung vom 2. Oktober 1987

241 PID, Nr. 2/1997

242 André Brie, Redemanuskript, (Partei Vorstandstagung, o. J.) 1991

243 Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, in: PDS, 2. Parteitag, 1. Tagung, Berlin 26./27. Januar 1991, S. 60f.

244 Arbeitsgruppe der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS, in: PID, 8. Februar 1991

245 Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern, Gregor Gysi Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus, in: 2. Parteitag, 2. Tagung Berlin 21. bis 23. Juni 1991, Reden, Beschlüsse und Dokumente, (Berlin 1991), S. 12

246 Ebenda, S. 15f.

247 Andre Brie, Helmut Holter, Michael Schumann, Lothar Bisky, Kerstin Kaiser, Klaus Steinitz, Marlies Deneke, Hans Modrow, Alexandra Wagner, Für radikale Reformen! Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS, 22. September 1991, in: PID, 27. September 1991

248 Bericht des Parteivorsitzenden Gysi, Pressedienst-Spezial, Materialien der 3. Tagung des 2. Parteitages der PDS am 14./15. Dezember 1991, in: PID, 3. Januar 1992

249 PDS/Linke Liste (Hg.), Vier Jahre Opposition. Bilanz, Bonn 1994, S. 38-43

250 Lothar Bisky, Einschätzung zum Schweriner Bundesparteitag, verbunden mit ersten Überlegungen zur Arbeit des Bundesvorstandes, in: PID, Nr. 6/1997; natürlich hat Bisky es in seiner Einschätzung nicht vergessen, „Zukunftsthemen“ zu nennen. Aber dabei wird es bleiben wie immer. Ganz unterschlagen hat der die Dritte Welt, das nach PDS-Aussagen ja eigentlich entscheidende Thema. Aber der Dritten Welt wäre mit einer weiteren unverbindlichen Nennung auch nicht geholfen gewesen.

251 Michael Benjamin, Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen, a. a. O.

252 Heinz Karl, Wurde Sozialismus in Deutschland mit dem Ende der DDR erst möglich?, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann, Die PDS-Herkunft und Selbstverständnis, a. a. O., S. 227

253 Programm der PDS, Berlin 1993

254 Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. (Hg.), Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 110

255 Gregor Gysi, Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, S. 1

256 Gero Neugebauer und Richard Stöss, Die PDS. Geschichte, Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 94

257 Gregor Gysi, Ingolstädter Manifest, a. a. O., S. 6

258 Der New Deal war die Antwort der US-Regierung auf die Weltwirtschaftskrise von 1929, ein nur teilweise erfolgreicher Versuch, die Wirtschaft durch staatliche Eingriffe zu beeinflussen. Roosevelt gelang es teilweise, Gewerkschaften und Unternehmerverbände einzubeziehen. Aber das Ende der Stagnation kam erst mit dem Zweiten Weltkrieg.

259 Ebenda, S. 4

260 Ebenda, S. 7

261 Die Volkssolidarität wurde 1945 von der KPD in der SBZ gegründet. Sie war eine Massenorganisation zur freiwilligen solidarischen Hilfe, vor allem für ältere Menschen. Sie hatte 1988 mehr als zwei Millionen Mitglieder. Die Volkssolidarität ist in Ostdeutschland immer noch stark vertreten, gehört mittlerweile zum Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und zählt immer noch rund eine Million Mitglieder.

Die Volkssolidarität diente zu DDR-Zeiten allerdings auch anderen Zwecken. Als ich zum Jahreslehrgang an der DKP-Parteischule anreiste, war ich mit einem Reisescheck der Volkssolidarität ausgestattet und mußte mich nach dem Grenzübertritt – nach Vorlage des Schecks begrüßt mit

Handschlag von einem Offizier der Grenztruppen – in einem Ostberliner Büro der Volkssolidarität melden.

262 Gregor Gysi, Ingolstädter Manifest, a. a. O., S. 8

263 Ebenda, S. 9

264 Gero Neugebauer und Richard Stöss, Die PDS, a. a. O., S. 96ff.

265 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: PID, Nr. 48/1994

266 Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel. Zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS, 4. Parteitag, 1. Tagung, 27.-29. Januar 1995, Berlin, in: Disput, Nr. 3-4/1995

267 Michael Brie, Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hg.), Die PDS, a. a. O., S. 34f.

268 Programm zur Vertretung ostdeutscher Interessen, in: PID, Nr. 29/1995

269 Aldous Huxley, Die ewige Philosophie. Philosophia Perennis, München 1987, S. 5

270 Angela Marquardt, Rückwärts in die Zukunft?, a. a. O., S. 107

271 Für einen alternativen demokratischen Sozialismus. Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses zu der von der Basis ausgehenden Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei, (ohne Erscheinungsdatum, ohne Erscheinungsort) Berlin, Dezember 1989, Parteivorstand der PDS, Archiv

272 Klausurtagung des PDS-Parteivorstands, 12./13. Mai 1990, PDS-Parteivorstand, Archiv, Parteivorstandssitzungen

273 Sitzung des PDS-Parteivorstands, 16. Juni 1990, PDS-Parteivorstand, Archiv, Parteivorstandssitzungen

274 Andre Brie, Helmut Holter, Michael Schumann, Lothar Bisky, Kerstin Kaiser, Klaus Steinitz, Marlies Deneke, Hans Modrow, Alexandra Wagner, Für radikale Reformen!, a. a. O.

275 Rede von Gregor Gysi, in: 2. Parteitag, 1. Tagung, Berlin 26./27. Januar 1991, S. 15

276 Gregor Gysi, KPD-Gründung und heutige Positionen zum demokratischen Sozialismus, in: PID, 14. Januar 1994

277 Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. (Hg.), Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 86

278 Angela Marquardt und Halina Wawzynia, Rückwärts immer, vorwärts nimmer, in: Heinz Beinert (Hg.), Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995, S. 242

279 Eduard Bernstein, Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, in: Die Neue Zeit, 16. Jahrgang, 1897/98, Bd. 1, S. 484f.

280 Ebenda, S. 491f.

281 Ebenda, S. 556

282 Eduard Bernstein, Kritisches Zwischenspiel, in: Die Neue Zeit, 16. Jahrgang, 1897/98, Bd. 1, S. 741

283 Neues Deutschland vom 17. September 1997

284 Der Schatzmeister der baden-württembergischen PDS hat in seiner Rede auf der Landesmitgliederversammlung seiner Partei im November 1994 treffend erklärt: „Diejenigen unter uns, die aus Freude über die gemeinsame Ansammlung von VSP, DKP, BWK um die PDS von Einheit der Linken reden, sollten sich bewußt machen, daß dies von den Außenstehenden als ein Potemkisches Dorf empfunden wird. Es ist schlicht eine Wiederholung des RGW [des osteuropäischen EWG-Gegenstücks ‚Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe‘], von dem die Menschen im Ostblock sagten, er funktioniere nach der Losung: Wir haben nichts, ihr habt nichts, wenn wir alles zusammentun, haben wir alle nichts.“

285 PDS-Landesinfo Baden-Württemberg, Nr. 1/1995

286 Ebenda, Nr. 6/1994

287 Ebenda

288 Ebenda, Nr. 4/1997

289 Freitag, Nr. 45/1997

- 290 H. Fritz, Im Westen nichts Neues!, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, a. a. O., Berlin 1996, S. 251f.
- 291 PDS – eine Partei im Wandel, Interview mit Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der PDS, in: Disput, Nr. 5/1997
- 292 Claudia Gohde, Die PDS in Westdeutschland, in: PDS-Parteivorstand, Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS, (Berlin) März 1997
- 293 Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, Entwicklungsperspektiven für die PDS Nordrhein-Westfalen, in: PID, Nr. 23/1995
- 294 Neues Deutschland vom 29. Oktober 1997
- 295 stern, Nr. 32/1996
- 296 Ilse Spittmann, PDS – Anwalt der Ostdeutschen?, a. a. O., S. 673
- 297 Vgl. Michael Brie, Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit, a. a. O., S. 13-25
- 298 Rainer Land und Ralf Possekel, PDS und Moderner Sozialismus, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hg.), Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei?, a. a. O., S. 112f.
- 299 So „ND“-Redakteur Claus Dümde, in: Neues Deutschland vom 30. Oktober 1997
- 300 Tobias Dürr, Abschied von der „inneren Einheit“. Das Lebensgefühl PDS und der alte Westen, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1996, S. 1354; auch: Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember 1996
- 301 Christine Ostrowski, Lexikon der PDS-Gesetze, Dresden 1994, S. 14; allerdings hat auch Ostrowski mitunter Schwierigkeit mit der Wirklichkeit, so als sie sich im Frühjahr 1993 mit einem bekannten Nazi traf, um Gemeinsamkeiten festzustellen.
- 302 Gregor Gysi, Parteitagrede, in: PDS, 2. Parteitag, 1. Tagung, Berlin, 26./27. Januar 1991, S. 28
- 303 Günter Pollach, Die PDS auf der Kreisebene in Ostdeutschland, in: PDS-Parteivorstand, Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS, a. a. O.
- 304 PID, Nr. 43/1997
- 305 Süddeutsche Zeitung vom 9. September 1997
- 306 Hans Modrow, Eine Schicksalsfrage für die PDS. Zum Start des Projektes Mitgliedergewinnung, in: Disput, Nr. 10/1997
- 307 PID, Nr. 43/1997
- 308 Rosa Luxemburg, Zur Russischen Revolution, in: Diess., Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin (DDR) 1974, S. 362f.